

Uwe Fuhrmann

## Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung (1890–1914)

Die Strategien der Buchdruckerei-  
HilfsarbeiterInnen um Paula Thiede



Uwe Fuhrmann  
Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung (1890–1914)

## Editorial

Die Reihe **Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung** bietet einem breiten Leserkreis wissenschaftliche Expertise aus Forschungsprojekten, die die Hans-Böckler-Stiftung gefördert hat. Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB. Die Bände erscheinen in den drei Bereichen »Arbeit, Beschäftigung, Bildung«, »Transformationen im Wohlfahrtsstaat« und »Mitbestimmung und wirtschaftlicher Wandel«.

**Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung** bei transcript führt mit fortlaufender Zählung die bislang bei der edition sigma unter gleichem Namen erschienene Reihe weiter.

Die Reihe wird herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung.

**Uwe Fuhrmann** (Dr. phil.), geb. 1979, hat nach einer Schreinerlehre Geschichte in Berlin studiert. Seit seiner Promotion zur Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft« schreibt er aus unterschiedlichen Blickwinkeln über die Geschichte der Gewerkschaften. Er ist Teil des »AutorInnenkollektiv Loukanikos«.

Uwe Fuhrmann

# **Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung (1890–1914)**

Die Strategien der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen um Paula Thiede

Mit einem Geleitwort von Cornelia Berger

**[transcript]**

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

### **Erschienen 2021 im transcript Verlag, Bielefeld**

© Uwe Fuhrmann

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Umschlagabbildung: ver.di-Archiv, Nachlass Hermann Lohse. Identifizierbar sind laut dieser Quelle u. a. Paula Thiede (Bildmitte) sowie stehend Heinrich Lodahl (links von Paula Thiede), sitzend Sophie Teske (früher Fiesel, links) und Gertrud Hanna (rechts vom Schild).

Lektorat: Jürgen Hahnemann, sprach-bild.de

Satz: Michael Rauscher, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5922-1

PDF-ISBN 978-3-8394-5922-5

<https://doi.org/10.14361/9783839459225>

Buchreihen-ISSN: 2702-9255

Buchreihen-eISSN: 2702-9263

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter [www.transcript-verlag.de/vorschau-download](http://www.transcript-verlag.de/vorschau-download)

# Inhalt

---

## Geleitwort | 7

### 1 Einleitung | 13

- 1.1 Zum Aufbau des Buches | 15
- 1.2 Zur Methodik | 17
- 1.3 Zum Forschungsstand | 19
- 1.4 Begriffe und Bezeichnungen | 22

### 2 Der Weg zu einer feministischen Gewerkschaft | 25

- 2.1 (Un)gleich: Proletarische Frauen und Gewerkschaften | 27
- 2.2 Die Lage der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen | 30
- 2.3 Eine Berliner Frauengewerkschaft als Grundstein | 34
- 2.4 Über Berlin hinaus | 49

### 3 Gewerkschaftliche Techniken der Emanzipation | 57

- 3.1 Frauen in Verantwortung | 57
- 3.2 Der Arbeitsnachweis | 63
- 3.3 Vom Arbeitsnachweis zum Tarif | 80
- 3.4 (Un)gleich: Emanzipation im Unterstützungswesen | 95

### 4 Widerstände: Zwischen Antifeminismus und Lokalismus | 111

- 4.1 Der VBHi und der Lokalismus | 113
- 4.2 Hamburg statt Berlin? Der Verbandstag 1902 | 116
- 4.3 Abwertung und Geringschätzung: Der Verbandstag 1905 | 119
- 4.4 »Ein trauriges, in der Gewerkschaftsgeschichte einzig dastehendes Kapitel«: Der außerordentliche Verbandstag 1912 | 120
- 4.5 Immer noch kein Frieden mit der weiblichen Leitung: Der Verbandstag 1914 | 139

**5 Erfolge und Effekte | 141**

5.1 Solidarische Männer | 141

5.2 Erfolgreiche Frauen | 146

5.3 Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegung | 159

**6 Weltfrauentag und Frauenwahlrecht | 173**

**7 Schlussbetrachtung | 185**

**8 Wissenschaftlicher Apparat | 193**

8.1 Nachbemerkung | 193

8.2 Periodika und Archivalien | 197

8.3 Einzelquellen, Literatur und Internetressourcen | 200

## Geleitwort

---

»Männer und Frauen sind gleichberechtigt.«  
(Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz)

### Von Anspruch und Realitäten, Strukturen und Herausforderungen

Gleichberechtigung der Geschlechter: ein einfacher Satz, eine klare Botschaft – vor mehr als 70 Jahren ins Grundgesetz geschrieben. Eigentlich doch eine Selbstverständlichkeit, oder? Nein! Hart wurde damals um die Formulierung gerungen und nur dank geballter Frauenpower konnte der Anspruch so unmissverständlich in unserer Verfassung verankert werden. Und seither?

In freundlicher Dankbarkeit ließe sich die Geschichte der emanzipatorischen Kräfte der Hilfsarbeiterinnen lesen, wäre der im Grundgesetz formulierte Anspruch heute eingelöst. Doch das ist nicht der Fall: Noch immer verdienen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland weniger als Männer, rund 20 Prozent. Warum? »Drei Viertel des Verdienstunterschieds zwischen Männern und Frauen [sind] strukturbedingt – also unter anderem darauf zurückzuführen, dass Frauen häufiger in Branchen und Berufen arbeiten, in denen schlechter bezahlt wird, und sie seltener Führungspositionen erreichen. Auch arbeiten sie häufiger als Männer in Teilzeit und in Minijobs und verdienen deshalb im Durchschnitt pro Stunde weniger«, so das Statistische Bundesamt im März 2020.

Es geht also um Strukturen, verkrustete, alte, überkommene Strukturen und wie sich diese aufbrechen lassen – mit Klugheit und strategischer Weitsicht, Beharrlichkeit und Solidarität, das haben uns die Kolleginnen vor mehr als hundert Jahren gezeigt und deswegen ist ihre Geschichte noch immer aktuell, lehrreich und ermutigend; denn es ist kraftraubend und anstrengend, Strukturen aufzubrechen, nicht selten auch frustrierend. Der in



»Feminismus in der frühen Gewerkschaftsbewegung« dargestellte Kampf der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen um Gleichberechtigung in der Erwerbsarbeit und in der Gewerkschaft holt Strategien und Erfolge von Frauen in der Gewerkschaftsbewegung ans Licht, die nicht vergessen gehören.

Anstoß für die von der Hans-Böckler-Stiftung und ver.di geförderte Studie war, mehr über die Namensgeberin des Paula-Thiede-Ufers und ihre Aktivitäten zu erfahren. Uwe Fuhrmann zeigt darin, dass und wie sich Frauen entgegen weit verbreiteten Annahmen bereits im 19. Jahrhundert gewerkschaftlich organisierten, erfolgreich für ihre Interessen kämpften und sich auch gegen Widerstände in der eigenen Organisation durchsetzten.

»Tue Gutes und rede darüber« – auch das sollten wir uns merken, denn mit vornehmer Zurückhaltung kommt frau nicht weit. Dabei sind die Strategiedebatten im »Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands« erstaunlich aktuell. Wir sehen, wie unsere Kolleginnen sich auch heute noch abstrampeln, um Familie und Beruf unter einen Hut zu kriegen. Die Widerstände, Frauen gleichberechtigt teilhaben zu lassen, sind noch immer groß und der Satz von den Fröschen, die man nicht fragen sollte, wenn man den Sumpf austrocknen will, war schon vor hundert Jahren so banal wie wahr.

Ich gehe in meiner Erinnerung zurück, 20 Jahre, als ich studentische Aushilfskraft in einer Industriebuchbinderei in einem Kieler Industriegebiet war. Ich sehe die Kollegin, die daheim drei Kinder großzieht und sich durch die Schichtarbeit quält, Tag für Tag, und dabei ganz grau und unsichtbar wird mit der Zeit. Ihre Arbeit ist unverzichtbar, sie legt wie wir alle den ganzen Tag große Packen Katalogseiten in die Maschinen, die die Kataloge zusammenkleben. Ein Fehler und ein ganzer Schwung Kataloge landet in der Papiertonne. Eines Tages stellt sich heraus: Die Kollegin kann nicht lesen. Sie legt die Katalogseiten mal falsch und mal richtig herum in die Maschine, eine Palette Verlust – und erst jetzt, in diesem Moment, wo etwas schiefeht, wird die Kollegin gesehen, werden wir alle gesehen, wir Geister, die die Maschinen füttern.

Gesehen werden, das ist der erste Schritt, um es mit Strukturen aufzunehmen. Wer nicht gesehen wird, kann nichts fordern, keine Ungerechtigkeit anprangern. Wie klug waren die Frauen, die erkannt haben, dass sie gesehen werden müssen, wenn sie Macht beanspruchen, ihre Hälfte des Himmels erobern wollen. Und denen damals sehr bewusst war, dass Gleichberechtigung auch heißen kann, Ungleiches ungleich zu behandeln,

z.B. indem Müttern Schutzrechte eingeräumt werden, um ihnen überhaupt die Möglichkeit zu gleichberechtigter Teilhabe zu geben.

Ich kann es mir gut vorstellen, wie in einer kleinen, miefigen Klitsche irgendwo am Treptower Park in Berlin ein schmieriger Kerl einen schwunghaften Handel mit der Arbeitsvermittlung für Hilfsarbeiterinnen im Druckgewerbe betreibt, wie er Frauen willkürlich abblitzen oder mit Gefälligkeiten seine Dienstleistung bezahlen lässt. Was müssen er und seinesgleichen gestaunt haben, als die Hilfsarbeiterinnen ihren eigenen »Arbeitsnachweis« und damit ihre eigene Vermittlung ihrer unverzichtbaren Arbeit aufgebaut und sich damit eine Machtstellung erobert haben, die sie weithin sichtbar gemacht hat: Ohne sie ging nichts mehr.

In Betrieben, die die Kolleginnen nicht ordentlich behandelt oder bezahlt haben, wurden keine Hilfsarbeiterinnen mehr vermittelt, in der Arbeitsvermittlung, dem »Arbeitsnachweis«, wurde Korruption verhindert, indem die zuständige Mitarbeiterin ihrerseits ein Gehalt von der Gewerkschaft bekam. Hier deuten sich schon strukturelle Veränderungen an, und es ist ermutigend, in diesem Buch nachzulesen, wie die Frauen sich eine solche Machtstellung erobert haben, indem sie erst sicht- und dann hörbar wurden und sich nicht marginalisieren ließen.

Um ihre Ziele, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Rechte erreichen zu können – und da sind wir noch ganz weit entfernt von Artikel 3 Grundgesetz –, brauchten die Frauen Macht, und niemand gibt Macht freiwillig ab, also musste sie organisiert werden. Dies gelang, indem die Frauen autark blieben und sich nicht vereinnahmen oder abspeisen ließen mit der Aussicht, sich jetzt den Männern unterzuordnen, damit ihr »Lohn« zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die Arbeiter die Macht gesichert hätten, umso üppiger ausfallen würde. Sie hatten ihre Lektionen gelernt, sich nicht entmutigen lassen, sind ihren Weg gegangen: in Verbundenheit und Solidarität. Sie haben sich organisiert und sich mit dem »Arbeitsnachweis« eine Machtbasis geschaffen, an der kein Weg vorbeiführte.

Wie schwer der Weg für die Kolleginnen am Arbeitsplatz gewesen sein muss, sich gegen Kollegen zu behaupten, die sie meist nur als »Schmutzkonkurrenz« sahen, lässt sich nur erahnen. Was für Lebensumstände waren das, welch ein Risiko sind diese Frauen eingegangen! Und welche Entwicklung haben sie mit ihrer Bewegung angestoßen, denn natürlich stehen wir heute besser da als die Frauen vor 120 Jahren, die kein soziales Netz aufgefangen hat, wenn sie krank wurden oder sich um ihre Kinder kümmern

mussten. Ihre Gewerkschaft hat damals ein erstes Netz gespannt, das heute ein staatliches ist.

Auch wenn bislang nur von »Hilfsarbeiterinnen« die Rede war: Ihre Gewerkschaft, der »Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands«, war geschlechterübergreifend. Er zählte 1914 mehr als 15.000 Mitglieder, darunter 8.000 Frauen. Frauen stellten also mehr als 50 Prozent der Mitglieder. ver.di, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, ist Nachfolgerin des Verbandes. Und auch bei uns sind mehr als 50 Prozent der Mitglieder weiblich.

ver.di ist daher auch ein Frauenverband, der größte in Deutschland. Darauf sind wir mächtig stolz und das ist uns auch Verpflichtung. Bereits mit der Gründung im März 2001 hat ver.di mit einer Mindestquote festgelegt, dass sich der Anteil an der Mitgliedschaft in den haupt- und ehrenamtlichen Funktionen widerspiegeln muss: Jedes Gremium hat exakt den Anteil an Frauen abzubilden, der dem Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft entspricht. Dies gilt von der Betriebsgruppe bis hin zum Bundesvorstand und dem Gewerkschaftsrat als höchstem ehrenamtlichem Gremium zwischen den Bundeskongressen – der übrigens seit Gründung von einer Kollegin geleitet wird. Die Ausrede, dass sich nicht genug Frauen finden lassen, zählt nicht und so ist ver.di eine Organisation, in der Frauen tatsächlich gleichberechtigt die Geschicke ihrer Interessenvertretung mitgestalten. Unsere Verbundenheit mit der Geschichte zeigt sich in der bewussten Entscheidung für die Namensgeberin unserer Anschrift: Paula-Thiede-Ufer.

Es ist gut, für eine solche Organisation zu arbeiten, das zeigt der Blick über den Tellerrand auf Wirtschaft und Politik, die immer noch reflexartig dieselben Argumente anführen, wenn es um Frauenquoten geht: »Quotenfrau« gilt als Schimpfwort und immer noch wird gebetsmühlenartig wiederholt, es gebe für manche Funktionen eben nicht genügend qualifizierte Bewerberinnen.

Ging es auf diesem Feld dennoch allmählich voran – ein mühsamer, langsamer Prozess –, so birgt die aktuelle Entwicklung in der Coronapandemie die Gefahr eines Rückfalls in alte Rollenbilder. So befürchtet Jutta Allmendinger, Leiterin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, dass Frauen in der Corona-Krise »eine entsetzliche Retraditionalisierung« erleiden würden. Das Land verliere durch die Folgen der Virusbekämpfung »bestimmt drei Jahrzehnte« auf dem Weg zur Gleich-

berechtigung, da Frauen im Homeoffice zwischen der Sorgearbeit für die Familie und ihrem Beruf zerrieben und wieder unsichtbar würden.

Es war vor der Krise nicht gelungen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Rolle der Frau herzustellen und diesen mit entsprechenden Gesetzen wie z. B. verbindlichen Quoten oder einer Arbeitszeitgesetzgebung abzubilden, um Sorgearbeit und Beruf tatsächlich miteinander zu vereinbaren. Dies rächt sich nun durch eine Entwicklung, die sich noch Anfang 2020 niemand hätte ausmalen können: Seit fast einem Jahr gibt es keine verlässlichen Strukturen der Kinderbetreuung und des Schulunterrichts – und ein Ende dieser Situation ist zurzeit nicht absehbar.

Spätestens jetzt ist es daher an der Zeit, sich ein Vorbild an Paula Thiede und ihren Kolleginnen zu nehmen und nicht zuzulassen, dass Frauen in der Versenkung des Homeoffice wieder unsichtbar werden, ihre Karrierechancen aufgeben müssen oder unter der Last der Sorgearbeit zusammenbrechen. Insofern kommt dieses Buch zur rechten Zeit. Es bietet Erinnerung und Ermutigung zugleich: Nicht nachlassen, sich nicht ins Bockshorn jagen lassen und das, was uns zusteht, einzufordern, jetzt sofort.

*Berlin, im Februar 2021*

*Cornelia Berger  
(Leiterin Kommunikation und Marketing,  
ver.di Bundesverwaltung)*



# 1 Einleitung

---

»Aus Schwestern ward's geboren,  
was erst winzig schien,  
was dann aufwuchs und erstarkte,  
wurzelnd in Berlin.  
Und es folgten hier die Brüder  
schnell dem Ruf der Zeit:  
Euer Schicksal zu gestalten  
geht den Weg der Einigkeit!«  
*Ernst Preczang*<sup>1</sup>

In den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg entwickelten die deutschen Gewerkschaften Strukturen, die in weiten Teilen bis heute bestehen. Diskurse und Praktiken, die bei der Emanzipation der Geschlechter hätten helfen können, bildeten sich allerdings kaum aus. Oft war dazu auch kein Wille vorhanden, denn unter dem Eindruck bürgerlicher Geschlechterideale wurde Arbeit von Frauen, egal ob Lohnarbeit oder unentgeltliche Sorge- bzw. Reproduktionsarbeit, nicht in die Analyse von »Arbeit« und folglich auch nicht in die Gewerkschaftspraxis einbezogen. Vielmehr wurde Frauen unter dem Schlagwort »Schmutzkonkurrenz« oft die Schuld dafür gegeben, dass sie für geringeren Lohn als die Männer lohnarbeiten mussten. Doch es gab auch im Kaiserreich vielversprechende Versuche, mehr

---

1 | Aus: Ernst Preczang, Ein Vierteljahrhundert! (Preczang 1915; vierte von zehn Strophen). Preczang war zeitweise Redakteur der »Solidarität«, der Zeitung der Berliner Druckgewerkschaften (später Organ des »Verbandes der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands«). In der Zeit der Weimarer Republik gründete er mit anderen die Büchergilde Gutenberg und war viel gelesener Arbeiterdichter. Zu Preczang vgl. auch Fuhrmann 2019, S. 58 (mit Anmerkungen).

Gleichberechtigung zu erreichen, die für die heutige Gewerkschaftsarbeit spannende Denkanstöße bereithalten.

Diese Ansätze wurden insbesondere von den Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen und ihren gewerkschaftlichen Organisationen verfolgt und werden in diesem Buch konkret beschrieben. Eine wichtige Rolle spielte dabei Paula Thiede, die zwei Jahrzehnte lang den 1898 gegründeten »Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands« (im Folgenden: VBHi)<sup>2</sup> leitete, bis sie 1919 mit 49 Jahren verstarb. An ihrer Person werden Strukturen, Zusammenhänge und Handeln anschaulich. Dem am eigenen Leib erfahrenen sozialen Elend des Kaiserreichs, das Frauen besonders oft und besonders hart traf, begegnete sie mit kämpferischer Gewerkschaftsarbeit. Diese Tätigkeit führte sie 1898 an die Spitze des VBHi – damit war sie, soweit bekannt, weltweit die erste Frau an der Spitze einer gemischtgeschlechtlichen Gewerkschaft. Integraler Bestandteil ihres Denkens und Handelns war es, *Geschlecht* und *Klasse* in der Gewerkschaftsarbeit zu berücksichtigen und entsprechendes Handeln in der Organisation zu verankern.<sup>3</sup>

Auch wenn sich Paula Thiede nicht explizit von weitergehenden Zielen distanzierte, zählten der große Umsturz oder die sozialistische Revolution nicht zu ihrem Arbeitsprogramm. Es waren reformistische Ziele, die sie zeit ihres Lebens dazu angespornt haben, Gewerkschaftsarbeit mit Leidenschaft zu betreiben: der Wunsch nach materieller Absicherung und sozialer Sicherheit, nach Leben und Arbeit in Würde. Doch ihr Werdegang war revolutionär: Paula Thiede führte als erste Frau eine Gewerkschaft und entwickelte Gewerkschaftspraktiken, die Frauen explizit berücksichtigten. Ihr Wirken für Gleichberechtigung stieß in der deutschen Gewerkschaftsbewegung auf mehr Gegenwind als so mancher Revolutionwunsch.

Ihre Tätigkeit wäre allerdings nicht möglich gewesen ohne die Selbstorganisation, Selbstermächtigung und systematische Verantwortungsübernahme der weiblichen Basis – den Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen Berlins. Acht Jahre lang (1890–1898) hatten sie sich in einer eigenen Gewerkschaft organisiert und weitere elf Jahre lang (1898–1909) wurde die Frauenautonomie auch innerhalb des reichsweiten VBHi bewusst weiter-

---

2 | Die Abkürzung wurde von mir vergeben (U.F.).

3 | Zu Paula Thiedes Leben vgl. Fuhrmann 2019.

geführt. Ausgangspunkt dafür war die Gründung des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« im März 1890 in Berlin – der einzigen rein weiblichen gewerkschaftlichen Organisation, die im Kaiserreich viele Jahre hindurch erfolgreich Organisationsarbeit betrieb.

Etwa ein Jahr nach Gründung war mit 1.200 Mitgliedern bereits ein erster Höhepunkt erreicht<sup>4</sup> – folgt man den gewerkschaftseigenen Statistiken der Zeit, waren damit über ein Viertel aller Frauen, die einer Gewerkschaft angehörten, Mitglied dieser Berliner Frauengewerkschaft.<sup>5</sup> Unter der Ägide der in diesem Verein sozialisierten Paula Thiede gelang es dem 1898 gegründeten VBHi, den Mitgliederstand auf knapp 17.000 im Jahr 1911 zu heben. Genaue, vom Verband selbst erhobene Angaben weisen für dieses Jahr einen Organisationsgrad von deutlich über 50 Prozent auf.<sup>6</sup>

Der Erfolg der Frauengewerkschaft war Voraussetzung und Garant nicht nur für das langjährige Wirken von Paula Thiede, sondern auch für die starke Rolle von Frauen im später gegründeten gemischtgeschlechtlichen Verband und für dessen auf Emanzipation abzielende Agenda. Allerdings waren die beiden Organisationen der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen – Frauenverein und gemischtgeschlechtlicher Verband – keinesfalls beispielhaft dafür, wie die Gewerkschaftsbewegung und die sozialistische ArbeiterInnenbewegung mit den Strukturen *Geschlecht* und *Klasse* und deren Wechselverhältnis umgingen. Vielmehr wirft ihre Ausnahmestellung im Kreis der freien Gewerkschaften helles Licht auf die Verhältnisse in anderen Verbänden. Die oft übersehenen Möglichkeiten der Emanzipation in der ArbeiterInnenbewegung, die es im Kaiserreich gab, werden sichtbar – aber auch ihre Grenzen.

## 1.1 Zum Aufbau des Buches

Am Anfang stand 1890 die Gründung des Berliner »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen«, der acht Jahre lang selbstständig aktiv war und auf die spezifische Lage von Arbeiterinnen als Lohnabhängige und Frauen reagierte. Seine Mitglieder – unter ihnen seit dem Jahreswechsel

---

4 | Heydemann 1900.

5 | Braun 1913, S. 23 (Tabelle).

6 | VBHi 1911, S. 10f.



1891/1892 Paula Thiede – waren mit ihren erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen der zentrale Faktor, der eine feministische Gewerkschaftsarbeit über Jahrzehnte hinweg ermöglichte. Diese Zusammenhänge werden im 2. *Kapitel* unter dem Titel »Der Weg zu einer feministischen Gewerkschaft« dargestellt und kontextualisiert.

Mit der Gründung des Vereins war die Einrichtung eines gewerkschaftlichen »Arbeitsnachweises« für Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen verbunden – ein zentrales, aber heute vergessenes Werkzeug der Gewerkschaften. Dieser Arbeitsnachweis war eine der »Gewerkschaftlichen Techniken der Emanzipation«, die im folgenden 3. *Kapitel* herausgearbeitet und vorgestellt werden. Neben dem Arbeitsnachweis und der bewussten Übergabe von Verantwortung an Gewerkschafterinnen zählten dazu auch zielgerichtete Veränderungen im gewerkschaftseigenen Unterstützungswesen.

Der 1898 gegründete gemischtgeschlechtliche »Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen« (VBHi) hatte aufgrund seiner Vorgeschichte eine Basis, in der Frauen und Männer relativ offen für gleichberechtigte und auf Gleichberechtigung zielende Verbandsarbeit und Strukturen eintraten. Doch auch hier gab es zum Teil erhebliche Widerstände, insbesondere gegen die weibliche Leitung durch Paula Thiede. Der Widerstand speiste sich aus einem patriarchalen Geschlechterverständnis, das sich in diesem Fall mit »lokalistischen« Traditionen verband (zum Lokalismus siehe Kapitel 4.1). Auf mindestens vier Verbandstagen führte diese Konstellation zu Konflikten bis hin zu Umsturzversuchen, die im 4. *Kapitel* unter dem Titel »Widerstände: Zwischen Antifeminismus und Lokalismus« näher beleuchtet werden.

In diesen Konflikten konnten die Berliner Frauen – die auch innerhalb des Verbands organisatorische Eigenständigkeit bewahrt hatten – und der Verbandsvorstand um Paula Thiede ihre Position und ihre Agenda erfolgreich behaupten, so dass sich bald sichtbare »Erfolge und Effekte« der feministischen Gewerkschaftsarbeit einstellten, die Thema des 5. *Kapitels* sind: Männliche Mitglieder machten als Vertreter in Tarifverhandlungen die Care- bzw. Sorgearbeit von Frauen nicht nur sichtbar und sagbar, sondern auch zum Faktor bei den Tarifregelungen; weibliche Hilfsarbeiterinnen erwarben in der Gewerkschaftsarbeit politische Kompetenzen, die einige von ihnen später in Parlamenten und auf den höchsten Ebenen der Gewerkschaftsarbeit nutzen konnten. Mit der innerverbandlichen Konsolidierung

wurde der VBHi zudem zunehmend zu einem Akteur, der seine Agenda auch auf Gewerkschaftskongressen und in wichtigen gewerkschaftlichen Gremien stark machte.

Wenn die sozialistische Frauenbewegung des Kaiserreichs oder Frauen in der historischen ArbeiterInnenbewegung thematisiert werden, spielt unweigerlich die Etablierung des bis heute begangenen Weltfrauentags eine Rolle. Er wurde 1910 auf der Zweiten Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen beschlossen und sollte weltweit die Agitation für das volle Frauenwahlrecht verstärken. Wenig bekannt ist die Tatsache, dass zu der deutschen Delegation, die den entsprechenden Antrag einbrachte, auch Gewerkschafterinnen zählten, unter ihnen Paula Thiede. Der VBHi bewies durch eine explizite und in der Gewerkschaftsbewegung einmalige Mobilisierung zum Weltfrauentag einmal mehr, dass eine eigenständige Handlungsmacht auch in Bereichen außerhalb der engfassten Arbeitswelt viele Möglichkeiten eröffnete. Paula Thiedes Rolle und die Mobilisierung des VBHi wird im 6. *Kapitel* »Weltfrauentag und Frauenwahlrecht« vorgestellt.

Diese thematische Gliederung folgt im Wesentlichen der chronologischen Entwicklung, bringt aber zuweilen Rückblenden oder Ausblicke innerhalb der einzelnen Kapitel mit sich. Abschließend werden in der »Schlussbetrachtung« (7. *Kapitel*) wichtige Erkenntnisse reflektiert und Überlegungen zur heutigen Situation angestellt.

## 1.2 Zur Methodik

Die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen waren nicht nur abhängig vom Arbeitslohn, sondern waren als Frauen zugleich vielfältigen Machtverhältnissen ausgesetzt, die sich in Erwartungen und Restriktionen durch patriarchal geprägte Strukturen niederschlugen. Dazu zählten nicht nur Staat, Gesellschaft und Familie, sondern auch die männlich geprägte Gewerkschaftswelt. Als Hilfsarbeiterinnen mit einer mehrmonatigen Ausbildung besaßen sie eine gewisse Qualifikation, die sie gegenüber vielen anderen Proletarierinnen privilegierte, aber oft zu abschätziger Behandlung seitens der besser qualifizierten Gehilfen (Maschinenmeister und Schriftsetzer mit bis zu vierjähriger Lehrzeit) führte.

Bei der Konzeption dieser Arbeit und bei der Recherche habe ich mich daher an einer *intersektionalen Perspektive* orientiert.<sup>7</sup> Allgemein gesprochen bedeutet »intersektional« zunächst, Verschränkungen verschiedener Machtverhältnisse im Blick zu behalten und zusammenzudenken. Der Ansatz wurde zuerst in den USA diskutiert (engl. *intersection*  $\triangleq$  Schnittpunkt, Kreuzung) und wird zunehmend in deutschen Debatten aufgegriffen.

Machtverhältnisse, die mit Hilfe von Herrschaftsstrukturen wie etwa Geschlecht, *race* oder Klasse hergestellt werden, können in intersektionaler Perspektive leichter entschlüsselt werden. Im vorliegenden Fall sind besonders die Strukturen Geschlecht, Klasse und Ausbildungsstand zentral. Ihre Auswirkungen werden untersucht, und zwar sowohl in ihrer kollektiven Dimension als auch ihre Konkretion am Individuum. Dabei entsteht kein Beitrag zur theoretischen Debatte um Intersektionalität, vielmehr wird deren (historische) Empirie ausgebreitet, die mir oft zu kurz zu kommen scheint: Wie veränderte sich die Lebenswirklichkeit für einen Menschen der Arbeiterklasse in Abhängigkeit vom Geschlecht? Wie verstärkten sich bereits vorhandene geschlechtliche Machtverhältnisse, weil Arbeiterinnen keine »ordentliche« Ausbildung machen konnten? War es für schlechter ausgebildete Männer einfacher oder schwerer, solidarisch mit Kolleginnen zu agieren?

Mindestens ebenso wichtig ist die Frage, wie die Menschen ihre Lage selbst analysierten und versuchten, sie aus eigener Kraft zu verbessern: Wie ordneten die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen ihre Situation ein? Welchen Aspekt, welches Unterdrückungs- bzw. Ausbeutungsverhältnis thematisierten sie bei welcher Gelegenheit und wie prägte dies die Gewerkschaftsarbeit? War erfolgreiche Gegenwehr vorhanden und wie sah sie aus?

Neben dieser intersektionalen Perspektive hat mir die Beschäftigung mit dem Ansatz der *Dispositivanalyse* sehr geholfen, den Zusammenhang zwischen Sprache, subjektiven Wahrheiten und (politischem) Handeln nicht aus den Augen zu verlieren.<sup>8</sup> Obwohl diese Reflexionen im Forschungsprozess eine wichtige Rolle spielten, habe ich aus Gründen der Lesbarkeit und Prioritätensetzung auf theoretische Darlegungen und methodologische Diskussionen verzichtet.

---

7 | Vgl. allgemein zur intersektionalen Perspektive Meyer 2017 und Winker/Degele 2009. Für die Geschichtswissenschaft mit Fokus auf die deutsche ArbeiterInnenbewegung ist immer noch Canning 1993 hilfreich.

8 | Dazu Fuhrmann 2017a, S. 13–40.

### 1.3 Zum Forschungsstand

Der Forschungsstand ist in seinen Teilbereichen uneinheitlich. Dürftig sind die Erkenntnisse zur Rolle von Frauen im Buchdruck und zur gewerkschaftlichen Organisation der Hilfsarbeiterinnen. Als Angela Gabel 1988 eine Arbeit zum Thema »Die Arbeiterinnen und ihre gewerkschaftliche Organisation im deutschen Buchdruckgewerbe« vorlegte, musste sie feststellen:

»Mein Wissensstand [...] beschränkte sich also auf die Feststellung: es gab Frauennarbeit im deutschen Buchdruckgewerbe; was auch in etwa den Aussagen der Sekundärliteratur entspricht.«<sup>9</sup>

Und sie ergänzt:

»Völlig unaufgearbeitet ist das Entstehen [...] der weiblichen und männlichen Hilfsarbeiterschaft.«<sup>10</sup>

In den zuvor erschienenen einschlägigen, monumentalen Werken zur Geschichte der Gewerkschaften im Druckbereich wurden die Hilfsarbeiterschaft als Ganzes und die Frauen im Speziellen in Fortsetzung jahrzehntelanger Traditionen ignoriert.<sup>11</sup> In 2019 habe ich eine biografische Arbeit über die erwähnte Paula Thiede vorgelegt, die einige der Desiderate bereits aufgegriffen hat.<sup>12</sup>

Während zur sozialistischen Frauenbewegung im Umfeld der SPD kontinuierlich Publikationen zu beobachten sind, ist die Forschungslage zum Thema *Gewerkschaften und Geschlecht* in historischer Perspektive sehr eingeschränkt, was in verstärktem Maße für die Zeit um 1900 gilt.<sup>13</sup> Für

---

9 | Gabel 1988, S. 1.

10 | Gabel 1988, S. 12.

11 | Beier 1966 und Zentralvorstand der IG Druck und Papier im FDGB 1966. Die beiden Bände setzen eine auf männliche Facharbeiter zentrierte Forschungstradition fort, die bereits von Tiedemann 1897 begonnen wurde.

12 | Fuhrmann 2019.

13 | Maßgeblich ist immer noch die Arbeit von Gisela Losseff-Tillmanns aus dem Jahr 1978 (!), die bis heute kaum Überarbeitung oder Ergänzung erfahren hat. Eine biografische Umschau bietet Schneider 1988. Für die Zeit nach 1945 sind mit Plogstedt 2013 und 2015 zwei jüngere Monografien zu nennen. Unbedingt zu

den »Deutschen Metallarbeiter-Verband« (DMV) hat Brigitte Kassel jedoch 1997 die umfangreiche Monografie »Frauen in einer Männerwelt« vorgelegt, die hier fallweise als Vergleichsfolie herangezogen werden konnte. Einen besonderen Hinweis verdienen die 40 Seiten, auf denen die Verfasserin ganz konkrete Beispiele von Frauen, die in Arbeitskämpfen eine aktive Rolle gespielt haben, zusammengetragen hat.<sup>14</sup> Zwar sind zu einzelnen Akteurinnen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte in jüngerer Zeit einige biografische Texte erschienen,<sup>15</sup> insgesamt jedoch bleibt die Forschungslage ausbaufähig.

Bemerkenswerterweise kommen zu Frauen in der deutschen ArbeiterInnenbewegung im Kaiserreich immer wieder erhellende Publikationen aus US-amerikanischen Forschungskontexten. Zu nennen sind an erster Stelle die Arbeiten von Kathleen Canning, Jean H. Quataert und Ava Baron.<sup>16</sup> Dazu zählen auch einige Arbeiten von Anne Lopes, die eine zunehmende Autonomie der Berliner Arbeiterinnenbewegung in den 1890er Jahren konstatiert<sup>17</sup> und einen kooperativen Organisationsstil sowie »cross-class and cross-gender affiliations« als Charakteristikum nennt. Dieses wichtige Merkmal wird aber von den meisten Historiker\*innen übersehen, so dass die enorme Bedeutung der Berliner Arbeiterinnenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts für die Geschichte des Feminismus ebenfalls nicht gewürdigt wird.<sup>18</sup>

Wie so oft in der Geschichte von Arbeiterinnen hat ein veritables Quellenproblem zur Unterschätzung der Bewegung als Ganzes geführt. In diesem Fall wurde die eingeschränkte Quellenproduktion und -archivierung noch durch den Repressionsdruck des Sozialistengesetzes und des preußischen Vereinsgesetzes verschärft, der zur Vernichtung belastenden

---

empfehlen ist außerdem die Schwerpunktausgabe »Klasse und Geschlecht« der Zeitschrift »Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien« (Ausgabe 2019/III).

**14** | Kassel 1997, S. 517–556.

**15** | Sachse 2010; Géliou 2007; Losseff-Tillmanns 2015; Kühne 2015; Haake 2018 sowie Puschnerat 2003 und Plener 2008 zu Clara Zetkin.

**16** | Canning 1993 und 1996; Quataert 1979 und 1996; Baron 1989 und 1991. Zeitlich später angesiedelt und international ausgerichtet ist Boris/Hoehetker/Zimmermann 2018.

**17** | Lopes 2009, S. 115.

**18** | Lopes 2009, S. 116.

Materials führte. Dieser Mangel an Quellen führte im Fall der drei wichtigsten Berliner Arbeiterinnenvereine<sup>19</sup> dazu, dass die bewegungsinternen Auseinandersetzungen zu Unrecht ein Jahrhundert lang im Vordergrund standen.<sup>20</sup>

Der viel größere und längere Versuch der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen, im Rahmen einer Gewerkschaft »cross-gender«-Politik zu machen, ist hingegen noch überhaupt nicht interpretiert worden. Im hier vorliegenden Band mache ich einen Vorschlag für eine solche Interpretation des Wirkens der Frauen und Männer, die im VBHi die beiden Machtverhältnisse Geschlecht und Klasse nicht gegeneinander ausspielten, sondern in der Praxis zu berücksichtigten suchten.

Dafür gibt es durchaus einige zeitgenössische Werke, die ein Mindestmaß an empirischem Material zur Lage und Organisation von Arbeiterinnen im Kaiserreich bieten.<sup>21</sup> Hinsichtlich der Gewerkschaften der HilfsarbeiterInnen im Buchdruck ist die spezifische Quellenlage zumindest ausreichend: Während Korrespondenzen, Erinnerungen und visuelles Material fast gänzlich fehlen, ist das veröffentlichte Material des VBHi im Wesentlichen erhalten geblieben, wenn es auch aus verschiedenen Beständen zusammengestellt werden musste. Dazu zählen die Rechenschafts- und Kassenberichte, die Verbandstagsprotokolle und die Verbandszeitschrift »Solidarität« (mit zum Teil sehr detaillierten Berichten). Ausgewählte Biografien wurden mit auffindbaren Personenstandsunterlagen angereichert und ergänzt. Insgesamt bietet das Material dieser sehr besonderen Gewerkschaft eine seltene Gelegenheit, ganz konkrete Praktiken zu beleuchten, mit denen eine Gewerkschaft auf das Spannungsverhältnis zwischen Geschlecht und Klasse reagierte.

---

**19** | »Verein zur Vertretung [manchmal: Wahrung] der Interessen der Arbeiterinnen« (firmierte zum Teil unter verschiedenen Namen), »Verein der Berliner Mäntelnäherinnen« und der sogenannte Nordverein oder »Berliner Arbeiterinnen-Verein im Norden«, ein Ableger des erstgenannten Vereins.

**20** | Lopes 2009, S. 116–118. Trotz stark einseitiger Wertungen konnte sich der verhältnismäßig leicht zugängliche Text Berger 1889 als Interpretation durchsetzen.

**21** | Braun 1913 (verschiedene Auflagen); Hauff 1912; Braun 1906; Ihrer 1893 und 1898; für die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen VBHi 1911. Zu verschiedenen Fragestellungen ist außerdem das »Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« hilfreich.

## 1.4 Begriffe und Bezeichnungen

In diesem Buch ist von der »ArbeiterInnenbewegung« zu lesen. Die ursprüngliche Vorstellung, über eine »Arbeiterinnenbewegung« zu forschen und zu schreiben, entpuppte sich als unzutreffend, denn es handelte sich beim VBHi nicht um den Versuch, ausschließlich Frauen gewerkschaftlich zu organisieren, sondern vielmehr darum, einen Ansatz von Gewerkschaft zu entwickeln, der Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigte. Gerne hätte ich »Arbeiter\*innenbewegung« als Bezeichnung gewählt, doch es wäre eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn durch diese Schreibweise der Eindruck entstünde, die Gewerkschaften um 1900 hätten jenseits der Zweigeschlechtlichkeit gedacht oder gehandelt.

### Historische Bezeichnungen

Um den Lesefluss auf den folgenden Seiten nicht zu unterbrechen, seien an dieser Stelle einige Begriffe und Bezeichnungen kurz erläutert, die für heutige Leser\*innen nicht mehr ohne Weiteres verständlich sind.

Die Unternehmer, d.h. die Buchdruckereibesitzer, wurden in der Terminologie des Gewerbes als *Prinzipale* bezeichnet. Die ArbeiterInnen im Buchdruckgewerbe wurden unterschieden in Ungelernte, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen sowie *Gehilfen*. Letzteres war der Sammelbegriff für Buchdrucker, Maschinenmeister, Setzer und ähnliche Berufe, die eine mehrjährige Ausbildung voraussetzten und – mit Ausnahme der SchriftsetzerInnen – ausschließlich von Männern ausgeübt wurden. Statt von »Gehilfen« würde man heute von »Gesellen« sprechen. Wenn ein Gehilfe aus einer dieser Berufsgruppen einer sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaft beitrug, wurde er Mitglied im »Verband der Deutschen Buchdrucker« (VDB).

Deutlich kürzer fiel die Ausbildung bei den HilfsarbeiterInnen aus. Im Buchdruck zählten dazu AnlegerInnen, BogenfängerInnen, PunktierInnen, FalzerInnen und SaalarbeiterInnen. Gerade die drei erstgenannten stellten die Basis des VBHi dar und waren zu großen Teilen weiblich, während die beiden letztgenannten Berufe überwiegend von Männern ausgeübt wurden. Nach der Gründung des VBHi wurde das, was heute als Orts- oder Landesverband gelten würde, *Zahlstelle* genannt. In Berlin gab es von 1898 bis 1909 jeweils eine eigene Zahlstelle für Männer und Frauen, wobei die »Zahlstelle I« ausschließlich Frauen umfasste und die Tradition

des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« (1890–1898) fortführte. Die »Zahlstelle I« ging 1909 in der neuen »Ortsverwaltung Berlin« auf.

Sowohl der VBHi als auch der VDB waren Teil der *freien Gewerkschaften*. Diese sozialdemokratisch orientierten Verbände koordinierten ihre Zusammenarbeit in der »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands«, die als Vorläufer des DGB gesehen werden kann. Nicht damit zu verwechseln ist die »Berliner Gewerkschaftskommission«, die ein lockerer Zusammenschluss der Berliner Gewerkschaften und Vereine war und deren Gründung auf lokalistische Ideen zurückging. Der gewerkschaftliche Lokalismus stellte sich gegen die zeitgenössische Tendenz zur Zentralisierung und pflegte ein politisches Verständnis der Gewerkschaftsarbeit (mehr dazu in Kapitel 4.1).

### **Emanzipation und Feminismus**

Die Begriffe »emanzipatorisch« und »Emanzipation« werden in dieser Studie abweichend vom weiter gefassten zeitgenössischen Sprachgebrauch ausschließlich auf die Emanzipation der Geschlechter bezogen.

Wie andere vor ihr vertritt die britische Feministin Laurie Penny die Perspektive, »Feminismus« nicht als Identität zu nutzen, sondern als etwas, das man tun kann; mithin »feministisch« nicht als Beschreibung des *Seins*, sondern des *Handelns* zu verwenden:

»Ich denke, Feminismus ist etwas, das man tut und nicht etwas, was man ist [...] mein Feminismus basiert auf Grundgedanken sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit.«<sup>22</sup>

Dies öffnet die Verwendung des Begriffs für die historische Analyse – auch für Epochen, in denen er nicht oder kaum bekannt war. Genau in diesem Sinne – als *Handeln*, das auf die Gleichberechtigung der Geschlechter abzielt – werden »Feminismus« und »feministisch« hier und im Folgenden verwendet. Dies erleichtert es unter anderem, eine intersektionale Perspektive auf eine Gewerkschaft und deren FunktionärInnen einzunehmen.

---

22 | Penny/Nagel 2018.





## 2 Der Weg zu einer feministischen Gewerkschaft

---

Die wichtigste Funktionärin der Gewerkschaft der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen war Paula Thiede. Wie viele zeitgenössische Akteurinnen hat sie die Bezeichnung »Feministin« nicht verwendet – und schon gar nicht auf sich bezogen. Gleiches gilt für ihre Kolleginnen in der Gewerkschaftsarbeit. Der Begriff »Feminismus« an sich wurde zwar seit etwa 1860 – zunächst sehr selten – verwendet.<sup>1</sup> Das änderte sich um die Jahrhundertwende und seine Verwendung nahm etwas zu – wir finden ihn etwa in verschiedenen Schriften der Sozialistin Lily Braun<sup>2</sup> –, doch zählte der Begriff weiterhin nicht zu den positiven Selbstbeschreibungen der unterschiedlichen Frauenbewegungen.

An Paula Thiedes Person wird deutlich, wie das Verständnis von Feminismus mit dem Fokus auf das Handeln erweitert werden kann. Thiede machte sich für das Frauenwahlrecht stark, nahm an mindestens einer der SPD-Frauenkonferenzen teil und mischte sich auch darüber hinaus in sozialdemokratische Debatten ein.<sup>3</sup> Ihr Kerngeschäft blieb jedoch die tägliche Arbeit als Gewerkschafterin – an der Seite zahlreicher Männer und Frauen. Sie hat keine Revolution gefordert, weder eine politische noch eine geschlechterpolitische. Doch als weibliche Vorsitzende einer deutschen Gewerkschaft im Kaiserreich kann sie als Symbol für die geschlechterpolitischen und feministischen Aufbrüche dienen, die dieser Zeit eigen waren. Das Handeln von Paula Thiede und großer Teile des »Verbands der Buch-

---

1 | Vgl. DWDS 2020b.

2 | Braun 1906, S. 9 (der »bekannte belgische Feminist Louis Frank«); Braun 1901, S. 15 (»Feminist«, neutral), S. 205 (»Feminismus«, distanzierend) und S. 207 (»Feminismus«, neutral).

3 | Vgl. dazu Thiede 1911.

und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen« (VBHi) war feminis-  
tisch im oben genannten Sinne.

Thiede stand damit im Gegensatz zu etwa Ottilie Baader, die voll in der  
SPD-Parteiarbeit aufging und Frauenagitation nur als ein Mittel zum (Par-  
tei-)Zweck beschrieb.<sup>4</sup> Thiede unterschied sich auch von der bekanntesten  
deutschen Sozialistin der Zeit, Clara Zetkin, die hinsichtlich von reinen  
Frauenvereinen meinte, diese

»verzettelten [...] ihre Kräfte [...] in frauenrechtlerischen Bestrebungen, so daß die  
eigentliche (!) Aufgabe, am Kampf zwischen Kapital und Arbeit theilzunehmen,  
in den Hintergrund trete«. <sup>5</sup>

Zetkin bezeichnete sich daher 1894 als »entschiedene Gegnerin dieser Son-  
derorganisationen«. <sup>6</sup>

Der Fall der Frauen im VBHi und die vorangegangene Geschichte des  
»Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« beweist jedoch  
das Gegenteil von Zetkins Behauptung, wie sich im Folgenden zeigen  
wird. Denn die selbstständige Organisierung der Buchdruckerei-Hilfs-  
arbeiterinnen – Teil der »Arbeit« im Sinne Zetkins – ab 1890 war ein wich-  
tiger, wenn nicht der wichtigste Faktor für die Berücksichtigung ihrer  
eigenen Interessen. Schon anhand der wenigen Statistiken, die aus dieser  
Zeit zugänglich sind, lässt sich erkennen, dass die Hilfsarbeiterinnen inten-  
siver am »Kampf zwischen Kapital und Arbeit« teilnahmen als die weib-  
lichen Mitglieder anderer Gewerkschaften. Wären solche Ansätze inner-  
halb der Gewerkschaftsbewegung gefördert und nicht bekämpft worden,  
hätte dies den sozialdemokratischen Teil der ArbeiterInnenbewegung  
und so auch Zetkins »eigentliche« Agenda möglicherweise erheblich ge-  
stärkt.

Doch die Vorteile autonomer Organisierung wurden schließlich nur  
innerhalb der Hilfsarbeiterschaft im Druckgewerbe ernsthaft umgesetzt.  
Wie und in welchem Kontext dies erreicht wurde, wird in den nächsten  
Abschnitten beleuchtet.

---

4 | Vgl. Freude 1985, S. 49.

5 | Vorwärts, 7. Oktober 1894, S. 3.

6 | Vorwärts, 7. Oktober 1894, S. 3.

## 2.1 (Un)gleich: Proletarische Frauen und Gewerkschaften

Im patriarchal geprägten Kaiserreich bestand zwischen Männern und Frauen in vielfacher Hinsicht keine Gleichheit, in fast allen Lebensbereichen wurden sie unterschiedlich behandelt, selten zum Vorteil der Frauen.

Die wenigsten dieser Benachteiligungen ergaben sich unmittelbar aus der Tatsache, dass die meisten Frauen Kinder zur Welt bringen können, Männer aber nicht. Es ist jedoch zunächst festzuhalten, dass diejenigen Frauen, die Kinder bekamen, aufgrund dieses Umstands auch im Arbeitsleben Nachteile hatten – zum einen durch die körperlichen Einschränkungen während der Schwangerschaft und den oft gefährlichen Vorgang der Geburt und zum anderen durch die gegenseitige Gebundenheit von Säugling und stillender Mutter. Dies hatte eine Einschränkung oder Unterbrechung der Erwerbsfähigkeit zur Folge, wie sie in dieser Art und Weise für Männer nicht eintrat. An den Arbeitsstellen und auch in den Gewerkschaften war daher eine wesentlich höhere Fluktuation von Frauen zu beobachten und Unterbrechungen von Arbeitsverhältnissen waren häufiger.

Doch die meisten Strukturen, die zu ungleichen Bedingungen für Männer und Frauen führten, entstammten auch im Kaiserreich nicht der prinzipiellen Gebärfähigkeit von Frauen, sondern einer patriarchalen Ideologie. Diese nahm zwar auf diese Fähigkeit Bezug, durchzog jedoch alle Lebensbereiche, konstruierte angebliche Wesensarten der Geschlechter und legitimierte sich selbst mit einer vorgeblichen »Natürlichkeit«.

Im Kaiserreich wurden Unterschiede zwischen Männern und Frauen pauschalisiert, gesellschaftlich verstärkt und damit oft erst hergestellt. Im bürgerlichen Modell der Kleinfamilie wurden über die körperlich gebundenen Aufgaben Gebären und Stillen hinaus viele weitere Aufgaben, die eigentlich leicht mit anderen Menschen zu teilen gewesen wären, ebenfalls exklusiv der (vereinzelt)en Frau zugesprochen: Haushaltsführung, Kinderbetreuung und -erziehung sowie die emotionale Sorge für die gesamte Familie. An diesen ideologischen Idealen wurden Frauen gemessen, egal wie die Lebenswirklichkeit sich im Einzelfall darstellte.<sup>7</sup>

Die Kehrseite der Medaille war das Idealbild des Mannes als »Versorger«, der – im Gegensatz zur Frau – ein entsprechendes Einkommen erzielen sollte, was sich unter anderem in der Lohnstruktur widerspiegelte.

---

7 | Zur Fixierung dieser Ideologie im Recht vgl. Hausen 1997.

Die patriarchale Vorstellungswelt schlug sich zudem in einer sehr stark geschlechtsspezifischen Erziehung und Sozialisation nieder.

Einige der Benachteiligungen, die aus diesen ideologischen und kulturellen Strukturen resultierten, wurden von Zeitgenossen durchaus wahrgenommen, wie ein Beispiel aus der Diskussion um verbesserten Arbeitsschutz zeigt. In den »Sozialistischen Monatsheften« wurde 1901 über die möglichen Folgen der geschlechtsspezifischen Sozialisation berichtet und die Nachteile für Frauen zusammengetragen. Hierzu zählte der Autor Ignaz Zadek die geschlechtsspezifische Erziehung, die den Mädchen Bewegung und Spielen an frischer Luft vorenthielt, die Kleidung, die die Unfallgefahr für Frauen bei der Arbeit an Maschinen stark erhöhte und die Bewegungsfreiheit einschränkte, aber auch die mangelnde Ernährung, weil Frauen und Mädchen sich oft als Letzte satt essen durften. Durch ihre Doppel- und Dreifachbelastungen und -verantwortlichkeiten bekamen Frauen weniger Schlaf und hatten weniger erholsame Freizeitroutinen.<sup>8</sup>

Zu den geschlechtsspezifischen Nachteilen zählte Zadek aber auch die Belastungen durch die »ungleich größere Inanspruchnahme des weiblichen Organismus durch die Geschlechtsorgane und das Geschlechtsleben«, womit er sich neben der Mutterschaft unter anderem auf die Menstruation bezog. Aufgrund dieser Faktoren sah Zadek eine »geringere Widerstandsfähigkeit der Arbeiterin« bei berufsbedingten Krankheiten und empfahl daher verbesserten Arbeitsschutz, inkonsequenterweise allerdings nur während der Mutterschutzzeiten.<sup>9</sup>

Die Schwierigkeit für Gewerkschafterinnen war es indes nicht, diese Probleme zu erkennen, denn den meisten Arbeiterinnen dürften viele dieser Punkte hinreichend bekannt gewesen sein. Viel herausfordernder war es, daraus inmitten einer männergeprägten Bewegung hilfreiche Konsequenzen für die tägliche Arbeit zu ziehen.

Während in einigen Bereichen (z. B. Lohn, Kleidung und Ernährung) eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen mehr Emanzipation herstellte, erforderten andere Gebiete (z. B. Mutterschutz) eine Ungleich-

---

**8** | Zadek 1901, S. 169 f. Der Autor war Arzt und SPD-Kommunalpolitiker in Berlin-Neukölln. Zadek scheint einige zeitgenössische eugenische Ansichten geteilt zu haben, die im hier herangezogenen Text aber keine Rolle spielen; vgl. dazu Weindling 1987 und Schwartz 1994, dort insbesondere S. 558.

**9** | Zadek 1901, S. 169 f.

behandlung, um zum selben Ziel zu kommen. Erstaunlicherweise hat die Idee, dass Gleichheit oft durch ungleiche Behandlung befördert werden kann, aber bis heute nicht als expliziter Topos in Überlegungen zur Geschlechtergerechtigkeit Eingang gefunden.<sup>10</sup>

Paula Thiede formulierte 1914 die »absolute Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des weiblichen Geschlechts« als Zielvorstellung.<sup>11</sup> Zur Umsetzung dieses Ziels waren manchmal ungleiche Maßstäbe für Männer und Frauen angezeigt. Im VBHi wurde diese Erkenntnis nicht systematisch, doch wiederkehrend stark gemacht, z. B. 1916 in der Verbandszeitung »Solidarität« mit Blick auf die Frauenarbeit:

»Nichts ist verkehrter als Männer und Frauen in bezug auf die Berufsarbeit über einen Kamm scheren zu wollen; diese Gleichmacherei, wie sie heute leider an der Tagesordnung ist, würde sich bitter rächen. Wir müssen bei allen unseren wirtschaftlichen Einrichtungen stets daran denken, daß wir es mit Wesen zu tun haben, die doppelte Lasten zu tragen haben, es muß also, um es kurz zu sagen, die weibliche Berufsarbeit anders gewertet und anders behandelt werden, als die der Männer.«<sup>12</sup>

In der »Solidarität«, in der diese Sätze zu lesen waren, wurden parallel dieselben Rechte für Männer und Frauen sowie gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit gefordert. Diese beiden gleichzeitigen Forderungen – einerseits weibliche Berufsarbeit »anders« zu bewerten und andererseits gleiches Recht und gleiche Bezahlung zu etablieren – waren keineswegs unvereinbar, sondern vielmehr die Auflösung der Widersprüche, die den Alltag in der vergeschlechtlichten Arbeitswelt des Proletariats prägten.

Eine solche Programmatik und die entsprechende Praxis haben sich nur im VBHi entwickelt. Sich eine solche Position zu erarbeiten war bereits eine schwierige Aufgabe, wenn man die Widersprüche bedenkt, die die Idee der Gleichbehandlung in den Gewerkschaften hervorrief – von

---

**10** | Der Ansatz an sich war später vorhanden, etwa im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): Zum Ziel *gender justice* und den vorgeschlagenen Strategien seitens der ILO ab 1919 schreibt Dorothy Cobble eher beiläufig: »Sometimes that meant being treated the same as men; at other times, it meant being treated differently« (Cobble 2018, S. 36).

**11** | Thiede 1914, S. 826.

**12** | Solidarität, 1. April 1916, S. 2 (»Die Berufsarbeit der Frauen und Mädchen nach dem Kriege«, Teil II).

der kaiserlichen Gesellschaft ganz zu schweigen. Zwar ließen sich bei den freien Gewerkschaften gegen 1890 Ansätze für einen Sinneswandel erkennen, und auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress vom 14. bis 18. März 1892 wurde eine Resolution beschlossen, nach der alle Mitgliedsverbände per Statutenänderung Frauenbeteiligung zulassen sollten. Die Tiefe des Problems offenbart sich jedoch daran, dass sich längst nicht alle Gewerkschaften an diesen Beschluss hielten.

Im Falle der lokalistisch orientierten Verbände liegt der Grund nahe: Sie dachten ihren Gewerkschaften explizit eine politische Rolle zu und aufgrund des Verbotes politischer Betätigung von Frauen durch das preußische Vereinsgesetz hätten sie durch deren Aufnahme ihre Existenz riskiert.<sup>13</sup> Wenn allerdings 1899 erst 19 von 55 freigewerkschaftlichen Verbänden Frauen zu ihren Mitgliedern zählten, lag das nicht nur daran, dass in vielen (Lehr-)Berufen keine Frauen ausgebildet und eingestellt wurden,<sup>14</sup> sondern auch an einem prinzipiellen Unwillen. Manche Verbände wie die der Gastwirtsgehilfen oder der Buchdruckergehilfen stellten sich noch jahrzehntelang quer. Dennoch waren die sozialdemokratisch orientierten freien Gewerkschaften, die in der »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« miteinander kooperierten, den liberalen Hirsch-Dunckerschen und den christlichen Gewerkschaften in Sachen Gleichberechtigung um Welten voraus.<sup>15</sup>

## 2.2 Die Lage der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts öffnete sich die Gewerkschaftsbewegung also in kleinen Schritten der Organisierung von Frauen und es gab einen »Mini-Boom« von – meist kurzlebigen – Vereinen, die die Interessen von Arbeiterinnen vertraten.<sup>16</sup> Im Falle der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen erleichterten es einige weitere Faktoren, dass deren Verband eine zumindest in Ansätzen gleichberechtigte gemischtgeschlechtliche Organisierung umsetzte, die den VBHi im Vergleich zu allen anderen Gewerkschaften auszeichnete.

---

13 | Hauff 1912, S. 15 f.

14 | Hauff 1912, S. 26 f.

15 | Lüders 1902, S. 12–17.

16 | Fuhrmann 2019, S. 43–47.

Zu dieser Zeit gab es in Berlin eine lebendiges Gewerkschaftsmilieu, das sich sehr dynamisch entwickelte und in dem eine bunte Mischung von Ansätzen ihren Platz hatte. Die Hilfsarbeiterschaft im Buchdruck umfasste in Berlin längst mehrere Tausend Personen, so dass die Entstehung einer entsprechenden Gewerkschaft naheliegend war. Nur eine kleine Minderheit davon waren Männer, bevor 1891 das Verbot der Frauennachtarbeit in den Fabriken wirksam wurde und die Einstellung von Männern als Hilfsarbeiter erforderlich machte.<sup>17</sup>

Weitere Vorteile für die Verbreitung der Gewerkschaftsidee in der weiblichen Hilfsarbeiterschaft lagen darin, dass viele Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen aus sozialdemokratisch organisierten Familien kamen<sup>18</sup> oder sich mit gewerkschaftsnahen Kollegen liierten<sup>19</sup> oder dass sich aus der täglichen Zusammenarbeit mit den gut organisierten Buchdruckern Kontakt zum Gewerkschaftsgedanken ergab. Zudem beinhaltete die Arbeit einen selbstverständlichen Umgang mit Texten – dies war schon für die frühe Entwicklung der zu Beginn rein männlichen Gewerkschaften der Buchdrucker und der Tabakarbeiter (die sich während der Arbeitszeit vorlasen) ein nicht unerheblicher Faktor gewesen. Anlegerinnen und Punktiererinnen hatten unter den Hilfsarbeiterinnen die verantwortungsvollsten Aufgaben an der Maschine und wurden, wenn sie sich als zuverlässig erwiesen, von den Gehilfen und Prinzipalen sehr geschätzt. Hierauf gründete ein Selbstbewusstsein, das auch für die eigenständige Organisation von großer Bedeutung war.

Die Voraussetzungen für kollegiales, im positiven Sinne »geschlechtsblindes« Verhalten waren in der Hilfsarbeiterschaft zudem besser als in vielen anderen Berufen mit langer Lehrzeit, die – mit Ausnahme von Schriftsetzerinnen – Männern vorbehalten waren. Das Verhältnis der Arbeiter zu

---

**17** | Thiede 1916, S. 5. Das Verbot der Frauennachtarbeit war ab Juni 1891 gültig; vgl. Reichs-Gesetzblatt 1891, S. 261–290 (Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung. Vom 1. Juni 1891), § 137: »Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von achteinhalb Uhr Abends bis fünfeneinhalb Uhr Morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach fünfeneinhalb Uhr Nachmittags beschäftigt werden.«

**18** | VBHi 1918, S. 101.

**19** | Mit VBHi-Kollegen, manchmal auch Gehilfen, waren z. B. verheiratet: Paula Thiede (geb. Berlin mit ihrem ersten Ehemann Rudolf Fehlberg), Gertrud Lodahl (geb. Strietzel), Sophie Teske (geb. Fiesel), Emilie Ehm (geb. Heidemann).



ihrem Beruf gilt allgemein als »dasjenige Merkmal, das sie am wirkungsvollsten von den anderen Erwerbstätigen unterschied«<sup>20</sup>. Im Falle der Gehilfen, also der ausgebildeten Druckarbeiter, führte das zu einer starken Kopplung der Geschlechtsidentität an den Beruf.<sup>21</sup> Die technische Entwicklung im Druckbereich entwertete die handwerkliche Qualifikation der Gehilfen und ließ ihre »zünftige« Tradition schnell zum überholten Relikt werden. Zugleich entstand mit den HilfsarbeiterInnen eine neue Berufsgruppe, die durch die technische Ausdifferenzierung größere Bedeutung bekam und sich durch die gewerkschaftlichen Kämpfe auch symbolische Anerkennung verschaffte.

Während diese Entwicklung das teilweise unsolidarische und frauenfeindliche Verhalten des »Verbands der deutschen Buchdrucker« (VDB) erklären kann, war die Wirkung innerhalb der Hilfsarbeiterschaft eine umgekehrte: Dort waren zunächst fast ausschließlich Frauen beschäftigt. Ihre Tätigkeit wurde aufgrund von Änderungen im Betriebsablauf wichtiger und verantwortungsvoller, was das Selbstvertrauen der arbeitenden Frauen positiv beeinflusste. Männliche Hilfsarbeiter hatten, anders als die Gehilfen, keine ritualisierte Aufnahme in eine männlich-zünftlerische Gemeinschaft durchlaufen, waren von Anfang an an weibliche Kolleginnen gewöhnt und hatten infolgedessen weniger Probleme mit selbstbewussten Kolleginnen. Die männlichen Hilfsarbeiterkollegen waren weniger auf Distinktion im Berufsfeld angewiesen, um ihre »Männlichkeit« zu schützen.

Doch selbst unter diesen verhältnismäßig guten Voraussetzungen war die Entstehung einer Frauengewerkschaft, ja sogar die bloße Beteiligung von Kolleginnen an Gewerkschaftsaktivitäten keinesfalls selbstverständlich. In Hamburg, wo sich 1890 einen Monat nach den Berliner Frauen ebenfalls eine Hilfsarbeitergewerkschaft gründete, »waren es, wie sonst fast überall in der Arbeiterschaft, die Kollegen, die den Anfang machten und zuerst einmal von den Kolleginnen nichts wissen wollten«.<sup>22</sup>

Diese Denkweise war aber nur eine der Schwierigkeiten, vor denen der »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« bei seiner Gründung stand. In der ArbeiterInnenbewegung war nur in Berlin ein nennens-

---

20 | Mooser 1984, S. 52.

21 | Vgl. dazu Baron 1989 und 1991.

22 | Thiede 1915b, S. 2.

wertener Erfahrungsschatz rein weiblicher Organisation vorhanden und die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen konnten sich kaum mit Kolleginnen anderer Berufe austauschen. Denn nur selten kam es zu vergleichbaren gewerkschaftlichen Frauenzusammenschlüssen, denen zudem keine Dauerhaftigkeit beschieden war.

Sogar bei den für Gleichberechtigung offeneren freien Gewerkschaften waren Frauen zunächst eine kleine Minderheit: 1892 waren – bei einer Gesamtmitgliederzahl von über 200.000 – insgesamt nur etwa 4.000 Frauen in den freien Gewerkschaften organisiert.<sup>23</sup> Die Anzahl der Vereine oder Verbände, die neben Männern auch weibliche Mitglieder in nennenswerter Zahl in ihren Reihen hatten, war in diesem Zeitraum selbst in Berlin überschaubar.<sup>24</sup> Daran änderte sich auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten nur wenig; auch nach der Gründung ihres Zentralverbands 1898 blieben die HilfsarbeiterInnen im Druckgewerbe bis zum Ersten Weltkrieg unangefochten die Gewerkschaft mit dem höchsten Frauenanteil.<sup>25</sup> Mit Ausnahme der BlumenarbeiterInnen, deren Mitgliederzahl nur 5 Prozent der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen betrug und deren Verband von Emma Ihrer geleitet wurde,<sup>26</sup> blieb der VBHi für lange Zeit der einzige mit einer weiblichen Leitung.

Neben dieser Ausnahmestellung hatten die Frauen im gewerkschaftlichen Bereich ein geschlechtsspezifisches Problem zu bewältigen, nämlich eine noch höhere Fluktuation der Mitgliedschaft, als sie in dieser Zeit sowieso schon üblich war.<sup>27</sup> Diese resultierte aus einer Kombination verschiedener Faktoren, nämlich der Norm der Kleinfamilie, patriarchalen Rollenvorstellungen und der Tatsache, dass Frauen im Gegensatz zu Männern Kinder zur Welt bringen können (siehe Kapitel 2.1). Sobald Frauen heirateten und/oder Kinder bekamen, war ihre Erwerbstätigkeit zu Ende,

---

23 | Braun 1913, S. 23 (Tabelle).

24 | Aus einer Statistik der Berliner Gewerkschaftskommission lässt sich ersehen, dass es nur diese eine rein weibliche Gewerkschaft gab und zahlreiche Gewerkschaften immer noch keine Frauen in ihren Reihen hatten; vgl. Berliner Gewerkschaftskommission 1895b, S. 44–51.

25 | Hauff 1912, S. 28f., Tabelle I.

26 | Hauff 1912, S. 28f., Tabelle I.

27 | Vgl. allgemein Tennstedt 1983, S. 412f.

falls der Mann ausreichend verdiente – und unterbrochen, wenn er es nicht tat oder nicht vorhanden war.<sup>28</sup>

Für die Jahre 1905 und 1906 liegen für den VBHi die entsprechenden Zahlen vor. Demnach traten bei einem insgesamt starken Mitgliederzuwachs 7.701 Männer ein und 4.085 aus. Bei den Frauen sind die Zahlen mehr als doppelt so hoch (!): 15.865 fanden den Weg in die Gewerkschaft und 10.171 verließen im gleichen Zeitraum den Verband.<sup>29</sup> Als 1896 mit einem kurzen, aber heftigen Streik der Neunstundentag auch für die HilfsarbeiterInnen erkämpft wurde (siehe Kapitel 2.3), waren von den 245 beteiligten Personen nur 20 verheiratet.<sup>30</sup>

Während die Fluktuation damit durchaus im Rahmen des Üblichen gelegen haben dürfte, hob sich die Situation der Hilfsarbeiterinnen im Buchdruck in anderen Bereichen ab: Sie übten eine noch recht junge Tätigkeit aus, deren Entstehen der technischen Entwicklung geschuldet war. Die Tätigkeit erforderte eine mehrmonatige Einarbeitung und bis zum Nachtarbeitsverbot für Frauen von 1891 waren Männer in der Hilfsarbeiterschaft deutlich in der Minderzahl. Trotz der hier skizzierten Probleme können die Hilfsarbeiterinnen als selbstbewusste Berufsgruppe gelten, die zudem mit verhältnismäßig solidarischen männlichen Kollegen zu tun hatte. So ergaben sich relativ gute Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Organisierung, die dennoch alles andere als einfach war. Diese Entwicklung wird im folgenden Abschnitt beschrieben.

## 2.3 Eine Berliner Frauengewerkschaft als Grundstein

Der »Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen« (VBHi) entwickelte ab 1898 passgenaue Antworten für die Anforderungen, die die Gemengelage aus *Geschlecht und Klasse* für seine Mitglieder bereithielt. Ohne eine daran interessierte (weibliche) Basis, die organisiert, interessiert und durchsetzungsfähig war, wäre diese Entwicklung nicht

---

28 | Dazu etwa Thiede 1911, S. 1249. In der »Solidarität« vom 9. Juli 1899 beginnt unter dem Titel »Streifzüge« (S. 1) eine Artikelserie, die Verbandsprobleme reflektiert und zu Beginn Überlegungen zur hohen Fluktuation insbesondere bei weiblichen Mitgliedern anstellt.

29 | VBHi 1908, S. 17.

30 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 15 und S. 51.

möglich gewesen. Der organisatorische, kulturelle und diskursive Nukleus dieser Basis war eine zunächst kleine Berliner Frauengewerkschaft.

Die Gründung dieses Berliner »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« am 5. März 1890 (später »Zahlstelle I«) war Teil einer gewerkschaftlichen Gründungswelle und erwies sich in den nächsten Jahren als das erfolgreichste und nachhaltigste derartige Projekt überhaupt.<sup>31</sup> Diese erfahrene und selbstbewusste Gruppe von Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen war die Voraussetzung dafür, dass eine Frau Vorsitzende des VBHi werden konnte und der Verband eine Agenda der Geschlechteremanzipation verfolgte.

Die schlechten Zustände in der Arbeitsvermittlung (siehe Kapitel 3.2.3) gaben den entscheidenden Anstoß für die Gründung des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen«. Die konkrete Initiative zur Gründung der auf Berlin beschränkten Frauengewerkschaft ging von vier namentlich nicht bekannten Punktiererinnen und dem Sozialdemokraten Wilhelm Werner aus.<sup>32</sup> Am 5. März 1890 – »noch unter dem letzten Schatzen des Sozialistengesetzes«<sup>33</sup> – wurde der Verein gegründet und Ernestine Jendritza zur Vorsitzenden gewählt.<sup>34</sup>

Es war auch diese Vereinsvorsitzende Jendritza, die sich am 12. November 1890 an das Polizeipräsidium Berlin wandte und um Genehmigung für eine Versammlung in der Alten Jakobstraße bat – zwecks »Gründung eines Organs«, also einer Vereinszeitung. Die Behörde lehnte jedoch mit Verweis auf die Kurzfristigkeit ab.<sup>35</sup> Das konnte das Vorhaben jedoch nur verzögern und nicht aufhalten, und am 1. Juli 1891 erschien »die erste Nummer der »Union«, die vom 1. Oktober ab »Neue Union« genannt wurde, weil schon eine ältere Zeitung mit dem zuerst gewählten Namen bestand.«<sup>36</sup>

Die Hilfsarbeiterinnen hatten ihren Verein zwei Monate vor ihren männlichen Kollegen gegründet und galten daher später im VBHi als »Zahlstelle I«. Obwohl sie auch die Initiative für die gemeinsame Zeitung

---

31 | Thiede 1915b, S. 2. Zur Gründungswelle vgl. Fuhrmann 2019, S. 45–47.

32 | Thiede 1915a. Leider ist dort der Name der vier Kolleginnen nicht genannt.

33 | Heydemann 1900.

34 | Thiede 1917, S. 358.

35 | Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14967, Blatt 206 (mit Anmerkungen).

36 | Thiede 1915a.

ergriffen hatten, lag die Redaktion der bald über Berlin hinaus gelesenen Zeitung<sup>37</sup> anschließend in männlichen Händen.<sup>38</sup> Ende 1894 stellte die »Neue Union«, von der leider keine Ausgabe erhalten ist, ihr Erscheinen ein.<sup>39</sup> Eine kontinuierlichere Entwicklung als die Zeitung nahm der »Ver-ein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« selbst.

Gegen Ende des Jahres 1891 kam es im Buchdruck zu einem großen reichsweiten Arbeitskampf, bei dem es sich um einen massiven Angriffsstreik für bessere Arbeitsverhältnisse handelte. Diesen zuerst hoffnungsvollen, dann zunehmend verzweifelten Kampf um den Neunstundentag hatten die Buchdruckergehilfen begonnen. Am 30. Oktober begannen in Leipzig die ersten Arbeitsniederlegungen und wie ein »schäumender Wildbach« folgten viele weitere Städte – am 14. November standen schließlich 12.000 Buchdrucker im Streik.<sup>40</sup> Von den Buchdruckern selbst ist er als »Arbeitseinstellung, die es im ganzen Weltenrund nicht gegeben« hatte, mit großen Worten erinnert worden.<sup>41</sup>

Die HilfsarbeiterInnen unterstützen ihre höher qualifizierten und besser bezahlten männlichen Kollegen – die Buchdruckergehilfen, also Maschinenmeister, Schriftsetzer, Schriftgießer etc. – bis an den Rand ihrer persönlichen und organisatorischen Kräfte. Sie verbanden mit dem Kampf nicht nur die Hoffnung auf Verbesserung der eigenen Lage, sondern verstanden ihre Unterstützung auch als praktische Solidarität: In einer gemeinsamen Versammlung der Männer und Frauen verabschiedeten 900

---

**37** | Am 6. September 1891 beschlossen die Hamburger eine Kombination der Vereinsmitgliedschaft mit dem Bezug der Berliner Zeitung – so »wurde ein Band geschaffen, das die Orte Berlin und Hamburg nicht mehr trennte« (Thiede 1915b, S. 2).

**38** | Zunächst zeichnete ein Herr Lehmann für die »Union« verantwortlich (Vorwärts, 7. August 1891, S. 6), anschließend bis zur Einstellung Ende 1894 Philipp Schmitt; vgl. Thiede 1915a.

**39** | Thiede 1915b, S. 3. Die behördliche Beobachtung (Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14548, Akte zur »Quartalspresse«) führte die »Union« erst ab dem III. Quartal 1892 (Blatt 185) und registrierte die Umbenennung für das I. Quartal 1894 (Blatt 246). Die Einstellung hätte demnach im II. Quartal 1895 stattgefunden (Blatt 281 und 295), aber die Behörden waren hier nicht auf dem aktuellen Stand. Zur Entwicklung der Verbandszeitschriften vgl. Fuhrmann 2019, S. 138–144.

**40** | Krahl 1916, S. 119f.

**41** | Krahl 1916, S. 120.

Berliner HilfsarbeiterInnen eine Resolution und erklärten ihre Teilnahme am Kampf der Gehilfen um den Neunstundentag: »Die Versammlung verpflichtet sich [...] Überstunden zu verweigern [...] überall, wo die Forderungen der Buchdrucker aufgestellt worden [sic!], für diese einzutreten.«<sup>42</sup>

Doch der Kampf der Buchdrucker ging verloren, denn die Behörden beschlagnahmten die gewerkschaftseigenen Geldreserven in den Unterstützungskassen, so dass die Streikkassen nach etwa zehn Wochen trotz breiter Solidarität ausgetrocknet waren. Vom 11. bis 16. Januar 1892 wurde das »Abkommen Büxenstein/Döblin« ausgehandelt, das eine Niederlage auf ganzer Linie darstellte: Die Arbeiten mussten zu den alten Bedingungen ohne jedwedes Zugeständnis wieder aufgenommen werden.<sup>43</sup>

Die beiden Berliner Organisationen der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen standen Anfang 1892 vor einem Scherbenhaufen. Noch deutete nicht viel darauf hin, dass nur wenige Jahre später der Neunstundentag für die Buchdrucker Wirklichkeit werden sollte und der Zentralverband der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen ab etwa 1900 eine wegweisende Rolle in der gewerkschaftlichen Organisation arbeitender Frauen und Mädchen spielen sollte.

Nach den großen Mitgliederverlusten im Zuge dieser Streikniederlage war der Organisationsgrad der HilfsarbeiterInnen im Buchdruck in Berlin jedoch Ende des Jahres 1895 bereits wieder auf 30 Prozent gestiegen.<sup>44</sup> Ein Streik im Februar 1896 brachte den Buchdruckergehilfen schließlich den »nachher soviel bekämpften Tarifabschluß«<sup>45</sup> samt dem Neunstundentag. Die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen entschieden sich daraufhin, »die gleiche Arbeitszeitverkürzung und sonstigen Vergünstigungen zu verlangen«<sup>46</sup>, auch ohne Tarifvertrag. Daraus spricht ein enormes Selbstbewusstsein der jungen GewerkschafterInnen, die erklärtermaßen dafür kämpften, »nicht als Arbeiter zweiter Klasse betrachtet zu werden«<sup>47</sup> – was sie von ihrer Ausbildung her durchaus waren.

---

42 | Vorwärts, 4. November 1891, S. 10.

43 | Krahl 1916, S. 182 f.

44 | Berliner Gewerkschaftskommission 1895b, S. 50 (35,2% der Männer und 29% der Frauen).

45 | Thiede 1915b, S. 3.

46 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 48.

47 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 48.

Als die Prinzipale sich weigerten, legten am 4. Mai etwa 300 ArbeiterInnen die Arbeit nieder.<sup>48</sup> Mit Hilfe des Arbeitsnachweises (siehe Kapitel 3.2) wurde der Kampf vergleichsweise leicht gewonnen,<sup>49</sup> denn durch die Kontrolle über die Vermittlungstätigkeiten konnte ein Streikbruch effizient verhindert werden. Die Auseinandersetzung wurde nach 26 Tagen am 30. Mai 1896 beendet, »da in den meisten Druckereien die Forderungen bewilligt worden waren«<sup>50</sup> – ein weiteres Zeugnis für die Handlungsfähigkeit der beiden HilfsarbeiterInnenvereine.

Die innere Entwicklung des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« sowie die Diskussionen und personellen Wechsel im Vorstand können aufgrund fehlender Quellen nicht in wünschenswerter Tiefe nachvollzogen werden. Trotzdem wird deutlich, dass die Frauengewerkschaft wie viele andere Gewerkschaften auch eine Identitäts-, Freizeit- und Kulturgemeinschaft war.

Auf die Bedeutung von Kneipen und Schankwirtschaften für die ArbeiterInnenbewegung des Kaiserreichs ist immer wieder hingewiesen worden. Gerade in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878–1890), in der es kaum legale Treffpunkte gab, fiel ihnen eine Schlüsselrolle im Milieu der Sozialdemokratie zu. Diese große Bedeutung behielten sie noch Jahrzehnte; die ab 1900 errichteten Gewerkschaftshäuser und Volkshäuser übernahmen diese Funktion nur teilweise. Große Bedeutung hatten Kneipen sowohl für die Freizeitgestaltung einschließlich politischer Diskussionen als auch für die offiziellen Treffen von politischen oder kulturellen Organisationen.<sup>51</sup> Für Frauen hatte das nicht zu unterschätzende Folgen für die Möglichkeiten politischer Partizipation:

»Es war nicht zuletzt die Verbannung der Frauen aus der Kneipe, die ihnen über Generationen die gleichberechtigte Integration in die Arbeiterbewegung verwehrte. [...] Solange sie in der Parteikneipe als dem zentralen Organisationsort

---

48 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 48.

49 | Fuhrmann 2019, S. 80–83.

50 | Berliner Gewerkschaftskommission 1896, S. 48.

51 | Vgl. zur Bedeutung von Kneipen für die ArbeiterInnenbewegung die Einleitung zur Quellenedition von Evans (1989, S. 7–39, insbesondere S. 12–33) und zur Gendergeschichte von (Arbeiter-)Kneipen Saldern 1995, S. 108.

der Bewegung ein Fremdkörper waren, blieben Frauen notwendig von den wesentlichen Diskussionen ausgeschlossen.«<sup>52</sup>

Einige der Hürden, die Frauen die Partizipation an politischen Treffen außer Haus erschwerten, resultierten aus moralischen Normen. Teile der ArbeiterInnenbewegung rückten Frauen in Kneipen in ein schlechtes Licht. Die für das Kneipenpersonal zuständige Gewerkschaft thematisierte lieber einen tatsächlichen oder vermeintlichen fließenden Übergang von der Kellnerin zur Sexarbeiterin, als sich für die Rechte der Kolleginnen stark zu machen – und versuchte, weibliches Personal aus den Schankwirtschaften herauszuhalten.<sup>53</sup>

Dies bedeutet indes nicht, dass sich die durchschnittliche Berliner Arbeiterin von ein paar Halbweltgerüchten aus der Kneipe fernhalten ließ, vielmehr gab es darüber hinaus oft keine Gelegenheit oder Dringlichkeit, dort einzukehren. An Gelegenheiten mangelte es biografisch spätestens dann, wenn zur Lohnarbeit und Haushaltsführung noch die Verantwortung für Kinder hinzukam. Und eine der zahlreichen politischen Runden zu besuchen, in denen Männer anscheinend unter sich bleiben wollten, dürfte vielen Frauen nicht besonders dringlich erschienen sein.

Und doch besuchten auch Frauen Gastwirtschaften, sei es aus Vergnügen oder weil sie sich nicht abschrecken ließen. Auch die Treffen im Rahmen des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« fanden in solchen Lokalen statt. Die Frauen der Zahlstelle I hatten jahrelange Erfahrung darin, den sozialdemokratischen Raum »Kneipe«, der aufgrund der genannten Faktoren eigentlich männlich geprägt war, für sich zu nutzen.

Doch Kneipenbesuch ist nicht gleich Kneipenbesuch. Wenn frau auf eine abendliche Versammlung gehen wollte, war dazu so manche Auseinandersetzung mit sich und der Familie zu führen. Nicht nur die eigenen Verantwortungsgefühle gegenüber Kindern konnten das Vorhaben erschweren, das Hindernis der Sorgeverantwortung bezog sich auch auf den Partner. So manches weibliche Gewerkschaftsengagement war bedroht,

---

52 | Hoffrogge 2010.

53 | Vgl. dazu Losseff-Tillmanns 1978, S. 331–335.



weil (Ehe-)Männer fürchteten, um das warme Essen oder den eigenen Keg labend gebracht zu werden.<sup>54</sup>

Dies galt auch für die Hilfsarbeiterinnen im Buchdruck: Bei der Vereinsgründung 1898 wurde berichtet, dass »unsere Kolleginnen von Seiten der Männer oder [des] Bräutigams von unserer Organisation zurückgehalten wurden«<sup>55</sup>. Das geschah um 1900 nicht nur im Verborgenen, wie eine Erinnerung der langjährigen Verbandsfunktionärin Emilie Ehm (geborene Heidemann) zeigt: »Wie oft haben mir Männer ihre Frauen unter wüsten Beschimpfungen aus den Sitzungen herausgeholt!«<sup>56</sup>

Außerdem fehlte angesichts der schlechten Löhne von Frauen nicht selten das nötige Geld für Getränke. Als sich die Kolleginnen vom »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« ab 1890 organisierten, waren sie als Frauengruppe eine große Ausnahme in den Hinterzimmern verschiedener Kneipen zwischen Moritzplatz und Spree. In einer vermutlich 1909 erschienenen Broschüre, die für die Verbandsmitgliedschaft im VBHi warb und sich explizit an weibliche Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen richtete, wurden Druckereiversammlungen nach Feierabend angekündigt, die wie selbstverständlich in Kneipen stattfanden, bei denen jedoch explizit »kein Trinkzwang« bestand.<sup>57</sup>

Nicht nur zu den allernötigsten Versammlungen nahmen sich die organisierten Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen frei, sondern entwickelten trotz ihrer meist raren Freizeit auch ein äußerst reges Vereinsleben. Allein im Jahr 1899 feierte die Zahlstelle I, also der Frauenverein, eigenständig drei große Feste in Berlin. Nach einem »Großen Maskenball« am 21. Januar 1899<sup>58</sup> folgte das alljährliche Stiftungsfest am 18. März 1899 (»Männer, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf.«), das an die Gründung neun Jahre zu-

---

**54** | Vgl. dazu großartig Beier 1998. Dort findet sich eine fiktive, aber die Realität vermutlich gut abbildende Kompilation von Schwierigkeiten der Heimarbeiterinnen, auch nur an einer einzigen abendlichen Versammlung teilnehmen zu können. Die Ablehnung des Engagements von Frauen in Gewerkschaften wurde demnach teils mit körperlicher Gewalt durchgesetzt.

**55** | Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1898), S. 7.

**56** | Ehm 1952, pag. 5.

**57** | Thiede o.J., S. 14.

**58** | Solidarität, 8. Januar 1899, S. 4.

vor erinnerte.<sup>59</sup> Am 22. Juli 1899 krönte dann ein »Großer Sommernachtsball« die Festsaison,<sup>60</sup> der wie die die meisten anderen Feste im großen Saal der bekannten Arminhallen in der Kommandantenstraße 20/21 stattfand. Gegen Jahresende wurde nochmals im kleineren Kreise der aktiven Frauen das knappe Leben gefeiert: »Tanz und humoristische Vorträge hielten die Mitglieder noch lange in heiterster Stimmung beisammen«, notierte die Protokollantin Gertrud Hanna über das Ende einer regulären Zahlstellenversammlung.<sup>61</sup>

Die Frauen der Zahlstelle I, denen der VBHi seine Sonderstellung verdankte, wiesen also eine große kulturelle Eigenständigkeit auf, die ein Gegengewicht zu den ernsten Themen der Gewerkschaftsarbeit bildete. Diese Eigenständigkeit förderte nicht nur die Mitgliederbindung im Verband, sondern auch das Selbstbewusstsein der oft sehr jungen Frauen.

Auch Paula Thiede übernahm als eine von vielen Engagierten verschiedene kulturelle Aufgaben. Zum Beispiel war sie 1895 eine der Delegierten des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« für die »Vergnügungskommission« des Berliner Graphischen Kartells, die für die sogenannten Graphischen Sommerfeste verantwortlich war.<sup>62</sup> Sie betrieb sogar mit ihrem zweiten Ehemann – einem gelernten Gastwirtsgehilfen – von 1900 bis 1901 selbst eine Kneipe in der einschlägigen Gegend des südlichen Spreeufers, in der sich auch sozialdemokratische Vereine trafen.<sup>63</sup>

Die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen besetzten also nicht nur die benötigten (Kneipen-)Räume für ihre »Women only«-Verbandsaktivitäten, sondern waren als Frauen aktiver und sichtbarer Teil der Kultur der ArbeiterInnenbewegung. Die Bedeutung dieser Aktivitäten kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Ein Bericht über das erwähnte Sommerfest von 1895 gibt ein eindrückliches Zeugnis von der Wirkung auf die Beteiligten, bei denen Solidarität und Selbstbewusstsein gestärkt wurden:

---

59 | Solidarität, 5. März 1899, S. 4.

60 | Solidarität, 9. Juli 1899, S. 4.

61 | Solidarität, 24. Dezember 1899, S. 4 (Bericht der Zahlstelle I von einer Versammlung am 9. Dezember).

62 | Solidarität, 28. Juli 1895, S. 3.

63 | Fuhrmann 2019, S. 109–116.

»Die ganze Stimmung der Festteilnehmer- und Nehmerinnen [sic!] war eine von echtem verwandtschaftlichem Geiste beseelte«

hieß es im Rückblick.<sup>64</sup> Das Fest lässt sich als Baustein einer *Klasse im Werden* lesen.<sup>65</sup> Als Motto des Abends entwickelte sich nach einer Rede des Buchdruckers und VDB-Vorsitzenden Emil Döblin der Spruch

»Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
In keiner Noth uns trennen und Gefahr.«<sup>66</sup>

Diese Formulierung war eine klassenpolitische Interpretation des Rütli-schwurs (die Worte stammen aus Schillers »Wilhelm Tell«) und wurde in den folgenden Jahrzehnten in der ArbeiterInnenbewegung immer wieder herangezogen. Zwar war in dem Zitat nur von »Brüdern« die Rede, aber die sprachliche Aufmerksamkeit, im Jahr 1895 von »Festteilnehmer- und Nehmerinnen« zu sprechen, weist darauf hin, dass eine diverse Klasse, die nicht nur männliche Facharbeiter umfasst, prinzipiell auch im Kaiserreich gelebt werden konnte – wie es auch die Vereinsaktivitäten der Frauen selbst zeigen.

Die ersten Jahre des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« waren die schwierigsten, doch es gelang den Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen, ihre Organisation zu konsolidieren. Noch ahnten die wenigsten von ihnen, dass sie damit den Grundstein dafür legten, dass 1898 mit Paula Thiede eine der ihren zur ersten Frau an der Spitze einer gemischtgeschlechtlichen Gewerkschaft weltweit wurde.

Nach Beendigung des bereits erwähnten erfolgreichen 1896er-Streiks wurde am 11. November 1896 erstmals vorgeschlagen, eine »Agitationskommission zur Vorbereitung eines reichsweiten Zusammenschlusses« zu gründen. Zweifel, ob eine solche Aufgabe nicht verfrüht käme, wurden insbesondere aus der Frauengewerkschaft, konkret von Clara Bien, vorgebracht und führten zu einer Verschiebung des Vorhabens. Zehn Monate später, im September 1897, wählte dann eine Versammlung der männli-

---

64 | Solidarität, 8. September 1895, S. 1f.

65 | Zur zentralen Funktion der subjektiven Komponenten für das Bewusstsein, Arbeiterklasse zu sein, vgl. das immer noch grundlegende Werk von Thompson (1963/2013).

66 | Solidarität, 8. September 1895, S. 1f.

chen und weiblichen HilfsarbeiterInnen eine Agitationskommission zum Zwecke der Gründung eines Zentralverbands der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen und -arbeiter. Dieser Kommission gehörten neben Paula Thiede auch Clara Bien und drei männliche Kollegen an.<sup>67</sup>

Dass sich der Frauenverein massiv in diese gemischtgeschlechtliche Kommission einbrachte, war eine strategisch sinnvolle und weitreichende Entscheidung. Die Aufgabe der Kommission bestand darin, die ersten Ansätze überregionaler Verbindung weiter auszubauen. Es gab bereits einige Orte (Hamburg, Breslau, Straßburg und München), die Verbindungen nach Berlin unterhielten, das Berliner Blatt »Solidarität« abonniert hatten und mit dem geplanten Zusammenschluss einverstanden waren, und es sollten noch mehr werden.<sup>68</sup>

Wenige Wochen später, am 12. Dezember 1897, legte die Agitationskommission einen Rechenschaftsbericht ab.<sup>69</sup> Demnach hatte sie Tausende Druck-Erzeugnisse, Briefe und Karten verschickt, war mit 36 Städten in Verbindung getreten und hatte an 13 Druckereiversammlungen teilgenommen – ein beeindruckendes Arbeitspensum für das ehrenamtlich arbeitende Gremium.<sup>70</sup> Die aus Berlin ins Land geschickte »Agitatorin« war Clara Bien,<sup>71</sup> für den Bericht der Kommission war Paula Thiede verantwortlich.

Die Agitationskommission bekannte sich zu den Zielen der »modernen Arbeiterbewegung« und kündigte an, dass etwaigen »Gegenströmungen [...] mit aller Entschiedenheit entgegentreten wird«. Solche »Gegenströmungen« sollten aber in der Geschichte des Verbands immer wieder eine Rolle spielen: Lokalistische Traditionen hielten sich latent in einigen Zahlstellen und brachen sich zu verschiedenen Gelegenheiten Bahn.<sup>72</sup>

Durch diese Vorarbeiten, von denen die Frauen einen entscheidenden Anteil übernommen hatten, konnte an Pfingsten 1898 der VBHI in Berlin

---

67 | Vgl. Thiede 1905b.

68 | Vgl. Thiede 1905b. Die »Solidarität« wurde 1897 noch von der »Graphischen Kommission Berlins« herausgegeben; zur Graphischen Kommission (auch »Graphisches Kartell Berlins«) vgl. auch Fuhrmann 2019, S. 139–141.

69 | Abgedruckt in Thiede 1905b.

70 | Solidarität, 12. Juni 1898, S. 1.

71 | Thiede 1915b, S. 3.

72 | Vgl. dazu insbesondere die Vorkommnisse auf dem Verbandstag 1912 (siehe Kapitel 4.4).

gegründet und Paula Thiede zur Vorsitzenden gewählt werden.<sup>73</sup> In einem Rückblick auf die Verbandsgründung schreibt sie 1917:

»[Die] Tatsache, daß bei der Gründung unseres Verbandes im Juli 1898 die größte Zahlstelle nur aus Frauen bestand und von diesen selbst [...] vorher erfolgreich geleitet worden war, ist mit als Ursache anzusehen, daß eine Frau als Leiterin des Verbandes gewählt wurde, der sich aus Frauen und Männern zusammensetzt.«<sup>74</sup>

Die Gründung eines Zentralverbands auf Reichsebene brachte es mit sich, dass bis dahin lokale Entscheidungsbefugnisse auf den neuen, zentralen Vorstand übertragen wurden. Solche vor allem in den 1890er Jahren gegründeten Zentralverbände waren für die meisten Gewerkschaftsmitglieder etwas Neues. Sie beschnitten notwendigerweise die lokalen Kompetenzen und waren daher oft umstritten. Die im VBHi dadurch hervorgerufenen Konflikte waren heftig und zogen sich über viele Jahre hin.

Der erste große Konflikt erforderte nach nicht einmal einem Jahr einen außerordentlichen Verbandstag und stellte eine echte Zerreißprobe für den jungen VBHi dar.<sup>75</sup> Bemerkenswerterweise waren es die Frauen, die als Erste rebellierten und sich dadurch für viele Jahre eine starke Stellung im Verband sicherten. Am Anfang stand das Vorhaben des Verbandes, den wöchentlichen Mitgliedsbeitrag für den Gesamtverband, der für alle Mitglieder gleich hoch war, von 10 auf 15 Pfennig zu erhöhen. Zum einen sollten die Einnahmen verwendet werden, um ein sogenanntes Obligatorium für die »Solidarität« einzuführen, d. h. allen Mitgliedern die Zeitung im automatischen Abonnement zukommen zu lassen; zudem wurden ein Jahr nach Verbandsgründung die ersten Zahlungen an Mitglieder fällig, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Zum anderen sollten die höheren Einnahmen die generelle Handlungsfähigkeit des Verbandes gewährleisten.<sup>76</sup>

Doch das Vorhaben einer Beitragserhöhung stieß auf Widerstand. Etlliche FunktionärInnen hegten Zweifel, ob eine so deutliche Erhöhung der

---

73 | Dazu ausführlich Fuhrmann 2019, S. 85–95.

74 | Thiede 1917, S. 365.

75 | Dazu ausführlich Fuhrmann 2019, S. 102–109.

76 | Solidarität, 23. Juli 1899, S. 1 f.

Beiträge nicht massenhafte Austritte nach sich ziehen würde; besonders skeptisch war die einzige rein weibliche Zahlstelle: Die Kolleginnen unter Wortführung von Emilie Heidemann befürchteten, dass eine Beitragserhöhung das Weiterbestehen der Zahlstelle I gefährden würde.<sup>77</sup>

Für diese Befürchtung gab es gute Gründe: Bei den weiblichen Hilfsarbeiterinnen herrschte traditionell eine größere Fluktuation, die durch die bereits angesprochenen spezifisch weiblichen Lebensumstände bedingt war. Die Fabrikarbeit wurde oft nur als begrenzter Zeitraum betrachtet und tatsächlich sorgten Heirat, Kinder oder Krankheit häufig für das Ende oder die langjährige Unterbrechung dieser Lohnarbeit. Durch diese Fluktuation und die Tatsache, dass die Hilfsarbeiterinnen oft sehr jung waren, war eine gefestigte Verbandsbindung schwer herzustellen. Viele der jungen Anlegerinnen oder Bogenfängerinnen waren nicht routiniert darin, politische Loyalitäten auszubilden. Diese Faktoren in Kombination mit den – im Vergleich zu den männlichen Hilfsarbeiterkollegen – niedrigeren Einkommen sorgten für die spezifische Lage der Zahlstelle I.

Doch die Konfliktsituation des Jahres 1899 war nicht auf die Beitragserhöhung beschränkt. Hinzu kam, dass nach den ersten Erfahrungen mit der Struktur eines Zentralverbands die Vorbehalte gegen die Zentralisierung an sich verstärkt formuliert wurden. Die Protagonistinnen der Zahlstelle I fühlten sich in verschiedenen Belangen übergangen und sprachen von einer »Diktatur«.<sup>78</sup> Auch die Verwaltung des Arbeitsnachweises spielte eine Rolle. Die Frauen wollten diesen vor einer gemeinsamen Verwaltung mit den Berliner Männern schützen – und verteidigten damit auch ihre Eigenständigkeit als Zahlstelle.<sup>79</sup>

Aufgrund des heftigen Widerstands der Zahlstelle I gegen die Zentralisierung wurde bereits nach weniger als einem Jahr ein erster außerordentlicher Verbandstag anberaumt, der vom 21. bis 23. Mai 1899 in Berlin stattfand.<sup>80</sup> Dieser sollte über den obligatorischen Bezug des Verbandsblattes für alle Mitglieder und eine damit einhergehende Beitragserhöhung entscheiden, beschloss aber aufgrund großer Kontroversen, die Basis entscheiden zu lassen. Zu diesem Zweck sollte der Vorstand eine Urab-

---

77 | Vgl. Thiede 1905b.

78 | Solidarität, 13. August 1899, S. 3.

79 | Solidarität, 12. November 1899, S. 3.

80 | Dazu ausführlich Fuhrmann 2019, S. 102–109.

stimmung über diese Frage organisieren, die für den August 1899 geplant wurde.<sup>81</sup> Der Vorstand warb eindringlich dafür, die Notwendigkeit der Beitragserhöhung sowie der Rettung und weiteren Verbreitung der »Solidarität« zu sehen und entsprechend abzustimmen: »[D]ie Zeitung ist das Rückgrat einer Organisation« schrieb Paula Thiede dazu.<sup>82</sup> Mit diesem Schritt fasste die Verbandsleitung perspektivisch schon die vollständige Übernahme der »Solidarität«, die zu diesem Zeitpunkt noch vom Graphischen Kartell Berlins herausgegeben wurde, ins Auge.<sup>83</sup>

Am 27. September 1899 jedoch, noch bevor das Ergebnis der Urabstimmung über die Beitragserhöhung bekannt wurde, trat die Zahlstelle I – mit 419 Frauen die mitgliederstärkste überhaupt<sup>84</sup> – aus dem VBHi aus.<sup>85</sup> Die Urabstimmung selbst ergab schließlich bei einer Gesamtmitgliederzahl von 1.467 Personen eine deutliche Mehrheit für Beitragserhöhung (524:304), die den Streit ausgelöst hatte. In der Zahlstelle I stimmten 113 Frauen gegen und 44 für den Bezug der »Solidarität« bzw. die Beitragserhöhung, was eine verhältnismäßig geringe Wahlbeteiligung bedeutet.<sup>86</sup>

Der Zentralvorstand um Paula Thiede bat schließlich den Zusammenschluss der Berliner Gewerkschaften, eine Schlichtung zu übernehmen. Mit der Frage nach dem Verbleib der (geschlechter-)politisch wichtigen und mitgliederstarken Zahlstelle I stand im Grunde die Zukunft des gesamten Verbands auf dem Spiel. Doch erst »nach Abhaltung verschiedener stürmischer Sitzungen und Versammlungen« gelang es, die Frauen zum Wiederanschluss am 18. Oktober 1899 zu bewegen.<sup>87</sup> Die Resolution, die der Einigung dann zugrunde lag, ging in wesentlichen Teilen auf die Forderungen der Zahlstelle I ein:

»Der Arbeitsnachweis untersteht der Aufsicht der örtlichen Verwaltung. Der Verband hat die Pflicht, die örtlichen Verwaltungen zu unterstützen. Von den Verbandsbeiträgen der Filialen verbleiben 10% den Filialen, die anderen 90% sind

---

**81** | Vgl. Thiede 1905b.

**82** | Solidarität, 23. Juli 1899, S. 1; ähnlich Thiede 1905b.

**83** | Solidarität, 23. Juli 1899, S. 1.

**84** | Solidarität, 1. Oktober 1899, S. 1.

**85** | Vgl. Thiede 1905b.

**86** | Solidarität, 1. Oktober 1899, S. 1; vgl. auch Thiede 1905b.

**87** | Thiede 1905b. Die entscheidenden Sitzungen fanden am 11. und 18. Oktober 1899 statt; vgl. Solidarität, 29. Oktober 1899, S. 1, 3 und 4.

an den Verband abzuliefern. Das Obligatorium der ›Solidarität‹ ist durch eine allgemeine Urabstimmung herbeigeführt.«<sup>88</sup>

Damit hatte sich die Zahlstelle ihre Eigenständigkeit nicht nur bewahrt, sondern sie ausgebaut und formal abgesichert – dies trug maßgeblich dazu bei, dass sie bald wieder zu den Aktivposten des Verbands zählen konnte. Mit berechtigtem Stolz rief die Zahlstellen-Vorsitzende Emilie Heidemann ihre Kolleginnen auf, gemeinsam dafür zu sorgen, dass der »einzige selbstständige existierende Frauenverein« in ganz Deutschland für die Zukunft gesichert und ausgebaut werde.<sup>89</sup> Mit dem »Frauenverein« bezog sich Heidemann auf die Zahlstelle I, die nach diesem Konflikt wieder selbstbewusst unter ihrem Gründungsnamen als »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« firmierte und die Verbandszugehörigkeit in den Untertitel verbannte.<sup>90</sup>

Trotz der heftigen Streitigkeiten, die sich noch bis ins folgende Jahr zogen, arbeiteten die Beteiligten in den folgenden Jahren wieder gut zusammen. In nächster Zeit kamen Querschläge gegen die zentrale Verbandsführung insbesondere aus der Zahlstelle der Berliner Männer. Als diese auf dem Verbandstag 1902 Misstrauen gegenüber dem Vorstand äußerte, stellten sich die Frauen der Zahlstelle I an die Seite der Vorsitzenden Paula Thiede (siehe Kapitel 4.2).

Die Eigenständigkeit der Frauen wurde innerhalb des Zentralverbands aus gutem Grund noch lange beibehalten und sie schrieben ihre Erfolgsgeschichte fort.<sup>91</sup> Mehrmals scheiterten Initiativen, die Berliner Struktur

---

**88** | Die Resolution ist abgedruckt in: *Solidarität*, 12. November 1899, S. 3.

**89** | *Solidarität*, 12. November 1899, S. 1 (Aufruf von Heidemann an die Kolleginnen der Zahlstelle I).

**90** | In einer Anzeige für das jährliche Stiftungsfest lautete die Selbstbezeichnung vor dem Konflikt »Verband aller in Buchdruckereien u. verw. Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands« und erst in der Unterzeile »Ortsverwaltung Berlin – Zahlstelle I«; vgl. *Solidarität*, 5. März 1899, S. 4. Einige Monate später – nach dem Konflikt – hieß es in einer vergleichbaren Annonce dann »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruckschnelldruckpressen« und erst im Untertitel »Zahlstelle I des Verbandes der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen etc.«; vgl. *Solidarität*, 10. Dezember 1899, S. 4.

**91** | Vgl. dazu beispielsweise einen entsprechenden Bericht der Zahlstelle I zum Verbandstag 1902, VBHi 1902, S. 9f.



(eine Stadt, zwei Zahlstellen<sup>92</sup>) an die übliche Regelung anzupassen.<sup>93</sup> Und die Frauen wussten sehr genau, warum sie der Zusammenlegung skeptisch gegenüberstanden. Als auf dem Verbandstag 1908 der jüngste Versuch einer Zusammenlegung diskutiert wurde, gab die aktuelle Zahlstellenvorsitzende Sophie Teske zu Protokoll:

»Wenn aber unsere Zahlstelle 18 Jahre bestanden hat, so haben wir doch verschiedene Bedenken, sie aufzugeben, zumal wir sehen, daß dort, wo weibliche und männliche Mitglieder in einer Organisation zusammen sind, die weiblichen Mitglieder immer erst in letzter Linie herangezogen werden, wenn es sich um die Besetzung von Vorstandsposten, um die Delegation zur Generalversammlung usw. handelt. Das sehen wir ja auch in anderen Gewerkschaften.«<sup>94</sup>

Trotz der erfolgten Zentralisierung blieben in Berlin also die beiden Zahlstellen der männlichen und der weiblichen HilfsarbeiterInnen unabhängig voneinander bestehen; auch zur Berliner Gewerkschaftskommission<sup>95</sup> entsendeten sie weiterhin jeweils einen eigenständigen Delegierten bzw. eine eigenständige Delegierte.<sup>96</sup> Das Ende der organisatorischen Eigenständig-

---

**92** | Mit der Aufnahme der Steindruckerei-HilfsarbeiterInnen in den VBHi gab es in Berlin zeitweise sogar drei Zahlstellen. Diese Aufnahme begann 1901 (vgl. den geänderten Untertitel der Verbandszeitschrift: »Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands) und endete mit dem Einschluss der Schleifer in den Jahren 1903–1904 (Untertitel »Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands«); vgl. VBHi 1903, S. 5 und VBHi 1904, S. 1 f.

**93** | Solidarität, 2. Februar 1902, S. 1 der Beilage.

**94** | VBHi 1908, S. 159 (Protokoll).

**95** | Diese Kommission hatte sich aus der Streikkontrollkommission entwickelt, vgl. Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15458 (»Die Berliner Gewerkschafts- (Streik-Kontroll-)Kommission 1893–1896.«) Die polizeiliche Einschätzung vom 18. Mai 1894 lautete: »Die hiesige Streik-Kontrollkommission hat hinsichtlich ihrer Thätigkeit und Organisation verschiedene Wandlungen durchgemacht, da es sich um Einführung einer Einrichtung handelte, für welche die Vorbilder fehlen« (vgl. ebd., Blatt 110–114, Zitat von Blatt 110). Zur Umwandlung und Namensänderung in »Berliner Gewerkschafts-Kommission« vgl. Vorwärts, 23. April 1893, S. 9.

**96** | Berliner Gewerkschaftskommission 1894; 1898, S. 23; 1900, S. 23 und 1901, S. 29; außerdem Solidarität, 9. Juli 1899, S. 3 (»Kollegin Heidemann und Kollege Reinke werden zur Gewerkschaftskommission delegiert«).

keit der Frauen im VBHi kam erst zum 1. Januar 1909: Die Vereinigung der Berliner Zahlstellen war notwendig geworden, weil die neue Tarifvereinbarung einen einzigen Arbeitsnachweis für Männer und Frauen vorsah, der von der Zahlstelle und den Prinzipalen paritätisch verwaltet wurde.<sup>97</sup>

Selbst Clara Zetkin, die sich 1894 als »entschiedene Gegnerin dieser Sonderorganisationen«<sup>98</sup> (für proletarische Frauen) bezeichnete, kam nicht umhin, die erfolgreiche Organisation der Frauen im Buchdruck zu würdigen. Als Paula Thiede im Rahmen einer Rundreise Anfang des Jahres 1900 in Clara Zetkins Wohnort Stuttgart auftrat, zählte diese zu den ZuhörerInnen<sup>99</sup> und agitierte anschließend auf mindestens einer lokalen Druckereiversammlung der HilfsarbeiterInnen für den Verband.<sup>100</sup> Zwar vertrat der VBHi dort sowohl Frauen als auch Männer, doch die Berliner Vorgeschichte der separaten Organisation und der anhaltenden Autonomie der Zahlstelle I muss auch Clara Zetkin sehr bewusst gewesen sein.

## 2.4 Über Berlin hinaus

Auch innerhalb des VBHi musste sich die Idee der Gleichberechtigung ihren Platz erkämpfen – angesichts der gesellschaftlichen Gegenkräfte und der starken Mitgliederfluktuation sogar immer wieder aufs Neue. Gewerkschaftliche Antworten auf die ungleiche soziale Realität von Männern und Frauen mussten im 1898 gegründeten Zentralverband gemeinsam entwickelt werden. Zunächst war es jedoch die naheliegende Aufgabe, durch Überzeugungsarbeit innerhalb des nun gemischtgeschlechtlichen reichsweiten Verbands Mehrheiten für solche Projekte zu schaffen. Im VBHi war im Jahr 1899 nur eine einzige Frau außerhalb Berlins Leiterin einer Zahlstelle, und zwar Katharina Frömberg in der kleinen und neuen Zahlstelle Kassel.<sup>101</sup> Ganz anders lagen die Verhältnisse in Berlin, wo die Frauenor-

---

97 | VBHi 1910a, S. 38 (Bericht aus Berlin).

98 | Vorwärts, 7. Oktober 1894, S. 3.

99 | Thiede 1900; Solidarität, 4. Februar 1900, S. 2 f.; Bericht von der Stuttgarter Veranstaltung ebd., S. 3 f.

100 | Solidarität, 4. Februar 1900, S. 3.

101 | Solidarität, 10. Juli 1898, S. 1; Solidarität, 28. Mai 1899, S. 4. In dieser Aufstellung der aktuell dem Verband angeschlossenen Städte wird neben Louise Franz (Zahlstelle I) nur eine weitere weibliche Vorsitzende in Kassel genannt.

ganisierung bereits eine achtjährige Geschichte aufzuweisen hatte und die Zahlstelle I den Männern der Zahlstelle II an Größe und Organisationskraft mehr als ebenbürtig war.

In den ersten beiden Jahren lag der Fokus des – mit entsprechenden Machtressourcen ausgestatteten – Zentralvorstands darauf, die Hegemonie für die Emanzipationsideen von Berlin aus auf den gesamten Verband auszudehnen. Dabei half der Umstand, dass es aufgrund von Reisehürden und zwecks effizienter Gestaltung der Vorstandsarbeit um 1900 allgemeine Gewerkschaftspraxis war, dass alle Mitglieder eines Vorstands in derselben Stadt wohnten. Bei den Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen ging die Gründung des Zentralverbands von Berlin aus, die gesamte Agitationskommission bestand aus BerlinerInnen und hier wohnten auch über zwei Drittel der Mitglieder. Daher kam als Sitz des Zentralvorstands faktisch nur Berlin infrage.

Deshalb konnten die Berliner Verhältnisse – Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen durch zwei getrennte Zahlstellen – problemlos und ohne Diskussion auf den Gesamtvorstand ausgedehnt werden. Dies wurde dadurch verstärkt, dass laut Verbandsstatut zwar VorsitzendeR, RedakteurIn der »Solidarität« (ab 1900) und KassiererIn auf dem Verbandstag gewählt wurden, aber die restlichen Personen »durch die Mitglieder des Ortes, an dem der Verband seinen Sitz hat« bestimmt wurden.<sup>102</sup> So waren im Juli 1898, direkt nach dem Gründungskongress, drei von sieben Vorstandsmitgliedern Frauen und ein Jahr später war sogar die Hälfte der zentralen Funktionen von Frauen besetzt – einschließlich der Vorsitzenden Paula Thiede.<sup>103</sup>

Mit der Wahl von Paula Thiede zur Gesamtvorsitzenden bekam das Berliner Modell selbstbewusster und selbstbestimmter weiblicher Gewerkschaftsarbeit seine große Chance im VBHi. Die Berliner Frauen verloren keine Zeit, um entsprechende Ansichten, Erfahrungen und Ansätze im neu gegründeten Zentralverband zu verankern und zu normalisieren. Dazu wurde viel diskutiert und »agitiert«; in der Verbandszeitschrift »Solidarität« erschien in den ersten beiden Jahren nach Verbandsgründung eine Vielzahl von Artikeln zu diesem Thema.

---

102 | VBHi 1905b, S. 10 (§ 23).

103 | Solidarität, 9. Juli 1899, S. 1.

Zunächst lag die Priorität darauf, die Perspektive arbeitender Frauen in der Verbandsöffentlichkeit zu stärken und zu normalisieren. Leider bleibt aufgrund der dürftigen Quellenlage unklar, ob dies strategisches und planmäßiges Vorgehen seitens der Protagonistinnen bzw. der Zahlstelle I war – oder einfach nur das Naheliegende. Die Reflexionsfähigkeit, die aus den Texten von Emilie Heidemann, Sophie Teske, Gertrud Hanna und Paula Thiede spricht, lässt jedoch vermuten, dass bei diesem Vorgehen zumindest ein gewisser Vorsatz mit im Spiel war.

Schon in dem Monat, in dem die Agitationskommission begann, für den Verband zu werben, erschien in der »Solidarität« ein Leitartikel mit der programmatischen Überschrift »Nicht Schmutzkonkurrentin – Kampfesgefährtin, Arbeitsgenossin!«, der aus der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift »Die Gleichheit« übernommen worden war. Die Verfasserin Clara Zetkin wurde beim Wiederabdruck in der »Solidarität« nicht genannt. In den Mittelpunkt rückte Zetkin in ihrem Text die »wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau«, die als Grundlage für Befreiung und Gleichberechtigung gesehen wird.<sup>104</sup> Weitere ähnliche Texte folgten,<sup>105</sup> in denen die spezielle Lage von Arbeiterinnen als Frau *und* Lohnabhängige reflektiert wurde.

Doch nicht nur in der »Solidarität«, sondern auch in zahllosen Diskussionen auf Veranstaltungen wurde die Aufmerksamkeit der grafischen Hilfsarbeiterschaft auf unterschiedliche Lebensrealitäten gelenkt. Dabei

---

**104** | Zetkin 1897. In diesem Artikel heißt es: »Wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau, das ist die Grundlage der sozialen Befreiung des weiblichen Geschlechts, seiner sozialen Gleichberechtigung mit der Männerwelt.« Eine Analyse zu Unterschieden zwischen Arbeiterinnen und Bürgerinnen ist ebenfalls Bestandteil des Textes. Auch hier bleibt Zetkin ihrer Linie treu und ordnet die Geschlechterfrage dem Klassenkampf unter: »Der Kampf für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts stellt dem Manne die Konkurrentin entgegen, der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse giebt ihm die Kampfesgefährtin, die soziale Revolution führt ihm die Arbeitsgenossin zu.«

**105** | Zetkin 1898. Dieser Artikel verhandelt Menschenrechte, Geschlecht und Entfaltung von Frauen: In Abgrenzung von der Menschenrechtsfixierung der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen fordert er eine allseitig freie Entwicklung von Frauen als Frauen: »Die Frau ist ebenso wenig Nur-Weib als Nur-Mensch, sie ist [...] ein weiblicher Mensch.« Wie bei Clara Zetkin häufig zu beobachten, arbeitet der Artikel vielfach mit vermeintlich weiblichen Eigenarten.

kam Paula Thiede als Verbandsvorsitzender eine besondere Stellung zu. Schon im Juni 1899, ein Jahr nach der Gründung des VBHi, schärfte sie bei regulären Agitationsversammlungen in verschiedenen Städten das Bewusstsein der Kollegen für die Realitäten arbeitender Frauen. Sie machte sagbar, was viele der Kolleginnen wussten, aber im Gewerkschaftsdiskurs bislang keinen Ort hatte: In ihren Reden und klärte sie über »geschäft- und häusliche Verhältnisse« und über die »Kindererziehung nach beendigter Geschäftszeit« auf und machte auch Nichtbetroffenen klar, dass dies ein »schnelle[s] Verschwinden der körperlichen Kräfte« zur Folge hatte.<sup>106</sup>

Auf einer lokalen Verbandsversammlung thematisierte Thiede neben anderen gewerkschaftlichen Themen wie selbstverständlich auch die Doppel- und Dreifachbelastung von arbeitenden Frauen, was vor Ort sehr gut aufgenommen wurde.<sup>107</sup> Ihre eigene Tochter war zu diesem Zeitpunkt neun Jahre alt und Paula Thiede hatte 1891 heftige Erfahrungen mit den Schwierigkeiten von Kinderbetreuung und Lohnabhängigkeit gemacht.<sup>108</sup> Sie wusste also, wovon sie sprach.

Im Sommer 1899 wurden in einer Artikelserie in der »Solidarität« konkrete Vorschläge für eine verbesserte Agitation unter Frauen gemacht:

»Das beste »Zugmittel« für uns bleibt immer eine *Rednerin*, eine agitatorisch thätige Geschlechts- und Arbeitsgenossin, an denen es uns leider sehr mangelt.«<sup>109</sup>

Um dem abzuhelpfen, sollten auch in der Provinz »»Rednerschulen« oder Diskutierklubs (wie in Berlin die Arbeiterbildungsschule)«<sup>110</sup> eingerichtet werden. Der Zentralvorstand wurde aufgefordert, eine ausgedehnte Agitationstour mit einer weiblichen Rednerin zu veranstalten.<sup>111</sup> Hier wurde

---

106 | Solidarität, 11. Juni 1899, S. 3.

107 | Solidarität, 11. Juni 1899, S. 2 f.

108 | Vgl. Fuhrmann 2019, S. 32–41.

109 | Solidarität, 6. August 1899 (»Wie betreiben wir Agitation?« – »Streifzüge«, Teil III).

110 | Solidarität, 6. August 1899 (»Wie betreiben wir Agitation?« – »Streifzüge«, Teil III).

111 | Vgl. die Artikelserie »Streifzüge«, die im Juli und August 1899 in der »Solidarität« (Ausgaben 14–16) erschien und in der die Agitation von Frauen eine prominente Rolle spielte. Das AutorInnenkürzel »L.M.« konnte von mir nicht aufgelöst werden.

die systematische Stärkung weiblicher Beteiligung innerhalb des Verbands explizit als Wunsch und als Plan artikuliert. Parallel dazu ging Paula Thiede bei drei Veranstaltungen im Hamburger Raum auf Vorbehalte gegen Frauen in der Gewerkschaftsbewegung ein und warb für echte gemeinsame Organisierung:

»Ferner führt Rednerin an, daß es sehr schwer sei, die Kolleginnen zur Organisation heranzuziehen, weil die Mädchen nicht danach erzogen würden. Man glaube ja vielfach noch, daß das Weib nicht in die Versammlung gehöre. Es müßten alle Kräfte angewendet werden, die Kolleginnen in die Organisation einzuführen, denn nur, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt zusammen gingen, könnten ihre Interessen mit Nachdruck vertreten werden.«<sup>112</sup>

In diesem Bemühen waren Paula Thiede als Vorsitzende und Emilie Heidemann als Leiterin der Zahlstelle I Verbündete. Heidemann, die kurz zuvor die Selbstständigkeit der Zahlstelle heftig verteidigt und auch den Konflikt mit Paula Thiede nicht gescheut hatte, richtete einige Wochen später, im November 1899, die dringende Bitte an ihre Kolleginnen,

»sich mehr an den Versammlungen und in diesen an den dort geführten Diskussionen zu beteiligen; denn nur so wird es uns möglich sein, immer neue Kräfte heranzubilden, welche mit Lust und Liebe für unsere Sache kämpfen.«<sup>113</sup>

Drei Monate später, im Januar 1900, befand sich Paula Thiede auf einer großen Agitationstour,<sup>114</sup> wie sie in der »Solidarität« gefordert worden war, und wies dabei auf die »überanstrengende Frauenarbeit, welche in den meisten Fällen nach Geschäftsschluß in den Wohnungen ihren Anfang [nimmt]«<sup>115</sup>, hin. Damit problematisierte sie verbandsintern, was eigentlich jedeR wissen konnte, aber in den deutschen Gewerkschaften bislang keinerlei Konsequenzen nach sich gezogen hatte.

Die Bemühungen, das Wissen um die Lage der Frauen in den Verbandsdiskurs einzuschreiben und Geschlechtergerechtigkeit als Ziel im Verband zu verankern, waren im Rahmen des Möglichen sehr erfolgreich. Nicht

---

112 | Solidarität, 6. August 1899, S. 3 (Bericht von drei Versammlungen mit Paula Thiede in Wandsbek, Altona und Hamburg am 15., 17. und 18. Juli).

113 | Heidemann 1899.

114 | Thiede 1900.

115 | Solidarität, 4. Februar 1900, S. 2 (Versammlungsbericht aus Stuttgart).

einmal zwei Jahre nach Verbandsgründung war ein allgemeines Bewusstsein zu diesen Fragen in der Verbandsöffentlichkeit zu beobachten. In der ersten Ausgabe des Jahrgangs 1900 der »Solidarität« etwa schloss ein Artikel zu Frauen im Beruf mit dem programmatischen Satz:

»Wir sind der Meinung, daß, wenn schon Frauen beschäftigt werden und ihnen die gleichen Arbeitspflichten wie den Männern auferlegt werden, sie auch denselben Lohn erhalten müssen wie die Männer oder das ganze Gerede von der »Frauen-Emanzipation« ist großer Humbug.«<sup>116</sup>

Bereits in dieser Entwicklung von einem kleinen *Verein* zu einer ambitionierten Zentralgewerkschaft, die von einer Frau geführt wird, sind die Kreuzungen von Machtverhältnissen sichtbar, die in den nächsten Jahren die Praxis des VBHi mitbestimmen sollten.

Hilfsarbeiten wie das Anlegen waren zunächst an schlechter bezahlte Frauen vergeben worden. Aufgrund der technischen Entwicklung wurden solche Arbeiten wichtiger und umfangreicher. Die zunehmende Qualifikation vereinfachte den Kampf um Lohnerhöhungen, was wiederum – zusammen mit dem Nachtarbeitsverbot in Fabriken – den Männeranteil in diesen Berufen erhöhte. Aufgrund dieser Ausgangslage war die geschlechtliche Identität der Kollegen nicht so stark an den Beruf gekoppelt, denn sie hatten in den Druckereien schon erfahrene und qualifizierte Kolleginnen vorgefunden. Dies ermöglichte eine relativ solidarische und im besten Sinne »geschlechtsblinde« Zusammenarbeit in gemeinsamen Arbeitskämpfen und bei kulturellen Aktivitäten. Die separate Organisation in einer Frauengewerkschaft »empowerte« die Kolleginnen und verhinderte die geschlechtliche Arbeitsteilung in der Gewerkschaftsarbeit.

Technik, Ausbildung und Geschlecht spielten also eine wichtige Rolle in der konkreten Lebenswelt der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen und ihrer Organisation. Doch Frauen hatten nicht die gleichen Voraussetzungen und Chancen wie ihre männlichen Kollegen, auch die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen nicht. Sozialisierung, Geschlechterideale und häusliche Arbeitsverteilung machten proletarischen Frauen das Leben zusätzlich schwer und in der Arbeitswelt wurden sie vielfach diskriminiert und schlechtergestellt.

---

116 | Solidarität, 7. Januar 1900, S. 2.

Mögliche emanzipatorische Antworten mussten zwei Strukturen berücksichtigen: die Nachteile des Frau-Seins, also *ungleiche Voraussetzungen*, und die Nachteile des Zur-Frau-Gemacht-Werdens, also *ungleiche Behandlung*. Der VBHi berücksichtigte dies mit den Mitteln, die ihm zu Verfügung standen: einer Neujustierung seines Unterstützungssystems, seiner Mitgliedsbeiträge, seiner Arbeitskampftaktiken und seiner Tarifpolitik. Das Ziel konnte je nach Fall *mehr Gleichheit* oder aber *Ausgleich für Ungleichheiten* sein.





### 3 Gewerkschaftliche Techniken der Emanzipation

---

Das Handeln des »Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen« (VBHi) lässt schon bald einen reflektierten und zugleich praxisorientierten Umgang mit den Grundproblemen arbeitender Frauen (siehe Kapitel 2.1) erkennen. Im Gegensatz zu vielen anderen Frauenrechtsverbänden und manchen Gewerkschaftern erhob der VBHi keine Rufe nach generellen Verboten (z. B. der Nacharbeit) oder nach allgemeiner Einschränkung der Frauenerwerbsarbeit. Stattdessen reagierte man auf die tatsächliche Lage proletarischer Frauen, und zwar mit Mitteln, die im eigenen Wirkungskreis zur Verfügung standen und dem formalen Bekenntnis des sozialdemokratischen Milieus zur Gleichberechtigung Geltung verschafften. Auf diese Weise eröffnete sich zugleich die Möglichkeit, die Gewerkschaft selbst zu einem Werkzeug emanzipierter Klassenpolitik zu entwickeln. Durch die »Einspeisung« der Erfahrungen der Berliner Frauengewerkschaft in den jungen VBHi konnten verschiedene konkrete Techniken entwickelt und umgesetzt werden, die im Folgenden betrachtet werden.

#### 3.1 Frauen in Verantwortung

Die zeitgenössische Frauenrechtlerin Else Lüders sah den VBHi mit Paula Thiede an der Spitze im Vergleich mit den Zuständen im Kaiserreich und seinen Gewerkschaften als eine der klassischen »Ausnahmen, welche die Regel bestätigen«.<sup>1</sup> Bereits 1905 – nur sieben Jahre nach Verbandsgründung – hatte Lüders den Eindruck, der VBHi gelte in dieser Hinsicht ganz allgemein als »Eliteorganisation«.<sup>2</sup>

---

1 | Lüders 1905, S. 231.

2 | Lüders 1905, S. 231. Lüders verwechselt im Artikel Ida Altmann und Emma Ihrer.

Doch diese Charakterisierung verleitet zu einem Fehlschluss, denn es war keineswegs so, dass sich in diesem Verband von außen her eine »Elite« gesammelt hätte. Die Entwicklung hin zu einem Verband, der es als seine Aufgabe begriff, neben der alltäglichen Arbeit Strukturen auszubilden, die ein gleichberechtigtes Wirken von Arbeitern und Arbeiterinnen erleichterten, war keineswegs selbstverständlich. Vielmehr hatten sich zahlreiche Frauen ihre Position durch langjährige Bildung, Selbstbildung und Übernahme von Verantwortung hart erkämpft. In den ersten Versammlungen des rein weiblichen Zusammenschlusses der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen im Jahr 1890 waren die Referenten für inhaltliche Vorträge noch männliche Gewerkschaftskollegen.<sup>3</sup> Doch schon bald hatten sich die Kolleginnen auch diese Kompetenzen angeeignet. In den meisten anderen Orten, in denen sich die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen organisierten, war das jedoch anders und lediglich aus Hamburg wird berichtet, dass mit der »Kollegin Bottels« eine Frau den örtlichen Verein aus einer kritischen Phase der Entwicklung 1891 herausgeführt hat.<sup>4</sup>

Bei der Verbandsgründung des VBHi 1898 stellte sich die Lage in den meisten Ortsgruppen außerhalb von Berlin daher oft so dar wie in den anderen deutschen Gewerkschaften. Dass die Entwicklung im VBHi anders verlaufen ist, lässt sich auf die Erfahrungen und das Selbstbewusstsein der Zahlstelle I zurückführen. Die positiven Berliner Erfahrungen dienten als Blaupause, um emanzipierte Ideen im Gesamtverband zu verankern und deren praktische Umsetzung voranzutreiben.

Zunächst galt es, verbandsintern »althergebrachte Ueberlieferungen von der untergeordneten Stellung, aus der die Frau nicht heraus könnte«,<sup>5</sup> abzubauen und anfängliche Widerstände gegen eine starke Rolle von Frauen zu überwinden. Insbesondere die in der Zahlstelle I sozialisierten Kollegin-

---

3 | Vorwärts, 5. Mai 1891, S. 9; Vorwärts, 17. Juni 1891, S. 10.

4 | Solidarität, 1. Juni 1923 (Jubiläumsausgabe), o.S. [S. 7]. Über den Beginn der Zahlstelle Hamburg heißt es dort: »Jede [Versammlung] hatte sich mit »Neuwahlen« zum Vorstände zu beschäftigen. Es ist schließlich *eine Kollegin* gewesen, die in den schweren beiden Jahren 1890 und 1891, also auch in der Zeit des großen Buchdruckerstreiks, noch am längsten auf dem Posten als Vorsitzende des Vereins aushielt, und zwar die Kollegin Bottels, die auch in den weiteren Jahren noch mitgearbeitet hat, dann aber ausschied.« (Kursiver Text im Original gesperrt)

5 | Thiede 1905a, S. 170.

nen vertraten die Ansicht, dass die mangelnde Bereitschaft zur Übernahme öffentlicher Ämter ein Ergebnis der geschlechtsspezifischen Sozialisation sei,<sup>6</sup> denn sie hatten vielfach die Erfahrung gemacht, dass Frauen und Männer sich in der prinzipiellen Eignung nicht unterschieden:

»Die den Frauen bei allen Gelegenheiten gepredigte Minderwertigkeit und Unfähigkeit haben natürlich eine Scheu hinterlassen, die schwer zu überwinden ist, sie zögern erst lange, ehe sie sich entschließen, öffentlich aufzutreten und zu reden. [...] Aber in den Werkstattversammlungen [...] haben wir manche gefunden, die jeden Vergleich mit jetzt vorhandenen Gewerkschaftsbeamten aushält und deren Pflichten ohne weiteres übernehmen könnte.«<sup>7</sup>

Es blieb dabei eine dauerhafte Aufgabe, die stark fluktuierende weibliche Mitgliedschaft immer wieder aufs Neue zu »empowern« und die persönliche wie politische Selbstständigkeit der Kolleginnen zu stärken. Dem gesellschaftlich bedingten Mangel an »agitorisch tätige[n] Geschlechts- und Arbeitsgenossin[nen]«<sup>8</sup> ließ sich, so die Erfahrung im VBHi, mit Gewöhnung, Übung und Schulung begegnen; ganz generell wurde die Übernahme von wichtigen Gewerkschaftsaufgaben als erlernbar begriffen. Daher wurden ab 1905 in Kooperation mit dem gewerkschaftlichen Frauensekretariat, geleitet von Ida Altmann, Hunderte von Schulungen für Arbeiterinnen abgehalten.<sup>9</sup> Diese »Übungsabende« waren ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Situation, aber eine weitere Erfahrung besagte, dass weiblichen Mitgliedern darüber hinaus auch echte Verantwortung übergeben werden musste.

So zeigte Paula Thiede 1916 resümierend auf, dass in anderen Gewerkschaften selbst der »allerernsteste Versuch [...], einzelne Kolleginnen durch Mitarbeit im Vorstand für die innere Organisationsarbeit zu gewinnen«,<sup>10</sup> regelmäßig daran scheiterte, dass den Frauen eben keine wirkliche Verantwortung überlassen wurde. Die Erfahrung, dass sich Frauen oft schnell wieder zurückzögen, habe auch der VBHi auch selbst gemacht, »aber meist nur dort, wo bei einer größeren Anzahl Kollegen nur eine Kollegin in den

---

6 | Solidarität, 6. August 1899, S. 3.

7 | Thiede 1905a, S. 170.

8 | Solidarität, 6. August 1899 (Streifzüge, Teil III).

9 | Fuhrmann 2019, S. 127–129.

10 | Thiede 1916, S. 6.

Vorstand gewählt wurde.«<sup>11</sup> Als Einzige gelte sie dann »als Lernende« und bekomme den Eindruck vermittelt, dass

»ja alle Arbeit in guten Händen liegt. Mit dieser Erkenntnis wird ihr sehr bald die daran verwendete Zeit als verlorene Stunden erscheinen, denn neben ihrer Berufsarbeit bleibt ihr noch die Hausarbeit, und nur dann wird sie außerdem Arbeit für die Organisation leisten, also eine dreifache Bürde auf sich nehmen, wenn sie erkennt, daß ihre Teilnahme an den gemeinsamen Arbeiten eine Notwendigkeit ist.«<sup>12</sup>

Die meisten anderen Organisationen ließen sich von dieser Erfahrung entweder entmutigen oder sahen ihre Vorurteile gegenüber Frauen bestätigt, die angeblich nur schwer zu organisieren waren, doch im VBHi setzte sich aufgrund der Erfahrungen der Zahlstelle I ein anderer Ansatz durch: Die Idee der Gleichberechtigung wurde als Maßstab auch an die Gewerkschaftsarbeit angelegt und die geteilte Verantwortung wurde flächendeckend, wenn auch nicht überall, praktiziert.

»Zu jeder Zeit wurde ganz besonders darauf geachtet, daß die weiblichen Mitglieder an allen Organisationsarbeiten teilnahmen, und wir hatten immer eine ganze Anzahl in verantwortungsvollen Posten tätige Kolleginnen.«<sup>13</sup>

Die Erfolge der praktizierten *Selbstermächtigung* zeigten sich im stets hohen Anteil von Frauen an der Mitgliedschaft – ab 1904 waren Frauen durchgängig in der Mehrzahl –, der maßgeblich zum starken Anstieg auf fast 17.000 Mitglieder im Jahr 1911 beigetragen hatte. Auch die Anzahl der kleineren und mittleren Funktionärinnen hatte sich im VBHi positiv entwickelt: 1911 gab es bei 72 Zahlstellen insgesamt 14 gewählte Kassiererinnen – eine davon in der großen Zahlstelle München mit 1.400 Mitgliedern. In Berlin waren die zweite Vorsitzende und die zweite Kassiererin fest bei der mittlerweile zusammengelegten Zahlstelle Berlin angestellt. Fünf Zahlstellen wurden reichsweit von Frauen geleitet und in vielen anderen Gremien, z. B. den Tarifschiedsgerichten, vertraten Frauen die Belange der VBHi-Mitgliedschaft.<sup>14</sup>

---

11 | Thiede 1916, S. 6.

12 | Thiede 1916, S. 6.

13 | Thiede 1916, S. 5.

14 | Solidarität, 18. März 1911, S. 1.

In der allerersten Ausgabe der »Gewerkschaftlichen Frauenzeitung«, die 1916 erschien, gab Paula Thiede ebenfalls konkrete Zahlen zu Frauen in Verantwortung an: In 15 von 52 Zahlstellen waren Frauen entweder Vorsitzende oder Kassiererinnen, 5 von 21 Hauptamtlichen waren weiblich. In der Gewerkschaft, die zu diesem Zeitpunkt kriegsbedingt nur noch 7.000 Mitglieder hatte, wurden Hunderte von weiblichen Vertrauenspersonen, Tarifvertreterinnen, Schriftführerinnen etc. gezählt.<sup>15</sup> Auch im VBHi hatte es nach der Gründung außerhalb Berlins zunächst ein gewerkschaftstypisches Missverhältnis im Geschlechterverhältnis zwischen Mitgliedern und FunktionärInnen gegeben.<sup>16</sup> Durch die Ausdehnung der Berliner Positionen konnte die geschlechtsbezogene Praxis auch im VBHi insgesamt deutlich geändert werden.

Nicht zuletzt war diese Erstausgabe der »Gewerkschaftlichen Frauenzeitung«, in der Paula Thiede die Verbandszahlen präsentierte, selbst ein Zeugnis der Erfolge der Selbstermächtigungsstrategie der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen: Mit Gertrud Hanna als Herausgeberin und den beiden Autorinnen Paula Thiede und Gertrud Lodahl war über ein Drittel der Beteiligten an der Erstnummer dieses Prestigeprojekts im VBHi geschult und durch ihn befähigt worden. Nachdem Gertrud Hanna 1909 die Nachfolge von Ida Altmann als Frauensekretärin der Generalkommission angetreten hatte,<sup>17</sup> waren von den drei Frauen, die im Gewerkschaftsausschuss die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands berieten und kontrollierten, zwei im VBHi sozialisiert: Paula Thiede und Gertrud Hanna. Dies sagt einiges aus – über die deutsche Gewerkschaftsbewegung, aber auch über die exzeptionelle Rolle der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen. Gleichberechtigung war in ihrer Gewerkschaft nicht nur ein Bekenntnis, sondern Praxis – und bestärkte so die weiblichen Mitglieder darin, auch jenseits des Verbands öffentlich aufzutreten.

Zahlreiche Anlegerinnen, Punktiererinnen und Bogenfängerinnen gingen zwischen 1890 und 1919 durch die Schule des Verbands und wuchsen in die Verantwortung hinein. So konnte sich ein Stamm an Funktio-

---

15 | Thiede 1916, S. 5.

16 | Solidarität, 28. Mai 1899, S. 4. Zu diesem Zeitpunkt gab es neben Louise Franz (Zahlstelle I) nur eine weitere weibliche Vorsitzende, nämlich Katharina Frömberg in Kassel.

17 | Vgl. dazu Fuhrmann 2019, S. 126–130.

närinnen herausbilden, die öffentliche Auftritte gewohnt waren. Im VBHi lernten Frauen trotz des patriarchalen gesellschaftlichen Klimas im Kaiserreich, Reden zu halten, Kämpfe zu organisieren, Erfolge zu erringen und mit Misserfolgen umzugehen.

»Wir haben eine gute Organisation, und die Frauen in unserem Verband betätigen sich zum Teil schon seit mehr als 20 Jahren in größerer Zahl an den verschiedenen Organisationsarbeiten und stehen auch an verantwortlichen Stellen.«<sup>18</sup>

In nicht wenigen Fällen führte dieses »Empowerment« dazu, dass VBHi-Frauen auch außerhalb des Verbands politische Verantwortung übernahmen, und zwar bis in die höchsten Parlamente der Weimarer Republik hinein (siehe Kapitel 5.2).

Das gewonnene Selbstbewusstsein schlug sich aber nicht nur in individuellen Karrieren nieder, auch die kollektive Handlungsfähigkeit wurde gestärkt. In diesem Bereich macht sich zwar die Quellenproblematik deutlich bemerkbar, doch ist für das Jahr 1905 überliefert, dass es in Berlin etwa 40 Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen gab, die als gewerkschaftliche Vertrauensfrauen arbeiteten. Nur im ungleich größeren Metallbereich wurden mit 75 Frauen noch mehr gezählt.<sup>19</sup>

Der Umfang der weiblichen Gewerkschaftsarbeit überrascht nicht nur aus heutiger Sicht, sondern fand auch damals kaum Eingang in das männliche geprägte Selbstbild der Gewerkschaftsbewegung: Lilly Hauff, die 1912 die Arbeiterinnenbewegung wissenschaftlich untersuchte, stellte durch Vor-Ort-Gespräche fest, dass die entsprechenden Statistiken extrem lückenhaft waren. Viele Vertrauensfrauen und sogar ganze weibliche Agitationskommissionen schafften es nicht in die gewerkschaftseigenen (!) Statistiken.<sup>20</sup> Zumindest das System weiblicher Vertrauenspersonen und Agitationskommissionen war in vielen Gewerkschaften also weiter verbreitet, als sich heute nachvollziehen lässt.

Eine erstaunlich hohe kollektive Handlungsfähigkeit der VBHi-Frauen ist auch im Streikgeschehen zu verzeichnen. Für den Zeitraum 1904–1910 liegen Zahlen vor, die die Beteiligten an Streiks nach Geschlechtern differenziert aufführen. Demnach lag der Anteil der streikenden Frauen beim

---

18 | Thiede 1917, S. 365.

19 | Fuhrmann 2019, S. 128; Thiede 1905a, S. 170.

20 | Hauff 1912, S. 21.

VBHi deutlich höher als der der Männer. Durchschnittlich streikten etwa doppelt so viele Frauen wie Männer und damit lag auch unter Berücksichtigung der Mitgliedsstruktur die Häufigkeit pro Kopf bei den Frauen signifikant höher als bei den männlichen Kollegen. Kein anderer Verband hat eine ähnliche Beteiligung von Frauen am Streikgeschehen aufzuweisen, auch nicht die BuchbinderInnen, TabakarbeiterInnen oder TextilarbeiterInnen, die ebenfalls einen hohen Frauenanteil aufwiesen.<sup>21</sup> Aus Leipzig ist überliefert, dass zwei Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen sogar mit Gefängnis für ihre Arbeitskämpfe bestraft wurden.<sup>22</sup>

Die Politik des VBHi erreichte eine Stärkung von Frauen und ihren Belangen, was insbesondere im zeitgenössischen Vergleich auffällt. Schlüssel dazu waren das erarbeitete Selbstbewusstsein zahlreicher Funktionärinnen, die Machtposition der Berliner Frauen und – dadurch ermöglicht – die Übernahme *echter* Verantwortung durch Frauen. Gleichberechtigung wurde im VBHi – anders als bei Clara Zetkin – nicht auf die Erreichung des Sozialismus verschoben, sondern offensiv und konkret umgesetzt. Das ist der Grund dafür, dass sich »in der Organisation des Buch- und Stein-druckhilfpersonals eine sonst kaum in anderen Organisationen zu findende Selbstständigkeit der Frauen«<sup>23</sup> entwickelt hat. Die Grundlage für diese Entwicklung wiederum waren die achtjährigen Erfahrungen und das Selbstbewusstsein der autonomen Berliner Frauengewerkschaft.

### 3.2 Der Arbeitsnachweis

Es mag auf den ersten Blick rätselhaft erscheinen, dass eine gewerkschaftliche Einrichtung wie der Arbeitsnachweis hier als Technik der Emanzipation eingeführt wird. Und was genau ist überhaupt darunter zu verstehen? Der Begriff »Arbeitsnachweis« kam in den 1860er Jahren auf und bezeichnete einen Ort, an dem Stellenvermittlungen stattfinden.<sup>24</sup> Vermutlich

21 | Hauff 1912, S. 44, Tabelle II.

22 | Namentlich Lisbeth König (Firma J. B. Hirschfeld, Streik, drei Tage Gefängnis) und Martha Herold (Firma Moritz Prescher Nachf., Aussperrung, acht Tage Gefängnis); vgl. Solidarität, 1. Juni 1923 (Jubiläumsausgabe), o. S. [S. 8] (Bericht über die historischen Höhepunkte der Geschäftsstelle Leipzig).

23 | Thiede 1916, S. 5.

24 | DWDS 2020a.



handelt es sich um eine Übertragung von Begriffen, die mit der rechtlichen Situation in Preußen zu tun hatten: Aufgrund der preußischen Gesetze hatten ArbeiterInnen ein »Arbeitsbuch« zu führen, in dem die Beschäftigungszeiten und der Dienstherr eingetragen wurden.<sup>25</sup> Vermutlich hatte diese Nachweispflicht Einfluss auf die Bezeichnung für Orte und Einrichtungen, in denen Stellen vermittelt wurden. Jedenfalls hatte sich der Begriff »Arbeitsnachweis« bald als Bezeichnung für solche Orte eingebürgert, an denen Arbeit vermittelt und die Meldung als arbeitssuchend vorgenommen wurde. Das Betreiben eines Arbeitsnachweises war gesetzlich kaum reguliert und stand sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen und Gewerkschaften offen. Die große Bedeutung, die die gewerkschaftliche Stellenvermittlung in den Jahren zwischen 1890 und dem Ersten Weltkrieg besaß, ist allerdings gründlich verschüttet worden.

Wo Geschlecht und Klasse zusammengedacht wurden, entstand eine neue Kampfaktik. Der VBHi hatte ein Arbeitsnachweiswesen aufgebaut, das reichsweit seinesgleichen suchte. Dafür war die Geschlechterdimension entscheidend, denn der VBHi war nicht nur die Gewerkschaft, die das mit Abstand effizienteste System gewerkschaftseigener Arbeitsnachweise aufbaute und offensiv als Kampfmittel nutzte, sondern zugleich auch das umfassendste Verständnis von Gleichberechtigung und die ambitionierteste entsprechende Praxis aufwies.

Wie oben in Kapitel 2.1 ausgeführt, waren weibliche Arbeitsbiografien stärker als männliche durch Unterbrechungen, Fluktuation und mangelnde Möglichkeiten, dem Arbeitsmarkt flexibel zur Verfügung zu stehen, gekennzeichnet. Zudem konnten Frauen aus verschiedenen Gründen nur sehr selten eine formal sanktionierte Ausbildung durchlaufen, daher waren sie im Streikfall leichter zu »ersetzen«. Die Organisation am Arbeitsplatz war durch fehlende Kontinuität schwieriger zu bewerkstelligen und sobald eine Frau Kampferfahrungen gesammelt hatte, schied sie oft schon wieder aus dem Arbeitsleben aus.

Die bis heute »typisch weiblichen« Beschäftigungsformen erschwerten also die klassische gewerkschaftliche Kampfmaßnahme, den Streik. Die Taktik, Arbeitsnachweise im Klassenkampf zu nutzen, machte aus der

---

25 | Vgl. dazu das »Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung« vom 17. Juli 1878, in: Reichs-Gesetzblatt, Bd. 1878, Nr. 24, S. 199–212 und darin die einschlägigen Paragraphen 107–114.

nachteiligen Lage arbeitender Frauen nun einen Vorteil, wie im Folgenden gezeigt wird. Da die Institution Arbeitsnachweis allerdings heute völlig unbekannt ist, soll zunächst dessen Funktionsweise und Bedeutung für die Gewerkschaften erläutert werden.

### 3.2.1 Was ist ein Arbeitsnachweis?

Die rudimentäre Geschichtsschreibung der Arbeitsämter einschließlich ihrer Vorgeschichte steht in krassem Gegensatz zu der bis heute hohen Bedeutung der Arbeitsvermittlung.<sup>26</sup> Für die Zeit vor der Novemberrevolution ist festzuhalten, dass dies nicht an einem Mangel an zeitgenössischer Literatur oder an Quellen liegt.<sup>27</sup> Die Form eines staatlich beaufsichtigten Arbeitsvermittlungswesens – das in Deutschland in internationaler Perspektive »vergleichsweise spät«<sup>28</sup> eingeführt wurde – hatte verschiedene Wurzeln und Vorläufer.

Zum einen lebten private Akteure von der Arbeitsvermittlung, wobei die Einnahmen meist von den Arbeitssuchenden kamen, nicht von den Unternehmen. Die Zahl der gewerblichen Vermittler war enorm: Noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs, lange nach dem Höhepunkt der gewerblichen Arbeitsvermittlung, betrug ihre Zahl weit über 3.000.<sup>29</sup> Diese hatten naturgemäß kein Interesse daran, dass ihr Metier in öffentliche Hände überging. Im Gegensatz dazu sprach sich schon sehr früh eine Bewegung bürgerlicher So-

26 | Als erster Zugang diente mir insbesondere Maier 2004. Eine quellenbasierte ausführliche Übersicht unter Berücksichtigung der verschiedenen relevanten Akteure gibt Faust 1986.

27 | Ein höchst empfehlenswerter Einstieg zur inhaltlichen Orientierung, zur Einordnung der Literatur und zum internationalen und innerdeutschen Vergleich ist Kähler 1898. Außerdem: Calwer 1899; Evert 1888; Freund 1897 und 1899; Graack 1926; Jastrow 1898; Lauer 1908; Mattutat 1917; Michalke 1912; Reitzenstein 1897; Zahnbrecher 1914. Für die Geschichtsschreibung zur Arbeitsvermittlung vor dem Ersten Weltkrieg ist ferner das preußenweite Material in den Akten Landesarchiv Berlin, A Rep. 042-05-03 Nr. 303 und A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 1457 hilfreich.

28 | Maier 2004, S. 12. In Großbritannien wurde bereits am 30. Juli 1909 ein Arbeitsvermittlungsgesetz verabschiedet und am 15. Juli 1912 eine Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt.

29 | Vgl. Rheinisch-Westfälische Zeitung, 17. April 1918, S. 7 (Artikel »Zentralisation des Arbeitsmarktes«).

zialreformer für einen gänzlich öffentlichen Arbeitsnachweis aus; aus diesem Milieu wurde 1898 ein »Verband Deutscher Arbeitsnachweise« gegründet.<sup>30</sup>

Die entscheidenden Kräfte in der Auseinandersetzung waren jedoch die freien Gewerkschaften und die Unternehmer. Beide hatten – mit Unterschieden je nach Branche und Region – erkannt, welches Machtmittel die systematische Nutzung des Arbeitsnachweises darstellen konnte: Mit jedem Vermittlungsvorgang konnten gute Arbeitsbedingungen belohnt und schlechte Angebote durch Nichtvermitteln sanktioniert werden. Dies galt in beide Richtungen, doch versetzten die Umstände, insbesondere die existenzielle Angewiesenheit der Arbeitenden auf Lohnzahlungen, in der Regel die Unternehmen in die Machtposition.

Während die Organisationsweise der Arbeitsvermittlung vor 1890 fast überall den Unternehmern in die Hände spielte, versuchten die freien Gewerkschaften bald, dieses Werkzeug in die Hand zu bekommen. Für den zweiten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (1896) war die »alleinige Leitung von Arbeitsnachweisen durch die Organisation der Arbeiter« die unbestrittene Arbeitsgrundlage.<sup>31</sup> Die Verbände der Unternehmer, vor allem der Großindustrie, sperren sich bis zur Novemberrevolution dagegen, mit den Arbeitsnachweisen ein bequemes Instrument zur Herrschaft über die eigene Belegschaft aus der Hand zu geben. Erst der Erste Weltkrieg beschleunigte die Entwicklung einer zentralen, staatlich gelenkten Struktur in der Arbeitsvermittlung, die mitten in der heißen Phase der Revolution abgeschlossen wurde.

Die Dringlichkeit, mit der Arbeitslose in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oftmals eine Stelle suchten, führte auf dem völlig unregulierten Feld der Arbeitsvermittlung zu einer unübersichtlichen Situation, die zunächst von gewerblichen Akteuren dominiert wurde. Die starken Abhängigkeitsverhältnisse führten »besonders leicht zu Schwindeleien, Übertheuerungen und Ausbeutung«<sup>32</sup> seitens der Vermittler während des Vermittlungsvor-

---

30 | Vgl. Maier 2004, S. 13.

31 | »Resolution Adolf von Elm«, beschlossen auf dem Gewerkschaftskongress 1896, vgl. Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 124. Bis 1915 reduzierte sich dieser Anspruch nach und nach darauf, »ein Wort mitzureden« – so Robert Schmidt (Generalkommission der Gewerkschaften, SPD) im Reichstag, 7. Sitzung am 19. März 1915, Protokoll S. 80.

32 | Evert 1888, S. 1109.

gangs. Arbeitsverhältnisse wurden geschönt dargestellt, überhöhte Vermittlungsgebühren erpresst oder man bereicherte sich auf anderen Wegen an den verzweifelten Arbeitssuchenden. Eine rudimentäre polizeiliche Aufsicht wurde formal beschlossen, ohne dass diese Maßnahme dem Übel wirklich abgeholfen hätte.<sup>33</sup> Die Unternehmer waren von diesen Zuständen nicht betroffen: Benötigten sie Arbeitskräfte, beauftragten sie entweder private gewerbliche Arbeitsnachweise oder die der jeweiligen Innung, oder sie machten die Stellen selbst bekannt, was meist genügte, um ausreichend viele neue BewerberInnen zu erreichen.<sup>34</sup>

Es waren dann die Lohnabhängigen selbst, die sich durch die Gründung eigener Nachweise gegen Lohnrückerei und Betrug während des Vermittlungsvorgangs verteidigten. Einige gewerkschaftsähnliche Fachvereine hatten schon in den 1880er Jahren erfolgreich Arbeitsnachweise etabliert. Früh zeigte sich, dass diese Form der Organisation insbesondere für die weibliche Arbeiterinnen von großer Bedeutung war. So hatten der »Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen« und sein Ableger, der Berliner »Nordverein«, bereits in den 1880er Jahren einige Arbeitsnachweise für ihre Mitglieder aufgebaut.<sup>35</sup>

Durch »scharfe Disziplin« und Beeinflussung der KollegInnen gelang es den ArbeiterInnen nicht selten, die »Alleinherrschaft über die Arbeitsvermittlung ihres Gewerbes zu erringen und dergestalt die Arbeitgeber [...] in eine gewisse Abhängigkeit vom Fachverein zu versetzen«.<sup>36</sup> Hier diente ein Arbeitsnachweis als »Macht- und Kampfmittel« der Lohnabhängigen »als Klasse« gegen die Unternehmer. Er wurde unter anderem zur »Versagung oder Erschwerung der Arbeitsvermittlung«<sup>37</sup> benutzt, bis bessere Arbeitsbedingungen erreicht waren. Komplementär dazu beschrieben Gewerkschafter die arbeitgebernahen Arbeitsnachweise als »Maßregelungs- und Streikbrechervermittlungsinstitute«.<sup>38</sup>

33 | Preußische Gewerbeordnung, Fassung vom 1. Juli 1883, §§ 35 und 38 (nach Evert 1888, S. 1110).

34 | Vgl. Evert 1888, S. 1110.

35 | Vgl. Ihrer 1898, S. 12 und S. 17.

36 | Evert 1888, S. 1111 f.

37 | Evert 1888, S. 1112.

38 | Mattutat 1917, S. 929.

Neben den Arbeitsnachweisen der Beschäftigten und der Unternehmer wurden bald sogenannte »paritätische Arbeitsnachweise« geschaffen, die von beiden Parteien zu gleichen Teilen gelenkt und finanziert wurden und zum Teil unter öffentlicher Aufsicht standen. Vor allem in Süddeutschland entstanden durch kommunale Initiative die ersten öffentlichen Arbeitsnachweise, der erste im Jahr 1894 in Esslingen.<sup>39</sup> Die regionalen Unterschiede – kommunale Nachweise in Süddeutschland, nichtöffentliche in Preußen – blieben bis zu den Vereinheitlichungen rund um das Kriegsende 1918/1919 bestehen.<sup>40</sup>

Insbesondere in den Jahren nach 1896 entstanden auch Dachverbände verschiedener Arbeitsnachweise,<sup>41</sup> die zum Teil selbst Stellenvermittlungen vornahmen. Hier ist der 1883 gegründete Berliner »Zentral-Verein für Arbeitsnachweis« hervorzuheben, dessen überparteiliche Fassade sich nur aus der Person seines Gründers ergab, dem »Magistrats-Assessor Dr. Freund«<sup>42</sup>, der auch die Berliner Landesversicherungsanstalt leitete.<sup>43</sup> Der de facto unternehmernahe Verein öffnete sich erst um 1900 für VertreterInnen der Lohnabhängigen und es ist kein Zufall, dass mit dem Buchdruckergehilfen Albert Massini,<sup>44</sup> dem Verleger Rudolf Mosse und dem Buchdruckereibesitzer Arthur Scholem<sup>45</sup> diverse Vertreter beider Seiten des kompromisserprobten Buchdruckgewerbes viele Jahre lang Funktionen im Zentral-Verein ausübten.<sup>46</sup> Dank bester Verbindungen<sup>47</sup> konnte dieser im November 1902 mitten in

---

39 | Maier 2004, S. 231.

40 | Vgl. dazu die aufschlussreiche Dokumentensammlung Landesarchiv Berlin A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 1457.

41 | Maier 2004, S. 231.

42 | Bleich 1905, S. 4.

43 | Maier 2004, S. 25.

44 | Massini war in den 1890er Jahren unter anderem Redakteur der »Solidarität« und setzte sich früh für die Beteiligung an Reformprojekten ein, z. B. an den Gewerbegerichtswahlen; vgl. dazu die verschiedenen Rechenschaftsberichte der Berliner Gewerkschaftskommission (hier 1894).

45 | Arthur war der Vater von Werner und Gershom (Gerhard) Scholem; vgl. Hoffrogge 2014.

46 | Vgl. Zentral-Verein für Arbeitsnachweis zu Berlin o. J. [verm. 1914], S. 5. Massini und Mosse waren schon 1901 in ihrer Position; vgl. Central-Verein für Arbeitsnachweis zu Berlin o. J. [verm. 1902], S. 1.

47 | Der Leiter der Landesversicherungsanstalt (LVA), Richard Freund, leitete gleichzeitig den Zentral-Verein und den Verband Deutscher Arbeitsnachweise

Berlin eine »Arbeitsbörse« eröffnen,<sup>48</sup> die Platz für über 4.000 Arbeitssuchende bot.<sup>49</sup> Damit einher ging ein rasanter Anstieg seiner Vermittlungszahlen, die sich 1912 auf knapp 120.000 im Jahr beliefen.<sup>50</sup> Im Jahr 1898 wurde ein reichsweiter »Verband deutscher Arbeitsnachweise« (VDA) gegründet, der im Oktober 1909 eine eigene Geschäftsstelle im Gebäude des Berliner Vereins erhielt.<sup>51</sup>

So hatte sich zunächst ein Flickenteppich aus verschiedenen Formen der Arbeitsvermittlung entwickelt.<sup>52</sup> Während die meisten großen Unternehmer »nach wie vor daran festhielten die Arbeitsvermittlung als einen Teil ihrer Herrenrechte zu betrachten«, orientierten sich nicht nur die SozialreformerInnen, sondern zunehmend auch die Gewerkschaften an einer »kommunalen, gemeinnützigen und paritätischen Arbeitsvermittlung« und wirkten »an deren Ausgestaltung eifrig« mit.<sup>53</sup> Bis dahin war es allerdings noch ein weiter Weg und das Ende nicht ausgemacht, wie die Nutzung der Arbeitsnachweise durch die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen zeigt.

### 3.2.2 Arbeitsnachweise und Gewerkschaften

»Der Arbeitsnachweis ist das heiligste Gut der Organisation, welches mit allen Mitteln und Wegen geschützt werden muss.«<sup>54</sup>

Ungeachtet der Ambivalenzen in der konkreten örtlichen Praxis wurde 1896 auf dem zweiten allgemeinen Kongress der Gewerkschaften Deutsch-

---

und finanzierte auch das Gebäude aus LVA-Mitteln; vgl. Maier 2004, S. 25, S. 153 f. und Abb. auf S. 166.

**48** | Maier 2004, S. 25 und Abb. auf S. 174. Der Bau in der Gormannstraße 13 im Scheunenviertel war Teil des städtebaulichen Umbaus dieser Gegend und dient heute als Turnhalle.

**49** | Maier 2004, S. 25.

**50** | Maier 2004, S. 25 nach: Böhm, Margarete/Brock, Roger (1991): Geschichte der deutschen Arbeitsverwaltung unter besonderer Berücksichtigung Berlins, Berlin (unveröffentlichtes Manuskript).

**51** | Maier 2004, S. 233.

**52** | Dazu auch Faust 1986, S. 46 f.

**53** | Mattutat 1917, S. 928.

**54** | Solidarität, 18. September 1898, S. 1 (Bericht über eine nichtöffentliche Konferenz von Druckunternehmern über die Einrichtung eigener Arbeitsnachweise).

lands in Halle eine gemeinsame Position zum Arbeitsnachweis beschlossen, deren Tenor lautete: »Der Arbeitsnachweis gehört in die Hände der Arbeiter.«<sup>55</sup> Derselbe Kongress nahm auch eine »schröff ablehnende Stellung« gegen die vor allem in Süddeutschland aufkommenden kommunalen Arbeitsnachweise ein.<sup>56</sup> Es wurde betont, dass der Arbeiter »Besitzer seiner Arbeitskraft [ist], deren Verwertung allein ihm zusteht.«<sup>57</sup> Ein Antrag von Theodor Leipart, der diese klare Positionierung vermeiden wollte, wurde abgelehnt<sup>58</sup> und in der verabschiedeten Resolution war zu lesen:

»Der zweite Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands warnt [...] die Arbeiter aller Orte vor jeglichem Experiment auf einer anderen Grundlage als der alleinigen Leitung von Arbeitsnachweisen durch die Organisation der Arbeiter.«<sup>59</sup>

Wenn kein gewerkschaftseigener Arbeitsnachweis bestand, so beschlossen die deutschen Gewerkschaften noch 1899, sollte auch bei kommunaler Trägerschaft die »Leitung der Vermittlung unter allen Umständen bei den Arbeitern« verbleiben.<sup>60</sup> Diese Entschiedenheit wurde aber – trotz verbaler Bekennnisse und vielversprechender Beispiele – nicht in der Fläche umgesetzt.

Die Arbeitsnachweise funktionierten als basisnahe Werkzeuge, die weibliche, prekäre Beschäftigungsformen besonders gut auffangen konnten. Sie können als syndikalistische und lokalistische Kampfform verstanden werden – und es überrascht nicht, dass der Gewerkschafter und Sozialdemokrat Hermann Mattutat rückblickend feststellte, das »Ideal« der Idee vom gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis sei die Pariser Arbeitsbörse in ihrer syndikalistischen Form zu Beginn der 1890er Jahre gewesen.<sup>61</sup> Die Arbeitskräftevermittlung wurde in dieser Perspektive als bewusst und systematisch zu nutzendes Konfliktfeld begriffen. Möglicherweise standen die deutschen Gewerkschaftsbeamten, die den »Sozialismus«<sup>62</sup> oftmals als

---

55 | Zit. nach Mattutat 1917, S. 927.

56 | Mattutat 1917, S. 928.

57 | Mattutat 1917, S. 927.

58 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 128.

59 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 125.

60 | Mattutat 1917, S. 927.

61 | Mattutat 1917, S. 927.

62 | Das Substantiv »Sozialismus« stand im 19. Jahrhundert »zunächst für jede Lehre, die das gesellschaftliche Zusammenleben durch Beseitigung extremer

wirtschaftsfriedliche Gesamtgesellschaft interpretierten, diesem dynamischen Ansatz auch deshalb zunehmend skeptisch gegenüber.

Doch zunächst nahm die Bedeutung der Arbeitsnachweisfrage nicht ab. Über ein Viertel des Wortprotokolls des dritten allgemeinen Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands von 1899 ist mit dieser Debatte gefüllt<sup>63</sup> und die Versammelten hielten »nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkt fest, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt«. <sup>64</sup> Die Frauen der Berliner Zahlstelle I des VBHI nahmen diese Resolution des Kongresses erfreut zur Kenntnis.<sup>65</sup>

### 3.2.3 Der Arbeitsnachweis der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen

Das sogenannte »polygraphische Gewerbe« besaß eine bemerkenswerte Ausnahmestellung in der Nutzung von Arbeitsnachweisen: 1913 erstreckte sich deren Reichweite auf 50 Prozent der Beschäftigten bzw. Stellen des gesamten Gewerbes. Dies war der höchste Wert aller Berufsgruppen, dahinter folgte der Ledersektor mit nur 10 Prozent einbezogener Beschäftigter.<sup>66</sup> Es gab jedoch eklatante Unterschiede in der Verwendung der Nachweise: Während die Gehilfen ihn gemeinsam mit den Prinzipalen verwalteten (siehe Kapitel 3.3), entwickelten die Hilfsarbeiterinnen eine andere, kämpferische Interpretation der Arbeitsvermittlung: Da die Prinzipale bald auf die verbandseigene Stellenvermittlung angewiesen waren, konnten Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen in den Unternehmen mit jeder einzelnen Vermittlungsentscheidung belohnt oder sanktioniert werden, indem Arbeitskräfte

---

Gegensätze neu ordnen will« (Pfeifer et al. 1993); vgl. dazu auch Fuhrmann 2017b, S. 12f.

**63** | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1899. Von den 180 Protokollseiten umfasst die Debatte um den Arbeitsnachweis 48 Seiten.

**64** | Aus der Resolution des dritten deutschen Gewerkschaftskongresses (8–13. Mai 1899 in Frankfurt am Main): »Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung ist ein werthvolles Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiter und zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Der Kongreß hält deshalb nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkt fest, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt«; zit. nach Solidarität, 28. Mai 1899, S. 3.

**65** | Einstimmig angenommene Erklärung der außerordentlichen Generalversammlung der Zahlstelle I am 23. Januar 1899; vgl. Solidarität, 5. März 1899, S. 2.

**66** | Vgl. Faust 1986, S. 296, Tabelle 14c.



schnell, langsam oder überhaupt nicht vermittelt wurden. Die Wichtigkeit dieser Einrichtung war den Akteurinnen im VBHi jederzeit bewusst:

»Was die Berliner Kollegenschaft ihrem Arbeitsnachweis zu verdanken hat, das wird bei der Geschichte des Verbandes einen würdigen Platz einnehmen.«<sup>67</sup>

Die konkrete Entwicklung der Berliner Zahlstellen legt offen, wie zutreffend diese Einschätzung von 1915 gewesen ist. Denn tatsächlich war die Organisation der Hilfsarbeiterinnen in erster Linie gegründet worden, um »das Joch des damaligen Stellenvermittlers, welcher von den Prinzipalen eingesetzt war, abschütteln zu können.«<sup>68</sup> Deshalb werden im Folgenden zunächst die damaligen Zustände veranschaulicht, bevor anschließend der Aufbau des Arbeitsnachweises des Berliner VBHi beschrieben wird.

1890 befand sich die Berliner Stellenvermittlung für Druckerei-HilfsarbeiterInnen in der Hand eines invaliden Buchdruckergehilfen (»Maschinenmeister Neumann«), der von den Prinzipalen damit beauftragt worden war. Die Vermittlung fand in seiner dunklen Kellerwohnung in der Treptower Straße statt. Neumanns Wohn- und Schlafzimmer diente als Wartezimmer: »Anlegerinnen und Bogenfängerinnen mußten auf einem Plättbrett Platz nehmen, das auf zwei Stühle gelegt war«, während »tüchtige Punctierinnen«, die zu Beginn der 1890er Jahre stärker nachgefragt waren, »Anrecht« auf einen der »bevorzugten Plätze am Kellerfenster« hatten.<sup>69</sup>

Bis die Arbeiterinnen den Arbeitsnachweis mittags gegen halb eins verließen, mussten die männlichen Kollegen auf der Kellertreppe warten.<sup>70</sup> Wer als Mann »schon in die Gepflogenheiten eingeweiht war«, erklärte dem Vermittler Neumann, dass er nebenan in der Kneipe warten werde. »Es dauerte dann auch gar nicht lange, so war Vater N. auch dort; man spielte »eine« gemütliche Partie Billard, bei der man beileibe den Alten nicht reinfallen lassen durfte«, und auf diese Weise bekam man auch bald eine Stelle zugewiesen.<sup>71</sup>

Eigentlich sollte »eine von Prinzipalen und Arbeitssuchenden paritätisch zu tragende und nach Berufen gestaffelte Gebühr« entrichtet wer-

---

67 | Thiede 1915b, S. 3.

68 | Heydemann 1900.

69 | Thiede 1915a.

70 | Thiede 1915a.

71 | Bleich 1905.

den,<sup>72</sup> doch im Kellerreich des Herr Neumann waltete die Willkür: »ansehnliches Trinkgeld« in Höhe von »5 und mehr Mark« wurde zuweilen fällig;<sup>73</sup> wer sich beschwerte, musste mit Anwendung des Hausrechts rechnen.<sup>74</sup> Zudem wurden die Arbeitssuchenden oft gezwungen, Arbeit unter sehr schlechten Bedingungen anzunehmen.<sup>75</sup>

»Die selbstherrliche und zeitweise ungerechte Vermittlung des Herrn Neumann brachte es mit sich, daß eine erkleckliche Anzahl Hilfsarbeiterinnen den Nachweis meiden mußte; von diesen ging der Gedanke aus, einen eigenen Arbeitsnachweis zu gründen.«<sup>76</sup>

Diese Hilfsarbeiterinnen beriefen eine Versammlung ein und am 5. März 1890 hielt der Buchdrucker und Gewerkschafter Philipp Schmitt<sup>77</sup> dort einen Vortrag über »Die Gründung einer Organisation und Errichtung eines Arbeitsnachweises«.<sup>78</sup> Diese Versammlung war zugleich der Gründungstag des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen«. Nur fünf Tage später eröffneten die Hilfsarbeiterinnen ihren Arbeitsnachweis,<sup>79</sup> vermutlich in der Annenstraße 16, einem häufig genutzten Versammlungsort der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung.<sup>80</sup> Die

---

72 | Thiede 1915a.

73 | Heydemann 1900.

74 | Thiede 1915a.

75 | Heydemann 1900.

76 | Thiede 1915a.

77 | Schmitt kam aus dem »Verband der Deutschen Buchdrucker« (VDB) und war 1892 Mitglied der Delegation, die mit den Prinzipalen das Ende des Streiks um den Neunstundentag (siehe Kapitel 2.3) aushandeln musste; vgl. Krahl 1916, S. 182.

78 | Thiede 1915a.

79 | Bleich 1905, S. 2.

80 | Vorwärts, 5. Mai 1891, S. 9 (Versammlungsbericht). In der Annenstraße 16 befand sich 1891 das Restaurant Keßner, ein häufiger Versammlungsort der ArbeiterInnenbewegung. Auch später blieb die Annenstraße 16 unter dem Namen »Luisenstädtisches Clubhaus« eine gewerkschaftliche Adresse; vgl. etwa Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15459, Blatt 81 f. (Polizeibericht vom 8. April 1898 über die öffentliche Versammlung der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission am Donnerstag, den 7. April 1898) oder Solidarität, 4. September 1898, S. 4 (Versammlung der Zahlstelle I).

männlichen Kollegen folgten mit der Eröffnung ihres Arbeitsnachweises drei Monate später am 1. Juni 1890.<sup>81</sup>

An der Gründung des Nachweises von und für Hilfsarbeiterinnen waren etwa 450 Kolleginnen beteiligt.<sup>82</sup> Bereits im Juli 1890 waren genügend Ressourcen gesammelt worden, um anstelle eines Provisoriums ein Zimmer und ein Telefon für den Arbeitsnachweis anzumieten.<sup>83</sup> Langjährige »Arbeitsnachweiserin« und Mitarbeiterin in anderen Funktionen, unter anderem als KassiererIn, war Ida Gottwald.<sup>84</sup> Eine aktive Rolle in den ersten Organisationsversuchen spielten außerdem Mathilde Sabath, Pauline Henkel und Selma Sternhagen.<sup>85</sup> Unterstützung kam außerdem von engagierten Kollegen aus den Gehilfenkreisen und

»keine Versammlung verging im Laufe des ersten Jahres, ohne daß nicht aus Buchdruckerkreisen ein Referent über Arbeitsnachweise, Ausbau der Organisation, Verkürzung der Arbeitszeit usw. geredet hätte.«<sup>86</sup>

Beim 1890 gegründeten verbandseigenen Arbeitsnachweis handelte es sich im Kern um eine Aufstellung der freien Hilfsarbeiterinnen-Stellen samt Arbeitsbedingungen und eine Liste der arbeitssuchenden Kolleginnen. Diese Informationen wurden von einer Kollegin gepflegt und miteinander abgeglichen. In einem Lokal bzw. einem Büro mit Telefon wurden zu festen Geschäftszeiten entsprechende Meldungen entgegengenommen. Diese Meldungen kamen in der Aufbauphase vor allem von den Kolleginnen aus den Betrieben sowie solidarischen Buchdruckergehilfen.

Der Mainzer Hilfsarbeiter Kaspar Suder berichtete 1898 anschaulich, wie ein solcher Arbeitsnachweis funktionierte: Zunächst brachten Vereinsmitglieder Blocks mit Stellenmeldezetteln in die Werkstätten. Sobald Arbeitskräfte gebraucht wurden, wurden diese Meldezettel ausgefüllt an den Arbeitsnachweis geschickt – meist durch Maschinenmeister, die ebenfalls Gewerkschaftsmitglieder waren. Im Arbeitsnachweis wurde dann aus einer komplementären Liste ein Vereinsmitglied ausgesucht, das auf

---

81 | Bleich 1905, S. 3f.

82 | Thiede 1917, S. 358.

83 | Losseff-Tillmanns 1978, S. 320; Bleich 1905.

84 | Thiede 1915b, S. 2.

85 | Thiede 1915b, S. 2.

86 | Thiede 1915b, S. 2.

Arbeitssuche war und zum Gesuch passte. Als arbeitssuchend konnten sich auch diejenigen registrieren lassen, die in Arbeit standen, aber eine bessere Stelle suchten.<sup>87</sup>

Der zentrale Hebel dieser Einrichtung war, dass die Gewerkschaft innerhalb dieser Struktur entscheiden konnte, welche Arbeitskräfte wann in welche Druckerei geschickt wurden. Das war ein vorzügliches Werkzeug, um die Löhne und Arbeitsbedingungen im Sinne der Arbeitenden zu beeinflussen, denn so ließ sich gezielt Druck auf einzelne Betriebe ausüben, ohne einen aufwendigen Arbeitskampf zu riskieren. Insbesondere für die weiblichen Hilfsarbeiterinnen machte diese Einrichtung aus der Not der starken Fluktuation einen Vorteil im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen.

Der Gründungsimpuls für die Gewerkschaften der HilfsarbeiterInnen war es also, den Arbeitsnachweis, d. h. die Stellenvermittlung in die eigenen Hände zu bekommen. Es bedurfte eines jahrelangen Kampfes, den Unternehmern den Arbeitsnachweis »abzunehmen«. Der Erfolg wurde dadurch begünstigt, dass die gewerkschaftlich organisierten Maschinenmeister zu dieser Zeit noch in hohem Maße über Entlassungen und Einstellungen des Personals entscheiden konnten und solidarisch mit »ihren« HilfsarbeiterInnen handelten.<sup>88</sup> Die Initiative der Hilfsarbeiterinnen verbreitete sich rasch:

»Frauen und Mädchen und auch wohl Männer, welche noch nie einer Organisation angehört und Versammlungen besucht hatten, forderten ihre Kollegen und Kolleginnen in begeisterten Worten auf, sich der Organisation anzuschließen und zur Weiterentwicklung derselben Sorge zu tragen. [...] Die Mitgliederzahl stieg bei uns in Kürze auf 1.200, mit deren Einnahme wir einen eigenen Arbeitsnachweis – die Verwalterin desselben erhielt einen wöchentlichen Lohn von 15 Mark – sehr gut erhalten konnten.«<sup>89</sup>

Doch »den Prinzipalen war die neue Organisation ein Dorn im Auge« und sie steuerten gegen, indem sie den Gehilfen, namentlich den Maschinenmeistern, »eine Prämie von ansehnlichen 10 Mark für das Anlernen neuen Hilfspersonals« versprachen.<sup>90</sup> Dieser erste Versuch, die Organisierung

---

**87** | Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1898, S. 11–13.

**88** | Thiede 1915b, S. 2.

**89** | Heydemann 1900.

**90** | Heydemann 1900.

der HilfsarbeiterInnen durch Verbreiterung des Arbeitskräfteangebots zu durchkreuzen, schlug allerdings fehl. Zum einen waren auch die Buchdrucker und Maschinenmeister gewerkschaftlich organisiert und hielten sich bei der Annahme des Angebotes zurück; zum anderen waren die Vereine der HilfsarbeiterInnen Fluktuation gewöhnt und konnten neues Personal durchaus schnell für ihre Ziele gewinnen.

Der nächste Versuch der Unternehmer bestand im Aufbau eines eigenen »Centralarbeitsnachweis« im Anschluss an die empfindliche Niederlage der Gewerkschaften in der Streikbewegung 1891/1892 (siehe Kapitel 2.3). Die mit schnellem Erfolg aufgebauten Vereine für männliche und weibliche HilfsarbeiterInnen waren zusammengebrochen:

»von 1.600 Mitgliedern, die an der ersten Bewegung teilnahmen, wurden nach Beendigung noch glücklich 400 Uebriggebliebene gezählt, die dann den Grundstock zum Wiederaufbau der Organisation bildeten.«<sup>91</sup>

Dieser Wiederaufbau, in dessen Rahmen sich auch die spätere Verbandsvorsitzende Paula Thiede erstmals einbrachte, wurde durch den neuen »Centralarbeitsnachweis« für Buchdruckereien erheblich erschwert.<sup>92</sup> Dieser war seinerseits Teil des Berliner »Zentral-Vereins für Arbeitsnachweis« (siehe Kapitel 3.2.1). Die Buchdrucker-Prinzipale waren am Zentral-Verein »pekuniär hervorragend beteiligt.«<sup>93</sup>

Als die Organisationen der ArbeiterInnen nach der Niederlage 1891/1892 am Boden lagen, brachten die Unternehmer diesen privaten »Centralarbeitsnachweis« in Stellung – mit der Absicht, so »den Organisationen den Gnadenstoß zu versetzen.«<sup>94</sup> Als 1899 der Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main leidenschaftlich über die Bedeutung der Arbeitsnachweise stritt, erinnerte Paula Thiede die Delegierten an diese unheilvolle Rolle: »Mit dem städtischen Arbeitsnachweis haben wir sehr schlimme Erfahrungen gemacht.«<sup>95</sup>

Doch letztlich erwiesen sich die Disziplin der HilfsarbeiterInnen und die Solidarität vieler Gehilfen im jahrelangen Kampf um den Arbeits-

---

91 | Thiede 1915a.

92 | Vgl. Heydemann 1900.

93 | Bleich 1905.

94 | Bleich 1905, S. 4.

95 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1899, S. 142.

nachweis als stärker: Nach der erfolgreichen Neunstundenbewegung 1896 musste der Nachweis von den Prinzipalen anerkannt werden.<sup>96</sup> Gerade in diesem Kampf im Februar 1896 hatte der Arbeitsnachweis nochmals seine Wirkung bewiesen. Die Forderungen der Vereine der Berliner HilfsarbeiterInnen waren zunächst abgelehnt worden und Paula Thiede erinnerte sich später:

»Nun begann ein Kampf von Druckerei zu Druckerei, bewilligte ein Prinzipal, dann gut, lehnte er ab, dann war keine Stunde später das gesamte Hilfspersonal auf dem Arbeitsnachweis [...] Fast fünf Wochen wurde diese Kampfesform mit wechselndem Glück beibehalten, und bei Beendigung des Kampfes konnten die Berliner Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen feststellen, daß die Löhne von 1,50 bis 3,- Mk pro Woche gestiegen waren, allerdings noch nicht in allen Betrieben, diese aber wurden in der nächsten Zeit bei besserem Geschäftsgang herangezogen, was durch geschickte Ausnutzung des Arbeitsnachweises auch gelungen ist. Der Arbeitsnachweis wurde auch in der Folge der Lohnregulator in Berlin.«<sup>97</sup>

In diesem Arbeitskampf ist also eine ganz andere gewerkschaftliche Taktik zu beobachten als üblich: Es wurde nicht flächendeckend gestreikt, sondern die Betriebe nach und nach zum Einlenken gezwungen. Dazu wurde eine Forderung aufgestellt und Unternehmen, die sich weigerten, ihr nachzukommen, wurden sofort und voll bestreikt, indem die HilfsarbeiterInnen fristlos kündigten. Dies war vor allem deshalb möglich, weil der Arbeitsnachweis in Gewerkschaftshand garantierte, dass die Lohnausfälle nicht lang anhielten. Die verbandseigene Arbeitslosenversicherung übernahm in diesem Modell die Funktion des Streikgeldes. Zusätzlich verminderte die Kontrolle der Arbeitsvermittlung das Risiko des Streikbruchs, indem neue Arbeitskräfte verweigert wurden.

Die Nutzung des Arbeitsnachweises geschah in der Auseinandersetzung im Februar 1896 in verdichteter Form, blieb aber fast ein Jahrzehnt

---

**96** | Heydemann 1900. Zur Entwicklung der Berliner Arbeitsnachweise und der damit verbundenen Konflikte sind unter anderem die Rechenschaftsberichte der Berliner Gewerkschaftskommission von Interesse (insbesondere Berliner Gewerkschaftskommission 1895a, S. 9–11 und S. 27–29). Statistiken über viele Berliner Arbeitsnachweise sind in den Jahresberichten des Berliner »Zentral-Vereins für Arbeitsnachweis« enthalten – und damit nützliche Informationen über dessen (Konflikt-)Geschichte.

**97** | Thiede 1915b, S. 3.

das Vorgehen der Wahl, um Konflikte mit den Prinzipalen auszutragen und zu gewinnen. Die Möglichkeit, mit Hilfe von Kündigungen und Arbeitsnachweis Lohnkonflikte quantitativ und zeitlich fast stufenlos zu skalieren, drückt sich in der von Thiede genutzten Bezeichnung »Lohnregulator« aus.

Durch dieses Vorgehen gelang es den Berliner Frauen, die als Hilfsarbeiterinnen im Buch- und Steindruck tätig waren, ihre Löhne kontinuierlich zu heben und bald verdienten sie mehr als viele männliche Kollegen in anderen Städten.<sup>98</sup> Die Anerkennung des Arbeitsnachweises 1896 in Berlin setzte Energien frei, die in der Folge die reichsweite Vernetzung beschleunigten. Der Vorschlag, »eine Zentralisation zu schaffen« wurde nach Beendigung des Berliner Streiks im Buchdruckgewerbe von 1896 vermehrt diskutiert und im Mai 1898 umgesetzt.<sup>99</sup>

In einem aufsehenerregenden Streit zwischen der Zahlstelle I (Berliner Frauen) und dem Zentralvorstand des neuen, reichsweiten Verbands um Paula Thiede erkämpften sich die Berlinerinnen zusätzliche 10 Prozent der Mitgliedsbeiträge, die fortan bei der Zahlstelle I »zur Führung des Arbeitsnachweises« verblieben.<sup>100</sup> Damit konnte die Nutzung der Arbeitsnachweise als Kampfmittel auch im VBHi endgültig verankert werden und die Einschätzung verbreitete sich, dass der Arbeitsnachweis »unserer Organisation erst die Lebensfähigkeit giebt«.<sup>101</sup>

Die Übereinkunft zwischen Zahlstelle I und Zentralvorstand zahlte sich auch für den Gesamtverband finanziell aus, denn die Arbeitsvermittlung lief ausgezeichnet – »länger als 4 Wochen war kein Mitglied arbeitslos« –, was wiederum verringerte Unterstützungszahlungen aus der Verbandskasse an die Mitglieder der Zahlstelle I zur Folge hatte.<sup>102</sup> Der Arbeitsnachweis funktionierte als passgenaue Antwort auf die hohe Fluktuation weiblicher

---

**98** | 1911 lag der Organisierungsgrad der Anlegerinnen und Punktiererinnen in Berlin bei sagenhaften 97,3 Prozent; vgl. VBHi 1911, S. 32. Der wöchentliche Durchschnittslohn von Anlegerinnen in Berlin betrug 18,37 Mark (S. 58f.) und war damit etwa gleich hoch wie die entsprechenden Männerlöhne in Straßburg und deutlich höher als Männerlöhne in zahlreichen anderen Städten mit und ohne Tarif (S. 46f.).

**99** | Vgl. Thiede 1905b, S. 1f.

**100** | Vgl. dazu Fuhrmann 2019, S. 102–108.

**101** | Solidarität, 15. Oktober 1899, S. 3f. (Bericht von einer Versammlung der Zahlstelle I am 19. September 1899).

**102** | VBHi 1902, S. 9f.

Hilfsarbeiterinnen beeindruckend gut. Er bildete »das Rückgrat«<sup>103</sup> gerade der weiblichen Zahlstelle und ermöglichte die erfolgreiche Durchsetzung der eigenen Forderungen bei minimalem Einsatz von Streiks.<sup>104</sup>

In den folgenden Jahren gründete der noch junge »Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands«, wie er sich anfangs nannte, systematisch zahlreiche lokale Arbeitsnachweise nach Berliner Muster.<sup>105</sup> Diese Arbeitsnachweise haben zum erstaunlichen Aufschwung des VBHi maßgeblich beigetragen.<sup>106</sup> Mit deutlichen Worten und in aller Entschiedenheit verteidigte der VBHi auch innerhalb der Gewerkschaften seinen Arbeitsnachweis als das »heiligste Gut der Organisation«<sup>107</sup> samt der dahinter stehenden Idee.<sup>108</sup> Als 1899 Mitglieder anderer Gewerkschaften kommunale Arbeitsnachweise als Alternative zu gewerkschaftseigenen vorschlugen, meldete sich Paula Thiede auf dem Gewerkschaftskongress zu Wort:

»Unser Arbeitsnachweis ist eine Lebensbedingung für unsere Organisation. Durch die Arbeitsnachweise haben wir in dem zehnjährigen Bestehen unserer Organisation eine recht erhebliche Lohnerhöhung bewirken können. Wir werden dieses unser Kampfmittel ganz gewiß nicht aufgeben.«<sup>109</sup>

Der Arbeitsnachweis und damit die Entscheidung, welche ArbeiterInnen in welche Betriebe geschickt werden, wenn Personal benötigt wird – eigentlich ein permanenter Streik oder zumindest dessen permanente Androhung – war also ein machtvoller Hebel und lag in Berlin zwischen 1896 und 1906 ausschließlich in der Hand der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen. Ein weiterer großer Vorteil der Arbeitsnachweise ist naheliegend, wurde aber vom Verband selbst nie explizit formuliert: Auf dem Arbeitsnachweis kamen

**103** | Zitat von Gertrud Strietzel (später Lodahl; siehe Kapitel 5.2.2), in: VBHi 1902, S. 10.

**104** | VBHi 1902, S. 9 f.

**105** | Vgl. etwa VBHi 1903, S. 3 f.; VBHi 1904, S. 1; VBHi 1912a, S. 235.

**106** | VBHi 1903, S. 1 f.

**107** | Solidarität, 18. September 1898, S. 1 (Bericht über eine nichtöffentliche Konferenz von ArbeitgeberIn in Leipzig, die eigene Arbeitsnachweise gründen wollten).

**108** | Vgl. Solidarität, 2. April 1899, S. 2 f. (»Die paritätischen Arbeitsnachweise, ihr Zweck und Nutzen für die Organisation«).

**109** | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1899, S. 142.



auch unorganisierte KollegInnen unvermeidlich in persönlichen Kontakt mit langjährigen Gewerkschaftsmitgliedern und mit »dem Verein« selbst.<sup>110</sup>

### 3.3 Vom Arbeitsnachweis zum Tarif

In den 1890er Jahren wurde von den Gewerkschaften der Anspruch formuliert, als Eigentümer der Ware Arbeitskraft über deren Verteilung ausschließlich selbst entscheiden zu dürfen. Diese marxistische Analyse der »Arbeit« wurde kollektiv interpretiert: Nicht das dem »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse«<sup>111</sup> ausgesetzte Individuum, sondern die Klasse (hier in Gestalt der gewerkschaftseigenen Arbeitsnachweise) müsse entscheiden können, an wen die Ware Arbeitskraft zu welchen Konditionen verkauft wird. Im Kontext der Diskussionen innerhalb des VBHi schloss sich auch der Vorsitzende der Generalkommission Carl Legien dieser Auffassung an und sagte 1899 auf einem Verbandstag des VBHi, »[d]er Arbeitsnachweis gehöre dem, der seine Arbeitskraft verkauft, dies sei der Arbeiter«.<sup>112</sup>

Der VBHi und seine Berliner Vorläuferorganisationen demonstrierten die Möglichkeiten, die in der konsequenten Nutzung eines gewerkschaftseigenen Arbeitsnachweises lagen – auch und gerade für die stark fluktuierende und von geschlechtsspezifischen Brüchen in der Erwerbsbiografie geprägte weiblichen Hilfsarbeiterschaft. Noch konnte sich diese entschiedene Position der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen auf die Standpunkte der gesamten Gewerkschaftsbewegung berufen, doch so erfolgreich diese Praxis auch war, stieß sie bald an äußere Grenzen, und zwar sowohl im Druckgewerbe als auch in der Gewerkschaftsbewegung.

Denn trotz der abgelegten Bekenntnisse verfolgten die meisten Gewerkschaften die Möglichkeiten der Arbeitsnachweise in der Praxis nicht sonderlich energisch. In der historischen Rückschau wird vielmehr deutlich, dass schon auf dem Gewerkschaftskongress 1899 die Aufgabe des ge-

---

110 | »Der Verein« wurde unter den Hilfsarbeiterinnen als halb liebevolle, halb ehrfürchtige Kurzvariante für den »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« genutzt; vgl. dazu die Schilderungen in: Solidarität, 1. Juni 1923 (Jubiläumsausgabe), S. 4 (»Wie ich Gewerkschaftsmitglied wurde. Von einer alten Kollegin«).

111 | Marx (1890/1962), S. 765 (im Kapitel »Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation«).

112 | Solidarität, 28. Mai 1899, S. 1f. (Bericht über den Verbandstag 1899).

werkschaftlichen Führungsanspruches im Bereich der Arbeitsvermittlung begonnen hatte.<sup>113</sup>

Es gibt dazu keinerlei Forschung, aber zu vermuten ist ein starker Zusammenhang zwischen der Kampfform einer Gewerkschaft und den Machtverhältnissen, in denen sich ihre Mitglieder und Funktionäre befanden. Gut ausgebildete Facharbeiter – diese waren fast ausschließlich männlich – erlebten seltener Kündigungen und unterbrachen ihre Arbeitsverhältnisse nicht aufgrund von Mutterzeiten. Ein Arbeitsplatzwechsel erschien daher vielen Männern bedeutsamer als den meisten Frauen. Die Möglichkeit, im klassischen Sinne zu streiken, war für männliche Kollegen größer als die der Hilfsarbeiterinnen.

Dadurch wäre zu erklären, warum in der patriarchal geprägten Gewerkschaftsbewegung neben den Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen kaum jemand den Arbeitsnachweis energisch nutzte und verteidigte. Bereits der Hamburger Gewerkschaftskongress von 1908 sprach sich jedenfalls für die »Errichtung öffentlicher, von gemeinnützigen Gesichtspunkten aus geleiteter gebührenfreier Arbeitsnachweise« und für die einheitliche reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung aus.<sup>114</sup> Diese Forderung an den Staat enthielt implizit den Verzicht der Gewerkschaften auf den Hoheitsanspruch bei der Arbeitsvermittlung. Damit hatte sich die »Frage der Arbeitsnachweisorganisation« von einer prinzipiellen zu einer taktischen Problemstellung entwickelt.<sup>115</sup> Nur für die organisierten HilfsarbeiterInnen im VBHi hieß es noch 1905:

»Der Kleinkrieg ist für uns Hilfsarbeiter immer noch die altbewährte Taktik, dies beweisen unsere Erfolge, die wir in den einzelnen Offizinen erringen.«<sup>116</sup>

Doch nicht nur durch die Positionsverschiebung bei den anderen Gewerkschaften geriet die – an sich erfolgreiche – Taktik des VBHi in Bedrängnis: Im Druckgewerbe selbst hatte sie von vorneherein keinen institutionellen Rückhalt gehabt. Zwar war die Reichweite der Arbeitsnachweise dort sehr hoch (siehe Kapitel 3.2.3), doch das sagt nichts darüber aus, welche Funktion die Arbeitsnachweise einnahmen.

---

113 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1899, S. 203–208.

114 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1908, S. 42 f.

115 | Vgl. Faust 1986, S. 83 f.

116 | VBHi 1905a, S. 17 (Äußerung von Engelbert Pucher, Zahlstelle II).

Die Gewerkschaft der Buchdrucker (VDB) war deutlich älter als der VBHi und hatte jahrzehntelange Erfahrungen mit dem Abschluss von Tarifverträgen. Schon im ersten deutschen Tarifvertrag von 1873, der für Buchdruckergehilfen abgeschlossen wurde, waren Schiedsämter vorgesehen, um Konflikte ohne Arbeitskampf beizulegen. Im Jahr 1888 gründeten die Tarifpartner gemeinsam einen Arbeitsnachweis – der als »eigenartige Erscheinung«<sup>117</sup> wahrgenommen wurde, wurde er doch von den tariffreuen Akteuren beider Seiten als Kampfmittel gegen Tariffucht eingesetzt: Sowohl Gehilfen als auch Prinzipalen, die sich nicht an die Vorgaben der Tarifinstitutionen hielten, konnte der »Arbeitsnachweis [...] für längere oder kürzere Zeit entzogen werden«, um so »Entscheidungen des Schiedsgerichtes«<sup>118</sup> zur Geltung zu verhelfen. Zusätzlich war ein Verbot der Umgehung des Arbeitsnachweises ausgesprochen worden.

Während die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen den Arbeitsnachweis als Kampfmittel nutzten, setzte im Gehilfenbereich die Tarifgemeinschaft aus Gewerkschaft und Unternehmern die Arbeitsvermittlung also als Druckmittel gegen Tarifabweichungen ein: Die Buchdruckergehilfen nutzten den Arbeitsnachweis gemeinsam mit den Unternehmern zur Erzwingung von Tariffreue. Neben den Entwicklungen innerhalb der Gewerkschaften erschwerte dem VBHi auch die Gegenseite das gewohnte Vorgehen, denn die Unternehmer organisierten sich zunehmend und bereiteten sich fabrikübergreifend auf Arbeitskämpfe vor, was den Kampf von Betrieb zu Betrieb erschwerte.

Die wichtigste Person aufseiten der Druckunternehmer war seit Mitte der 1890er Jahre Georg Wilhelm Büxenstein, der hier kurz vorgestellt werden soll. Der 1857 geborene Büxenstein war ein großbürgerlicher Druckunternehmer, dessen Dependancen und Druckereien sich im Zeitungsviertel befanden. Um die Jahrhundertwende war die Druckerei Büxenstein in der Nähe des Belle-Alliance-Platzes nach der Reichsdruckerei die größte in Berlin. Hier arbeiteten 1902 ungefähr 600 Menschen und in »den Werkräumen standen fünf Rotationsmaschinen, 50 Schnellpressen sowie unzählige Hilfsmaschinen und -geräte«.<sup>119</sup> Die Druckerei lag in derselben Gegend, in der Paula Thiede ihre Kindheit und Jugend verbracht hatte.

---

117 | Evert 1888, S. 1112.

118 | Evert 1888, S. 1112.

119 | Schmidt-Bachem 2011, S. 513. Zu unerwünschter Berühmtheit gelangte die Druckerei Büxenstein 1919 während der Besetzung des Zeitungsviertels im Nach-

**Georg Wilhelm Büxenstein und Paula Thiede**

Mitte der 1880er Jahre, als die junge Anlegerin Paula Thiede (damals Pauline Berlin) in der Friedrichstraße 250 wohnte, verlegte das Familienunternehmen Büxenstein seinen Sitz in die Friedrichstraße 240/241.<sup>120</sup>

Mitte der 1890er Jahre wurde an gleicher Stelle ein neues und repräsentatives Gebäude in Betrieb genommen.<sup>121</sup>

Vielleicht sind sich die Hilfsarbeiterin Paula Thiede und der Unternehmer Büxenstein bereits begegnet, lange bevor sie 1906 stellvertretend für ihre jeweilige Klasse am Verhandlungstisch sitzen sollten. Gelegenheiten dazu gab es vermutlich mehrere: In der Druckerei Büxenstein fand am 6. Juni 1885 ein »Wettsetzen« statt, an dem sowohl Setzerinnen als auch Setzer teilnahmen.<sup>122</sup> Bei diesem Wettbewerb wurde in 6½ Stunden Arbeitszeit eine durchschnittliche Hand-Satz-Rate von 3.600 Buchstaben pro Stunde festgestellt. Der Rekord für eine einzelne Stunde wurde mit 4.230 gesetzten Buchstaben von einer Frau erzielt.<sup>123</sup> Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich die junge Nachbarin und Anlegerin Pauline Berlin an diesem Sonntag unter den Zuschauerinnen befand; außerdem kommt die Druckerei Büxensteins als eine der – bislang nicht zu ermittelnden – Arbeitsstellen von Paula Thiede in den 1890er Jahren in Betracht.

Ende des 19. Jahrhunderts überließ Büxenstein das operative Geschäft zunehmend seinem Sozium Otto Benstein und widmete sich gesellschaftlichen

---

gang der Novemberrevolution. Von der Besetzung und dem Kampf um die Druckerei zeugt bis heute das Lied »Im Januar um Mitternacht (Büxensteinlied)«, je nach Version mit bis zu neun Strophen. Der Text variiert und findet sich z. B. auf [www.volksliederarchiv.de](http://www.volksliederarchiv.de) (Anonym 1919a). Laut [www.kommunisten.ch](http://www.kommunisten.ch) stammt der Text »vom Schlosser Richard Schulz, später Redakteur der ›Roten Fahne‹«, und wurde nach der Melodie »eines nationalistischen Soldatenlieds von 1915 (›Argonnerwald, um Mitternacht‹)« gesungen (Schulz 1919). Das Lied wurde auch von Hanns Eisler vertont und Ernst Busch interpretiert; vgl. Busch o. J.

**120** | Otto 2004, S. 37 (Abbildung).

**121** | Zur Geschichte der Firma Büxenstein vgl. Schmidt-Bachem 2009.

**122** | Die SetzerInnen waren die zweite Berufsgruppe im Druckgewerbe, in der sich einen nennenswerten Anteil Frauen fand, auch wenn ihr Anteil längst nicht so hoch war wie bei den HilfsarbeiterInnen.

**123** | Vgl. zu diesem Wettsetzen Gabel 1988, S. 34f.

Aktivitäten: als Mitglied des Rudervereins, im Segelsport und als Vorsitzender des »Bundes Berliner Buchdruckereibesitzer«; zunehmend wurde er auch in der Tarifgemeinschaft des Druckereiwesens aktiv.<sup>124</sup> Die HilfsarbeiterInnen hatten Büxenstein als verlässlichen Verhandlungspartner kennengelernt, dem der Tarifvertrag und Vertragstreue Anliegen waren; seit 1896 leitete er die Tarifangelegenheiten seitens der Prinzipale.<sup>125</sup> Er verfolgte eine Linie, die auf Verhandlungen und Ausgleich mit den Gewerkschaften setzte, um die Bedingungen für die Druckunternehmen zu verbessern. Allerdings geriet seine Vorgehensweise im Unternehmerlager zusehends unter Beschuss und die Fraktion der »Scharfmacher«<sup>126</sup> gewann an Einfluss. Seit Beginn der 1910er Jahre wurde er heftig von anderen Prinzipalen angegriffen und zog sich schließlich zurück.<sup>127</sup>

Wie kein zweiter repräsentierte Georg Wilhelm Büxenstein aber um 1905 eine Politik der Druckereibesitzer, die bei Schutz ihrer Geschäftsinteressen auf einen Ausgleich mit den Gewerkschaften bedacht war. Aus dieser Motivation heraus wollte er dem VBHi 1906 paritätische Arbeitsnachweise schmackhaft machen:

»Ich kann ihnen sagen, daß bei unseren 42 Buchdrucker-Nachweisen über die Verwaltung noch nie eine Meinungsverschiedenheit entstanden ist, trotzdem die Arbeitsnachweise nur von den Gehilfen verwaltet werden.«<sup>128</sup>

Büxenstein hatte allen Grund, die HilfsarbeiterInnen zu umwerben, denn deren Arbeitsnachweise waren im Sinne der Lohnabhängigen erfolgreich wie wohl keine anderen.<sup>129</sup> Dass es mit einer Gruppe wie den HilfsarbeiterInnen überhaupt schon zu diesem Zeitpunkt zu Tarifverhandlungen kam, lag an der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit des VBHi und ganz besonders an der konsequenten Ausnutzung der örtlichen Arbeitsnachweise.

---

124 | Vgl. Schmidt-Bachem 2011, S. 511.

125 | VBHi 1915, S. 12.

126 | VBHi 1915, S. 11.

127 | VBHi 1915, S. 9–15, zum Rücktritt S. 11 und S. 14.

128 | Zit. nach VBHi 1907a, S. 15. Die Gehilfen mussten sich bei der Verwaltung an die mit den Prinzipalen ausgehandelten Regeln halten.

129 | In Berlin war der Arbeitsnachweis der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen offenbar der einzige gut funktionierende im Bereich der weiblichen Arbeiterinnen; vgl. Central-Verein für Arbeitsnachweis zu Berlin o.J., S. 30.

1905 – nur sieben Jahre nach der Verbandsgründung – brachten die Prinzipale erstmals Tarifverhandlungen ins Spiel: In Leipzig stellte der einseitig erklärte Tarifvertragsentwurf der Unternehmer zwar einen frontalen Angriff auf die Hilfsarbeiterschaft dar,<sup>130</sup> aber in Berlin scheint – vermutlich auf Initiative von Georg Büxenstein – ein ernsthaftes Angebot für Verhandlungen gemacht worden zu sein:

»In unermüdlicher Kleinarbeit wurden die Lohnverhältnisse verbessert, und die Form unserer Bewegung [d. i. der Arbeitsnachweis] und ihr Ausgang waren die Veranlassung, daß die Berliner Prinzipale 1905 einen Lohntarif mit der Berliner Kollegenschaft abschließen wollten; die Verhandlungen scheiterten.«<sup>131</sup>

Im Verband war man sich frühzeitig bewusst, warum die Arbeitgeber den Tarif anboten – es galt, den störenden Arbeitsnachweis loszuwerden. In einem »Monolog über unsere Tariefbewegung« hieß es in der Verbandszeitschrift in Berliner Mundart:

»Sind nicht die Berlina Prinzipale  
Wahre Perlen, wahre Ideale?  
Wenn se uns sojar mit vollen Händen  
Jelder woll'n für unsan Nachweis spenden?  
Den se nich'n mal benutzen woll'n  
Hat et frag ick da n' Zweck zum Jroll'n?  
Ne! ick will die Prinzipale preisen,  
Besser konnten sie uns nich beweisen,  
Det se mit dem ganzen Tarifieren  
Uns jeheerich wollten Baribieren.«<sup>132</sup>

Der Arbeitsnachweis, so ist aus dieser Quelle herauszulesen, sollte paritätisch finanziert werden, um ihn für die Gewerkschaft unbrauchbar zu machen. Auf dem Verbandstag 1905 erklärte sich der VBHi zwar »im Prinzip für Tarifgemeinschaften«, hielt aber noch an der Maßgabe fest, dass nicht

---

**130** | Solidarität, 15. Juli 1905, S. 3 (Bericht von einer Versammlung in Leipzig, Referat von Paula Thiede). Auf die Leipziger Vorkommnisse nahm Paula Thiede auch Bezug, als sie schrieb: »So im Kampf gestählt, sind wir bereit und fähig nun ernstere äußere Kämpfe aufzunehmen und in Leipzig dürften wir hierzu zuerst Gelegenheit haben« (Thiede 1905b, S. 2).

**131** | Thiede 1915b, S. 2.

**132** | Streichbeen 1905.

die »Arbeitsnachweise der Organisation durch paritätische ihres Wertes und ihrer Bestimmung verlustig gehen.«<sup>133</sup>

Doch bröckelte zu dieser Zeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bereits der theoretische Anspruch auf die Hoheit in der Arbeitsvermittlung – und in der Praxis waren Tarifverträge, Parität und öffentliche Arbeitsvermittlung längst auf dem Vormarsch. Dies galt insbesondere für die Tarifgemeinschaft im Druckbereich, waren doch die Druckereigehilfen Vorreiter in der Kooperation mit den Unternehmen. Auch wurde das Drängen der Gehilfen, insbesondere der Maschinenmeister, auf tarifmäßige Festlegung der Arbeitsbereiche der HilfsarbeiterInnen just im Jahr 1905 auf verschiedenen Kongressen immer stärker.<sup>134</sup> Ein klares Bekenntnis, sich auch unter den gegebenen Verhältnissen (gewerkschaftlicher Arbeitsnachweis ohne Tarifvertrag) solidarisch zu den Kämpfen der HilfsarbeiterInnen zu verhalten, blieb vonseiten der Buchdrucker und ihres Vorsitzenden Emil Döblin aus. Stattdessen kam es immer wieder zur Zusammenarbeit von Gehilfen mit StreikbrecherInnen, wenn das Hilfspersonal versuchte, seine Forderungen durchzusetzen.<sup>135</sup>

Ende des nächsten Jahres luden die Unternehmer den VBHi zu Verhandlungen zwecks Abschluss eines reichsweiten Tarifvertrages ein, »denn die sich besonders an größeren Druckorten ständig wiederholenden Lohnforderungen waren den Prinzipalen unangenehme Begleiterscheinungen.«<sup>136</sup> An den Verhandlungen sollten auf Wunsch der Unternehmer auch Vertreter der Buchdrucker teilnehmen; doch nachdem die VBHi-Verantwortlichen enttäuschende Vorgespräche mit ihren Kollegen vom »Verband der Deutschen Buchdrucker« (VDB) geführt hatten, lehnten sie deren Teilnahme rundweg ab. In der Folge erhöhte sich der Druck auf den VBHi erheblich, einen ordentlichen Tarifvertrag abzuschließen – und damit auch sein Arbeitsnachweiswesen aufzugeben: Die besser ausgebildeten Maschi-

---

**133** | Resolution zit. nach VBHi 1906, S. 2 f. Auf dem Verbandstag 1902 wurde noch Skepsis geäußert, ob ein Tarif zu erreichen sei, der Vorstand sollte jedoch laut einstimmiger Resolution den Tarifansatz weiterverfolgen; vgl. VBHi 1902, S. 41. Zur Entwicklung des Tarifgedankens innerhalb des Verbands vgl. auch VBHi 1912a, S. 1–27.

**134** | VBHi 1906, S. 4–9.

**135** | VBHi 1906, S. 3. Ähnliche Erfahrungsberichte in VBHi 1905a, S. 13–16.

**136** | VBHi 1907b, S. 3.

nenmeister und die anderen im VDB organisierten Berufe kündigten an, die Unterstützung der HilfsarbeiterInnen zu beschränken, solange diese keinen Tarifvertrag abschlossen. Damit würde jeder weitere Arbeitskampf, so erkannte der VBHi-Vorstand, »von den Buchdruckern nicht unterstützt und von den Prinzipalen natürlich bekämpft werden.«<sup>137</sup>

Die Prinzipale nutzten die fehlende Solidarität der Gehilfen dann tatsächlich als Druckmittel gegenüber den HilfsarbeiterInnen. In den Verhandlungen ließen sie süffisant verlauten: »Sobald Sie einen Tarif mit uns abschließen, sind auch die Buchdrucker [...] mit Ihnen solidarisch.«<sup>138</sup> Angesichts des Drucks von beiden Seiten – Buchdruckern und Buchdruckereibesitzern – und der bröckelnden Überzeugung der übrigen deutschen Gewerkschaften, dass Arbeitsnachweise ein geeignetes Mittel seien, kollektiv die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, war der Strategiewechsel des VBHi nur noch eine Frage der Zeit und des Preises. Immerhin schlossen sich innerhalb Verbands die Reihen, denn selbst die prinzipiellen Gegner des Tarifvertragswesens waren angesichts dieser misslichen Lage »einem Abschluß eher zugänglich.«<sup>139</sup>

Die erste und wichtigste Bedingung der Prinzipale in diesen Verhandlungen war, den Arbeitsnachweis aus der Hoheit der HilfsarbeiterInnen herauszulösen.<sup>140</sup> Die Prinzipale beharrten auf einer einzuhaltenden, gemeinsam festgelegten Geschäftsordnung: »[N]atürlich«, so beschrieben sie die gewünschten Folgen, könnten die HilfsarbeiterInnen den Arbeitsnachweis

»nicht so bedienen wie heute. Denn sie haben den Arbeitsnachweis hauptsächlich zur Aufbesserung der Löhne ihrer Mitglieder benutzt. Hatte eine Druckerei eine Arbeitskraft für 16 Mk. verlangt, dann hatten sie keine zu schicken; erklärte sich aber die Druckerei bereit, 17 Mk. zu zahlen, dann hatten sie Arbeitskräfte übrig.«<sup>141</sup>

Mit ihrer Forderung nach paritätischen Arbeitsnachweisen konnten sich die Prinzipale bei den Verhandlungen im Dezember 1906 durchsetzen und

137 | VBHi 1907b, S. 4.

138 | VBHi 1907a, S. 38.

139 | VBHi 1907b, S. 4.

140 | Vgl. VBHi 1907a, S. 7, S. 12–15 und S. 32–35.

141 | VBHi 1907a, S. 34.



so erfolgte eine Einigung – allerdings »unter Freilassung der Lohnfrage [...], wenn örtliche Lohnvereinbarungen abgeschlossen werden.«<sup>142</sup>

Mit diesem Abschluss der »Allgemeinen Bedingungen für die Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals« im Dezember 1906 bzw. den darauffolgenden lokalen Lohnverhandlungen verlor der Arbeitsnachweis seine bisherige Funktion in der Druckereibranche, während die heute noch üblichen Tarifverträge an seine Stelle traten.<sup>143</sup> Nach anderthalb Jahrzehnten erfolgreicher Nutzung der Arbeitsnachweise zur Lohnaushandlung brachten äußere Faktoren schließlich auch den VBHi dazu, die Kämpfe um Lohn- und Arbeitsverhältnisse künftig im Rahmen von Tarifverhandlungen zu führen.

Es liegt nahe, dass die HilfsarbeiterInnen die Situation analysiert und sich schon zuvor darauf geeinigt hatten, ihren Arbeitsnachweis herzugeben – zu einem möglichst hohen Preis. Dieser umfasste die prinzipielle Anerkennung als Verhandlungspartner, einen sicheren Rahmen auch für die kleineren und schlechter organisierten Zahlstellen des Verbands sowie zahlreiche konkrete Regelungen, die für die HilfsarbeiterInnen von Vorteil waren. Angesichts dieser Umstände war der Wechsel der Arena vieler Kämpfe – vom Arbeitsnachweis zum Tarifvertrag – trotz der Tatsache, dass die Unternehmer ihre kurzfristigen Ziele erreicht hatten, in längerfristiger Perspektive vermutlich eine strategisch sinnvolle Entscheidung.<sup>144</sup>

Paula Thiede schätzte im Jahr 1905 die Aussichten des krisenerprobten Verbands optimistisch ein:

»So im Kampf gestählt, sind wir bereit und fähig nun ernstere äußere Kämpfe aufzunehmen.«<sup>145</sup>

Diese optimistische Einschätzung erwies sich im Folgenden als durchaus zutreffend, denn auch bei den Verhandlungen um den ersten Tarifvertrag, dessen Bestimmungen die Arbeitsnachweise in ihrer bisherigen Form abwickelten, schlug sich der VBHi beachtlich.

---

142 | Thiede 1915b, S. 2.

143 | Thiede 1915, S. 2.

144 | Zur verbandseigenen Sicht, was der Wechsel zum Tarif bedeutet, vgl. Solidarität, 12. Januar 1907, S. 1 (Leitartikel »Ein neuer Weg«).

145 | Thiede 1905b, S. 2.

Am 16. Dezember 1906 verhandelten im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig VertreterInnen des VBHi mit den Delegierten der Prinzipale (unter ihnen Büxenstein) über »allgemeine Bestimmungen« für die Arbeit des Hilfspersonals in Druckereien.<sup>146</sup> Dass diese Tarifverhandlungen überhaupt stattfanden, war bereits ein großer Erfolg: Hier saßen die Lohnabhängigen auf Augenhöhe mit den Nutznießern ihrer Arbeit, was wenige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen wäre. Angesichts der immer noch gefährlichen und gesundheitsschädlichen<sup>147</sup> sowie schlecht abgesicherten Arbeit verhandelten die VertreterInnen des VBHi buchstäblich »um ihr Leben« und das ihrer KollegInnen. Im Rückblick auf die Zustände in den Druckereien während der Verbandsgründung erinnerten sich 1928 einige KollegInnen:

Das »Hilfspersonal war nichts, mit dem [die Unternehmer im Buch- und Stein-druckgewerbe] rechnen mußten, man brauchte keine Rücksicht zu nehmen und konnte beliebig mit ihnen umspringen. Das sollte nun anders und natürlich besser werden. Mit der Geburtsstunde unseres Verbandes sollten erträgliche Zustände für die Kollegen und Kolleginnen [sic!] erstrebt werden. [...] Paula Thiede stand 21 Jahre lang an der Spitze der Organisation [...]. Mit Hochachtung und Dankbarkeit haben wir jener Frau immer zu gedenken. Das sollten vor allem unsere Kolleginnen beherzigen, denen sie Anerkennung in Unternehmer- und Arbeiterkreisen verschaffte.«<sup>148</sup>

Auf dieser Anerkennung, die spätestens mit den Leipziger Verhandlungen für reichsweite Regelungen nicht mehr zu leugnen war, ruhten sich Paula Thiede und ihre KollegInnen aber keineswegs aus. Obwohl sie dem Kompromisscharakter dieser Beratungen Rechnung trugen, blieben sie an vielen Punkten bemerkenswert standhaft. Sie forderten eine Überstundenbegrenzung für Frauen, weil diese – aufgrund der ihnen zugewiesenen Sorgearbeit – auf pünktlichen Feierabend angewiesen waren, und zwar so energisch und hartnäckig, dass sich die Prinzipale in einer Auszeit zurückzogen und auf die HilfsarbeiterInnen zugehen mussten.<sup>149</sup>

---

146 | VBHi 1907a.

147 | VBHi 1907a, S. 23.

148 | Die Mitgliedschaften im Gau I Rheinland-Westfalen 1928, S. 5 f.

149 | VBHi 1907a, S. 42–45.

Außerdem bestanden die VBHi-VertreterInnen auf einer genauen Definition der Tätigkeiten, zu denen HilfsarbeiterInnen verpflichtet werden können. Damit schufen sie die Grundlage dafür, dass sich HilfsarbeiterInnen künftig z. B. Reinigungstätigkeiten (Spucknapfe, Toiletten oder Fenster) verweigern konnten.<sup>150</sup> Das war ein schneller Erfolg, wenn man sich vor Augen hält, wie die Zustände noch fünf Jahre zuvor ausgesehen hatten – selbst körperliche Gewalt war um die Jahrhundertwende nicht selten, etwa in Berlin 1901:

»Der Prügelprinzipal setzte aber seiner Brutalität noch die Krone auf, indem er der Kollegin T. 15 Mk bot, wenn sie die Klage zurücknehme und sich, als dies ausgeschlagen wurde, die saubere Bemerkung erlaubte, daß es ihm leid thue, es ihr nicht noch besser besorgt zu haben.«<sup>151</sup>

Es kam zu willkürlichen Entlassung von Vertrauensfrauen oder beispielsweise einer Kollegin, die sich geweigert hatte, Werkzeugschränke zu reinigen (»Stegespinden zu scheuern«), weil dies nicht zu ihren Aufgaben als Hilfsarbeiterin gehörte.<sup>152</sup> Oft waren es nicht nur die Prinzipale oder »deren Aufseher«, die die Anlegerinnen, Bogenfängerinnen oder Punktierinnen als »Parias« behandelten, vielmehr gefiel sich auch »ein Teil der Gehilfen mit Künstlerstolz und Tradition [...] in der Geringschätzung der Arbeiterschaft«.<sup>153</sup> Solcherlei Willkür eine formale Schranke gesetzt zu haben war einer der Erfolge, auf die die GewerkschafterInnen stolz sein konnten. Die Setzerinnen dagegen, hochqualifiziert und oft aus bürgerlichen Elternhäusern, aber ohne eigene Organisation, wurden ohne den Schutz einer Gewerkschaft regelmäßig für »niedere« oder fachfremde Arbeiten eingespannt.<sup>154</sup>

Nachdem im Dezember 1906 mit den »Allgemeinen Bedingungen für die Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals« der reichsweite Rahmen für die Arbeitsbedingungen ausgehandelt worden war, musste die jeweilige Lohnhöhe noch vor Ort ausgehandelt werden.

---

150 | VBHi 1907a, S. 26–31.

151 | Solidarität, 22. Dezember 1901, S. 3. »Besorgen« ist hier ausschließlich im Sinne von »schlagen« zu verstehen.

152 | Solidarität, 22. Dezember 1901, S. 3.

153 | Solidarität, 1. Juni 1923 (Jubiläumsausgabe), o. S. [S. 2].

154 | Gabel 1988, S. 77.

Das entsprechende Protokoll über diese Lohnverhandlungen für Berlin zeigt auf 189 Seiten ein hartes Feilschen um Stundenentlohnung, Eingruppierung und Zuschläge.

Auch hier wurde den Unternehmern nichts geschenkt: Der Nachtarbeiterlohn betrug schon vor diesen Verhandlungen »kolossale« 36 Mark pro Woche. Dies war möglich geworden, weil durch das Nachtarbeitsverbot für Frauen die Hälfte der Hilfsarbeiterschaft nicht zur Verfügung stand und es den Hilfsarbeitern durch geschickte Nutzung des Arbeitsnachweises gelungen war, »den Arbeitsmarkt so zurückzuhalten, daß überhaupt nur wenig Personal da war«. <sup>155</sup> Während der Verhandlung gelang es durch gute Argumente und ein geschicktes Zusammenspiel von Paula Thiede und ihrem Berliner Kollegen August Moritz, die komplette Nachtlohnhöhe auch für solche Fälle durchzusetzen, in denen ein Teil der Arbeitszeit in die Tag- und ein anderer in die Nachtzeiten fiel. <sup>156</sup>

Den Eindruck, dass sich die VertreterInnen des VBHi um Paula Thiede in diesen Verhandlungen mehr als gut geschlagen haben, teilte auch die Gegenseite. Zur Nachtlohnregelung merkten die Prinzipale an:

»Sie stehen sich ja schon so viel besser als die Gehilfen; denn diese haben nur die in die Nacht fallenden Stunden.« <sup>157</sup>

Dies bringt einen bemerkenswerten Zustand auf den Punkt: Obwohl die Gehilfen besser ausgebildet waren, den Arbeitskräftemarkt in fast zünftiger Manier regulieren konnten <sup>158</sup> und jahrzehntelange Erfahrungen in Tarifverhandlungen hatten, erreichte die Hilfsarbeiterschaft mit einer Kombination aus kämpferischer Grundhaltung, alltäglichem teurem Verkauf ihrer Arbeitskraft durch den Arbeitsnachweis und großem Verhandlungsgeschick enorme Zugeständnisse der Unternehmen. Als die Beratungen für den lokalen Berliner Lohntarif zu Ende gingen (und solche Aussagen daher so gut wie keinen strategischen Effekt mehr hatten), jammerten die Unternehmer gegenüber den HilfsarbeiterInnen:

---

**155** | VBHi o.J. [1907], S. 188.

**156** | VBHi o.J. [1907], S. 188 f.

**157** | VBHi o.J. [1907], S. 189.

**158** | Dies geschah unter anderem mit Hilfe einer Lehrlingsskala, die ab 1886 untersagte, mehr als einen Lehrling pro drei Gehilfen zu beschäftigen; vgl. Gabel 1988, S. 78, dort auch Anm. 3.

»Wir haben Ihnen so viel konzediert, wie wir irgend verantworten können. (Zuruf: Mehr!) Vielleicht sogar noch mehr. (Zuruf: Ganz entschieden!)«<sup>159</sup>

In diesem Tenor endete für Berlin die lokale Lohnaushandlung für den ersten (noch nicht allgemeinverbindlichen) reichsweiten Tarif für die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen, der zum 1. Juli 1907 Gültigkeit erlangte. Zu diesem Termin wurden die Arbeitsnachweise der beiden Zahlstellen zusammengelegt und gemäß Tarifvereinbarung in eine paritätische Verwaltung überführt.<sup>160</sup> Die gemeinsame Verwaltung der neuen Vermittlungsstelle besiegelte – nach mehreren gescheiterten Anläufen der Zusammenlegung der Berliner Zahlstellen – zugleich das Ende der 18 Jahre lang gepflegten autonomen Organisation der Berliner HilfsarbeiterInnen, denn einige Zeit später mussten auch die Berliner Zahlstellen zusammengelegt werden.<sup>161</sup>

Die Prinzipale setzten auf eine lange Tarifaufzeit von fünf Jahren. Der VBHi lehnte jedoch ab und verwies mehrfach darauf, dass er als junger Verband und angesichts sehr unterschiedlicher örtlicher Gegebenheiten und Dynamiken keine so langfristige Zusagen machen wolle. Kaum verhohlen kündigten die HilfsarbeiterInnen an, überall dort, wo sie ihre Organisation stärken könnten, auch höhere Löhne zu erkämpfen. Der Kompromiss sah schließlich vor, die »Obliegenheiten« zwar für fünf Jahre gelten zu lassen, die örtlichen Vereinbarungen einschließlich der Lohnhöhe jedoch maximal drei Jahre.<sup>162</sup> In Berlin wurden nach der Einigung 1907 im Dezember 1911 erneut Verhandlungen abgeschlossen, in Hamburg 1908 und ebenfalls im Dezember 1911.<sup>163</sup>

In den ersten Jahren nach dem Tarifabschluss erhöhte sich die Zahl der VBHi-Mitglieder rasant, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass nicht nur die kampfstarken Druckmetropolen, sondern auch die Zahlstellen in der »Provinz« leichter von den Verbesserungen profitieren konnten. Die Mitgliederzahl erhöhte sich zwischen dem 1. Januar 1905 und dem

---

**159** | VBHi o.J. [1907], S. 186.

**160** | Solidarität, 29. Juni 1907, S. 4 (Anzeige).

**161** | Die formale Zusammenlegung fand zum 1. Januar 1909 statt; vgl. VBHi 1910a, S. 38 (Bericht aus Berlin). Durch die Tarifgemeinschaft war ein gemeinsamer paritätischer Arbeitsnachweis vorgeschrieben, was auch die Vereinigung der Zahlstellen erforderlich machte.

**162** | VBHi 1907a, S. 37–41.

**163** | Thiede 1915b, S. 2.

31. Dezember 1908 von 4.826 auf 12.689 – mit einem deutlichen Schwerpunkt in den Jahren nach dem Tarifabschluss.<sup>164</sup>

Dennoch stellte sich eine Tarifroutine, wie wir sie heute mit all ihren Vor- und Nachteilen kennen, nicht unmittelbar ein. Im November 1908 wurde in Berlin aufgrund von zwischenzeitlich aufgetretenen Streitfragen eine klärende Sitzung mit den Unternehmern nötig<sup>165</sup> und im Jahr darauf gingen die FalzerInnen – eine Berufsgruppe, die zum VBHi zählte – in der Druckerei Rudolf Mosse, einer der wichtigsten Berliner Druckereien, zum »passiven Widerstand« über, weil sie Verbesserungen durchsetzen wollten. Weil dies gegen die Pflichten aus dem Tarifvertrag verstieß, waren die FunktionärInnen des VBHi nun ihrerseits gezwungen, die Aktionen zu unterbinden und die eigene Basis zu disziplinieren.<sup>166</sup> Zahlreiche weitere Auseinandersetzungen brachten die Berliner Tarifparteien dazu, am 18. Dezember 1911 einen »Haftungsvertrag« zwischen den Verbänden der Buchdruckergehilfen und der HilfsarbeiterInnen einerseits sowie den Buchdruckereibesitzern andererseits abzuschließen, der die Nutzung von Schiedsgerichten regelte.<sup>167</sup>

Mitte 1908 galten bereits siebzehn Städte als »Tariforte«, in denen der Tarif in 765 Buchdruckereien für 8.302 Personen Anwendung fand; davon waren 6.702 Mitglieder der Gewerkschaft und von diesen wiederum 3.752 Frauen. In den Tariforten blieben nur noch 133 Betriebe, in denen der Tarif nicht galt.<sup>168</sup> Hinzu kommen allerdings die vielen Regionen oder Städte, in denen der (nicht allgemeinverbindliche) Tarif noch keine Gültigkeit hatte – trotz zum Teil wiederholter Versuche, etwa in Dresden.<sup>169</sup> Obwohl in den Verbandsberichten oftmals das noch zu Erreichende in den Vordergrund gestellt wurde, war dies eine beeindruckende Bilanz zum zehnjährigen Jubiläum des Verbands.

1910 und 1911 scheiterten Verhandlungen aufgrund der Tarifrevision zunächst, was Tarifkrisen in Breslau, Hannover, Hamburg, Karlsruhe und Leipzig sowie schwere Auseinandersetzungen in Frankfurt am Main und

---

164 | VBHi 1908, S. 17.

165 | VBHi 1909, S. 4f.

166 | Thiede 1909, S. 815 f.

167 | VBHi 1915, S. 7–9.

168 | VBHi 1908, S. 10.

169 | VBHi 1908, S. 11.

Dresden auslöste.<sup>170</sup> Der Verband hatte für die 1911 anstehende Tarifierneuerung eine ganze Reihe von Vorhaben ausgearbeitet.<sup>171</sup> Weil von einer Fraktion im Unternehmerlager – letztlich erfolglos – »Gegenarbeit« gegen das »Tarifgebäude«<sup>172</sup> betrieben wurde, musste der Abschluss auf beiden Seiten hart gegen interne Widersprüche verteidigt werden.<sup>173</sup>

Zweifellos behielt das Tarifgeschehen seine janusköpfige Gestalt: Zwar verbesserte ein zentrales Vorgehen die Arbeitsverhältnisse gerade in den schlechter gestellten Orten, aber sie raubte den Zahlstellen vor Ort auch einen Gutteil ihrer Entscheidungsfreiheit. Aufseiten der Gewerkschaft hatte sich jedoch der Tarifgedanke kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs schließlich fest verankert. Auf dem Verbandstag des VBHi im Juli 1914 wurde der Beschluss gefasst,

»daß der Verbandstag  *einstimmig* auf dem Standpunkt steht, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse  *am besten* auf dem Wege  *tariflicher Vereinbarungen* erfolgt.«<sup>174</sup>

Die Dynamik auf dem Feld der Tarifverträge für Druckerei-HilfsarbeiterInnen war zu diesem Zeitpunkt bereits so stark, dass im Rückblick die Einschätzung herrschte, die Verallgemeinerung auf Reichsebene sei nur durch den Ausbruch des Krieges verhindert worden:

»Im Sturm der Nachkriegszeit wurde dann vollendet, was vorher begonnen war. Durch ständigen Kampf mit den Unternehmern ist der Reichstarif geschaffen worden.«<sup>175</sup>

Im Dezember 1919 wurde der »Reichstarif der Hilfsarbeiter« abschlussreif verhandelt und die Verhandlungspartner beschlossen außerdem, dass dieser »unter das Protektorat des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker« gestellt werden solle. Mit einem weiteren Beschluss vom 12. Februar 1921 wurde dieses Arrangement verbindlich, das zugleich besagte, dass alle Unternehmer, die der Tarifbindung für ihre Gehilfen unterlagen, auch den

---

170 | VBHi 1915, S. 2; zum Verlust von Tariforten S. 6 f.

171 | VBHi 1915, S. 1.

172 | VBHi 1915, S. 15.

173 | Zum Widerstand innerhalb des VBHi siehe Kapitel 4.4.

174 | VBHi 1915, S. 187 (kursiver Text im Original gesperrt).

175 | Solidarität, 1. Juni 1923 (Jubiläumsausgabe), o. S. [S. 2].

HilfsarbeiterInnen Tariflöhne zahlen mussten und an tariflich festgelegte Arbeitsbedingungen gebunden waren.<sup>176</sup>

Die Arbeitsvermittlung hingegen gelangte in den letzten Wochen des Weltkriegs und den ersten Jahren der Republik in öffentliche Hand<sup>177</sup> und spielt bis heute in den Arbeitskampftaktiken der Gewerkschaften keine Rolle mehr.

### **3.4 (Un)gleich: Emanzipation im Unterstützungswesen**

Der Gewerkschaftsgedanke fußte von Beginn an auf der Idee umfassender Solidarität. Im Kaiserreich – also in Zeiten desaströser Arbeits- und Lebensverhältnisse und kaum vorhandener gesellschaftlicher Absicherung – konnte ein kleines Missgeschick buchstäblich den Tod bedeuten. Wer einen Unfall hatte, ohne Unterstützung Kinder bekam oder dauerhaft arbeitslos wurde, stand am Abgrund. Der Kampf zur Verbesserung dieser Verhältnisse konnte indes verschiedene Formen annehmen und sich mitunter auch gleichzeitig auf unterschiedlichen Ebenen abspielen. Eine dieser Formen war ein gewerkschaftseigenes Unterstützungssystem, das die staatlichen Sicherungssysteme des 20. Jahrhunderts vorwegnahm.

Bevor im Anschluss an die Novemberrevolution eine zumindest rudimentäre staatliche Absicherung umgesetzt wurde, entwickelten die freien Gewerkschaften ein System gegenseitiger Unterstützung der Verbandsmitglieder, nicht unähnlich dem Prinzip einer Versicherung. Dies war insofern naheliegend, weil die Bismarck'schen Sozialreformen oft nur sehr begrenzte Wirkung auf das Leben der Lohnabhängigen hatten. Wie sich diese – in der heutigen Erinnerungslandschaft sehr positiv konnotierten – Reformen z. B. im Falle einer Schwangerschaft auswirken konnten, wird in Kapitel 3.4.2 ausgeführt.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung gewannen Praktiken der gegenseitigen Hilfe schnell an Bedeutung. Dies spiegelte sich auch in der Struktur der finanziellen Ausgaben wider, die grob in drei Kategorien eingeteilt werden können: Aufwendungen für Arbeitskämpfe (in verschiede-

---

176 | Darstellung und Zitate in diesem Absatz nach: Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1923, S. 6.

177 | Vgl. Fuhrmann 2021.



nen Varianten einschließlich der rechtlichen Ebene), für Infrastruktur (d. h. Verwaltung, Häuser, Zeitschriften und andere Druck-Erzeugnisse) und für verschiedene Unterstützungsleistungen. Letztere umfassten nicht nur Zahlungen bei Arbeitslosigkeit, längerer Krankheit oder Invalidität, sondern auch Beihilfen in Notfällen, Reisekosten bei Arbeitsortwechsel und andere Hilfen bis hin zu Beerdigungskosten.<sup>178</sup> Das Unterstützungswesen war allerdings komplett auf die Bedürfnisse der männlichen Mitglieder zugeschnitten.

Erfolg und Anziehungskraft dieser formalisierten Solidarität waren unbestreitbar und staatliche Angriffe auf die gewerkschaftlichen Unterstützungssysteme ließen nicht lange auf sich warten. Das preußische Innenministerium versuchte bereits gegen Ende der 1880er Jahre, mit Hilfe des Versicherungsrechts gegen die proletarischen Unterstützungskassen vorzugehen,<sup>179</sup> konnte sich aber in wesentlichen Punkten nicht durchsetzen.<sup>180</sup>

In den ersten fünf Jahren nach der Jahrhundertwende flossen über ein Viertel aller Gewerkschaftsausgaben in die verschiedenen Unterstützungszweige; die größten Posten stellten die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung dar (10,2 bzw. 7,7 Prozent aller Gewerkschaftsausgaben).<sup>181</sup>

Beim VBHi war das Tempo beim Ausbau eigener Unterstützungszweige im Vergleich mit vielen anderen Gewerkschaften hoch.<sup>182</sup> Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung beschlossen die Delegierten schon auf dem Gründungskongress.<sup>183</sup> Wie in den meisten anderen Gewerkschaften mussten die neuen Mitglieder zunächst ein volles Jahr Mitglied sein,

---

**178** | Nach Fehlinger 1907, S. 511 f.

**179** | Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14950 (»Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin, betreffend ›die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung generalia«; 1892), Blatt 1–95. Teilweise kam es auch zu widersprechenden Gerichtsurteilen, z. B. durch das Kammergericht Düsseldorf am 29. März 1889; vgl. ebd. Blatt 106 (Wallman's Versicherungszeitschrift, No. 78, Bd. II, 23. Jahrgang, 7. April 1889).

**180** | Tennstedt 1983, S. 303 f.

**181** | Fehlinger 1907, S. 512 und S. 513 (Tabelle).

**182** | Zum Vergleich siehe Fehlinger 1907, S. 512. Demnach gab es maximal 20 Gewerkschaften, die vor dem VBHi Arbeitslosenunterstützung eingeführt hatten.

**183** | Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1898, S. 19.

um einen Leistungsanspruch zu erwerben.<sup>184</sup> Eine Krankenunterstützung folgte im Jahr 1905. Finanziert wurde dieses Unterstützungswesen aus den Mitgliedsbeiträgen, die die einzige nennenswerte Einnahmequelle der deutschen Gewerkschaftsverbände darstellten.<sup>185</sup>

Nach einigen Jahren wurden manche Elemente des VBHi-Unterstützungssystems am Ziel einer größeren Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet. Damit blieb der VBHi allein auf weiter Flur. Um die ergriffenen Maßnahmen besser verstehen zu können, hilft ein Rückgriff auf die Kategorien *Gleich und Ungleich* (siehe Kapitel 2.1). Arbeiterinnen waren in der Arbeitswelt einer doppelten strukturellen Benachteiligung ausgesetzt: Zum einen hatten sie schwierige Voraussetzungen aufgrund ihrer Rolle als (potenzielle) Mütter und der gesellschaftlichen Verstärkung dieser Eigenschaft durch die Zuweisung weiterer unbezahlter Aufgaben. Zum zweiten wurden sie im Arbeitsleben trotz bereits schlechterer Ausgangslage nicht als Gleiche behandelt, beurteilt und bezahlt.

*Gleichbehandlung* ist also nur eine der beiden Dimensionen, die für *Gleichberechtigung* notwendig sind – die andere ist eine *Ungleichbehandlung*, die strukturelle Nachteile ausgleicht. Im Rahmen seiner Möglichkeiten als mittelgroße Gewerkschaft im Kaiserreich versuchte der VBHi, beide Dimensionen zugleich abzudecken.

### 3.4.1 Gleichbehandlung: Der Staffelbeitrag

In den deutschen Gewerkschaften war es um 1900 ausnahmslos Praxis, die Mitgliedsbeiträge nach Geschlecht differenziert zu erheben. Im Jahr 1905 galt in 33 von 34 Verbänden, die Frauen als Mitglieder hatten, ein Einheitsatz mit niedrigeren Beiträgen für weibliche Mitglieder, in einem Verband ein gesonderter Staffelbeitrag für Frauen.<sup>186</sup> Da auch die gewerkschaftseigenen Unterstützungsleistungen an die Höhe des Beitrags gekoppelt waren, lagen die Leistungen für Frauen auch dann unter denen für Männer,

---

**184** | Genaue Informationen und Vergleichsmöglichkeiten bei Fehlinger 1907, S. 519f. Zur Regelung im VBHi vgl. Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1898), S. 21.

**185** | Fehlinger 1907, S. 511 (aufgrund der statistischen Quellen beschränkt auf die Jahre 1901–1905; vgl. Fehlinger 1907, S. 508).

**186** | Fehlinger 1907, S. 509.

wenn sie gleich viel oder mehr als diese verdienten. Die freiwillige Wahl einer höheren Beitragsklasse war für Frauen nicht möglich.<sup>187</sup> Dem Mann wurde also auch in diesem gewerkschaftlichen Unterstützungssystem strukturell die Rolle als Hauptverdiener zugeschrieben, indem die gesonderten Beitragsklassen dafür sorgten, dass dies sogar in der Arbeitslosigkeit so blieb.

Auf dem VBHi-Verbandstag 1905 gingen mehrere Anträge ein, in denen die Themenbereiche Beitragserhöhung, Erwerbslosen- oder Krankenunterstützung und Einführung eines Staffelbeitrags Gegenstand waren. Die meisten RednerInnen sprachen sich in der Diskussion der verschiedenen Anträge für einen Staffelbeitrag aus, nur die Zahlstelle II war entschieden dagegen. Deren Vertreter führten »Ungerechtigkeit« ins Feld, nannten die Idee ein »kostspieliges Experiment« oder schätzten sie als zu umständlich ein.<sup>188</sup> Mitglieder der Zahlstelle II waren relativ gut verdienende Männer, für die die neue Regelung eine Beitragserhöhung bedeuten würde.

Doch die BefürworterInnen eines geschlechtsneutralen Staffelbeitrags waren in der Mehrzahl und führten verschiedene Argumente ins Feld. So war sich der Leipziger Otto Schulze für den Fall der Einführung sicher:

»Der Zugang von Nichtorganisierten, besonders weiblicher Mitglieder würde gesteigert. Die Staffelbeiträge richten sich nach der Höhe des Wochenverdienstes und tragen dadurch dem Gerechtigkeitsgefühl mehr Rechnung.«<sup>189</sup>

In der Diskussion hatten sich vor allem Gertrud Hanna – zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Verbandsvorstands – und Paula Thiede, also die beiden prominentesten Frauen des Verbands, für diese Regelung stark gemacht. Hanna wies darauf hin, dass es ungerecht sei, »bei den Beiträgen einen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Kollegen zu machen« und prophezeite, dass durch einen Staffelbeitrag »das Vertrauen der weiblichen Mitglieder in kurzer Zeit erstarken wird«.<sup>190</sup> Paula Thiede formulierte ihre Sicht unpräzise: »Eine Beitragserhöhung muß erfolgen. Je höherer

---

187 | Hauff 1912, S. 38–41.

188 | VBHi 1905a, S. 20. Leider ist das ausführliche Antragsmaterial nicht im Protokoll enthalten.

189 | VBHi 1905a, S. 18 f.

190 | VBHi 1905a, S. 20.

Lohn, desto höherer Beitrag. Je höherer Beitrag, [...] desto höhere Unterstützung.«<sup>191</sup>

Mit einem Abstimmungsergebnis von 29:21 stimmten die Delegierten des Verbandstages schließlich für den neuen geschlechtsneutralen Staffelbeitrag,<sup>192</sup> der zum 1. Oktober 1905 in Kraft trat.<sup>193</sup> In diesem ersten Schritt wurden drei Beitragsklassen festgelegt, wobei es allen Mitgliedern freigestellt war, freiwillig in eine höhere Klasse einzuzahlen.<sup>194</sup> Die Unterstützungen waren im Krankheitsfall am niedrigsten (etwa ein Fünftel des Arbeitslohns), gefolgt von der Arbeitslosenzahlung (etwa ein Drittel des vorherigen Lohns), und waren im Falle der Streikteilnahme am höchsten. In diesem Fall wurden über zwei Drittel des ausfallenden Lohnes ersetzt und zusätzliche Zahlungen für jedes der ersten drei Kinder aus der Verbandskasse geleistet.<sup>195</sup>

Damit waren die HilfsarbeiterInnen im Buch- und Steindruck der erste und einzige Verband, der seine Beitragsklassen *nicht* nach Geschlecht, sondern ausschließlich nach Lohn staffelte.<sup>196</sup> Wie exceptionell diese heute selbstverständlich anmutende Maßnahme war, zeigt der Vergleich mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV). Die Argumente und Diskussionslinien ähnelten sich in beiden Verbänden, doch konnte sich ein Ansatz wie bei den Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen im DMV, in dem die Machtverhältnisse anders lagen, nicht gegen das patriarchale Verständnis von Lohnarbeit und Geschlecht – Familienlohn für Männer, Zuverdienst für Frauen – durchsetzen. Vor dem Hintergrund der Kriegswirtschaft wurde 1915 zwar auch im DMV ein Staffelbeitrag eingeführt, doch bereits 1919 wieder zurückgenommen.<sup>197</sup>

Die Männer des VBHi waren seit geraumer Zeit an eine weibliche Vorsitzende und zahlreiche weibliche Funktionärinnen gewohnt, seit 1904 waren die weiblichen Mitglieder dauerhaft in der Überzahl und die Zahlstelle I in Berlin stellte hinsichtlich des Organisationserfolgs alle anderen in

---

191 | VBHi 1905a, S. 20.

192 | VBHi 1905a, S. 21.

193 | VBHi 1905a, S. 32.

194 | VBHi 1905b, S. 5 f. (§ 8).

195 | VBHi 1905b, S. 5 f. (§ 8).

196 | VBHi 1906, S. 1.

197 | Kassel 1997, S. 266–281.

den Schatten. Unter diesen Umständen ist anzunehmen, dass es nur wenige Mitglieder gab, die sich aus verletztem männlichem Stolz an dieser Maßnahme störten. Im Gegenteil dürfte das Argument »Gerechtigkeit« vielen Männern abseits der großen Druckstädte durchaus eingeleuchtet haben.<sup>198</sup> Denn dort lagen die Löhne vielfach unter denen der Berliner Frauen – trotzdem mussten vor der Einführung des Staffelbeitrags höhere Beiträge an die Gewerkschaft gezahlt werden.

Die geschlechterneutrale Beitragshöhe versprach eine nicht zu unterschätzende Symbolik im Sinne der Gleichberechtigung. Die neue Regelung hatte zudem handfeste finanzielle Auswirkungen, denn die Höhe der Unterstützungsleistungen des Verbands war insbesondere bei Arbeitslosigkeit an die Höhe der Beiträge gekoppelt. Die teilweise gut verdienenden Frauen, insbesondere in Berlin,<sup>199</sup> erhielten so auch angemessene Ausfallzahlungen. Bereits neun Monate nach Einführung des geschlechtsunabhängigen Staffelbeitrags wurde die neue Maßnahme evaluiert:

»Freudig können wir konstatieren, daß die Einführung des Staffelbeitrags nach Lohnklassen sich in jeder Weise gut bewährt hat«,

stellte Paula Thiede fest und forderte die anderen Gewerkschaften auf, diese gerechte Lösung der Beitragsfrage zu übernehmen.<sup>200</sup> Doch 1908 war diese naheliegende Gleichbehandlung von Arbeiterinnen und Arbeitern immer noch einmalig in der gesamten Gewerkschaftsbewegung, während sie sich für den VBHi zu einem »Hauptagitationsmittel«<sup>201</sup> entwickelt hatte. Der Staffelbeitrag war ein wichtiger Baustein für den Anstieg der Mitgliederzahlen von knapp 5.000 Anfang 1905 auf über 11.000 im Mai 1906.<sup>202</sup>

In einer Agitationsschrift aus dem Jahr 1909, die mittels einer Kurzgeschichte aus dem Leben einer Buchdruckerei-Hilfsarbeiterin die Vorteile der Gewerkschaft darstellte, fanden die Staffelbeiträge entsprechend einen prominenten Platz. Ein Gespräch zwischen zwei jungen Hilfsarbeiterinnen wendete sich darin der »Arbeitslosen-Unterstützung« und dem »Krankengeld« zu:

---

198 | Vgl. dazu die entsprechenden Ausführungen in VBHi 1909, S. 3.

199 | VBHi 1906, S. 1.

200 | Thiede 1905a, S. 169.

201 | VBHi 1908, S. 3. Eine ähnliche Einschätzung (»gut bewährt«) findet sich auch in VBHi 1910b, S. 4.

202 | VBHi 1906, S. 1.

»Ja«, sagte Anni, »dann muß ich dir noch eine kleine Geschichte erzählen, denn bei uns im Verband gibt es fünf Klassen, je höher der Lohn, um so höher der Beitrag und demzufolge auch um so höhere Unterstützung. [Die Staffelbeiträge werden aufgeführt; sie lagen bei unter 2,5 Prozent vom Wochenlohn.] Wenn nun ein Mitglied 52 Beiträge gezahlt hat, dann erhält es bei eintretender Arbeitslosigkeit [etwa die Hälfte des vorherigen Lohns, bei längerer Einzahlungsdauer auch mehr] und diese Sätze gelten auf 10 Wochen. Denke nur, beinahe ¼ Jahr! Da wird es gewiß möglich sein, in dieser Zeit eine andere Arbeit zu bekommen, denn durch unseren Arbeitsnachweis erhalten wir nur tariflich bezahlte Arbeit und brauchen nicht von Haus zu Haus zu gehen, um nach Arbeit zu betteln.«<sup>203</sup>

Am Ende dieser Geschichte tritt die so agitierte Kollegin natürlich dem VBHi bei. Dies war kein unrealistischer Schluss, wenn man bedenkt, wie hoch die Fluktuation der weiblichen Mitglieder war und wie erfolgreich daher auch die schnelle Agitation gewesen sein muss. Die ganze Geschichte ist nicht nur ein spannender Einblick in die Lebenswirklichkeit von Hilfsarbeiterinnen, sondern belegt auch die Einschätzung des Staffelbeitrags als wichtiges Werbemittel für eine Mitgliedschaft im VBHi, insbesondere für weibliche Hilfsarbeiterinnen.

Der Erfolg war so groß, dass andere Gewerkschaften tatsächlich – wie vom VBHi nach den ersten Resultaten vorhergesagt<sup>204</sup> – ihre Beitragssätze in diese Richtung weiterentwickelten, so die Textil- und Tabakverbände, bei denen allerdings weiterhin die unterste Beitragsklasse den Frauen und die höchste den Männern vorbehalten war.<sup>205</sup> Nur sehr langsam kam Bewegung in die alten Regelungen, so dass Lilly Hauff, die diesen Aspekt der Arbeiterinnen-Organisation 1912 gründlich untersuchte, zu folgendem Schluss kam:

»In dem Staffelbeitragssystem liegt demnach allein der Weg, der zu einer gerechteren Verteilung von Lasten und Rechten zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern führt; denn der Höhe der Beitragsleistung entspricht der Unterstützungsanspruch, welcher sich bei dem jetzt gebräuchlichen System für die Arbeiterin wesentlich geringer als bei den männlichen Kollegen gestaltet.«<sup>206</sup>

---

203 | Thiede o.J., S. 6f.

204 | VBHi 1906, S. 1.

205 | Hauff 1912, S. 39.

206 | Hauff 1912, S. 40.

Damit beschrieb Lilly Hauff 1912 ein System der Mitgliedsbeiträge als ideal und geschlechtergerecht, wie es der VBHi bereits sieben Jahre zuvor beschlossen und umgesetzt hatte.

### **3.4.2 Ungleichbehandlung: Wöchnerinnenunterstützung und ruhende Mitgliedschaft**

Während bei der Neujustierung des Beitragswesens eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen für mehr Emanzipation sorgte, wurde im gewerkschaftseigenen Unterstützungssystem das gleiche Ziel mittels Ungleichbehandlung verfolgt. Dies konkretisierte sich in zwei Maßnahmen, die beide mit den Mutterschaftszeiten verbunden waren: Finanzielle Hilfen während und nach der Schwangerschaft und ein besonderer Status der Mitgliedschaft während der notwendigen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Beide Maßnahmen waren Frauen vorbehalten.

Die Gründe wie auch die Entwicklung des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens spiegeln sich in der Biografie der Verbandsvorsitzenden. Paula Thiede verlor 1891, als es nur in wenigen Gewerkschaften Unterstützungszahlungen gab, durch den Tod ihres ersten Mannes Rudolf Fehlberg ihre materielle Sicherheit und fand sich als junge Arbeiterin alleine, mittellos, hochschwanger und mit anderthalbjähriger Tochter wieder. Keine Solidargemeinschaft unterstützte sie, keine Gewerkschaft, kein Amt. Sie war gezwungen, in eine noch feuchte Neubauwohnung umzuziehen, wo ihr wenige Monate altes zweites Kindes verstarb. Im Anschluss daran geriet sie, nun wieder als Anlegerin arbeitend, in einen der wichtigsten Streiks des »langen 19. Jahrhunderts« (siehe Kapitel 2.3) und lernte die Praxis gewerkschaftlicher Solidarität aus eigenem Erleben kennen.<sup>207</sup>

Siebzehn Jahre, nachdem der plötzliche Tod ihres Ehemanns Paula Thiede in eine existenzielle Krise gestürzt hatte, beschloss der VBHi auf seinem vierten Verbandstag 1908 einen neuen Unterstützungszweig neben der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung: die Wöchnerinnenunterstützung. Diese war eine Reaktion auf verschiedene Nachteile, die mit einer

---

**207** | Ausführlich dazu Fuhrmann 2019, S. 19–62. Das »lange 19. Jahrhundert« bezeichnet in Anlehnung an die Arbeiten des Historikers Eric Hobsbawm die von großen Umbrüchen gekennzeichnete Epoche zwischen der Französischen Revolution 1789 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914.

Schwangerschaft einhergehen konnten. In einer Zeit, »in der doppelte Unkosten und Pflichten« entstehen, drohte zusätzlich unfreiwillige Arbeitslosigkeit.<sup>208</sup>

Ein typischer Fall sah auch 1908 noch so aus, dass selbst Hilfsarbeiterinnen, die viele Jahre lang im gleichen Betrieb gearbeitet hatten, während – und aufgrund – ihrer Schwangerschaft gekündigt wurden. Daraufhin meldeten sie sich beim Arbeitsnachweis, fanden aber keine oder nur noch kurze Arbeitsgelegenheiten. Wenn möglich, nahmen sie daher notgedrungen die gewerkschaftlichen Arbeitslosengeldzahlungen in Anspruch, waren dann aber schon lange vor der Niederkunft »ausgesteuert«, hatten also keine weiteren Ansprüche mehr. Aufgrund der vorherigen Arbeitslosigkeit bestand auch kein Anspruch auf die Zahlungen der Krankenkasse, die an eine Erwerbstätigkeit gebunden waren. Oft wurde dann mit Hilfe einer Krankschreibung wenigstens die Unterstützungszahlung des VBHi in Anspruch genommen, um in den Zeiten vor und nach der Geburt nicht gänzlich ohne Einkommen dazustehen.<sup>209</sup>

Die gesetzlichen Regelungen machen insgesamt den Eindruck, als sei das patriarchale Gesellschafts- bzw. Justizsystem damit überfordert, Schwangere begrifflich zu erfassen und deren Realität anzuerkennen. Das drei- oder vierwöchige Verbot von Lohnarbeit nach der Niederkunft, das gesetzlich geregelt war und nur im Idealfall eine kurzfristige Kompensation des Verdienstaufschlags vorsah, half den proletarischen Frauen de facto kaum.

Auch die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung hatte kaum Auswirkungen, denn das »Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter« vom 15. Juni 1883<sup>210</sup> sah zwar in den Paragraphen 20 und 21 drei Wochen, im Krankheitsfalle sechs Wochen Lohnersatzleistung für Wöchnerinnen vor. Der Paragraph 28 schränkte jedoch die Ansprüche für nicht erwerbstätige Personen stark ein. Um die Jahrhundertwende galt eine Regelung aus dem Jahre 1892. Für die Bezugsberechtigung wurde darin eine vorherige Arbeitsdauer (bzw. Mitgliedschaft in der Krankenversicherung) von sechs

---

**208** | VBHi 1909, S. 4.

**209** | Vgl. dazu die verschiedenen Berichte und die Klarstellung von Gertrud Hanna während der Generaldiskussion auf dem Verbandstag 1908; VBHi 1908, S. 100, 104, 106 und 108.

**210** | Reichs-Gesetzblatt Nr. 9, 1883, S. 73 ff.



Monaten festgelegt und die Mindestzahlung auf die Dauer des vierwöchigen Beschäftigungsverbotese erweitert.<sup>211</sup>

Angesichts von prekären Arbeitsverhältnissen, unfreiwilligem Ende des Verdienstes schon vor der Niederkunft durch Kündigung oder Arbeitsunfähigkeit und weiteren Hürden zahlten die Krankenkassen in den meisten Fällen also überhaupt nicht für den Verdienstausschlag während der Schwangerschaft – und auch die Zahlungen nach der Niederkunft entfielen, weil sie an eine vorangehende Erwerbstätigkeit gebunden waren. Man kann davon ausgehen, dass Ämter und Krankenkassen hinsichtlich der Behandlung von Schwangeren vor ähnlichen Problemen standen, wie es Clara Bien vom gewerkschaftseigenen Arbeitsnachweis berichtete – mit dem Unterschied, dass die Gewerkschaft im Zweifelsfall für die Schwangeren entschied:

»Man weiß nicht recht, wie man sie auf dem Arbeitsnachweis führen soll. Sie sind nicht Arbeitslose, aber es nimmt sie niemand in Arbeit, und man weiß auch nicht, ob man sie als Kranke führen soll.«<sup>212</sup>

Schnelle Verbesserungen waren nicht zu erwarten. 1906 fasste die in den 1890er Jahren zur Sozialdemokratie gestoßene Lily Braun in einer kurzen Umschau die »Reformvorschläge« und Positionen zur Mutterschaftsversicherung zusammen, die ihr erwähnenswert erschienen. Braun begründete mit Zahlen und Statistiken, wie wichtig eine finanzielle Absicherung in Zeiten des Mutterschutzes für Mütter und Säuglinge war.<sup>213</sup> Die Frauenrechtlerinnen des bürgerlichen Flügels, die in der »Arbeiterinnenschutzkommission des Bundes deutscher Frauenvereine« zusammengeschlossen waren, forderten einen verbesserten gesetzlichen Rahmen und verbesserte materielle Absicherung von Arbeiterinnen rund um die Geburt.

Auch die Sozialdemokratin Henriette Fürth, die einen bürgerlichen Hintergrund hatte, vertrat laut Braun ähnliche Ideen. Die Position der SPD-Reichstagsfraktion, lediglich zu erlauben, dass Hochschwängere die Arbeit einstellen dürften, sah Lily Braun kritisch.<sup>214</sup> So verdienstvoll die

---

211 | Vgl. die Änderungen im nun »Krankenversicherungsgesetz« genannten Regelwerk: Krankenversicherungsgesetz vom 10. April 1892, § 20, Absatz 2 (abgedruckt in: Tennstedt/Winter/Ayass 2012, S. 92–145, hier S. 105 f.).

212 | VBHi 1908, S. 97.

213 | Braun 1906, S. 1–9.

214 | Braun 1906, S. 9–11.

Schriften, Resolutionen und Anträge dieser Gruppen waren, blieb deren politische Umsetzung doch auf ein Parlament angewiesen, das sich ausschließlich aus Männern zusammensetzte und nur von Männern gewählt wurde. Kein Wunder, dass die auf parlamentarischem Wege erreichten Verbesserungen nur in minimalen Dosen eintraten.

Die Vorschläge für Gesetzesreformen waren – zumindest kurzfristig – aussichtslos. Auch von den meisten Gewerkschaften, insbesondere den Buchdruckergehilfen, die nicht einmal Frauen in ihren Reihen duldeten, war eine Initiative zur Verbesserung der Situation von schwangeren Frauen, Wöchnerinnen und jungen Müttern nicht zu erwarten. Anders lag der Fall beim VBHi, der mit seiner verbandseigenen Wöchnerinnenhilfe in diese Lücke stieß. Wieder stellte es sich als Vorteil heraus, dass der VBHi als selbstständiger »geschlechtssensibler« Verband in einer patriarchal geprägten Umgebung eigene Handlungsmacht besaß.

### **Wöchnerinnenunterstützung**

Die Einführung dieser Unterstützung auf dem Verbandstag 1908 verlief nicht ohne Diskussionen, aber mit großer Zustimmung der Delegierten. Nachdem sich zahlreiche Delegierte in diese Richtung geäußert hatten, wurde die Höhe von 6 auf 10 Mark korrigiert. Allerdings handelte es sich nur um eine einmalige Unterstützung, die direkt nach der Geburt ausbezahlt wurde, unabhängig von vorherigen Unterstützungsleistungen wie Kranken- oder Arbeitslosengeldzahlungen. Sie entfiel lediglich im Falle einer ärztlichen Krankschreibung und der damit verbundenen Krankengeldzahlung zu Beginn des Wochenbetts.<sup>215</sup>

Bemerkenswert an dieser geschlechtergerechten Politik des gemischtgeschlechtlichen Verbands war aber nicht nur die Zahlung an sich. Die Unterstützung bedürftiger Verbandsmitglieder war ja in der Gewerkschaftsbewegung durchaus üblich, sei es für Gemaßregelte – also wegen

---

**215** | VBHi 1908, S. 97–108 und S. 186. Es liegen keine Berichte vor, wie sich ein beschlossener Passus auswirkte, laut dem »Schwangere, die infolge ihres Zustandes in Arbeit nicht mehr genommen werden, [...] keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung« hatten (S. 186). Es steht zu vermuten, dass in solchen Fällen auf eine Krankschreibung zurückgegriffen wurde, allerdings spielte dieser Passus bei der Diskussion um die Einführung keine Rolle. Vgl. zur Einführung der Wöchnerinnenunterstützung auch VBHi 1909, S. 4.

Streikteilnahme Entlassene –, Arbeitslose oder Kranke. Außergewöhnlich an der Zahlung an Wöchnerinnenunterstützung war die damit verbundene symbolische Anerkennung der realen Bedürfnisse, die ausschließlich arbeitende Frauen haben konnten – und die zu dieser Zeit weder vom Staat noch von irgendeiner anderen Gewerkschaft berücksichtigt wurden.<sup>216</sup>

Allerdings gab es gemischte Erfahrungen mit der Hilfe für Wöchnerinnen. Bereits auf dem Verbandstag 1905 hatte die Zahlstelle I bei der Diskussion über Unterstützungsarten und Beiträge Vorsicht angemahnt. Der »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« hatte nämlich schon 1892/1893<sup>217</sup> – also vor Gründung des VBHi – selbstständig versucht, eine Wöchnerinnenbeihilfe umzusetzen. Die Frauengewerkschaft hatte damit aber nach eigenen Angaben »schlechte Erfahrungen gemacht«.<sup>218</sup> In einer ersten Auswertung nach zwei Jahren Wöchnerinnenunterstützung durch den VBHi zog Paula Thiede für den Vorstand eine enttäuschende Bilanz:

»Die Erfahrungen, die damit gemacht wurden, haben allerdings gezeigt, dass es ungesund ist, einem Teil der Mitglieder ohne besondere Leistung eine Unterstützung zu gewähren, nach deren Auszahlung dann entweder sogleich oder ein paar Tage später die Erklärung abgegeben wird, daß sich das Mitglied abmeldet, um nun zu Hause zu bleiben. – In den meisten Fällen sind es verheiratete Kolleginnen, die so handeln. Dieser Unterstützungsversuch wird von uns als verfehelter Versuch angesehen.«<sup>219</sup>

In dieser Interpretation Thiedes, die im gesamten Verband vorherrschend war, zeigen sich die Grenzen des Verständnisses von Geschlechtergerechtigkeit.<sup>220</sup> Bezeichnenderweise listete der Kassenbericht für das Jahr 1913 die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung als »regelmäßige Unterstützung«, die Wöchnerinnenunterstützung aber zusammen mit Zahlungen an Ge-

---

**216** | Dies wird unter anderem an der Diskussion auf dem Verbandstag 1914 deutlich; vgl. VBHi 1915, S. 156–187.

**217** | VBHi 1910a, S. 106.

**218** | VBHi 1905a, S. 19. Leider mangelt es bislang an Quellenmaterial zum »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen«, so dass die Gründe hierfür nur aufgrund von späteren Äußerungen vermutet werden können.

**219** | VBHi 1910a, S. 4.

**220** | Vgl. auch die gesamte Diskussion auf diesem Verbandstag: VBHi 1910a, S. 212–229, S. 267–272 und S. 305.

maßregelte und Rechtsschutzkosten als »außerordentliche« Kosten auf, als wären Schwangerschaften »außerordentlicher« als Arbeitslosigkeit. Bemerkenswert scheint auch, dass die eigentlichen Ausgaben für diese Zahlungen überschaubar waren und sich auf 4.870 Mark im gesamten Jahr 1913 beliefen. Das waren etwas mehr als 10 Prozent der Aufwendungen für Krankheitsfälle und etwa 5 Prozent der Unterstützung für arbeitslose Verbandsmitglieder.<sup>221</sup>

Die tatsächlichen Kosten waren wohl ein nachgeordnetes Problem; offensichtlich war es vielmehr der Eindruck einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch Schwangere, der dafür sorgte, dass sich die Stimmung im Verband gegen die Wöchnerinnenunterstützung drehte. Der Maßstab für dieses Urteil waren nicht die Bedürfnisse von Hochschwangeren, sondern der Erwartungshorizont vieler VerbandsfunktionärInnen. Dieser beinhaltete zum einen, dass die Wöchnerinnenunterstützung zu einer Bindung an den Verband führen müsse und nach der Auszahlung Mitgliedsbeiträge in die gewerkschaftlichen Solidarkassen zurückfließen würden. Dies geschah aber nicht, denn viele verheiratete Hilfsarbeiterinnen unterbrachen nach der Geburt die Lohnarbeit oder gaben sie auf, sofern sie sich das irgendwie leisten konnten.

Zum anderen war auch der Erfahrungshorizont älterer KollegInnen ein anderer: Paula Thiede selbst hatte 1891 nach dem Tod ihres Mannes Rudolf Fehlberg ohne Kranken- oder Arbeitslosenunterstützung auskommen müssen, von einer Wöchnerinnenzahlung ganz zu schweigen. Was vielen Kolleginnen 1910 legitim erschien – in einer solchen Situation die verfügbaren Hilfen ohne Gegenleistung voll in Anspruch zu nehmen – könnten Paula Thiede und andere ältere KollegInnen als unsolidarisch und undankbar aufgefasst haben.

Sechs Jahre nach dem Beschluss der Wöchnerinnenunterstützung kam es 1914 auf dem sechsten Verbandstag des VBHi zu einer langen Diskussion über die Zukunft der Wöchnerinnenhilfe. Im Wesentlichen wurden zwei Argumente dafür vorgebracht, diese Leistung in der aktuellen Form wieder abzuschaffen. Das eine Argument war eher technischer Natur, denn oft war die Abgrenzung zur Krankenunterstützung schwierig. Ob die Wöchnerinnenunterstützung auf die Krankenunterstützung anzurechnen war oder nicht, hing vom Zeitpunkt der Erkrankung ab bzw. war uneinheitlich

---

221 | VBHi 1914, S. 17 (detaillierte Zahlen auf den darauffolgenden Seiten).

geregelt. Daraus resultierte der Antrag auf dem Verbandstag, die Wöchnerinnenunterstützung komplett auf die Krankenunterstützung anzurechnen – und damit faktisch aufzuheben, denn dann wäre sie nur noch in dem seltenen Fall ausgezahlt worden, dass Mutter und Kind völlig gesund waren und rund um die Niederkunft Lohnarbeit geleistet wurde.

Schwerwiegender als dieses technische Argument waren Verdächtigungen einiger Delegierter, die nahelegten, dass Frauen über Gebühr von den Zahlungen profitierten.<sup>222</sup> Die Ungleichbehandlung männlicher und weiblicher Mitglieder durch die Wöchnerinnenunterstützung aus Mitgliedsbeiträgen wurde also beizeiten als Privilegierung interpretiert. Auch die Bremer Delegierte Johanna Raab berichtete von dieser Wahrnehmung: »Wir haben in der letzten Zeit viel Austritte infolge der Wöchnerinnenunterstützung zu verzeichnen.« Raabs Schlussfolgerung war pragmatisch: »Ich bitte, Wöchnerinnen als Kranke zu behandeln.«<sup>223</sup> Die von Johanna Raab vorgeschlagene Lösung würde eine gewisse materielle Unterstützung sichern, aber auf die entsprechende Symbolik verzichten.

Die Argumente zur Abschaffung waren, gemessen an der damals üblichen scharfen Rhetorik, weder besonders heftig noch kategorisch formuliert – trotzdem gab es entschiedenen Widerspruch. Die Leiterin der Magdeburger Zahlstelle Auguste Bosse erwiderte den KritikerInnen der Wöchnerinnenunterstützung:

»Nun ein paar Worte über das »zweifelhafte Vergnügen«. Ich halte es ja nicht für ein Vergnügen, daß man sich alljährlich kaltstellen läßt, um bloß Wöchnerinnenunterstützung zu bekommen. Wenn unsere männlichen Kollegen auf dem Standpunkt stehen, daß für uns damit eine Extrawurst geschaffen ist, dann muß ich sagen: wenn die Natur uns mit dieser Extrawurst ausgestattet hat (Große Heiterkeit) [...] ich finde darin nicht etwas, worin wir im Vorteil sind den männlichen Kollegen gegenüber, ich bin dafür, daß man die Wöchnerinnenunterstützung bestehen läßt.«<sup>224</sup>

Anhand des Bildes von der »Extrawurst« wurde hier über die (Un-)Gleichbehandlung gestritten. Dabei machte Auguste Bosse deutlich, dass eine Wöchnerinnenunterstützung wohl kaum einen Vorteil darstellt, sondern

---

222 | VBHI 1915, S. 156 f.

223 | VBHI 1915, S. 179.

224 | VBHI 1915, S. 162.

angesichts der für die Inanspruchnahme notwendigen Nachteile vielmehr der Gleichberechtigung dient. Solch ein selbstbewusstes und emanzipiertes Statement, derart selbstverständlich ausgesprochen, ist wohl in kaum einem anderen gemischtgeschlechtlichen Verband oder einer sozialen Gruppe des Kaiserreichs denkbar. Die Unaufgeregtheit dieser Diskussion über eine an sich fast schon avantgardistische Regelung ist ein beeindruckendes Zeugnis einer jahrzehntelangen Gewerkschaftspraxis, in der das Ziel »Gleichberechtigung« prinzipiell unumstritten war.

Die Diskussion um das Für und Wider der Wöchnerinnenzahlungen nimmt im Verbandtagsprotokoll von 1914 über 20 Seiten ein. Schließlich wurde mit einer knappen Mehrheit entschieden, die Zahlungen für Wöchnerinnen in den Zweig der Krankenunterstützung zu integrieren.<sup>225</sup> Zumindest auf der symbolischen Ebene wurde damit dieser Versuch, Emanzipation durch Ungleichbehandlung zu fördern, ad acta gelegt.

Dessen ungeachtet hatte der VBHi mit der 1908 eingeführten Wöchnerinnenunterstützung demonstriert, wie sich eine geschlechterbewusste Gewerkschaftsidee in konkreter solidarischer Praxis niederschlagen konnte. Damit setzte die Gewerkschaft der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen in Eigenregie Forderungen zumindest ansatzweise um, mit denen Lily Braun – im Falle der Mutterschaftsversicherung – an Clara Zetkin gescheitert war und die SPD – im Falle von Krankenkassenzahlungen sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt – an den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag.<sup>226</sup>

### **Ruhende Mitgliedschaft**

Die Wöchnerinnenunterstützung war eine Reaktion auf die Bedürfnisse lohnabhängiger Frauen. Eine ähnliche formale Privilegierung als Reaktion auf bestehende Ungleichheitsverhältnisse findet sich in der Regelung der ruhenden Mitgliedschaft aus dem Jahr 1914. Paula Thiede sah in den vielfachen Unfreiheiten von Frauen – als Mutter, Hausfrau und »Erwerbende« – die

»Hauptursache dessen, daß sie allen Organisationsbestrebungen schwerer zugänglich sind und in vielen Fällen den Verbänden nur vorübergehend angehören.

<sup>225</sup> | VBHi 1915, S. 186f.

<sup>226</sup> | Vgl. dazu Strain 1964, S. 182–191, insbesondere S. 183 und S. 189f.

Haushalts- und Mutterpflichten zwingen sie oft zu einer längeren Arbeitsunterbrechung.«<sup>227</sup>

Diesem Problem der Fluktuation der weiblichen Mitgliedschaft war der VBHi mit einer simplen, aber unter den Gewerkschaften einzigartigen Regelung begegnet, indem er folgenden Passus in seine Statuten aufgenommen hatte:

»Weibliche Mitglieder, die ihrer Verheiratung oder Familienverhältnisse halber gezwungen sind ihre Beschäftigung zeitweise aufzugeben, können bei ordnungsgemäßer vorläufiger Abmeldung bis zu 1 Jahr von der Beitragsleistung befreit werden.«<sup>228</sup>

Dies war ein nicht zu unterschätzender Vorteil, denn so konnten die durch Mitgliedschaft erworbenen Ansprüche auf verbandseigene Unterstützungsleistungen aufrechterhalten werden.<sup>229</sup> Obwohl diese *Emanzipation durch Ungleichbehandlung* als längst überfälliger Schritt erscheint – wenn man bedenkt, dass für Militärdienst leistende Männer eine vergleichbare Regelung bereits in den Statuten von 1905 zu finden war<sup>230</sup> – bleibt die Tatsache bestehen, dass dies vor dem Zeithorizont eine ungemein emanzipierte Praxis darstellte. Wieder demonstriert dies ein Vergleich mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV), dessen weibliche Mitglieder ihre Mitgliedschaft erst ab 1921 auch bei temporärer Erwerbslosigkeit bzw. Unterbrechung der Erwerbstätigkeit aufrechterhalten konnten – und dies, obwohl seit 1911 mehrere gut begründete entsprechende Anträge gestellt worden waren. Sie waren unter anderem mit dem Argument abgelehnt worden, es würde sich um »Sonderrechte« für Frauen handeln.<sup>231</sup>

Die Analyse der eigenen (ungleichen) Lage und das Erfahrungswissen um die »doppelten Pflichten der Frauen«<sup>232</sup> wurden im VBHi hingegen mit der ruhenden Mitgliedschaft und der Wöchnerinnenunterstützung in die Praxis überführt. Die Spielräume des Möglichen wurden so beeindruckend erweitert.

---

227 | Thiede 1917, S. 358, ausführlich auf S. 360.

228 | Zit. nach Thiede 1917, S. 358.

229 | Vgl. die Aktualisierung dieser Regelung, zu finden in: VBHi 1918, S. 110f.

230 | VBHi 1905b, S. 7f., § 14.

231 | Kassel 1997, S. 281–285.

232 | Thiede 1917, S. 358.

## 4 Widerstände: Zwischen Antifeminismus und Lokalismus

---

Wie die meisten anderen freien Gewerkschaften hat der VBHi seit seiner Gründung in erster Linie versucht, konkrete soziale Verbesserungen für seine Mitglieder und in der Gesellschaft zu erreichen. Die Verbandszeitung »Solidarität« veröffentlichte zwar auch allgemeine politische Debatten, und die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie war unumstritten, aber der eigene Wirkungskreis beschränkte sich auf gewerkschaftstypische Bereiche. Von einer Revolution wurde nicht gesprochen. Auch das Vorgehen der Frauen um Paula Thiede (und einiger mit ihnen verbündeter Männer), ihre Rechte offensiv einzufordern und in der Verbandspraxis zu verankern, war tief in dieser Praxis verwurzelt. Daher richteten sich die Emanzipationsbemühungen der Frauen, die in der Zahlstelle I sozialisiert worden waren, gerade im ersten Jahrzehnt des VBHi vielfach auf die Praktiken des eigenen Verbands; erst nach einer gewissen Konsolidierung wurde verstärkt in die Öffentlichkeit gewirkt (siehe Kapitel 6).

Es war jedoch nicht von Beginn an klar, inwieweit diese Bemühungen für einen emanzipierten, gemischtgeschlechtlichen Verband Früchte tragen würden, denn der explizite emanzipatorische Standpunkt traf auch im VBHi auf unausgesprochene und internalisierte patriarchale Einstellungen und Vorbehalte. Es war vor allem eine Gruppe aus den Reihen der männlichen Berliner Hilfsarbeiter, die die Vorsitzende Paula Thiede über Jahre hinweg auf verschiedenen Wegen angriff, ohne auszusprechen, dass dies auch mit ihrem Geschlecht zu tun hatte. Die deutsche ArbeiterInnenbewegung hatte sich formal zur Emanzipation von Mann und Frau bekannt, doch in fast allen Gewerkschaften dominierten Männer und mussten sich für patriarchale Strukturen weder rechtfertigen noch wurden diese ernsthaft in Frage gestellt.



Im VBHi war dies allerdings anders: Dort herrschte eine andere Machtarchitektur und die Gegner gleichberechtigter Mitarbeit von Frauen in der Gewerkschaftsbewegung saßen nicht am längeren Hebel. Hier war es nicht möglich, entsprechende Konflikte zu vertagen, auszusetzen oder Kritikerinnen einfach nicht ernst zu nehmen, weil der Schutz durch die patriarchale Normalität fehlte: Die formal fortschrittliche Positionierung sowohl der Sozialdemokratie im Erfurter Programm von 1891<sup>1</sup> als auch der Gewerkschaften auf ihrem Kongress in Halberstadt (1892) und die Hegemonie im Verband selbst erschwerten die offene Argumentation gegen die Leitung durch eine Frau. So wurde im VBHi die antifeministische Agenda unausgesprochen über andere Themen verhandelt.

Die Quellenlage zur Geschichte des VBHi ist dünn, so dass wir den Gegenwind, den Paula Thiede als Vorsitzende ausgesetzt war, hauptsächlich in den Protokollen der Verbandstage entdecken können. Ein Mitteilungsblatt, das die Berliner Männer über Jahre hinweg herausgaben, wurde in diesem Fall als Forum für Verbandspolitik genutzt, hat sich aber nicht erhalten. Zugleich waren die Verbandstage jedoch die einzige realistische Gelegenheit, Veränderungen im Vorstand herbeizuführen. Diese Verbandstage stehen also hier nicht nur aufgrund von Notwendigkeiten, die sich aus den Quellenproblemen ergeben, im Mittelpunkt, sondern auch aus inhaltlichen Gründen.

Unter den Widersachern von Paula Thiede und dem Zentralvorstand tauchen zwei Namen immer wieder auf, die beide mit der in dieser Hinsicht maßgeblichen Zahlstelle II verbunden sind: Zum einen Engelbert Pucher, ein gebürtiger Wiener, der die Vorsitzende zunächst hart kritisierte, aber noch unter Paula Thiede den Weg in den Zentralvorstand fand und dort solidarisch mit ihr zusammenarbeitete. Pucher wurde 1920 zu Paula Thiedes Nachfolger gewählt.<sup>2</sup> Zum anderen August Moritz, ein Berliner

---

1 | Die neun Postulate des Erfurter Programms beginnen mit der Forderung: »Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen.« Außerdem griff das Programm die Frage der Gleichberechtigung als vierten Punkt nochmals auf: »Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen«; ediert beispielsweise in Dowe/Klotzbach (2004), S. 171–175.  
2 | Zu Pucher vgl. auch Fuhrmann 2019, S. 145.

Hilfsarbeiter, der einige Jahre lang Leiter der vereinigten Berliner Zahlstelle war. Moritz stand dem Lokalismus nahe und wurde 1912 aus dem Verband ausgeschlossen, weil er den Abschluss eines Tarifvertrages massiv torpediert hatte.

Die wiederkehrenden Konflikte im VBHi, die auf den Verbandstagen ausgetragen wurden, lassen sich ohne den historischen Kontext nicht verstehen. Neben dem Streben nach Emanzipation und den entsprechenden Abwehrbewegungen gehören auch die lokalistischen Strömungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu diesem Kontext.

## 4.1 Der VBHi und der Lokalismus

In den 1890er Jahren beschleunigte sich der Übergang von lokalen Gewerkschaftsorganisationen (»Vereine«), die durch lose Solidarität miteinander verbunden waren, zu reichsweiten Gewerkschaften (»Zentralverbände«). Die Strömungen innerhalb des VBHi, welche die örtliche Handlungsmacht nach der Verbandsgründung 1898 nicht im geforderten Maße abgeben wollten, kamen aus der Tradition des arbeiterbewegten Lokalismus. Während des Höhepunkts der diesbezüglichen Auseinandersetzungen drohten sie damit, »sich zu lokalisieren«.<sup>3</sup>

Dieser Lokalismus, der kein geschlossenes Ideengebäude darstellte, hatte in seinem Organisationsverständnis zwei herausragende Merkmale: Zum einen ausgeprägten Antizentralismus, der die Macht auf der lokalen Ebene belassen wollte, und zum anderen ein politisches Verständnis von Gewerkschaftsaufgaben, das zugleich die Aufgabenteilung zwischen SPD und Gewerkschaften ablehnte. Gerade das politische Selbstverständnis des Lokalismus hatte seine Institutionalisierung stark erschwert, weil politische Vereine unter dem Sozialistengesetz wiederholt verboten wurden. Andererseits hatte der Repressionsdruck in dieser Phase die lokale Orientierung der gewerkschaftsähnlichen Zusammenschlüsse gestärkt.<sup>4</sup>

Neben dem Sozialistengesetz hatte ein zweiter gesetzlicher Rahmen den Charakter des gewerkschaftlichen Lokalismus beeinflusst, nämlich das preußische Vereinsgesetz aus dem Jahr 1851, das Frauen bis 1908 von

---

3 | VBHi 1912a, S. 78.

4 | Vgl. Tennstedt 1983, S. 414f.

politischen Organisationen ausschloss und politische Vereine, die Frauen aufnahmen, zur Auflösung bestimmte.<sup>5</sup> Die faktische Kopplung der Auswirkungen des Vereinsgesetzes und der politischen Orientierung machte aus den kämpferischeren Gewerkschaftsgruppen Männerbünde. So verstärkten sich im Lokalismus bereits vorhandene patriarchale Tendenzen noch mehr als in den übrigen Gewerkschaften. Dieser historisch bedingte Charakter spielte in der Arbeit gegen die weibliche Vorsitzende eine wichtige Rolle: Paula Thiede verkörperte als Frau an der Spitze eines Zentralverbandes, der auf sich auf das Erreichbare konzentrierte, alle Feindbilder eines patriarchal deformierten Lokalismus.

Verstärkend kam im konkreten Fall hinzu, dass der Lokalismus in Berlin schon Ende der 1880er einen besonderen Schwerpunkt und besondere Eigenarten entwickelt hatte – dies legen zumindest zeitgenössische Beobachtungen aus dem Inneren der Gewerkschaftsbewegung nahe:<sup>6</sup>

»Schon lange haben die Leiter und Spitzen der Organisation der Arbeiterschaft ihre liebe Noth mit den *unartigen Berlinern*, die sich den schön ausgeklügelten Schablonen, die sich doch in kleineren Orten so gut bewähren, nicht hineinfinden wollen. [Umgekehrt sahen einige] Arbeiterschaften ihre guten gewerkschaftlichen Einrichtungen, die sie mit vieler Mühe ins Leben gerufen hatten, angegriffen und zerstört durch die ›Organisationen‹ [= reichsweite Zentralverbände].«<sup>7</sup>

In dem Artikel aus einer lokalistisch-gewerkschaftlichen Bauhandwerkerzeitung aus dem Jahr 1889, aus dem dieses Zitat stammt, wurde daher der Vorschlag gemacht,

»daß für Berlin eine eigene und ganz andere Organisation der gewerkschaftlichen Bewegung geschaffen werden muß, als sie für die weit kleineren Provinzialstädte vielleicht sehr zweckmäßig sein mag.«<sup>8</sup>

Und tatsächlich wurde mit der in den 1890er Jahren gegründeten »Berliner Gewerkschaftskommission« eine weitere Überlegung des Artikels umgesetzt. Zu dieser Berliner Gewerkschaftskommission entsandten die Buch-

---

5 | Fuhrmann 2019, S. 44f.

6 | Eingehende Forschung zum gewerkschaftlichen Lokalismus, insbesondere in Berlin, ist mir nicht bekannt.

7 | Anonym 1889 (kursiver Text im Original gesperrt).

8 | Anonym 1889.

druckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen jeweils einen Delegierten bzw. eine Delegierte.<sup>9</sup>

In den Druckereien hatten lokalistische Tendenzen in Abgrenzung zum eher wirtschaftsfriedlich agierenden »Verband der Deutschen Buchdrucker« (VDB) durchaus eine Basis. Im Umfeld der in Leipzig erscheinenden »Buchdruckerwacht« sammelten sich »Tarifgemeinschaftsgegner« unter anderem unter der vielsagenden Losung »Austritt aus dem Verband und Eintritt in die Gewerkschaft!«. Neben Forderungen nach mehr Klassenbewusstsein veröffentlichte die »Buchdruckerwacht« geharnischte Kritik an den VDB-Funktionären, die im Rahmen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker durch luxuriöse Veranstaltungen korrumpiert würden. Die Tarifgemeinschaftsgegner von der »Buchdruckerwacht« verstanden sich als Sozialdemokraten und hatten ihre Schwerpunkte unter anderem in Leipzig und Dresden.<sup>10</sup>

In der Organisationsstruktur der Gehilfen hatten sich die Wege von Lokalisten und Befürwortern eines Zentralverbands also getrennt, doch im VBHi dauerte die Zusammenarbeit an und es blieb Platz für lokalistische Positionen. In der VBHi-Zeitung »Solidarität« fanden sich immer wieder Hinweise auf die unterschiedlichen Ansichten, wie eine Gewerkschaft funktionieren sollte. So bedauerte kurz nach der Gründung des Zentralverbands ein unbekannter Autor bzw. eine unbekannte Autorin die hohe Bedeutung des erfolgreichen gewerkschaftseigenen Unterstützungssystems, »weil dadurch den Organisationen der Gedanke einer Kampforganisation genommen wird.«<sup>11</sup> Lokalistische Tendenzen in Teilen der ArbeiterInnenbewegung fanden sich insbesondere in solchen Orten, in denen die eigene Organisationsmacht so groß war, dass Verbesserungen lokal durchsetzbar waren – und ganz besonders in Berlin.

---

9 | Die wichtigste Quelle für die Arbeit der Berliner Gewerkschaftskommission sind deren Berichte aus den 1890er Jahren; eine Liste findet sich in Fuhrmann 2019, S. 213 f.

10 | Buchdruckerwacht. Organ zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung, Zitate aus der Ausgabe vom 28. Mai 1898, S. 1.

11 | Solidarität, 2. April 1899, S. 2 f. (Artikel »Die paritätischen Arbeitsnachweise, ihr Zweck und Nutzen für die Organisation«). Der Artikel ist unter einem nicht auflösbaren Autorenkürzel veröffentlicht.

Es ist also wenig verwunderlich, dass die Berliner Zahlstellen I und II bei jedem größeren Konflikt innerhalb des VBHi eine Rolle spielten. Die Frauen der Zahlstelle I bewahrten sich durch einen Aufstand im Jahr 1899, also ein Jahr nach der Verbandsgründung, ihre große Autonomie (siehe Kapitel 2.3), arbeiteten jedoch unter diesen Bedingungen in den folgenden Jahren äußerst konstruktiv mit<sup>12</sup> – anders als die Männer der Zahlstelle II, die auf nahezu jedem Verbandstag die Konfrontation mit dem weiblich geführten Zentralvorstand um Paula Thiede suchten.

## 4.2 Hamburg statt Berlin? Der Verbandstag 1902

Paula Thiede trat auf dem regulären Verbandstag des VBHi 1902 mit einem bemerkenswerten Selbstbewusstsein auf, auch und gerade in der Konfrontation mit den starken Zahlstellen I und II.<sup>13</sup> Besonders deutlich wurde ihr abgeklärtes Auftreten in der Debatte um die Bedingungen für die Fortführung ihrer Tätigkeit als Vorsitzende. Diese hatte sie zwischen Herbst 1900 und Beginn des Jahres 1902 einem Kollegen überlassen hatte, war aber beim Verbandstag bereits wieder im Amt.<sup>14</sup>

Der VBHi organisierte ausschließlich mäßig verdienende HilfsarbeiterInnen. Da die Gewerkschaftsbeiträge prozentual vom Lohn bezahlt wurden, war eine – im Vergleich zu den Facharbeitergewerkschaften – prekäre Kassenlage gerade in den ersten Jahren ein ständiger Begleiter. Daher waren auch die Zwecke, für die das knappe Geld aufgewendet werden sollte, stets umstritten.

Um Paula Thiede endlich eine immer noch bescheidene Erhöhung der Entschädigung für ihre Tätigkeit von 200 auf 600 Mark jährlich zu ermöglichen, sollten schließlich der Verbandsvorsitz und das Amt des verantwortlichen Redakteurs bzw. der verantwortlichen Redakteurin der Verbandszeitschrift »Solidarität« zusammengelegt werden. Thiede hatte dazu im Vorfeld ihr Einverständnis signalisiert.<sup>15</sup> Zu einer regulären Bezahlung ihrer Tätigkeit (die etwa die dreifache Summe betragen hätte) konnte sich

---

12 | Vgl. dazu Fuhrmann 2019, S. 102–109.

13 | Beispiele siehe VBHi 1902, S. 25–30.

14 | Vgl. dazu Fuhrmann 2019, S. 109–118.

15 | VBHi 1902, S. 32f. und S. 36f.

der Verband 1902 noch nicht durchringen. Paula Thiede bemerkte dazu spitz, dass sie das Amt noch einen Turnus übernehmen werde und hoffe, »daß der nächste Verbandstag im Stande sein wird, einen Mann anzustellen«. <sup>16</sup> Bei dieser Andeutung, dass ihr Geschlecht durchaus etwas mit dieser Debatte zu tun hatte, ließ sie es – zumindest bei dieser Gelegenheit – bewenden.

Offensichtlich beabsichtigten die männlichen Berliner Delegierten jedoch auf dem Verbandstag 1902 den Sturz Paula Thiedes und wandten sich gegen den Vorschlag, wenigstens die Entschädigung (»Remuneration«) zu erhöhen. Für ihren Plan, den gesamten Vorstand nach Hamburg zu verlegen, hatten sie im Vorfeld offenbar einzelne Hamburger Kollegen gewinnen können. Paula Thiede betonte in der Diskussion allerdings, wie viel Aufwand die Vorstandsarbeit bedeute, <sup>17</sup> woraufhin die im Vorfeld eingebundenen Hamburger ablehnten. <sup>18</sup> Ihnen war gerade noch rechtzeitig aufgegangen, dass das für die Vorstandsaufgaben nötige Arbeitspensum den Verzicht auf Lohnarbeit bedeutete und man selbst von der erhöhten Entschädigung »in Hamburg nicht existieren« <sup>19</sup> geschweige denn eine Familie ernähren konnte. Der Hamburger Vertreter Lohse schloss sogar die Auflösung der Hamburger Zahlstelle, die »jetzt schon mit Defizit« arbeitete, für die nahe Zukunft nicht aus <sup>20</sup> – sie war also völlig ungeeignet, um einen kompletten Vorstand mit mindestens sechs Personen zu stellen.

Trotzdem hielten die Vertreter der Zahlstelle II an ihrem Plan fest, sogar nachdem sich die stimmenstarke Zahlstelle I offen an die Seite von Paula Thiede gestellt hatte. <sup>21</sup> Eine politische Begründung wäre möglich gewesen, z. B. das Ringen um eine kämpferische, basisdemokratischere, mithin lokalistischere Ausrichtung des Verbands. Eine solche wurde jedoch nicht vorgebracht und scheidet daher als Grund für dieses Verhalten aus.

Das starre Festhalten an dem – durch die Absage der Hamburger – bereits gescheiterten Plan lässt sich eigentlich nur damit erklären, dass

---

16 | VBHi 1902, S. 36f.

17 | VBHi 1902, S. 31.

18 | VBHi 1902, S. 34–37.

19 | VBHi 1902, S. 35.

20 | VBHi 1902, S. 36.

21 | VBHi 1902, S. 34–37.

es der eigentliche Zweck war, die weibliche Vorsitzende loszuwerden, was aber wiederum nicht offen geäußert werden konnte. Paula Thiede beendete schließlich das Spiel mit der unausgesprochenen Motivation derjenigen Delegierten, die Verbandsprobleme an ihrer Person festmachen wollten. Sie gab zu Protokoll,

»daß ihr einziger Fehler nur darin besteht, daß sie eine Frau ist, denn Fehler in der Geschäftsführung sind ihr nicht nachzuweisen.«<sup>22</sup>

Im Anschluss an diese Kontroversen wurde sie mit nur vier Gegenstimmen wieder zur Vorsitzenden gewählt; ihre Gegner erlitten eine deutliche Abstimmungsniederlage.<sup>23</sup> Der Kollege Otto Bleich von der Zahlstelle II zog sich daraufhin aus der nun von Paula Thiede geleiteten Redaktion der »Solidarität« zurück. Bleich selbst sprach von einer »Meinungsdifferenz«, Paula Thiede nannte es eine »persönliche Angelegenheit«.<sup>24</sup> Dies waren möglicherweise Umschreibungen dafür, dass sich der Vertreter der Berliner Männer nach dieser Niederlage nicht der Frau Vorsitzenden unterordnen wollte.

Der Berliner Streit hatte ohnehin schon den gesamten Verband belastet,<sup>25</sup> doch die gesamte Zahlstelle II reagierte wie der Kollege Bleich mit Rückzug und drohte damit, den Verband, der von der alten und neuen Vorsitzenden Paula Thiede geleitet wurde, zu verlassen.<sup>26</sup> Erst »in einer kombinierten Sitzung mit den beiden Zahlstellenvorständen, dem Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Verbandsvorstand«<sup>27</sup> gelang es, die Wogen zu glätten und den nun folgenden Aufschwung des Verbands nicht zu gefährden.

---

22 | VBHi 1902, S. 35.

23 | VBHi 1902, S. 35–37.

24 | VBHi 1902, S. 42 f.

25 | VBHi 1902, S. 35.

26 | Vgl. den aufschlussreichen Bericht von einer Versammlung der Zahlstelle II am 16. April, in: *Solidarität*, 26. April 1902, S. 3 f. Eine weitere Versammlung am 27. April beschloss eine Urabstimmung der Zahlstelle II über den Verbandsaustritt; vgl. *Solidarität*, 10. Mai 1902, S. 1 (Kurzinformation einschließlich Ankündigung der Vermittlung) und S. 3 (Bericht der Versammlung von Zahlstelle II).

27 | Thiede 1905b.

### 4.3 Abwertung und Geringschätzung: Der Verbandstag 1905

Als Paula Thiede beim nächsten Verbandstag 1905 Bereitschaft zur erneuten Übernahme des Vorsitzes signalisierte, aber eine Anstellung zum Gehalt von 1.800 Mark anstelle der bisherigen Entschädigung zur Bedingung machte, regte sich wiederum Widerstand bei den männlichen Delegierten der Zahlstelle II.<sup>28</sup> Die von Thiede geforderte Summe war das absolute Minimum der Löhne aller Gewerkschaftsangestellten – einschließlich der Hilfsarbeiter bei der Gewerkschaftskommission – und lag nur geringfügig über dem Verdienst der Berliner Hilfsarbeiterschaft im Buchdruck. Zu diesem Gehalt sollte Thiede weiterhin den Verband leiten und die Verbandszeitschrift redigieren. Gertrud Hanna erinnerte sich 1919 an den

»Widerstand gegen die weibliche Leitung, der besonders hervortrat, als im Jahre 1905 der Verband endlich zur Anstellung der Vorsitzenden mit einem Jahresgehalt von 1.800 Mark kam.«<sup>29</sup>

Unter anderem wurde als Argument ins Feld geführt, dass Paula Thiede gar nicht richtig arbeite und daher ein Gehalt, das die Freistellung von Lohnarbeit ermögliche, nicht nötig sei. Zudem äußerte Engelbert Pucher von der Zahlstelle II auch noch die gewagte Einschätzung, diese Arbeit könne »sogar neben der Berufstätigkeit erledigt werden«. Außerdem sei Paula Thiede nicht geeignet, die Redaktion der Zeitschrift zu leiten.<sup>30</sup> Pucher hatte schon drei Jahre zuvor gegen Paula Thiede persönlich polemisiert, das Geld, das sie vom Verband bekomme, werde »zur Rettung verkrachter Existenzen« missbraucht und sie habe nur ihre »Existenzinteressen im Auge«. Alle diese Äußerungen fielen in Thiedes Anwesenheit.<sup>31</sup>

Gerade in dieser Situation zeigte sich, dass die weibliche Machtbasis in Form der größten Zahlstelle des Verbands eine Schlüsselrolle spielte. Paula Thiede blieb in der Debatte bei ihrer deutlichen Position und bekam Unterstützung von etlichen Delegierten aus anderen Städten – und von der Zahlstelle I. Für diese sprach Sophie Teske, seit Gründung sehr aktiv im Verband, und legte den Berliner Kollegen nahe, das »Vorurteil gegen

---

28 | VBHi 1905a, S. 29.

29 | Anonym [verm. Gertrud Hanna] 1919.

30 | VBHi 1905a, S. 27 f.

31 | Solidarität, 10. Mai 1902, S. 3.



die Anstellung weiblicher Mitglieder« fallenzulassen.<sup>32</sup> Zahlreiche männliche Delegierte aus anderen Städten äußerten sich ähnlich und sprachen sich dafür aus, die hervorragende Arbeit der Kollegin nicht infrage zu stellen, nur weil die weibliche Leitung nun ordentlich angestellt werden solle. Daraufhin wurden Anstellung und Bezahlung des oder der zu wählenden Vorsitzenden mit Dreiviertelmehrheit beschlossen und anschließend Paula Thiede mit 42 Stimmen bei 9 Enthaltungen im Amt bestätigt – die Anzahl der Enthaltungen entsprach der Anzahl der Delegierten der Zahlstelle II.<sup>33</sup>

#### **4.4 »Ein trauriges, in der Gewerkschaftsgeschichte einzig dastehendes Kapitel«<sup>34</sup>: Der außerordentliche Verbandstag 1912**

Während es bei den beiden Kongressen 1908 in München und 1910 in Bremen verhältnismäßig ruhig zugeht,<sup>35</sup> wurde im Jahr 1912 ein außerordentlicher Verbandstag in Berlin nötig. Anlass waren heftige Auseinandersetzungen um den neuen Tarifvertrag, der Ende 1911 nach fünfjähriger Laufzeit die erste Vereinbarung aus dem Jahr 1906 ersetzt hatte. Es gab, insbesondere in der Gruppe der männlichen Hilfsarbeiter mit vergleichsweise hohen Löhnen, Unzufriedenheit über zu geringe Lohnsteigerungen. Die Berliner Zahlstelle um ihren Vorsitzenden August Moritz weigerte sich auf spektakuläre Art und Weise, die Vereinbarung anzuerkennen: Ihre Vertreter erschienen trotz erfolgter Einladung nicht zu der entscheidenden Sitzung am 3. Januar, woraufhin der Zentralvorstand des VBHi die lokale Vereinbarung anstelle der Berliner Zahlstelle abschloss und unterzeichnete.<sup>36</sup>

Daraufhin eskalierten einige bereits schwelende Konflikte zwischen dem Zentralvorstand und der größten, mittlerweile vereinigten Berliner Zahlstelle, die auf einem außerordentlichen Verbandstag Ende Februar 1912 ausgeräumt werden sollten. Die dortigen Geschehnisse halten eine Reihe spannender Erkenntnisse bereit.

---

32 | VBHi 1905a, S. 29.

33 | VBHi 1905a, S. 28–30.

34 | VBHi 1912b, S. 19.

35 | Paula Thiede sprach von dem Münchener Verbandstag als dem ersten, der sie »voll befriedigt hat«; VBHi 1910a, S. 210.

36 | Eine Schilderung der Ereignisse findet sich in VBHi 1912a, S. 1–27.

Auf diesem Verbandstag rächte sich nach nur zweieinhalb Jahren die Zusammenlegung der beiden Berliner Zahlstellen, denn die Delegierten aus Berlin waren mit einer einzigen Ausnahme Männer. Schon im Juni 1908 hatte Sophie Teske gewarnt:

»Wenn aber unsere Zahlstelle 18 Jahre bestanden hat, so haben wir doch verschiedene Bedenken, sie aufzugeben, zumal wir sehen, daß dort, wo weibliche und männliche Mitglieder in einer Organisation zusammen sind, die weiblichen Mitglieder immer erst in letzter Linie herangezogen werden, wenn es sich um die Besetzung von Vorstandsposten, um die Delegation zur Generalversammlung usw. handelt. Das sehen wir ja auch in anderen Gewerkschaften.«<sup>37</sup>

So konnte August Moritz mit Hilfe der ihm als Vorsitzenden der Ortsverwaltung zur Verfügung stehenden symbolischen und materiellen Ressourcen die Abwahl des Verbandsvorstands um Paula Thiede planen. Die Vorkommnisse im Vorfeld des außerordentlichen Verbandstages haben den Charakter von Putschvorbereitungen, die mit großem Aufwand betrieben wurden. Die durch das Wortprotokoll dieses Verbandstages zugänglichen Informationen sind eine wahre Fundgrube, um Konflikte zu erkennen, die im Zusammenhang mit der Normalisierung der Tarifabschlüsse entstehen konnten.

Das Motiv, Paula Thiede als Frau von der Spitze des Verbands zu vertreiben, trat im Zusammenhang mit dem Tarifkonflikt 1911/1912 in den Hintergrund. Doch es ist auffällig, dass es sich bei den konspirierenden Personen um ein reines Männernetzwerk handelte – dass sie sich mit dem Zentralverband zugleich einer Frau unterordnen sollten, scheint ihren Widerwillen deutlich verstärkt zu haben.<sup>38</sup> Einer der weiteren Vorwürfe gegen den Verbandsvorstand um Paula Thiede bestand zudem darin, in den Tarifabschlüssen die für VBHi-Verhältnisse gut Verdienenden (die berufserfahrenen Männer) nicht ausreichend berücksichtigt zu haben. Dass dadurch der enorme Verdienstunterschied innerhalb der Hilfsarbeiterschaft verringert wurde, weil die Löhne der unteren Lohngruppen (meistens Frauen) im Gegenzug kräftig gesteigert werden konnten, blieb bei dieser Argumentation außen vor.<sup>39</sup>

---

37 | VBHi 1908, S. 159 (Protokoll).

38 | Vgl. beispielhaft VBHi 1912a, S. 197.

39 | Vgl. insbesondere VBHi 1912a, S. 25, S. 193 f., S. 203 und S. 214–216.

Die ökonomische Dimension des kaiserzeitlichen Patriarchats spiegelte sich auch bei den Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen in den Lohnverhältnissen bzw. den Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen. Der Zentralvorstand, bei dem ein ausgeprägtes Bewusstsein für diese Zustände herrschte, versuchte seit Jahren mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, solche Ungerechtigkeiten zu verringern. Die Streikmacht der gut organisierten Berliner Ortsverwaltung kam im Rahmen des reichsweiten Verbands auch Frauen und Beschäftigten in kleineren Städten zugute, solange die Verhandlungen an den VBHi-Zentralvorstand um Paula Thiede delegiert waren.

In diesem Kontext ist der Tarifabschluss von 1911 zu sehen, bei dem die unteren Lohngruppen prozentual höhere Steigerungen erfuhren als die oberen. Die politische Opposition gegen diesen Kurs legt nahe, dass das Verständnis von geschlechter- und lohngruppenübergreifender Solidarität bei den Männern der ehemaligen Zahlstelle II deutlich eingeschränkt war – im Gegensatz nicht nur zum Zentralvorstand, sondern auch zu den meisten anderen Zahlstellen im VBHi. Damit hatte sich die Rolle der Berliner Mitgliedschaft als Treiber für mehr Geschlechtergerechtigkeit in ihr Gegenteil verkehrt. Dies ist vor allem auf die Auflösung der vormals selbstständigen Frauenzahlstelle und deren Unterordnung in die nun von Männern dominierte Gesamtberliner Gliederung zurückzuführen.

Der Zentralvorstand und die Berliner Männer setzten sehr unterschiedliche Prioritäten in der Lohnfrage. Diese Prioritätensetzung war unlösbar mit der Frage der Geschlechtergerechtigkeit verknüpft, weil es darum ging, welche Lohngruppen mehr Lohnzuwachs erhalten sollten. Denkt man die Konsequenzen unterschiedlich starker Lohnerhöhungen zu Ende, wurden mit dieser Frage zugleich das Klassen- und Familienverständnis mitverhandelt. In diesem konkreten Fall und in diesem Verband setzte sich mit dem Zentralvorstand auch dessen Politik für mehr Gleichberechtigung durch. Das Schicksal der einst avantgardistischen Berliner Frauen, die nach Auflösung ihrer Autonomie hier nur noch als Fußvolk der Berliner Männer auftauchten, unterstreicht zugleich die Bedeutung der Organisationsfrage.

Bezüglich des Autonomieverlustes der Ortsverwaltungen durch die Abschlüsse reichsweiter Tarife begann die Eskalation der Gegensätze zum Jahreswechsel 1911/1912. Der Leiter der Berliner Ortsverwaltung August Moritz weigerte sich, den neuen Tarifvertrag lokal anzuerkennen und mit den Berliner Prinzipalen abzuschließen. Der Zentralvorstand handelte da-

rauffin anstelle der bewusst nicht erschienenen Berliner Vertreter<sup>40</sup> eine für die Berliner KollegInnen bindende Einigung mit den Unternehmern aus und unterschrieb sie. Obwohl dieses Prozedere unter Vorsitz des Tarifamtes (als Schlichtungsstelle) stattgefunden hatte und mit den VBHi-Statuten konform ging, war es anschließend verbandsinterner Streitpunkt.<sup>41</sup>

In Berlin wurde für den 5. Januar 1912 eine Vertrauensleutesitzung einberufen, auf der Engelbert Pucher (ehemals Zahlstelle II, jetzt Redakteur der »Solidarität«) und Paula Thiede das Vorgehen des Zentralvorstands verteidigten. Im Vorfeld hatte August Moritz die Stimmung bereits erheblich angeheizt und auf der Sitzung kam es zu ersten verbalen Eskalationen.<sup>42</sup> Der seit vielen Jahren in Berlin wohnende gebürtige Wiener Pucher wurde bedroht (»wenn das ein Deutscher in Österreich gemacht hätte, er hinge am ersten Laternenpfahl«) und auch Paula Thiede wurde heftig angegangen.<sup>43</sup>

Thiede und Pucher erläuterten die Tarif-Geschehnisse zwei Tage später nochmals, diesmal auf einer großen Versammlung von 3.000 Berliner HilfsarbeiterInnen. Wieder war die Stimmung aufgeheizt, »Rufe wie Verräter und Schieber schwirrten umher.«<sup>44</sup> Laut Gertrud Hanna fielen solche Ausdrücke »unzählige Male« und auch Moritz und der Münchener Ortsverwaltungsleiter Schmid erhoben persönlich den »Vorwurf der Verräterei« gegen Paula Thiede. Neben Thiede stand vor allem der Redakteur der *Solidarität*, Engelbert Pucher (1905 selbst noch scharfer Widersacher Thiedes), im Zentrum der Vorwürfe.<sup>45</sup>

Auf diesen beiden Berliner Veranstaltungen wurde aufgrund der Vorkommnisse ein außerordentlicher Verbandstag des VBHi eingefordert. Der Verbandsvorstand reagierte schnell und berief für die letzte Februarwoche den gewünschten Verbandstag ein, um den Konflikt entweder auszutra-

---

40 | Gertrud Hanna vermutete, dass es sich um den ersten Fall handelt, bei dem VertreterInnen der deutschen ArbeiterInnenbewegung zu einer Verhandlung mit den Unternehmern nicht erschienen seien; vgl. VBHi 1912a, S. 80.

41 | VBHi 1912a, S. 20–25.

42 | Glaubt man einem Bericht von Gertrud Hanna, beherrschte Moritz die Aufwiegelei generell sehr gut; VBHi 1912a, S. 79. Moritz allerdings erhob Widerspruch gegen diesen Vorwurf; VBHi 1912a, S. 219 f.

43 | VBHi 1912a, S. 21 f.

44 | VBHi 1912a, S. 22–26 (Zitat auf S. 22).

45 | VBHi 1912a, S. 77.

gen oder zu schlichten.<sup>46</sup> Spätestens ab diesem Zeitpunkt lief die Strategie der Berliner um August Moritz darauf hinaus, nicht die Verständigung zu suchen, sondern die Machtfrage zu stellen. Auf dem bevorstehenden Verbandstag wollten sie den Sitz des Vorstandsvorstands nach München verlegen lassen.<sup>47</sup> In den dann erforderlichen Neuwahlen sollten Paula Thiede als Vorsitzende und der Großteil des übrigen Vorstands nicht wiedergewählt werden.

Um auf diese Art einen neuen Vorstand zu installieren, hatten die einschlägigen Berliner Männer und vor allem Moritz selbst eine ganze Reihe von Vorbereitungen unternommen, von denen insbesondere ein langer Redebeitrag von Paula Thiede auf dem Verbandstag Zeugnis ablegt.<sup>48</sup> Aus Mangel an anderen Quellen beruht die folgende Darstellung in wichtigen Punkten auf den Ausführungen Thiedes auf dem Verbandstag. Die Angaben des entsprechenden Protokolls sind jedoch nicht nur die ausführlichste Überlieferung der Begebenheiten, sondern auch aus verschiedenen Gründen plausibel: Zum einen verwies Thiede in ihrer Rede oft auf Dokumente und zitierte diese wörtlich, zum anderen wurden viele der geschilderten Begebenheiten von den Kontrahenten selbst durch protokollierte Zwischenrufe bestätigt.

Das wichtigste Medium zur Vorbereitung des geplanten Umsturzes war das Mitteilungsblatt der Ortsverwaltung Berlin, von dem leider keine Exemplare erhalten sind.<sup>49</sup> Entgegen der üblichen Vorgehensweise wurde eine Ausgabe dieses Mitteilungsblattes reichsweit verschickt.<sup>50</sup> Darin fan-

---

46 | VBHi 1912a, S. 23 f. Der Vorstand hätte durchaus auch andere Möglichkeiten gehabt, denn durch die Weigerung, die (lokal kassierten) Mitgliedsbeiträge an den Verband zu überweisen, hatten sich die BerlinerInnen in erheblichen Zugzwang gebracht. Hätte der Zentralvorstand den außerordentlichen Verbandstag z. B. nur ein wenig später einberufen, wäre die Berliner Zahlstelle aufgrund dieser Weigerung statutengemäß ausgeschlossen worden und hätte auf dem Verbandstag nur noch wenig Einfluss gehabt. Doch auf diesen Weg verzichtete Paula Thiede trotz anderer Stimmen im Vorstand bewusst; vgl. VBHi 1912a, S. 23 f.; dazu auch die Äußerung von Gertrud Hanna, VBHi 1912a, S. 77.

47 | VBHi 1912a, S. 238.

48 | VBHi 1912a, S. 229–247.

49 | Das Berliner Mitteilungsblatt lässt sich erst ab 1921 nachweisen; vgl. <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=013144340> (Abruf am 18.12.2020).

50 | VBHi 1912a, S. 241.

den sich der Vorwurf der Berliner Ortsverwaltung gegen den Vorstand (insbesondere gegen Paula Thiede, Heinrich Lodahl, Gertrud Hanna und Engelbert Pucher), in der Tarifffrage eigenmächtig und gegen die Interessen der Berliner Zahlstelle gehandelt zu haben. Einige Ortsverwaltungen, die mit Inhalt oder Vorgehen nicht einverstanden waren, schickten diese Stapel allerdings an den Vorstand zurück, anstatt sie zu verteilen.<sup>51</sup> Der Zentralvorstand reagierte auf die Kritik aus Berlin mit eigenen Darstellungen in der Verbandszeitschrift.<sup>52</sup>

In die Putschvorbereitungen wurden insbesondere diejenigen Ortsgruppen einbezogen, die aus verschiedenen Gründen in Konflikt mit Paula Thiede oder der Verbandsleitung standen.<sup>53</sup> Dabei entwickelte sich die Münchener Ortsverwaltung zum engsten Verbündeten der Berliner. Der örtliche Leiter Schmid hatte im Rahmen lokaler (Lohn-)Tarifverhandlungen und in einer Frage der Unterstützungszahlungen unerfüllbare Hoffnungen bei den Münchener Mitgliedern geweckt und versucht, die Verantwortung für den später enttäuschenden Abschluss auf Pucher und Thiede vom Zentralvorstand abzuschieben.<sup>54</sup>

In Dresden war der örtliche Vorsitzende dem Vernehmen nach wütend, dass der Leiter des Gaus, zu dem Dresden gehörte, beim Vorstand höheres Ansehen genoss als er selbst.<sup>55</sup>

Im Fall der Zahlstelle Hamburg, einer wichtigen Ortsverwaltung, die aber nicht im Konflikt mit der Verbandsleitung stand, waren die Kollegen Schmid (München) und Moritz (Berlin) nicht davor zurückgeschreckt, auf einer Gauleiterkonferenz einen böartigen Aprilscherz mit dem altverdienten Kollegen und Gauleiter Glarner zu treiben, um diesen in einen persönlichen Konflikt mit Paula Thiede zu drängen.<sup>56</sup> Als sich die Hamburger

51 | VBHi 1912a, S. 25.

52 | VBHi 1912a, S. 25.

53 | VBHi 1912a, S. 237 f.

54 | VBHi 1912a, S. 232–236.

55 | VBHi 1912a, S. 229 f. Die Gaeue entsprechen in etwa den heutigen bezirklichen Gliederungen bei Parteien und Gewerkschaften.

56 | Hintergrund war eine geplante Ausweitung der Agitationszuständigkeit der Bremerin Auguste Bosse auf Hamburg, durch die sich Glarner übergangen fühlte. Die Kollegen Schmid und allen voran Moritz schlugen nun Glarner vor, woraufhin Paula Thiede die Argumente für Auguste Bosse aufzählen musste. Erst als Glarner trotzdem eine Kandidatenrede hielt, stand »Moritz auf, und [erklärte]

Ortsverwaltung einige Monate später dagegen entschied, die »Putschausgabe« des Berliner Mitteilungsblattes vor Ort zu verteilen, fuhren die Berliner Moritz und Baumgarten nach Hamburg, um dort auf einer internen Versammlung ihre Version des Tarifkonfliktes darzustellen und für ihre Pläne zu werben. Durch den Berliner Tratsch erfuhr Paula Thiede davon und hielt telefonisch Rücksprache mit den HamburgerInnen. Diese gaben sich zerknirscht und berichteten von den Umständen des Zustandekommens: »Die standen einfach hier vor der Tür, wir konnten sie ja nicht rausschmeißen.« Daraufhin reiste Engelbert Pucher kurzfristig nach Hamburg und konnte die Sicht des Vorstands auf der gleichen Veranstaltung darstellen.<sup>57</sup>

In einigen Ortsverwaltungen, die als loyal dem Zentralvorstand gegenüber eingeschätzt wurden, verzichteten die Aufrührer auf weitergehende Agitation. In anderen Fällen bemühte sich August Moritz allerdings um Einflussnahme auf einfache Delegierte, die in der Vergangenheit einen Konflikt mit dem Vorstand gehabt hatten, so z. B. in Hannover.<sup>58</sup> In Halle scheiterte eine Kontaktaufnahme mit dem Kollegen Scheibe daran, dass die Ortsverwaltung gerade tagte und Moritz nicht offiziell auf der Versammlung auftauchen wollte. Dass er als Boten einen Kollegen einspannte, der von »morgens an schon die verkrachte Steindruckerbewegung« mit viel Alkohol verarbeitet hatte, wird dem Gelingen nicht zuträglich gewesen sein.<sup>59</sup> Darüber hinaus wurde der ehemalige Zahlstellenleiter Stettins »ausgeschickt [...], um Drechkübel über den Hauptvorstand zu entleeren«.<sup>60</sup>

Der aktuelle Delegierte Stettins berichtete auf dem Verbandstag außerdem, Moritz habe »in ganz hinterlistiger Weise« versucht, sich in eine Versammlung »hineinzuschleichen«, um dort für seine Sache zu wer-

---

wie es nur Moritz machen kann in der Art, sagen wir mal brutal«, das Ganze zum Aprilscherz; VBHi 1912a, S. 238–240 (Zitat auf S. 240). Zur Biografie Glarners vgl. Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1925, S. 27 f.

**57** | VBHi 1912a, S. 240 f. Eine ähnliche Intervention gelang dem Vorstand, als Paula Thiede kurzfristig zu einer von Moritz und Schmid in München organisierten Veranstaltung dazustoßen konnte, weil sie am Tag zuvor in Nürnberg war und telefonisch davon erfahren hatte; VBHi 1912a, S. 238.

**58** | VBHi 1912a, S. 238.

**59** | VBHi 1912a, S. 238.

**60** | VBHi 1912a, S. 204 f.

ben.<sup>61</sup> Durch solche Aktionen war schon einige Zeit vor dem Verbandstag die nötige Stimmenmehrheit zwar in Reichweite, aber keinesfalls sicher. So fuhr Moritz »noch in letzter Stunde« vor dem Verbandstag nach Magdeburg, um einen ihm persönlich bekannten Delegierten »bei einem Glase Bier« von der Sache zu überzeugen.<sup>62</sup>

Während der Berliner Baumgarten – neben Moritz und Schmid (München) eine zentrale Figur bei der Vorbereitung des Umsturzes – in derselben Sache in Hamburg agitierte, wurden die Berliner Delegierten gewählt. Dabei wurde Baumgarten in Abwesenheit zum Delegierten bestimmt – ein unübliches und nach Meinung des Verbandsvorstandes kaum statuten gerechtes Vorgehen.<sup>63</sup> Die eigenen formalen Fehler ignorierend fochten die Berliner Delegierten zu Beginn des Verbandstages zwei andere Mandate an, von denen eins auch für ungültig erklärt wurde.<sup>64</sup> Ein im Vorfeld unternommener energischer Versuch der Münchener Zahlstelle, verbandsfremde Gäste anderer Gewerkschaften von vorneherein auszuschließen, scheiterte an der Entschiedenheit des Zentralvorstands.<sup>65</sup>

Der letzte vorbereitende Schritt zur Übernahme der Verbandsgeschäfte durch die gutverdienenden Männer war eine Art interne »Vorkonferenz« am Tag vor dem Verbandstag. Die in die Vorbereitungen eingeweihten Delegierten aus Hamburg, Dresden und München wurden von den Berlinern nach der Anreise »freundlichst abgeholt«, mit den neuesten Informationen versorgt und zu einer Stadtführung eingeladen,<sup>66</sup> während die kleinen »Provinzkrauter«, die zum Vorstand hielten, »sich allein überlassen wurden«. Bei dieser Gelegenheit »hat man die Aemter vergeben«<sup>67</sup>, die bei der geplanten Abwahl des Zentralvorstands frei werden würden.<sup>68</sup>

Nach allem, was über August Moritz und die Geschehnisse bekannt ist, ist es höchstwahrscheinlich, dass er die treibende Kraft hinter dem Machtkampf auf diesem außerordentlichen Verbandstag im Februar 1912 war.

---

61 | VBHi 1912a, S. 204, auch S. 25.

62 | VBHi 1912a, S. 237.

63 | VBHi 1912a, S. 237.

64 | VBHi 1912a, S. 29, S. 237 und S. 291.

65 | VBHi 1912a, S. 237 f.

66 | VBHi 1912a, S. 26.

67 | VBHi 1912a, S. 238.

68 | VBHi 1912a, S. 26, vgl. auch S. 237 f. und S. 241.



Zu Vorbereitung dieses Unternehmens gehörte eine gehörige Portion Planung, Berechnung, Energie und Entschlossenheit. August Moritz scheint diese Eigenschaften auf sich vereinigt zu haben, wie eine Episode einige Zeit vor dem Verbandstag zeigt, die dort noch eine Rolle spielen sollte.

Bereits vor der finalen Zuspitzung in der Tarifffrage hatte Moritz nämlich dafür gesorgt, dass er gegenüber Engelbert Pucher über ein wichtiges Druckmittel verfügte. Zum Zeitpunkt der Tarifverhandlungen 1911 hatte Moritz den Posten des Leiters der nun vereinigten Ortsverwaltung von Pucher übernommen, nachdem dieser Redakteur der Verbandszeitschrift »Solidarität« geworden war. Moritz' Druckmittel waren beträchtliche Schulden in Höhe von 700 Mark, die Pucher einige Jahre zuvor bei ihm gemacht hatte, bzw. die unvermeidliche Schädigung der Vertrauenswürdigkeit, die Pucher als Verbandsfunktionär erleiden würde, wenn die Causa in der Verbandsöffentlichkeit Thema würde.<sup>69</sup> Moritz sprach auf dem Verbandstag selbst von seinem »ehemaligen Freund Pucher«, mit dem er jahrelang zusammengearbeitet habe, als seinem damaligen »Vorbild«.<sup>70</sup> Das schien ihn aber nicht davon abzuhalten, seine Machtposition zu Puchers Lasten verbessern zu wollen.

Die betreffenden Schulden hatten eine Geschichte, die seltene Einblicke in die Gewerkschaftsarbeit jenseits der protokollierten Gremien erlaubt, denn die Verbindlichkeiten stammten aus gemeinsamer gewerkschaftlicher Arbeit, allerdings einer ungewöhnlich anmutenden:

»Tag und Nacht sind die beiden Unzertrennlichen von Bude zu Bude und von Kneipe zu Kneipe gewandert, [...] [um] das Gewerbe rein zu machen.«<sup>71</sup>

Die beiden Kollegen inspizierten Arbeitsstätten, um herauszufinden, wer in welchem Betrieb arbeitete, und zogen durch die Kneipen, um sich in der Hilfsarbeiterschaft umzuhören. Mit den dabei gewonnenen Informationen gelang es ihnen anschließend, Missstände zu beheben. Ein sehr erfolgreiches Teilprojekt dieser Aktivitäten war es offensichtlich, den Falzern, die nur als Aushilfsarbeiter eingestellt wurden (und zunächst nicht als Hilfsarbeiter galten), solidarisch zu »einem sicheren und festen Lohnverhältnis« und zu einer Anerkennung als Hilfsarbeiter zu verhelfen. Dazu mussten

---

69 | VBHi 1912a, S. 242.

70 | VBHi 1912a, S. 219.

71 | VBHi 1912a, S. 242.

aber potenzielle Lohndrücker und Streikbrecher aus dem Arbeitskräftepool ausgeschlossen werden. Dies betraf offenbar in erster Linie »Reservefalzer, die sonst schließlich – im geschlossenen Kreise will ich es ihnen sagen –«, so drückte Paula Thiede sich aus, »Zuhälter sind, die nur mal eine Nacht arbeiten zur Aushilfe, um wieder einmal etwas Geld zu haben und dann weiter zu wirtschaften«. <sup>72</sup>

Moritz und Pucher agitierten und organisierten also nach Feierabend in diversen Berliner Kneipen, um die – im Sinne der Gewerkschaft – »zweifelhaften Elemente« <sup>73</sup> aus den Betrieben herauszudrängen. Dieses Herumziehen war angesichts der Hilfsarbeitergehälter eine äußerst kostspielige Beschäftigung. Sie belastete Pucher wesentlich mehr als Moritz, denn Letzterer ließ sich als Leiter der Berliner Zahlstelle die Kneipenrechnungen als Spesen und »Sitzungsgelder« von der Ortsverwaltung erstatten. <sup>74</sup> Zudem hatte Pucher mindestens ein Kind und möglicherweise komplizierte Familienverhältnisse. <sup>75</sup> Anstatt die Kostenerstattung mit Pucher zu teilen, behielt Moritz jedoch das Geld für sich und lieh seinem Freund und Vorbild ein ums andere Mal Summen in der Höhe von kompletten Wochenlöhnen, so dass die besagten 700 Mark Schulden bald zusammengekommen waren. <sup>76</sup> Später offenbarte sich Pucher seinen KollegInnen im Vorstand, woraufhin Gertrud Hanna, Heinrich Lodahl und Paula Thiede ihm mit »Privatmitteln« die Rückzahlung der Schulden ermöglichten. <sup>77</sup>

72 | VBHi 1912a, alles S. 242.

73 | VBHi 1912a, S. 242.

74 | VBHi 1912a, S. 242.

75 | Engelbert Puchers Frau hieß Franziska Adelheid Klar. Beide waren in Wien geboren, katholisch und Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen. Pucher war bereits in Wien gewerkschaftlich aktiv; vgl. Solidarität, 10. Mai 1902, S. 3. Franziska Klar bekam Januar 1904 eine Tochter, die Hochzeit der beiden fand aber erst im Mai 1904 statt, zu diesem Zeitpunkt wohnten sie in der Graefestr. 3; vgl. die Heiratsurkunde (Landesarchiv Berlin, P Rep. 501 Nr. 214) und die Geburtsurkunde der Tochter Helene Klar (Landesarchiv Berlin, P Rep. 501 Nr. 1883). Auf dem Verbandstag 1914 stimmten die Berliner Delegierten gegen Pucher als Redakteur der »Solidarität« und begründeten dies mit dem »Verhältnis zu seiner Frau« (ohne dass mehr darüber zu erfahren wäre); vgl. VBHi 1915, S. 188 und Fuhrmann 2019, S. 145.

76 | VBHi 1912a, S. 242.

77 | VBHi 1912a, S. 243.

Dieses perfide Vorgehen Moritz' war auch deshalb möglich, weil die Berliner Zahlstelle bzw. Ortsverwaltung in unterschiedlicher Intensität eine lokalistische Tradition pflegte. Unter August Moritz hatte das lokalistische Selbstverständnis auch Auswirkungen auf die Interpretation der formalen Gewerkschaftspraktiken, in diesem Fall in Form einer eigenwilligen Kassenführung durch die Berliner Ortsverwaltung im Allgemeinen und Moritz im Besonderen. Der Zentralvorstand berichtete von heftigen und vielfachen Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung der Ortsverwaltung, die offenbar von Moritz und Baumgarten ohne Kontrollmechanismus oder Buchführung erledigt wurden. Beträge an den Zentralverband von bis zu 4.000 Mark – das entsprach mehr als zwei Jahresgehältern von männlichen Buchdruckerei-Hilfsarbeitern – wurden erst nach deutlicher Nachfrage überwiesen.<sup>78</sup>

Auch Baumgarten, der Kassierer der Berliner Ortsverwaltung, hatte sichtbare Schwierigkeiten, die Abrechnung der Mitgliedsbeiträge korrekt zu bewerkstelligen.<sup>79</sup> Selbst die Arbeitsunterlagen für die Kernaufgaben der Gewerkschaft (z. B. Informationen über Betriebsgruppen) versuchte die Berliner Zahlstelle offenbar aus Prinzip vor dem Zentralvorstand zu verbergen oder legte sie gar nicht erst an. Auf entsprechende Vorhaltungen hin soll Moritz entgegnet haben:

»als ich eingetreten bin, kriegte ich eine blaue Mappe mit dem Verzeichnis der Vertrauensleute, warum soll ich denn mehr hinterlassen, das sehe ich gar nicht ein.«<sup>80</sup>

Die sich so konkretisierenden lokalistischen Tendenzen der Berliner Zahlstelle waren den langjährigen VBHi-FunktionärInnen natürlich bewusst, und so informierte Paula Thiede nach der Mobilisierung der Berliner Vertrauensmänner gegen den Tarifabschluss (vom 3. Januar 1912)<sup>81</sup> unverzüglich die Generalkommission sowie die Berliner Gewerkschaftskommission und die graphischen Verbände, der Konflikt »könnte dazu führen, daß die

---

**78** | VBHi 1912a, S. 244–246 und S. 83 f., zu Widersprüchen aus der Ortsverwaltung S. 198 f.

**79** | VBHi 1912a, S. 245.

**80** | VBHi 1912a, S. 83.

**81** | VBHi 1912a, S. 21.

Kollegenschaft sich lokalisieren.«<sup>82</sup> Auch Gertrud Hanna sah starke Hinweise darauf, dass die »Absicht, sich zu lokalisieren, doch bestanden hat.«<sup>83</sup> Die Berliner Kreise um den Vorsitzenden der Ortsverwaltung Moritz und den Kassierer Baumgarten entschlossen sich allerdings zunächst gegen einen sofortigen Verbandsaustritt und planten stattdessen die Übernahme.

Als sich auf dem Verbandstag jedoch abzeichnete, dass die Argumentation der Berliner Ortsverwaltung die noch unentschlossenen Delegierten womöglich nicht überzeugen würde, verließ Moritz in einem letzten Versuch, das Ruder herumzureißen, die Ebene politischer Kritik und warf dem Zentralvorstand um Paula Thiede Vetternwirtschaft und Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen vor. Diese Vorwürfe wurden an verschiedenen Sitzungstagen vorgebracht; Dreh- und Angelpunkt war jeweils die Kooperation des VBHi mit der Druckerei Eichler, die auch die Verbandszeitschrift verlegte. Drei verschiedene Komplexe spielten dabei eine Rolle:

- Erstens habe Pucher dort durch Thiedes Vermittlung eine gute bezahlte Anstellung erhalten, um seine Schulden – hier wurden sie von Moritz in die Verbandsöffentlichkeit getragen – abzuarbeiten. Pucher sei damit willfährig gegenüber dem Kurs des Zentralvorstandes gemacht worden. Moritz wörtlich: »Na, Kollegin Thiede, wenn Pucher der Strick nicht bis obenhin gesessen hätte, brauchte er nicht nach Wittenberge zu fahren, um sich die Elbe anzusehen, um zu überlegen, wie weit er noch die Leute ansetzen kann. So steht die Sache.«<sup>84</sup> Pucher war nach Moritz' Auffassung so hoch verschuldet, dass er sich mit dem Gedanken an Selbstmord befasste, und von den übrigen Personen im Zentralvorstand abhängig, die ihm privat aus der Schuldenklemme herausgeholfen hatten.
- Zum Zweiten habe sich Paula Thiede persönlich von Druckereibesitzer Eichler korrumpieren lassen, denn warum sonst, so Moritz, »schickt der Buchdruckereibesitzer Eichler an [Paula Thiede] immer die großen Ananasfrüchte und Wein dazu, um eine Bowle zum Geburtstag machen zu können«?<sup>85</sup>

---

82 | VBHi 1912a, S. 21.

83 | VBHi 1912a, S. 78.

84 | VBHi 1912a, S. 226.

85 | VBHI 1912a, S. 225 f.

- Zum Dritten fragte Moritz die Delegierten auf dem Verbandstag im Hinblick auf die anwesende Vorsitzende: »was macht denn eigentlich ihr Mann, der Herr Wilhelm Thiede bei der Firma Eichler als Geschäftsführer?« Anschließend legte er nahe, dass die Druckerei Eichler sich gegenüber dem VBHi nun vieles erlauben könne.<sup>86</sup> Dies war nichts anderes als der Vorwurf an die Vorsitzende, den Verband zugunsten eines persönlichen Vorteils zu schädigen.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieser letzte Angriff von Moritz auf den Zentralvorstand allerdings als persönliche Verteidigung, denn gegen Moritz waren zuvor Bestechungsvorwürfe laut geworden. Er habe seinerseits »200 Mk Schmiergelder« von Eichler erhalten und diese mit dem Kassierer Baumgarten geteilt. Die Gegenleistung soll darin bestanden haben, dass die Ortsverwaltung Berlin Eichlers Bruder 16.000 Mark Hypothek auf dessen Haus gegeben habe.<sup>87</sup>

Der Überprüfung all dieser Angaben sind durch die prekäre Quellenlage enge Grenzen gesetzt. Paula Thiede bestätigte und erläuterte auf dem Verbandstag die Tätigkeit Pucher in der Druckerei. Demnach habe er dort in Sonntagsarbeit und zu einem wesentlich geringeren Lohn als von Moritz dargestellt die Expedition (also den Versand) der »Solidarität« übernommen. Da diese Arbeit sowieso bezahlt werden müsse, habe »der Verband auf diese Art noch ein Geschäft gemacht«.<sup>88</sup> Und die angeblich regelmäßigen luxuriösen Geschenke der Druckerei Eichler an Paula Thiede wie Ananas und Wein erwiesen sich als einmalige Aktion zum 40. Geburtstag – einmalig »trotzdem wir bei Eichler schon drucken lassen seit der Zeit, als wir noch Lokalorganisation waren«.<sup>89</sup>

Schwerer dürfte der Vorwurf gewogen haben, Paula Thiedes Ehemann Wilhelm habe seine Anstellung in der Druckerei durch persönliche Begünstigung bekommen. Die Anstellung an sich stritt Paula Thiede nicht ab, sondern erklärte sie ausführlich – und ergänzte sogar, dass ihr Mann zuvor schon acht Monate lang für den VBHi gearbeitet habe, und zwar direkt beim Vorstand, für den er die Auswertung einer großen Verbandssta-

---

86 | 1912a, S. 226.

87 | VBHi 1912a, S. 225.

88 | VBHi 1912a, S. 243.

89 | VBHi 1912a, S. 243.

tistik durchgeführt habe. Diese Entscheidung habe der Vorstand in allgemeinem Einverständnis und in bewusster Abwesenheit von Paula Thiede getroffen.<sup>90</sup>

Außerdem argumentierte Paula Thiede, dass die Initiative zur Anstellung ihres Mannes in der Druckerei von Eichler ausgegangen sei, der sich nicht an den Verband, sondern direkt an Wilhelm Thiede gewandt habe.<sup>91</sup> Überdies sei ihr Mann zum Zeitpunkt der Einstellung nicht arbeitslos, also nicht auf die Stelle angewiesen gewesen.<sup>92</sup> Schließlich führte Paula Thiede noch aus, dass ihr Mann bereits zuvor für eine ganz andere Gewerkschaft eine ähnliche Tätigkeit wie nun bei Eichler hatte.<sup>93</sup> In der Tat lautete Wilhelm Thiedes Berufsbezeichnung bereits 1908, als die Eheleute Thiede gemeinschaftlich aus der Kirche austraten, »Expedient«. Er hatte im Zeitchriftenvertrieb also schon Berufserfahrung.<sup>94</sup>

In Fall der Kooperation des VBHi mit der Druckerei Eichler erlaubt die Quellenlage eine partielle Überprüfung sowie einige Ergänzungen. Acht Monate nach dem außerordentlichen Verbandstag des VBHi erteilte Eichler Wilhelm Thiede mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 Prokura (also Geschäftsvollmachten) für die Druckerei – er war also tatsächlich ein wichtiger Mitarbeiter Eichlers.<sup>95</sup> Und Eichlers Entscheidung, Thiede als einen ihm bereits bekannten Sozialdemokraten einzustellen, war kein Einzelfall. Bereits viele Jahre zuvor hatte er z. B. den damaligen Redakteur der »Solidarität« Ernst Preczang als Gehilfen eingestellt.<sup>96</sup> Nach Eichlers Tod im Juli

---

90 | VBHi 1912a, S. 195 f. Demnach gab es zuvor eine eingehende Suche nach anderen Personen, die für diese Tätigkeit geeignet gewesen wären. Wilhelm Thiede galt durch eine einjährige Statistkarbeit bei einem anderen Gewerkschaftsverband als qualifiziert – eine Arbeit, zu der er ganz regulär durch einen Arbeitsnachweis gekommen war. Seine Bearbeitung der VBHi-Erhebung ist heute noch zugänglich und eine der wenigen soliden Statistiken aus diesem Bereich; vgl. VBHi 1911.

91 | VBHi 1912a, S. 243 f.

92 | VBHi 1912a, S. 242–246.

93 | VBHi 1912a, S. 243 f.

94 | Vgl. die entsprechende behördliche Liste von Kirchenaustritten, Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Tit. 95 Nr. 15800\_004.

95 | Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02 Nr. 14489, Blatt 5.

96 | Wachs 1905.

1914 entwickelten sich Probleme zwischen dem VBHi und dem Verlag und Wilhelm Thiede wurde im Oktober 1918 gekündigt.<sup>97</sup>

Aufgrund der Quellenlage ist eine abschließende Bewertung der Geschehnisse rund um den außerordentlichen Verbandstag im Februar 1912 nicht in der wünschenswerten Genauigkeit möglich. Paula Thiede sprach am Ende der Debatte davon, dass »Die Hände sauber« ihre Maxime in der Verbandsarbeit gewesen sei, und das, was in Erfahrung zu bringen ist, spricht für die Aufrichtigkeit ihrer Aussage.<sup>98</sup> Die Glaubwürdigkeit von Paula Thiede und dem Vorstandsvorstand hinsichtlich der von Moritz vorgebrachten Vorwürfe dürfte dazu beigetragen haben, dass der Berliner Plan schließlich scheiterte.

Während Gertrud Hanna als Vorstandsmitglied bereit war, die Zahlstellen Berlin und München ziehen zu lassen, auf dass sie aus ihrem Schaden klug würden,<sup>99</sup> nahm Paula Thiede auf dem Verbandstag das Heft des Handelns in die Hand und suchte – zum Wohle des VBHi – die offene, ja konfrontative inhaltliche Aussprache. Am ersten Tag »plätscherte [die Debatte] so sachlich dahin« und scharfe Vorwürfe blieben aus.<sup>100</sup> Mit dem Wissen um die Vorbereitungen der Gegenseite sah Paula Thiede in diesem Moment wohl zutreffend voraus, dass der Konflikt absichtlich vermieden wurde, um die Argumente des Vorstands nicht laut werden zu lassen. Das hätte es erleichtert, Thiede und den Vorstand mit der »Abstimmungsmaschine« zu beseitigen und den Konflikt dann mit getauschten Rollen und Machtressourcen fortzusetzen.<sup>101</sup> Daher übernahm sie selbst die Initiative und sprach sich dafür aus, den seit Jahren schwelenden Konflikt mit der Berliner Ortsverwaltung endlich offen auszutragen:

---

**97** | Zur Entwicklung der Druckerei Eichler vgl. das entsprechende Geschäftsbüchlein, Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02 Nr. 14489, Eichler, Blatt 1–8.

**98** | »Ja, und nun ist dieser Wilhelm Thiede Geschäftsführer bei Eichler und ich habe mal eine Ananas zu meinem Geburtstag gekriegt. [...] Wir haben uns die Hände rein gehalten, das erkläre ich Ihnen. Als meine erste Aufgabe und Pflicht habe ich es angesehen, die Hände sauber. Das habe ich getan.« (VBHi 1912a, S. 243).

**99** | VBHi 1912a, S. 78 f.

**100** | VBHi 1912a, S. 237.

**101** | VBHi 1912a, S. 246.

»Wir sind es unserem Verbandsmitgliedern schuldig, hier offen zu bekennen, reinen Tisch zu machen. So geht es nicht, daß man kleistert, wenn die Sache brenzlich [sic] wird [...]. So ist es bisher immer gewesen und so kann es nicht wieder sein. Wir müssen eine vollständig reine Situation schaffen.«<sup>102</sup>

Diesem Credo folgte sie direkt im Anschluss und machte keinen Hehl daraus, wen sie für die »Extratour, die in Berlin getanzte wurde«, in der Verantwortung sah: »Den ich vor allem und in der Hauptsache angreife, ist der Kollege Moritz.«<sup>103</sup> Offensiv suchte Paula Thiede die Aussprache und scheute nicht davor zurück, auch harte Bewertungen von Moritz' Person vorzubringen. Mit Verweis auf Erfahrungen Dritter sprach sie davon, dass dieser in Berlin »nahezu absolut« sei und mit »seiner Art als Diktator« die Ortsverwaltung dominiere. Die »Interessen der Allgemeinheit« nehme Moritz dabei »rücksichtslos unter die Füße«.<sup>104</sup> Mit der Idee, Konflikte offen auszutragen – »Da muß auch einmal Fraktur geredet werden«<sup>105</sup> – verband sie aber nicht nur verbale Angriffe auf Moritz, sondern auch eine inhaltliche Klärung.

Paula Thiede legte im Laufe des viertägigen Verbandstages sukzessive auf den Tisch, was die Berliner lieber nicht offen angesprochen, sondern sich als Gerüchte nutzbar gemacht hätten. Die Gründe für das Verhalten des Vorstands – die Unterzeichnung des Berliner Tarifabkommens am 3. Januar 1912 anstelle der nicht erschienenen Berliner Ortsverwaltung – hatte sie direkt zu Beginn des Verbandstages sachlich und mit Verweis auf die Satzung dargelegt.

Schließlich wurde eine Resolution, die das Verhalten des Vorstands in der zentralen Frage des Berliner Tarifabschlusses guthieß, mit einer Mehrheit von 25 zu 19 Delegiertenstimmen angenommen. Dagegen stimmten vor allem Berlin, München, Dresden und Hamburg.<sup>106</sup> Die sogenannte Provinz, die von reichsweiten Vereinbarungen am meisten profitierte, stimmte fast geschlossen für den Vorstand; auch die große und traditionsreiche Leipziger Ortsverwaltung stand hinter dessen Vorgehen. Daraufhin wurde auch der Tagesordnungspunkt »Neuwahl des Vorstands« mit der gleichen

---

102 | VBHi 1912a, S. 82.

103 | VBHi 1912a, S. 82 (beide Zitate).

104 | VBHi 1912a, S. 82 (alle Zitate), weitere Erläuterungen auch S. 83 f.

105 | VBHi 1912a, S. 84.

106 | VBHi 1912a, S. 252.



Mehrheit von der Tagesordnung abgesetzt und damit das Thema erledigt und der Machtkampf entschieden.<sup>107</sup>

Der außerordentliche Verbandstag 1912 war wohl einer der heikelsten Momente in der Entwicklung des VBHi, was auch die Beteiligten so sahen: »mir schien es ja in meiner Tätigkeit die schwerste Situation«, bekannte Paula Thiede gegen Ende des Kongresses, hielt aber ihrem Stil entsprechend<sup>108</sup> eine versöhnliche und vorwärtsblickende Abschlussrede. Darin billigte sie allen am Streit Beteiligten gleichermaßen zu, nur aus besten Motiven gehandelt zu haben – zugunsten der Allgemeinheit, der Kollegenschaft und der Organisation.<sup>109</sup>

»Und wenn wir von diesem Grundsatz ausgehen [...] so kann uns nichts mehr trennen, so kann es keinen Rückschritt geben in unserer Organisation, auch durch diesen gewesenen Zwiespalt nicht. Es kann nur ein engeres Zusammenstehen geben, eine gemeinsame Arbeit und einen weiteren Aufstieg. Das möchte ich Ihnen und uns von ganzen Herzen wünschen.«<sup>110</sup>

Den Berliner Tarifabschluss, der die ganze Malaise ausgelöst hatte, hatte die Berliner Ortsverwaltung zwar schon vor dem außerordentlichen Verbandstag formal akzeptiert; und auch mit dem Ergebnis der lokalen Nachverhandlungen zwischen Zentralvorstand und Prinzipalen war man zufrieden.<sup>111</sup> Doch bereits die Resolution, die auf dem Verbandstag beschlossen worden war, ließ – trotz der versöhnlichen Schlussworte Thiedes – erahnen, dass es ein »Weiter so« mit den führenden Berliner Persönlichkeiten nicht geben konnte. Die Resolution sprach dem Vorstand – namentlich Pucher und Thiede – das Vertrauen aus, richtete aber scharfe Worte an die Berliner:

»Das Vorgehen der Berliner Ortsverwaltung jedoch müssen die Anwesenden Delegierten auf das allerschärfste mißbilligen, weil dieses Vorgehen geeignet war, unberechenbaren Schaden für die gesamte Organisation hervorzurufen, dessen Folgen sich mehr in der Provinz als in Berlin bemerkbar gemacht hätten.

---

107 | VBHi 1912a, S. 254.

108 | Vgl. Fuhrmann 2019, S. 145–152.

109 | VBHi 1912a, S. 288.

110 | VBHi 1912a, S. 288.

111 | VBHi 1912a, S. 25.

Die ganze Art, wie die anerkennenswerte Tätigkeit des Hauptvorstandes durch die Berliner Tarifverhändler, besonders aber durch deren Leiter August Moritz, in den Schmutz gezogen worden ist, spricht dafür, daß die Situation bewußt heraufbeschworen worden ist. Aus diesen Erwägungen heraus halten die Delegierten ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen Hauptvorstand und der derzeitigen Berliner Ortsverwaltung nicht für gedeihlich.«<sup>112</sup>

Die »Solidarität« veröffentlichte am 23. März 1912, also vier Wochen nach dem Verbandstag, eine Reihe lokaler Stellungnahmen, die im Wesentlichen die Position der jeweiligen Delegierten widerspiegeln. Außerdem findet sich in derselben Ausgabe ein Bericht über einen Schlichtungsversuch, der durch eine Berliner Versammlung angeschoben worden war. Dieser Versuch stand unter der Obhut der Berliner Gewerkschaftskommission, die einer gewissen Sympathie für den Lokalismus nicht unverdächtig war. Der gegenüber Moritz milde Schlichtungsvorschlag scheiterte allerdings an der Entschlossenheit des Hauptvorstands, der Moritz bereits am 28. Februar 1912, also direkt im Anschluss an den Verbandstag, entlassen hatte.<sup>113</sup> Die Kündigung war formal leicht zu vollziehen gewesen, denn als Ortsleiter war Moritz seit 1908 direkt beim Zentralverband angestellt.<sup>114</sup>

Der Hauptvorstand gab während des Schlichtungsverfahrens eine ganze Reihe von Gründen an, warum Moritz' Entlassung keinesfalls zurückgenommen würde: Eine fingierte Krankschreibung für ein VBHi-Gauleitertreffen, auf dem sein Verhalten verurteilt werden sollte; vielfache Fehlinformation der Mitgliedschaft; mehrfache Gefährdung der Zahlungsfähigkeit des Gesamtverbands; versuchte Verhinderung eines Tarifvertrags aus Prinzip, obgleich dieser die Forderungen im Wesentlichen erfüllte; Zweckentfremdung der Mittel der Berliner Ortskasse (unter anderem für die Putschvorbereitung); sowie schließlich die versuchte Bestechung einiger Verbandstagsdelegierter durch das Versprechen besoldeter Posten nach dem geplanten Vorstandswechsel. Zusammengefasst wurde Moritz also aufgrund spektakulären Fehlverhaltens entlassen – und weil er

---

112 | Zit. nach VBHi 1915, S. 5.

113 | Solidarität, 23. März 1912, S. 2 (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«); bestätigt durch VBHi 1915, S. 6.

114 | Solidarität, 23. März 1912, S. 2 (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«). Den jährlichen Wiederwahlen hatte sich Moritz nicht gestellt, was sein formales Recht, aber unüblich war.

»fortgesetzt in Mitgliederversammlungen gegen den Vorstandsvorstand gehetzt hat [...] und gegen die Tarifgemeinschaft arbeitete«,<sup>115</sup>

Ein weiterer Schlichtungsversuch unter Vorsitz von Carl Legien, dem Leiter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, scheiterte daran, dass sich Moritz der Vermittlung entzog.<sup>116</sup> Neben August Moritz wurden auch die vier weiteren Angestellten der Berliner Ortsverwaltung entlassen, da sie nach dem Verbandstag noch Stimmung gegen die Beschlüsse machten. Der VBHi machte die »Anerkennung der Verbandstagsbeschlüsse« zur Auflage für eine Wiedereinstellung und begründete dies damit, dass es genau diese Posten waren, die noch »wichtige Ergänzungsarbeiten zum Tarif« zu erledigen hatten.<sup>117</sup> Nach einer offensichtlich erfolgreichen Aussprache wurde die Kündigung aller Angestellten mit Ausnahme von Moritz wieder zurückgenommen; der Hamburger Gauleiter Glarner legte allerdings seine Ämter nieder.<sup>118</sup> In allen anderen Orten wurden die Angestellten, die mit Moritz gestimmt hatten, weder entlassen noch auf den Beschlüsse des Verbandstages verpflichtet.<sup>119</sup>

Noch zwei Jahre später waren die Gremien des VBHi mit den Folgen dieses Zusammenstoßes einer großen Gruppe führender Verbandsmitglieder und dem Zentralvorstand beschäftigt. Auf Antrag von Paula Thiede – die ihre 1912 erklärte Absicht, Konflikte nicht bloß »zuzukleistern«, offensichtlich ernst meinte – fand auf dem nächsten großen Verbandstag anderthalb Tage lang eine Aussprache über den Fall statt. Da über diese Sitzung kein Protokoll veröffentlicht wurde, ist der Inhalt allerdings nicht überliefert.<sup>120</sup>

Im Jahr 1912 kamen im VBHi die seit Jahrzehnten gewachsenen Tendenzen des Lokalismus in der Berliner Arbeiterschaft zum Tragen – ein letztes großes Aufbäumen – und lösten einen Konflikt mit dem Zentralverband

---

**115** | Solidarität, 23. März 1912, S. 2f. (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«).

**116** | VBHi 1912b, S. 21f.

**117** | Solidarität, 23. März 1912, S. 3 (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«).

**118** | VBHi 1912b, S. 21 und S. 23.

**119** | Solidarität, 23. März 1912, S. 3 (»Die Amtsenthebung des Berliner Ortsvorsitzenden«).

**120** | VBHi 1915, S. 78f.

aus, der aus reichsweiter Perspektive auf eine höchst erfolgreiche Arbeit zurückblicken konnte. Dass dieser Konflikt derart eskalierte, lag auch in der Persönlichkeit von August Moritz begründet, der organisatorisch geschickt und politisch konsequent, aber moralisch im konkreten Vorgehen verwerflich, zum Generalangriff mobilisiert hatte. Die Geschlechterdimension dieses Konfliktes, dem ja ähnliche vorausgegangen waren, blieb weitgehend unausgesprochen. Dies lag zum einen an der Hegemonie emanzipierter Vorstellungen und der entsprechenden Machtverteilung im Verband. Zum anderen beherrschte die Frage nach der Machtarchitektur zwischen lokalen Zahlstellen und Zentralvorstand den Konflikt.

#### **4.5 Immer noch kein Frieden mit der weiblichen Leitung: Der Verbandstag 1914**

Verglichen mit den Geschehnissen um den Jahreswechsel 1911/1912 und dem daraus resultierenden außerordentlichen Verbandstag war die Situation auf dem nächsten VBHi-Kongress im Jahr 1914 fast schon ruhig. Die Rebellen von 1912 waren zum Teil aus ihren Funktionen ausgeschieden oder entlassen worden und es war nicht zu erwarten, dass eine erneute Kraftprobe ein anderes Ergebnis haben würde.

Immerhin: Es gab sie trotzdem und zwar in Form eines Antrags, eine Art Kontrollausschuss einzurichten, der weitreichende Kompetenzen gehabt hätte und den Vorstand faktisch hätte dominieren oder komplett lähmen können. Paula Thiede und ihre VorstandskollegInnen sahen die Folgen voraus und reagierten konsequent. Sie skizzierten auf dem Verbandstag öffentlich, was ein solcher Beschluss zur Folge hätte, und kündigten an, als Zentralvorstand komplett zurückzutreten, wenn dieser Beschluss angenommen würde. Dies war nicht der Fall und die Delegierten sprachen dem alten und neuen Vorstand mit großer Mehrheit erneut das Vertrauen aus. Paula Thiede erhielt bei 6 Enthaltungen 35 Ja-Stimmen und keine einzige Gegenstimme.<sup>121</sup>

---

121 | VBHi 1915 S. 165–171, Wahlergebnisse auf S. 188.



## 5 Erfolge und Effekte

---

Nach der Gründung der ersten lokalen Vereine im Jahr 1890 entwickelte sich im Milieu der Buchdruck-HilfsarbeiterInnen durch den Einfluss der Berliner Frauengewerkschaft eine hohe Akzeptanz emanzipatorischer Haltungen. Überraschend schnell konnte nach der Verbandsgründung 1898 die feministische Agenda innerhalb des VBHi diskursiv verankert und in konkrete Techniken umgesetzt werden. Die Mitglieder des VBHi – Frauen wie Männer – entwickelten in diesem Umfeld ein Selbstverständnis, das sich von großen Teilen der übrigen Gewerkschaftsbewegung unterschied. Männer argumentierten feministisch, Frauen wurden zu öffentlichen Personen – und der VBHi zu einem Impulsgeber in Sachen Gleichberechtigung für die freien Gewerkschaften.

### 5.1 Solidarische Männer

Proletarische Männlichkeit ging im Kaiserreich nicht nur mit der Abwertung von Kolleginnen einher. Eine zweite Traditionslinie war die praktizierte Solidarität mit Frauen. Dies zeigte sich im Druckbereich am deutlichsten im Verhalten der Buchdruckergehilfen und ihrer Gewerkschaft. Über deren ambivalentes Auftreten gegenüber den Kolleginnen ließe sich lange berichten, aber an dieser Stelle genügen einige kurze Ausführungen.

Festzuhalten ist, dass es sowohl eine weit verbreitete Abwehrhaltung gab, die sich in der kurzgreifenden Analyse von Frauen als »Schmutzkonzurrenz« artikuliert, als auch engagierte Solidarität und enge Zusammenarbeit. In Berlin gelang dem »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« nach dem großen Rückschlag durch die Streikniederlage

1891/1892<sup>1</sup> ein erfolgreicher Wiederaufbau, und zwar nicht nur »Dank des umsichtigen Vorstandes«, sondern eben auch aufgrund »der moralischen Unterstützung der Buchdrucker«.<sup>2</sup> Und in der Provinz waren noch Jahre später etliche Buchdruckergehilfen Mitglied des VBHi und leiteten mitunter sogar lokale Zahlstellen.<sup>3</sup>

In der Entwicklung des VBHi zeigte sich bald eine neue Qualität von systematischer geschlechterübergreifender Zusammenarbeit, an der es der deutschen Gewerkschaftsbewegung ansonsten sehr mangelte. Im Kapitel 4 wurden zwar Männer in den Vordergrund gerückt, deren Handeln zum Teil durch Antifeminismus motiviert war. Diese männlichen Kollegen waren im VBHi allerdings die lautstarke Minderheit. Viele andere Arbeiter im VBHi konnten und wollten an der gemischtgeschlechtlichen Organisation und der entsprechenden Ausrichtung der Verbandspolitik wachsen und lernen.

Dies zeigt sich etwa, wenn die geschilderten Begebenheiten neu bewertet werden: Der Widerstand beispielsweise, der gegen Paula Thiedes Wiederwahl und reguläre Bezahlung auf dem Verbandstag 1905 von der Zahlstelle II – den Berliner Männern – ausgegangen war, blieb am Ende erfolglos. Zu diesem Verbandstag waren 52 Delegierte erschienen, von denen 14 Frauen und 37 Männer stimmberechtigt waren. Deren Abstimmungsverhalten – die 9 Delegierten, die nicht für Paula Thiede stimmten, kamen vermutlich aus der Zahlstelle II – lässt den Schluss zu, dass mindestens 28 männliche Delegierte für sie gestimmt haben.<sup>4</sup> Das deutliche Ergebnis zugunsten von Paula Thiede gegen die (männliche) Opposition waren nur möglich, weil die meisten männlichen Delegierten sie und ihren Kurs unterstützten und entsprechend abstimmten.

Etliche Männer hatten sich in der Diskussion explizit für Thiedes reguläre Anstellung ausgesprochen.<sup>5</sup> Der Münchener Delegierte Schmid wandte sich in dieser Sache an die Versammlung; das Protokoll hielt dazu fest:

---

1 | Siehe Kapitel 2.3; Fuhrmann 2019, S. 55–58.

2 | Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1898, S. 7 (Bericht der Zahlstelle I).

3 | VBHi 1902, S. 24.

4 | VBHi 1905a, S. 30; Anwesenheitsliste S. 59f. (ein ungültiges Delegiertenmandat).

5 | VBHi 1905a, S. 28f.

»Den Standpunkt, daß ein Verband, welcher eine größere Anzahl Männer zu seinen Mitgliedern zählt, nicht gut von einer Frau geleitet werden kann, hält er für kleinlich, zumal feststeht, daß eine Frau es verstanden hat, den Verband groß und stark zu machen.«<sup>6</sup>

Wie eng Diskurshoheit und Mehrheitsverhältnisse im VBHi mit der jahrelangen Vorarbeit verbunden waren, macht ein Vergleich mit der Gesamtgewerkschaftsbewegung klar, in der eine solche Arbeit faktisch nicht stattfand und nicht stattgefunden hatte. Die Generalkommission der Gewerkschaften, das höchste und wichtigste gemeinsame Gremium der freien Gewerkschaften, wurde auf Gewerkschaftskongressen gewählt. Hier lag der Frauenanteil mit meist 1–2 Prozent und höchstens 4 Prozent deutlich unter den 27 Prozent des VBHi 1905.<sup>7</sup>

Auf dem Kongress 1899 schied vielmehr das einzige weibliche Mitglied der leitenden Generalkommission (Wilhelmine Kähler) aus, weil nur zwei Stimmen auf sie entfielen.<sup>8</sup> Alle folgenden Kongresse wählten ähnlich: Weder Paula Thiede (die 1902, 1905, 1908 und 1911 antrat), noch Luise Zietz, Emma Ihrer oder eine andere Frau erhielten auf dem männerdominierten Kongress genügend Stimmen.<sup>9</sup> Vor dieser Kontrastfolie erscheint selbst die Situation im VBHi als leuchtendes Vorbild, obwohl sie ihrerseits von echter Parität weit entfernt war.

Ein weiterer Effekt der neuartigen und hart erarbeiteten Zusammenarbeit zwischen Männern und Frauen im VBHi sollte keinesfalls verschwiegen werden. Viele Männer, normale Arbeiter aus normalen Familien, erlangten in diesem Verbandsklima ein Bewusstsein für die Lage »ihrer«

6 | VBHi 1905a, S. 27.

7 | Zu den Gesamtkongressen der freien Gewerkschaften vgl. Losseff-Tillmanns 1978, S. 355 f.: Unter den 139 Delegierten des Kongresses 1896 war Clara Bien vom »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« die einzige Frau; auf dem Kongress 1905 waren nur 3 von 208 Delegierten Frauen; ebd. Beim VBHi lag das Verhältnis 1905 bei 38 Männern zu 14 Frauen; vgl. VBHi 1905a, S. 59 f. (Anwesenheitsliste).

8 | Losseff-Tillmanns 1978, S. 356.

9 | Losseff-Tillmanns 1978, S. 108. Vgl. zum Eindruck, den dies auf Gewerkschafterinnen machte, beispielhaft den Bericht vom Frankfurter Gewerkschaftskongress 1899, den Paula Thiede für die Verbandsmitglieder verfasste; in: Solidarität, 9. Juli 1899, S. 3.



Frauen und entwickelten ein bemerkenswertes solidarisches Bewusstsein und Verhalten. Dabei wird deutlich, dass eine intersektionale Gewerkschaftsagenda von Männern im Prinzip weithin mitgetragen wurde, zum Teil sogar von Personen, die Paula Thiede mehr als einmal stürzen wollten.

So belehrte der Berliner August Moritz in den ersten reichsweiten Tarifverhandlungen 1906 in der Diskussion um Überstunden die Prinzipale: »Das weibliche Personal wird von der Uebearbeit schwerer betroffen wie die Männer.«<sup>10</sup> Das scheinbare Paradox, dass ausgerechnet Moritz hier so geschlechtersensibel argumentierte, während er mehrfach versuchte, die weibliche Vorsitzende zu stürzen, ist vermutlich damit erklären, dass er hier auf eine paternalistische Denkfigur zurückgriff, um seine Ansichten kohärent zu halten. In Zeiten, in denen viele andere Gewerkschafter Frauenarbeit als »Schmutzkonkurrenz« bekämpften, muss aber selbst ein solcher Paternalismus als Fortschritt gelten.

Auch der Leipziger Hilfsarbeiter Schulze wies die Prinzipale gleich mehrfach auf die besondere Lage von Frauen hin. In der Überstundenfrage brach er eine Lanze für besondere Regelungen zugunsten von arbeitenden Frauen. Konkret forderte er für die Hilfsarbeiterinnen eine Deckelung der maximal zulässigen täglichen Überstunden auf zwei und einen prozentual höheren Überstundenzuschlag. Deren Kinder befänden sich während der Arbeitszeit in »irgend welchem Kinderheim«<sup>11</sup> und die Mütter seien daher auf pünktlichen Feierabend angewiesen. Mit Blick auf den Aufwand der Haushaltsführung fügte Schulze hinzu:

»Bezüglich des weiblichen Personals muss man doch anerkennen, daß dasselbe, wenn es nach Hause kommt, auch noch arbeiten muß.«<sup>12</sup>

Dies waren ganz konkrete Früchte der Diskurshegemonie, die in der Frühzeit des VBHi durch die Frauen erreicht worden war. Bei der Forderung nach Sonderregelungen für Frauen in der Überstundenfrage blieb der VBHi auch 1907 standhaft und zwang die Prinzipale so zu einem insgesamt verbesserten Angebot. Für das energisch vorgetragene Verlangen, eine verbesserte Regelung für Frauen festzuschreiben, äußerten die Unternehmer

---

10 | VBHi 1907a, S. 45.

11 | VBHi 1907a, S. 42.

12 | VBHi 1907a, S. 45.

Verständnis und sicherten Beachtung zu, akzeptierten jedoch keine entsprechende schriftliche Regelung.<sup>13</sup>

Die Gleichbehandlung im Tarifvertrag wirkte sich in der Lebensrealität also weiterhin zuungunsten vieler Frauen aus. Üblich war eine doppelte Benachteiligung von Frauen durch die größeren Belastungen im Alltag und durch diskriminierende Arbeitsverhältnisse. Eine geschlechtergerechte Lösung hätte die benachteiligende alltägliche *Ungleichheit* beachtet und daher eine ausgleichende *Ungleichbehandlung* im Arbeitsalltag hergestellt – ganz so, wie es der VBHi hier mit der Forderung nach einem höherem Überstundenzuschlag für Frauen versucht hat.

Dieser Versuch scheiterte und selbst die unfaire Gleichbehandlung von Männern und Frauen war nicht selbstverständlich und musste in einigen Fällen verteidigt werden. Bei den lokalen Leipziger Verhandlungen 1905 war es nur dem Druck der dortigen VBHi-Zahlstelle zu verdanken, dass die örtlichen Prinzipale ihren Plan aufgaben, der – zum Nachteil der Frauen – gesonderte Tarife für Frauen und Männer vorsah.<sup>14</sup> Auch dies war keineswegs eine Selbstverständlichkeit – es gab sogar Fälle, in denen deutsche Gewerkschafter in Tarifverhandlungen geschlechtlich differenzierte Akkordlöhne (!) vorschlugen.<sup>15</sup>

Im Jahr 1917 war in der Verbandszeitschrift »Solidarität« ein besonders schöner Ausdruck männlicher Aufmerksamkeit für die Lage der Klassen-genossinnen zu lesen. Ein Kollege namens Albert Reuschel beschrieb sehr einfühlsam den Tag einer proletarischen Familie mit zwei Kindern, deren Vater »im Felde steht«:

»Es ist morgens sechs Uhr. Leise tritt die Mutter, die bereits eine Stunde früher aufgestanden ist, um die häuslichen Arbeiten zu besorgen, in das enge Gemach, das als Schlafzimmer dient.«<sup>16</sup>

Der Autor stellt nicht nur den Aufwand für Hausarbeiten und die emotionalen Belastungen einer arbeitenden Mutter dar, sondern auch die alltäglichen Schwierigkeiten im Umgang mit Kindern und Kleinkindern. Aus dem Text spricht eine große Empathie, die auch um die materiellen Zwän-

13 | VBHi 1907a, S. 42 und S. 45 f.

14 | Solidarität, 1. Juni 1923 (Jubiläumsausgabe), o. S. [S. 8].

15 | Vgl. Losseff-Tillmanns 1978, S. 125.

16 | Reuschel 1917, S. 3.

ge weiß. Dies alles lässt den bemerkenswerten Schluss zu, dass der männliche Autor entweder einfühlsam beobachtete und proletarischen Müttern gut zugehört hat – oder aber die beschriebenen Situationen und Gefühle selbst erlebt hat. Und der Gewerkschafter Albert Reuschel wusste nicht nur um den Alltag berufstätiger Mütter, sondern entschied sich auch, darüber zu schreiben – und fand in der »Solidarität« eine Gewerkschaftszeitung, die seinen »Tag aus dem Leben zweier Proletarierkinder« abdruckte.<sup>17</sup>

## 5.2 Erfolgreiche Frauen

Wie in Kapitel 3.1 gezeigt, war es ein zentraler Bestandteil gleichberechtigter Gewerkschaftsarbeit, Beteiligung von Frauen nicht nur pro forma zu dulden oder zu »simulieren«, sondern ihnen routinemäßig dasselbe zuzutrauen wie Männern. Durch die Technik, Frauen reale Verantwortung übernehmen zu lassen, hatte sich ein Stamm an Funktionärinnen herausgebildet, die öffentliche Auftritte gewohnt waren und sich trotz »Erziehung zur Minderwertigkeit« wichtige Arbeiten bis hin zum Verbandsvorsitz zutrauten.

Der italienische Sozialphilosoph und Sozialist Antonio Gramsci hat der Turiner Rätebewegung 1919 einige Worte ans Herz gelegt, die bis heute gerne aufgegriffen werden. Sie wurden erst zwei Monate nach Paula Thiedes Tod zum ersten Mal gedruckt, doch hätten sie durchaus das heimliche Motto der Hilfsarbeiterinnen im Kaiserreich sein können:

»Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit. Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.«<sup>18</sup>

Es ist im Lichte des hier Gesagten kein Wunder mehr, dass in der verhältnismäßig kleinen Gewerkschaft VBHi eine ganze Reihe interessanter weiblicher Biografien ihren Ausgangspunkt hatte. Einige Frauen, deren Geschichte wir dem Konformismus abringen können, seien an dieser Stelle vorgestellt.

---

17 | Reuschel 1917, S. 3.

18 | Titelblatt der ersten Ausgabe des von Antonio Gramsci herausgegebenen »L'Ordine Nuovo«, 1. Mai 1919. In späteren Ausgaben war dieser Spruch Teil des Zeitungskopfes.

### 5.2.1 Gertrud, Emma und Antonie Hanna

Vor allen anderen sind die Schwestern Hanna zu nennen. Ihre Eltern waren der Schriftgießer Karl Gustav Hanna und seine Frau Dorothee Luise (geb. Fleischer).<sup>19</sup> Die in den bisherigen Ausführungen schon häufig genannte Gertrud Hanna<sup>20</sup> wurde als Marie Helene Gertrud Hanna am 22. Juni 1876 in der Rosenthalerstraße 26 in Berlin geboren.<sup>21</sup> Sie hatte mindestens drei Geschwister, von denen nur der am 29. März 1875<sup>22</sup> geborene Bruder Gustav Ernst Otto nicht im Kontext des VBHi auftaucht.

Gertrud Hanna hatte wie Paula Thiede bereits im Jugendalter begonnen, als Hilfsarbeiterin im Buchdruck zu arbeiten, und war 1893 dem »Ver­ein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« gegen den ausdrücklichen Wunsch der Eltern beigetreten.<sup>23</sup> Auf dem VBHi-Gründungskongress 1898 war Gertrud Hanna noch nicht in verantwortlicher Stellung, doch spätestens seit Beginn des Jahres 1899 wird sie regelmäßig im VBHi-Kontext erwähnt, zunächst als Schriftführerin der Zahlstelle I.<sup>24</sup> In den folgenden Jahren nahm sie auch verschiedene andere Aufgaben wahr, z. B. als Schriftführerin bei den Sitzungen der AOK Berlin,<sup>25</sup> und rückte später in den Vorstand auf.

Zum 1. März 1909 übernahm Gertrud Hanna als Nachfolgerin von Ida Altmann die Leitung des Arbeiterinnensekretariats bei der »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands«<sup>26</sup> und 1916 die Redaktion der neu gegründeten »Gewerkschaftlichen Frauenzeitung«. Sie beteiligte sich am Aufbau der AWO, war von 1919 bis 1921 Mitglied der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung und hatte bis 1933 ein Mandat im Preußischen Landtag inne. Darüber hinaus brachte sie

19 | Geburtsurkunde Gertrud Hanna, Landesarchiv Berlin, P Rep. 806 Nr. 674.

20 | Literatur über Gertrud Hanna: Hoffmann 2008; Dertinger 1988; Mielke 2016; Scheiwe/Artner 2018.

21 | Geburtsurkunde Gertrud Hanna, Landesarchiv Berlin, P Rep. 806 Nr. 674.

22 | Geburtsurkunde Gustav Hanna, Landesarchiv Berlin, P Rep. 806 Nr. 667.

23 | Quataert 1979, S. 64 (nach Lion 1926, S. 100).

24 | Solidarität, 8. Januar 1899, S. 4.

25 | Solidarität, 16. Februar 1902, S. 4.

26 | Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 10. April 1909, S. 225.

sich seit den 1920er Jahren im Rahmen der ILO stark in die internationale Arbeit ein.<sup>27</sup>

Ihre beiden Schwestern Emma<sup>28</sup> und Antonie<sup>29</sup> waren ebenfalls Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen, VBHi-Mitglieder und beteiligten sich aktiv an der Gewerkschaftsarbeit. Emma Hanna ersetzte während des Ersten Weltkriegs als Angestellte der Berliner Zahlstelle einen der eingezogenen Kollegen.<sup>30</sup>

Als das Nazi-Regime am 2. Mai 1933 zum Schlag gegen die Gewerkschaften ausholte, war auch Gertrud Hanna direkt betroffen. Ihr Arbeitsort, das ADGB-Haus in der Inselstraße, wurde von der SA gestürmt. Hanna wurde »außer Dienst gestellt« und gemeinsam mit ihrem Kollegen Lothar Erdmann nach Hause geschickt, entging aber einer Verhaftung.<sup>31</sup> Von den Behörden schikaniert, zog sich Gertrud mit einer ihrer Schwestern nach Berlin-Haselhorst zurück und verdiente ihren Lebensunterhalt mit Flickarbeiten. Am 26. Februar 1944 nahmen sie sich gemeinsam das Leben.<sup>32</sup>

Gertrud Hanna schrieb regelmäßig für verschiedene Zeitschriften der Gewerkschaftsbewegung, außerdem sind einige Artikel und selbstständige Schriften von ihr bekannt (siehe Kapitel 8.1.2).

### 5.2.2 Gertrud Lodahl (geb. Strietzel)

Gertrud Lodahl wurde am 28. Januar 1878 in Berlin als Gertrud Maria Strietzel geboren. Sie war die Tochter des Tischlers Anton Theodor Strietzel

---

27 | Scheiwe/Artner 2018.

28 | Emma Gertrud Antonie Hanna wurde am 31. Dezember 1880 in Berlin geboren (Geburtsurkunde Emma Hanna, Landesarchiv Berlin P Rep. 807 Nr. 94). Sie sprach unter anderem auf dem Verbandstag von 1908 als Delegierte der Zahlstelle I und stellte sich dort an die Seite von Paula Thiede, als diese von der Zahlstelle II angegriffen wurde; vgl. VBHi 1910a, S. 156 und S. 213 (Präsenzliste).

29 | Antonie Hanna schrieb 1923 für die Verbandszeitschrift einen Rückblick mit Fokus auf die Frauenorganisierung (Hanna, A. 1923).

30 | VBHi 1918, S. 18 (Rechenschaftsbericht 1914–1918).

31 | Hoffmann 2008, S. 167.

32 | Juchacz 1971, S. 110. Diese Informationen sind mit Vorsicht zu genießen, denn Juchacz' Artikel über Gertrud Hanna enthält zahlreiche Falschinformationen. Die »langen, mühevollen Nachforschungen«, von denen Juchacz berichtet, sind nicht mit Quellen belegt und daher nicht überprüfbar.

zel (1902 verstorben) und seiner Ehefrau Emma Luise (geborene Dobert)<sup>33</sup> und besuchte die Volksschule in Berlin. Danach arbeitete sie zunächst als Kindermädchen, dann als Buchdruckerei-Hilfsarbeiterin.<sup>34</sup> Am 3. Juli 1902 heiratete sie den Buchdruckereiarbeiter Heinrich Lodahl in Charlottenburg (zu Berlin).<sup>35</sup> Auch ihr Mann war jahrelang im VBHi aktiv, unter anderen ab 1901 als Kassierer für den Zentralverband.<sup>36</sup>

In einem Leitartikel für die Verbandszeitschrift forderte sie unter der Parole »Gleiche Pflichten – gleiche Rechte!«, die Höhe der verbandseigenen Unterstützungsleistungen nicht davon abhängig zu machen, ob eine Frau verheiratet sei oder nicht.<sup>37</sup> Ende des Jahres 1900 wurde sie Vorsitzende der Zahlstelle I,<sup>38</sup> war Delegierte auf dem VBHi-Verbandstag 1902<sup>39</sup> und ab 1903 auch für den zahlstelleneigenen Arbeitsnachweis zuständig.<sup>40</sup> Lodahl war »rednerisch und organisatorisch tätig in Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung« und verfasste »literarische Beiträge für die Zeitschriften dieser Organisationen sowie für Tageszeitungen.«<sup>41</sup> Im Februar 1919 zog Gertrud Lodahl im Nachrückverfahren für die SPD in die Weimarer Nationalversammlung ein, in der sie bis zum Zusammentritt des ersten regulären Reichstags der Weimarer Republik den Wahlkreis 8 (Posen) vertrat; zu diesem Zeitpunkt wohnte sie in »Cöpenick.«<sup>42</sup> Auch in den Auf-

**33** | Alle Angaben nach Heiratsurkunde Gertrud Lodahl, Landesarchiv Berlin P Rep. 551 Nr. 34.

**34** | Bureau des Reichstags 1919, S. 210.

**35** | Heiratsurkunde Gertrud Lodahl, Landesarchiv Berlin P Rep. 551 Nr. 34. Heinrich Lodahl stammte gebürtig aus Dingelstedt im damaligen Kreis Aschersleben.

**36** | VBHi 1901, S. 3.

**37** | Solidarität, 22. Dezember 1901, S. 2 (Strietzel: Wünsche zum Verbandstag).

**38** | Vgl. Solidarität, 11. November 1900, S. 4. Einige Wochen zuvor war sie noch Schriftführerin; vgl. Solidarität, 2. September 1900, S. 4 (Kürzel »G. S.« unter dem Bericht).

**39** | So berichtete sie – noch als »Frl. Strietzel« – über den Zustand der Zahlstelle I auf dem Verbandstag im März 1902, vgl. VBHi 1902, S. 9f. Dort wird auch deutlich, dass sie Paula Thiede unterstützte; vgl. VBHi 1902, S. 33.

**40** | Solidarität, 28. Februar 1903, S. 4.

**41** | Bureau des Reichstags 1919, S. 210.

**42** | Bureau des Reichstags 1919, S. 210.

sichtsrat der Berliner Konsumgenossenschaften wurde sie gewählt und als deren Delegierte auf internationale Kongresse geschickt.

Mit volkswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Überlegungen beteiligte sich Gertrud Lodahl an dem Band »Frauenstimmen. Beiträge der sozialdemokratischen Volksvertreterinnen zu den Zeitfragen«. <sup>43</sup> Zur Zeit der Weimarer Republik schrieb sie unter anderem für die »Gewerkschaftliche Frauenzeitung«.

Gertrud Lodahl verstarb am 17. März 1930. <sup>44</sup>

### 5.2.3 Clara Bien

Clara Bien spielte insbesondere in den 1890er Jahren eine zentrale Rolle im »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« und in der Zahlstelle I. Sie war Punktiererin, also eine besonders qualifizierte Hilfsarbeiterin, und beteiligte sich schon früh an den Vereinsaktivitäten. 1891 tritt sie zunächst als Schriftführerin in Erscheinung. <sup>45</sup> Als Clara Zetkin, Emma Ihrer und andere Ende 1892 den »Frauen-Bildungsverein von Berlin und Umgegend« gründeten, war Clara Bien dort ebenfalls die Schriftführerin. <sup>46</sup> Auf dem Kongress der freien Gewerkschaften 1896 war sie als Delegierte des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« die zweite Frau neben Wilhelmine Kähler, die für die Generalkommission teilnahm. <sup>47</sup> Dort sprach Bien zur Frauenagitation, zu den Vereinsgesetzen und anderen Themen. <sup>48</sup>

Eine besonders prominente Rolle spielte Clara Bien bei der Gründung des VBHi, denn sie reiste im Auftrag der vorbereitenden Agitationskommission durchs Land und regte in verschiedenen Städten erfolgreich die Teilnahme an der Verbandsgründung an. <sup>49</sup> In den Turbulenzen nach der

---

43 | Lodahl 1920.

44 | Ein kurzer Nachruf auf Gertrud Lodahl findet sich in: Sozialistische Monatshefte, Bd. 71, 36. Jg., 1930/II (10. Juni 1930), S. 595.

45 | Vgl. Vorwärts, 3. Februar 1891, S. 10 (Kurzbericht »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen«).

46 | Vorwärts, 23. November 1892, S. 7.

47 | Losseff-Tillmanns 1978, S. 320.

48 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 123.

49 | Fuhrmann 2019, S. 86–90.

Verbandsgründung galt sie als Gegenspielerin von Paula Thiede.<sup>50</sup> Bislang ist weder Clara Biens Geburtsdatum noch der Zeitpunkt ihres Todes bekannt.

#### 5.2.4 Sophie Teske (geb. Fiesel)

Johanna Sophie Fiesel wurde am 19. Oktober 1859 als Tochter eines Schuhmachermeisters in Königsberg geboren.<sup>51</sup> Am 1. Juni 1888 bekam sie, von Beruf »Arbeiterin« und »unverehelicht«, in ihrer Wohnung in der Berliner Skalitzer Straße 122 eine Tochter.<sup>52</sup> Am 18. Dezember 1904, jetzt wohnhaft in der Oranienstraße 205, heiratete Sophie Fiesel den Buchdrucker Oskar Wilhelm Teske (geb. am 21. April 1859), wohnhaft in der Kreuzberger Mantuffelstraße 59; auch ihr Schwiegervater war Buchdrucker gewesen.<sup>53</sup> Oskar Teske fungierte um 1900, obwohl kein Hilfsarbeiter, als Verleger für die »Solidarität«<sup>54</sup> und besuchte den Verbandstag des VBHi 1902 als offizieller Vertreter des »Verbands der Deutschen Buchdrucker« (VDB).<sup>55</sup>

Sophie Teske war ebenfalls bereits in den Frühzeiten des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« aktives Mitglied, überliefert ist etwa ihre Position als Beisitzerin des Vereinsvorstands im Februar 1891.<sup>56</sup> Durch die Streikniederlage 1891/1892 ließ sie sich nicht von ihrem Einsatz abbringen<sup>57</sup> und übernahm im Jahr 1893 erstmals den Vereinsvorsitz.<sup>58</sup> Darin wurde sie zwischenzeitlich von Paula Thiede abgelöst, kehrte aber vor der Gründung des VBHi nochmals auf diesen Posten zurück.<sup>59</sup>

50 | Fuhrmann 2019, S. 105–115 f. und S. 196 (Anm. 313).

51 | Heiratsurkunde Fiesel und Teske, Landesarchiv Berlin P Rep. 502 Nr. 478.

52 | Geburtsurkunde Sophie Elsa Fiesel, Landesarchiv Berlin P Rep. 502 Nr. 157.

53 | Vgl. Heiratsurkunde, Landesarchiv Berlin P Rep. 502 Nr. 478.

54 | Vgl. die entsprechenden Angaben im Impressum der Solidarität, z. B. 18. Februar 1900, S. 4.

55 | Solidarität, 12. April 1902, S. 1.

56 | Vorwärts, 3. Februar 1891, S. 10.

57 | Thiede 1915b, S. 2.

58 | Ihrer 1893, S. 9.

59 | Fuhrmann 2019, S. 61.



Sophie Teske war eine der VBHi-Gründungsdelegierten<sup>60</sup> und in der Zeit nach der Gründung des Gesamtverbands die erste Leiterin der auf Autonomie bedachten Zahlstelle I.<sup>61</sup> Als sie im Oktober 1900 als Paula Thiedes Gegenkandidatin für das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden des VBHi vorgeschlagen wurde, lehnte sie ab und stärkte stattdessen Thiede den Rücken.<sup>62</sup> Lange blieb Sophie Teske aktives Mitglied des VBHi, z. B. als Delegierte auf dem VBHi-Kongress 1918.<sup>63</sup> Später war sie außerdem in der Berliner SPD aktiv.

Sophie Teske verstarb am 2. Februar 1933 in Kreuzberg.<sup>64</sup>

### 5.2.5 Auguste Bosse (geb. Grote)

Auguste Bosse wurde am 13. Juni 1862 als Auguste Friederike Caroline Grote geboren.<sup>65</sup> Sie wuchs im »Oberharzer Bergstädtchen« Zellerfeld auf, das von einer starken Tradition organisierter Bergleute geprägt war. Während ihr Vater, der kurz nach ihrer Geburt verstarb, als amtlicher Briefträger arbeitete, waren ihre Großeltern noch Bergleute gewesen.<sup>66</sup> Noch unverheiratet brachte sie 1882 ihr erstes Kind zur Welt.<sup>67</sup> 1886 heiratete sie mit 24 Jahren den Tischler Johann Diedrich Bosse aus Bremen, zog mit ihm in die Hansestadt und brachte im gleichen Jahr ein weiteres Kind zur Welt.<sup>68</sup>

Auguste Bosse engagierte sich früh im sozialdemokratischen Milieu und vertrat eine Agenda der Gleichberechtigung. Bereits 1892 gab sie auf einem Bremer Parteitag zu Protokoll:

---

**60** | Als Sophie Fiesel; vgl. Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1898, S. 3.

**61** | Fuhrmann 2019, S. 92.

**62** | Fuhrmann 2019, S. 114f.

**63** | VBHi 1918, S. 40 (Wohnort war die Reichenberger Straße 122).

**64** | Vorwärts, 7. Februar 1933 (Morgen-Ausgabe), S. 10.

**65** | Vgl. den Index des Kirchenbuches der Evangelischen Kirche Lerbach (Kr. Zellerfeld) (Taufe: 13. Juli 1862), Niedersächsisches Landesarchiv, Hannover (Angaben nach ancestry.de).

**66** | Diese Angaben nach Menger 2014, S. 158–160.

**67** | Menger 2014, S. 167.

**68** | Menger 2014, S. 162f.

»Das Wort »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« werde erst voll und ganz gewürdigt und verwirklicht, wenn man es auf Proletarier und Proletarierinnen beziehe.«<sup>69</sup>

In den folgenden Jahren entfaltete sie eine rege Tätigkeit in der SPD und in der Agitation unter Arbeitern und vor allem Arbeiterinnen, im »Verein zur Vertretung der gewerblichen Interessen der Frauen und Mädchen Bremens« (angelehnt an den entsprechenden Berliner Verein), als eine von sechs weiblichen Delegierten auf dem Erfurter Parteitag der SPD 1891 und in der damals wichtigen »Central-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands«.<sup>70</sup> Als populäre Rednerin sprach sie in Bremen über das Frauenwahlrecht, die Arbeiterinnen und die Sozialdemokratie und damit zusammenhängende Themen.<sup>71</sup> Bosse war 1903 offizielle Bremer SPD-Vertrauensfrau<sup>72</sup> und unternahm vor allem 1907 und 1908 zahlreiche Agitationstouren, unter anderem für den Textilarbeiterverband.<sup>73</sup>

Seit der Jahrhundertwende beteiligte sich Auguste Bosse an den Aktivitäten der noch jungen Bremer Zweigstelle des VBHi, etwa mit einem Vortrag zum Thema »Die Arbeiterin im Kampf ums Dasein«.<sup>74</sup> Die Zahlstelle Bremen wuchs rasch und wurde 1908 zum Hauptort des neuen »Gau X« des Verbands; Auguste Bosse wurde dort Kassiererin.<sup>75</sup> Als 1911 das erste Mal der Weltfrauentag begangen wurde, war Bosse eine der beiden Rednerinnen auf den gut besuchten Kundgebungen in Bremen.<sup>76</sup>

Der reichsweite Verband erlebte in diesen Jahren einen erheblichen Aufschwung und konnte sich regionale Angestellte leisten. Auguste Bosse wurde nun für die Agitation in Bremen bezahlt und sollte, weil ihr das Gebiet zu klein erschien, 1912 auch die Hamburger Hilfsarbeiter und beson-

69 | Die Gleichheit, 22. Februar 1892, S. 5 (pag. 37).

70 | Menger 2014, S. 162–164.

71 | Menger 2014, S. 164–167.

72 | Die Gleichheit, 1. Januar 1903, S. 8 (pag. 8).

73 | Die Gleichheit, 6. März 1907, S. 5 (pag. 37); Die Gleichheit, 25. November 1907, S. 4 (pag. 208); Die Gleichheit, 6. Januar 1908, S. 5 (pag. 7); Die Gleichheit, 8. Juni 1908, S. 4 (pag. 108); Die Gleichheit, 6. Juli 1908, S. 5 (pag. 127) und S. 7 (pag. 129); Die Gleichheit, 17. August 1908, S. 6 (pag. 154).

74 | Menger 2014, S. 169.

75 | Menger 2014, S. 170; Solidarität, 31. Oktober 1908, S. 5.

76 | Siehe Kapitel 6 und Stuckmann 2011, S. 53 f.

ders -arbeiterinnen vom Verband überzeugen. Doch ein altgedienter Hamburger Kollege fühlte sich übergangen und verhinderte Bosses Anstellung in Hamburg.<sup>77</sup> Daraufhin übernahm sie den Magdeburger Gau und leitete ihn ab 1912 äußerst erfolgreich.<sup>78</sup>

Auguste Bosse ging 1927, zu diesem Zeitpunkt immer noch Gaul-eiterin in Magdeburg, in den Ruhestand. Die Herrschaft der Nazis soll sie ohne Gefängnis- oder Lagerhaft überstanden haben und über 80-jährig zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt (1943 oder später) verstorben sein.<sup>79</sup>

### 5.2.6 Johanne Reitze (geb. Leopolt)

Johanne Reitze wurde am 16. Januar 1878 in Hamburg als Johanne Caroline Agnes Leopolt geboren, ihr Vater war Zigarrenarbeiter.<sup>80</sup> Nach ihrem Volksschulabschluss 1892 war sie bis Ende des Jahres 1894 als Hausangestellte und Dienstmädchen tätig.<sup>81</sup> Im Anschluss daran lernte sie »Anlegerin«, wurde also Hilfsarbeiterin an einer Buchdruckschnellpresse. Mit 22 Jahren, am 27. Oktober 1900, heiratete sie einen Schriftsetzer namens Johannes Carl Kilian Reitze, seinerseits Sohn eines Eisendrehers.<sup>82</sup> In einigen aktuellen Kurzbiografien ist vom »sozialdemokratischen Journalisten Johannes Carl Kilian-Reitze« als ihrem Partner die Rede,<sup>83</sup> doch zum Zeitpunkt der Hochzeit war er laut Heiratsurkunde noch Schriftsetzer. Zum

---

77 | Siehe Kapitel 4.4 und VBHi 1912a, S. 238–240.

78 | Offizielle Übergabe im August 1912; vgl. Solidarität, 10. August 1912, S. 4 und Menger 2014, S. 170–172. Zu Bosses Erfolg vgl. den Rückblick »Zum fünf- undzwanzigjährigen Bestehen der Zahlstelle Magdeburg«, in: Solidarität, 18. August 1928, S. 1.

79 | Menger 2014, S. 174f. Ein Überblick über Bosses Aktivität im VBHi auch in: Solidarität, 17. Juni 1922, S. 4.

80 | Vgl. die Geburtsurkunde von Johanne Reitze, Staatsarchiv Hamburg, Best. 332-5 Nr. 1916, Urkunde Nr. 306 (via ancestry.de).

81 | Vgl. die Porträts von Johanne Reitze, in: Büro des Reichstags 1932, S. 178f.; Bureau des Reichstags 1920, S. 307.

82 | Angaben nach der Heiratsurkunde, Staatsarchiv Hamburg, Best. 332–5 Nr. 2940, Urkundennummer 909 (via ancestry.de).

83 | Diese Formulierung findet sich sowohl in Stiftung Historische Museen Hamburg (o.J.) als auch in Garten der Frauen e. V. (o.J.).

»Parteiredakteur« scheint er erst danach geworden zu sein, zunächst in Bremen und ab 1913 in Hamburg.<sup>84</sup> Mit der Hochzeit gab Reitze ihre bisherige Berufstätigkeit auf.<sup>85</sup> Daher liegt die Vermutung nahe, dass Johanne Reitze sich bereits in ihrer Zeit als Anlegerin dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Milieu angenähert hat.

Die Hamburger VBHi-Zahlstelle bzw. ihr Vorläuferverein leistete seit 1890 kontinuierliche Arbeit und hatte bald eine dreistellige Mitgliederzahl, allerdings wie in den meisten Fällen mit hoher Fluktuation.<sup>86</sup> Zwar tritt Johanne Reitze (geb. Leopolt) in den überregionalen Verbandspublikationen nicht in Erscheinung,<sup>87</sup> doch es ist sehr wahrscheinlich, dass sie dort ihre ersten Kontakte mit selbstbewussten Frauen hatte, die öffentliche Ämter übernahmen. Reitze selbst trat 1902 der SPD bei, besuchte zwischen 1904 und 1907 Fortbildungskurse und trat zunehmend öffentlich in Erscheinung.<sup>88</sup> Nach der Novemberrevolution war sie eine der Frauen, die große parlamentarische Erfahrung sammelten: in der Hamburgischen Bürgerschaft, der Nationalversammlung und viele Jahre lang im Reichstag.<sup>89</sup>

Eine ihrer Reden – »Die Sozialdemokratie im Kampfe um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau« – wurde als Broschüre gedruckt.<sup>90</sup> Außerdem steuerte Reitze zwei Beiträge zum Buch »Frauenstimmen aus der Nationalversammlung« bei,<sup>91</sup> einen davon unter dem Titel »Die Frau und die Betriebsräte«. In diesem Band äußerten sich die weiblichen sozialdemokratischen Abgeordneten 1920 gemeinsam und öffentlich zu verschiedenen »Zeitfragen«.<sup>92</sup>

---

**84** | GESIS (o. J.).

**85** | Büro des Reichstags 1932, S. 178 f.; Bureau des Reichstags 1920, S. 307.

**86** | Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1925, S. 1–16 und S. 20.

**87** | Auch nicht in der Geschichte der Hamburger Zahlstelle; vgl. Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1925.

**88** | Bureau des Reichstags 1919, S. 239.

**89** | Büro des Reichstags 1932, S. 178 f.

**90** | Reitze 1922.

**91** | Reitze 1920a und 1920b.

**92** | Buchhandlung Vorwärts 1920.

Johanne Reitze wurde 1944 von der Gestapo in »Schutzhaft« genommen, überlebte das NS-Regime und baute nach dem Krieg unter anderem die AWO wieder auf. Sie verstarb am 22. Februar 1949 in Hamburg.<sup>93</sup>

### 5.2.7 Emilie Ehm (geb. Heidemann)

Emilie Maria Heidemann (manchmal auch: Heydemann) war die Tochter des Arbeiters Carl Benjamin Heidemann und seiner Ehefrau Amalie geb. Schaukat<sup>94</sup> und wurde am 7. Dezember 1872 in Königsberg geboren.<sup>95</sup> Ihr Vater war kurz nach ihrer Geburt tödlich verunglückt und sie kam nach eigener Aussage bereits »in den Windeln« nach Berlin.<sup>96</sup> Die Hoffnung, mit Hilfe eines Pfarrers nach Ende der Schulpflicht eine Ausbildung zur Kindergärtnerin bezahlt zu bekommen, platzte mit dessen Versetzung.<sup>97</sup> Stattdessen arbeitete sie für den bescheidenen Wochenlohn von 6 Mark als Bogenfängerin in einer Druckerei.

Wie Paula Thiede trat sie dem »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« während des Druckstreiks 1890/1891 bei und engagierte sich in den folgenden Jahren auch bei anderen Organisationsversuchen proletarischer Frauen.<sup>98</sup> Auch im VBHi übernahm sie verschiedene Funktionen und war z. B. kurz nach dessen Gründung Vorsitzende der Zahlstelle I<sup>99</sup> und Schriftführerin im Gesamtvorstand.<sup>100</sup> Als 1899 die Zahlstelle I gegen den Zentralvorstand rebellierte, war Emilie Heidemann kurzzeitig die direkte Gegenspielerin von Paula Thiede.<sup>101</sup> Sie übernahm einige Jahre später die Leitung des wichtigen Berliner Arbeits-

---

93 | Bake o. J.

94 | Taufbuch der »Evangelischen Kirche Sankt Trinitatis Haberberg (Königsberg)«, Kaliningrad 1873, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Signatur: Best. 71762 Nr. 675 (Angaben nach ancestry.de).

95 | Angabe nach der Heiratsurkunde Heidemann und Ehm, Landesarchiv Berlin P Rep. 630 Nr. 61.

96 | Ehm 1952, pag. 1.

97 | Ehm 1952, pag. 4.

98 | Ehm 1952, pag. 1.

99 | Solidarität, 5. Februar 1899, S. 3.

100 | Solidarität, 29. Oktober 1899, S. 3.

101 | Fuhrmann 2019, S. 102–109.

nachweises und vertrat 1907 den Verband bei Tarifverhandlungen in Dresden.<sup>102</sup>

Emilie Heidemann heiratete am 31. Juli 1908 in Treptow den Buchdrucker Karl Otto Ehm.<sup>103</sup> Sie wurde zunehmend in der SPD aktiv und betrieb auch in der Provinz Wahlkampf. Als Mitglied der Köpenicker Stadtverordnetenversammlung schloss sie sich 1919 der USPD-Fraktion an, die dadurch die MSPD als stärkste Kraft ablöste.<sup>104</sup> Für den Bereich Sozialfürsorge wurde Ehm in Köpenick im August 1919 nach eigener Aussage als »erster sozialistischer weiblicher Stadtrat« gewählt.<sup>105</sup> Nach dem Parteitag der USPD in Halle 1920 schloss sie sich mit dem linken Flügel der USPD der KPD an.

Über ihren weiteren Lebensweg ist nichts bekannt, aber sie überlebte das NS-Regime und diktierte im August 1952 aus dem Krankenhaus noch einige Seiten Lebenserinnerung.<sup>106</sup>

### 5.2.8 Andere

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« taucht im Laufe der Jahre eine ganze Reihe weiterer Frauen immer wieder auf. Nicht immer waren sie tragende Säulen und manche von ihnen sind nie in das Rampenlicht einer größeren Öffentlichkeit getreten; die Quellenlage ist meist noch dünner als bei den hier vorgestellten Gewerkschafterinnen.

Eine der Kolleginnen, die seit der Frühzeit eine kontinuierliche Rolle spielten – zuerst im Verein und dann im Verband bzw. der Zahlstelle I – war *Ida Gottwald*. Sie war »Expeditionsleiterin« der »Solidarität«, »die pflichtgetreueste Besucherin der graphischen Sitzungen« und entwickelte eine »rastlose und pflichteifrige Tätigkeit« für den Verband.<sup>107</sup> Ida Gottwald zählte wie Paula Thiede zu den Frauen, die nach der großen Streik-

102 | Ehm 1952, pag. 1 und pag. 4.

103 | Heiratsurkunde Heidemann und Ehm, Landesarchiv Berlin P Rep. 630 Nr. 61.

104 | Ehm 1952, pag. 5.

105 | Ehm 1952, pag. 2.

106 | Ehm 1952, pag. 1–5.

107 | Wachs 1905, S. 2.

niederlage im Druckbereich 1891/1892 den »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« wieder aufbauten.<sup>108</sup> Sie wurde im Umgang als etwas herb,<sup>109</sup> aber eifriges Verbandsmitglied beschrieben. Wenn sie für Verbandstätigkeiten Geld erhielt, stellte sie »von der gering ausgeworfenen Entschädigung [...] freiwillig einen Teil dem Kartell zur Verfügung«. <sup>110</sup> Ida Gottwald verstarb 1905.<sup>111</sup>

Auch *Mathilde Sabath* (manchmal auch: Sabbat) gehörte zu der Gruppe, die den Frauenverein ab 1892 vor dem Niedergang bewahrte.<sup>112</sup> Im Gegensatz zu Paula Thiede war Mathilde Sabath bereits vor dem ersten Neunstundenstreik im Verein aktiv – Anfang des Jahres 1891 wurde sie erste KassiererIn der Frauengewerkschaft.<sup>113</sup>

Eine *KollegIn Fiebig* aus Berlin wird ebenfalls über Jahre hinweg genannt, unter anderem als Delegierte in der Berliner VBHi-Kommission, die 1907 die lokalen Tarifverhandlungen in Berlin durchführte.<sup>114</sup> Dort wird sie als »Fräulein Fiebig« bezeichnet – möglicherweise hat sie später geheiratet und ist daraufhin entweder aus den Verbandsaktivitäten ausgeschieden oder aufgrund einer Namensänderung nicht mehr zu identifizieren.

---

108 | Thiede 1915b.

109 | Thiede 1915b, S. 2. Eine kurze Charakterisierung von Ida Gottwald findet sich in: *Solidarität*, 1. Juni 1923 (Jubiläumsausgabe), S. 4 (»Wie ich Gewerkschaftsmitglied wurde. Von einer alten KollegIn«).

110 | Wachs 1905, S. 2.

111 | Wachs 1905, S. 2.

112 | Thiede 1915b.

113 | *Vorwärts*, 3. Februar 1891, S. 10 (Kurzbericht über den »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen«). Mathilde Sabath war *nicht* mit dem Hamburger Schneider Gustav Sabath verheiratet, einem langjährigen und hochrangigen Gewerkschaftsfunktionär. Gustav Sabath heiratete 1892 eine Frau, die mit Vornamen ebenfalls Mathilde hieß. Die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterin Mathilde Sabath hingegen wird im »*Vorwärts*« schon vor Gustav Sabaths Hochzeit mit diesem Nachnamen aufgeführt, außerdem lebte dieser zunächst in Hamburg und sie in Berlin. Zu Gustav Sabaths Hochzeit vgl. Heiratsurkunde Hintzpeteter und Sabath, Staatsarchiv Hamburg, Best. 332-5 Nr. 2795.

114 | VBHi o.J. [1907], S. 3.

### 5.3 Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegung

Der Entwicklungspfad des VBHi wurde von 19 Jahren autonomer weiblicher Organisierung geprägt – 8 Jahre lang bestand die Frauengewerkschaft »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« und weitere 11 Jahre die Zahlstelle I. Die starke Rolle von selbstbewussten Hilfsarbeiterinnen, die zumeist aus dem »Verein« stammten, schlug sich in einer spektakulären Ausnahmestellung des VBHi in Fragen der Emanzipation nieder. Schon 1899, also kurz nach der Gründung, wies der VBHi einen Frauenanteil von deutlich über 50 Prozent auf; danach folgten bei den freien Gewerkschaften die TabakarbeiterInnen und BuchbinderInnen mit einem Frauenanteil von etwa 20 Prozent.<sup>115</sup>

Lässt man die HandlungsgehilfInnen beiseite, für die eine Sondersituation zu konstatieren ist,<sup>116</sup> hatte sich an der führenden Rolle des Verbands in Sachen weiblicher Mitgliedschaft auch im Jahr 1910 nichts geändert. In einigen Gewerkschaften hatte in diesen Jahren der Frauenanteil zwar deutlich zugenommen, darunter die BuchbinderInnen, TabakarbeiterInnen, HutmacherInnen, TextilarbeiterInnen und der kleine, von Emma Ihrer geführte Verband der BlumenarbeiterInnen.<sup>117</sup> Doch die Funktionärs ebene blieb in diesen Verbänden stark männlich dominiert.

Nachdem Paula Thiede und viele andere Frauen im VBHi viel Überzeugungsarbeit geleistet und wertvolle Erfahrungen gesammelt hatten, versuchten sie, ihre Überzeugungen auch außerhalb des eigenen Verbands zur Geltung zu bringen. Der Verband wandte sich verstärkt an die gesamte Gewerkschaftsbewegung, in der die Widerstände gegen die gleichberechtigte Mitarbeit von Frauen jedoch stärker und umfassender waren. Dies geschah auf den großen Gewerkschaftskongressen, im sogenannten Gewerkschaftsausschuss und auf unzähligen Versammlungen.

115 | Hauff 1912, S. 28 f., Tabelle I.

116 | Die besser qualifizierten männlichen Handlungsgehilfen waren überwiegend in rein männlichen Fachvereinen organisiert, woraufhin die Verbände der freien Gewerkschaften, die Handlungsgehilfinnen aufnahmen, nur wenige Männer in ihren Reihen zählten; vgl. Hauff 1912, S. 34 f.

117 | Hauff 1912, S. 28 f., Tabelle I.



### 5.3.1 Die Institutionalisierung der Frauenagitation

Als 1896 auf dem zweiten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands die Frauenagitation diskutiert wurde, ergriff Clara Bien als Delegierte des »Vereins der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen« im Namen der 625 weiblichen Mitglieder das Wort. Sie machte sich für die verstärkte und systematische Agitation unter Arbeiterinnen stark, stellte die Perspektive der Frauen dar und thematisierte die Einschränkungen, »unter denen die Arbeiterinnen in der Organisation durch die Vereinsgesetze zu leiden haben«. Die Männer rief Clara Bien auf, sich stärker für Frauen einzusetzen, »die im Allgemeinen noch weit mehr ausgebeutet werden als die Männer«, auch damit die Arbeiterinnen »in den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen eintreten« können.<sup>118</sup>

Es war wichtig, die Perspektive derer, die »mehr ausgebeutet werden«, sichtbar zu machen, denn obwohl die Resolution »Die Agitation unter Arbeiterinnen«<sup>119</sup> mit Wilhelmine Kähler von einer Frau vorgebracht wurde, war darin die Männerperspektive dominant: Die Feststellung, Frauen würden »durchgängig billiger arbeiten als die Männer«<sup>120</sup> wirkte nicht wie ein Bündnisangebot, sondern eher wie eine Schuldzuweisung.

Der erwünschte Nutzen der Frauenagitation wurde mit der offenen Formulierung beschrieben, »tathkräftige Mitkämpferinnen für die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiterklasse zu erziehen«.<sup>121</sup> Dies konnte zum einen bedeuten, die Frauenarbeit wieder zurückzudrängen, das Familieneinkommen durch Lohnsteigerungen des Mannes zu verbessern und Frauen bevorzugt Aufgaben jenseits der Lohnarbeit zuzuweisen. Zum anderen ließ diese Formulierung mit gutem Willen auch die Interpretation zu, für die Erhöhung von Frauenlöhnen zu kämpfen. Die unverbindliche Resolution wurde schließlich ungeachtet unterschiedlicher Motivationen einstimmig angenommen. Damit verpflichtete der Kongress

---

118 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 123 (alle Zitate). Die männlichen Berliner Buchdruckerei-Hilfsarbeiter waren auf dem Kongress mit einem eigenen Abgeordneten (Kollege Jahns) vertreten; Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 7.

119 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 121 f.

120 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 121 f.

121 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 121 f.

»die Generalkommission und sämtliche Verbandsvorstände, auch in Zukunft die Agitation unter den Arbeiterinnen in jeder Weise zu fördern.«<sup>122</sup>

Auf einem weiteren Gesamtkongress der Gewerkschaften acht Jahre später (1902) wurde der VBHi der Zuspitzung Else Lüders gerecht, die ihn als »Eli-teorganisation« bezeichnet hatte:<sup>123</sup> Er übernahm die Vorhut, um die Stellung der Arbeiterinnen innerhalb der Gewerkschaften zu verbessern. Dazu brachte nun Paula Thiede im Namen ihrer KollegInnen selbstbewusst all die Erfahrung mit der Agitation von Arbeiterinnen in einen Antrag an den Kongress ein und versuchte, organisatorischen Rückhalt zu gewinnen:

»Da es erwiesen ist, daß zur Gewinnung von Arbeiterinnen für die Organisation Frauen am besten und erfolgreichsten agitieren, beschließt der Kongress, daß die Generalkommission eine Agitationskommission, bestehend aus Frauen, zu ernennen hat, die dann die Pflicht hat, in allen Berufen und in allen Orten, wo Arbeiterinnen in der Industrie beschäftigt sind, die Agitation unter diesen zu betreiben.«<sup>124</sup>

Die Kommission sollte ohne Bezahlung arbeiten, aber alle Unkosten erstattet bekommen. Der Antrag der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen wurde wie üblich im Vorhinein bekannt gegeben und auch diskutiert. Die Kollegen aus dem »Verband der Deutschen Buchdrucker« (VDB), die tagtäglich anderthalb Meter entfernt an den Schnelldruckpressen standen, positionierten sich unmissverständlich gegen den Antrag: Bei Frauen und Mädchen vermuteten sie »eigenartige Verhältnisse, über die nicht hinwegzukommen ist« und erwarteten von einer Frauenagitationskommission eine »kümmerliche Ernte« bei »nicht unbeträchtlichen Kosten«.<sup>125</sup>

Während die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen und Paula Thiede wussten, dass »man Frauen mindestens so gut organisieren kann wie die Männer«,<sup>126</sup> waren die praktischen Erfahrungen des Buchdruckerverbands, der keine Frauen zu seinen Mitgliedern zählte, sehr begrenzt und solcherlei

122 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 121 f.

123 | Lüders 1905, S. 231.

124 | Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 14. Juni 1902, S. 1 f.

125 | Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 14. Juni 1902, S. 1 f. (alle Zitate).

126 | Zit. nach Losseff-Tillmanns 1978, S. 124.

Äußerungen eher Projektion als fundiertes Urteil – was aber nichts an den Mehrheitsverhältnissen änderte. Obwohl die Delegierte Martha Tietz den Antrag des VBHi zusätzlich gut und prinzipiell begründete (»bei den Männern wurde systematisch und planmäßig gearbeitet, und das muß auch bei den Frauen geschehen«) und obwohl sogar der Vorsitzende der Generalkommission Carl Legien in eine ähnliche Richtung argumentierte,<sup>127</sup> wurde auf dem Kongress schließlich nur eine abgeschwächte Resolution angenommen, die den Einzelgewerkschaften die Einstellung von entsprechenden Agitatorinnen auf eigene Kosten empfahl.

Paula Thiede war auf diese Mehrheitsverhältnisse vorbereitet und brachte auf demselben Kongress »eine Art Generalkommission für die Frauen« ins Gespräch. Dieser Vorschlag für eigene Frauengewerkschaften war ein rotes Tuch für viele Gewerkschafter, doch hinter Thiedes Vorschlag stand die Erfahrung der erfolgreichen Selbstorganisation der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen in Berlin seit 1890. Ihr blieb es auch vorbehalten, den KongressteilnehmerInnen zu prophezeien:

»Sie werden zu ihrem eigenen Schaden merken, daß Sie sich zu wenig um die Arbeiterinnenagitation bekümmert haben und bekümmern.«<sup>128</sup>

Später sollte die marginale Rolle von Frauen in den Gewerkschaften in der Weimarer Republik Paula Thiede Recht geben, doch die flächendeckende Einsicht blieb aus.

Ähnliche Erfahrungen der Geringschätzung von Arbeiterinnen durch männliche Gewerkschafter wurden immer wieder gemacht. 1903 benötigte ein großer Streik in der Crimmitschauer Heimarbeit, der überwiegend von Frauen getragen wurde, die Solidarität der anderen Gewerkschaften. Theodor Leipart, damals Vorsitzender des Holzarbeiterverbands und von 1920 bis 1933 ADGB-Vorsitzender, beschwerte sich über die »Bettelei für Crimmitschau«, die andere Gewerkschaften belaste.<sup>129</sup>

Auf den üblichen Wegen waren also auch in der Gewerkschaftsbewegung nach der Jahrhundertwende kaum Fortschritte zu erzielen, daher gründeten Berliner Frauen eine informelle Selbsthilfestruktur. Obwohl die Vorgeschichte dieses »gewerkschaftlichen Arbeiterinnen-Komitees« bis in

---

127 | Losseff-Tillmanns 1978, S. 119–121 und S. 126.

128 | Zit. nach Losseff-Tillmanns 1978, S. 125 (beide Zitate).

129 | Nach Losseff-Tillmanns 2015, S. 73.

das Jahr 1902 – und damit zum gescheiterten Antrag auf dem Gewerkschaftskongress – zurückreichte,<sup>130</sup> trat dieses Netzwerk als »Frauenversammlung Berlin« erstmals im März 1904 bei einem großen Kongress zum Thema Heimarbeit in Erscheinung. Der »Heimarbeiterschutzkongress« war eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen bürgerliche Frauenrechtlerinnen, Wohlfahrtsverbände und SozialwissenschaftlerInnen in einer Initiative der freien Gewerkschaften mitarbeiteten und wurde von den Berliner Gewerkschaftsfrauen maßgeblich mit vorbereitet.<sup>131</sup>

Mitglieder dieser »Frauenversammlung Berlin« waren Paula Thiede, Clara Zetkin, Elise Panzeram, Martha Tietz und Otilie Baader.<sup>132</sup> Noch im selben Jahr (im Juli 1904)<sup>133</sup> wurden die Aktivitäten von einem »Arbeiterinnenagitationskomitee« in veränderter Zusammensetzung übernommen, in dem Paula Thiede, Emma Ihrer, Ida Altmann, Marie Hofmann und Martha Tietz zusammenarbeiteten.<sup>134</sup> Martha Tietz war bereits 1898/1899 an einem ähnlichen Versuch beteiligt gewesen, gewerkschaftliche Frauenarbeit zu systematisieren – damals in Form einer sozialdemokratischen Beschwerdekommision für frauenspezifische Missstände in der Arbeitswelt.<sup>135</sup>

Die 1902 von Hamburg nach Berlin übersiedelte Generalkommission der Gewerkschaften stellte 1904 dem Komitee – ohne Kongressbeschluss – ein Büro zur Verfügung, »in welchem täglich ein Mitglied« bereitstand, um »Auskünfte zu erteilen, Beschwerden und Auskünfte für die Agitation entgegenzunehmen«;<sup>136</sup> Vorsitzende war von Beginn an Emma Ihrer.<sup>137</sup> Dieser Erfolg war unter anderem dem entschiedenen Einsatz von Carl Legien zu verdanken, dem wichtigsten deutschen Gewerkschafter dieser Zeit, der nicht nur von der Sache überzeugt war, sondern auch Emma Ihrer sehr

**130** | Solidarität, 21. Januar 1911, S. 2f., hier S. 3; vgl. Losseff-Tillmanns 1978, S. 127.

**131** | Schröder 1906, S. 221–229. Auf dem Verbandstag 1905 hatte Paula Thiede für die HilfsarbeiterInnen festgestellt: »auch ein Teil Frauen unserer Kollegen sind Heimarbeiterinnen« (VBHi 1905a, S. 22).

**132** | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1904, S. XII.

**133** | Losseff-Tillmanns 1978, S. 127.

**134** | Gabel 1988, S. 282 (mit Anm.) und S. 19.

**135** | Losseff-Tillmanns 1978, S. 117.

**136** | Hauff 1912, S. 19.

**137** | Solidarität, 21. Januar 1911, S. 3.

nahe stand.<sup>138</sup> Männliche Angriffe auf das Frauenbüro im Gewerkschaftshaus – einen »kleinen, nicht benutzten Raum in den Bureauräumen der Generalkommission«<sup>139</sup> – nutzte Legien geschickt dazu, das 1902 abgelehnte Frauensekretariat doch noch einzurichten.<sup>140</sup> Die erfolgreiche Tätigkeit des Arbeiterinnenagitationskomitees, einer »privaten Vereinigung«, galt einer fachkundigen Zeitgenossin als zentral dafür, dass das Arbeiterinnensekretariat in der Generalkommission 1905 endlich durchgesetzt wurde.<sup>141</sup>

Paula Thiede hatte im Vorfeld des Gewerkschaftskongresses von 1905 strategisch Werbung für das Arbeiterinnensekretariat gemacht: Im »Correspondenzblatt«, also dem wichtigsten Medium der deutschen Gewerkschaften, machte sie darauf aufmerksam, dass es nicht an fähigen Frauen fehle. Vielmehr säßen

»althergebrachte Ueberlieferungen von der untergeordneten Stellung, aus der die Frau nicht heraus könnte, [...] leider bei einem großen Teil der Männer immer noch fest.«<sup>142</sup>

Thiede argumentierte mit ihren Erfahrungen aus der praktischen Arbeit und brachte sie in prägnanten allgemeingültigen Sätzen zum Ausdruck:

»Das beste Bindeglied in einer Organisation ist, daß für gleiche Pflichten gleiche Rechte gewährt werden, ohne Ansehen des Geschlechts.«<sup>143</sup>

Sie machte Vorschläge für eine zielgerichtete und gut ausgestattete Agitation unter den Arbeiterinnen:

»Sorgen wir also nach Kräften für die Beseitigung der jetzt noch in den meisten Familien vorhandenen Unzweckmäßigkeit bei der Erziehung der Mädchen. [...] Versuchen wir in den Organisationen die Einführung der Staffelbeiträge [...] Geben wir endlich dem oft ausgesprochenen Wunsch und Vorschlag Gestalt und

---

**138** | Legien und Ihrer führten trotz Ihrer weiterbestehender Ehe eine jahrelange Liebesbeziehung, die in den Gewerkschaften Anlass zu allerlei gehässigem Tratsch gab; vgl. Géliou 2007, S. 93–97.

**139** | Protokoll des fünften Kongresses der deutschen Gewerkschaften in Köln 1905, S. 86, zit. nach Losseff-Tillmanns 1978, S. 130.

**140** | Losseff-Tillmanns 2015, S. 74.

**141** | Hauff 1912, S. 19.

**142** | Thiede 1905a, S. 170.

**143** | Thiede 1905a, S. 169.

stellen in den hauptsächlich beteiligten Verbänden auch Arbeiterinnen als Beamte an [...], und die gesamte Arbeiterschaft wird davon profitieren.«<sup>144</sup>

Die im Zusammenspiel von Arbeiterinnenagitationskomitee, VBHi bzw. Paula Thiede und Carl Legien errungene halbe Stelle wurde mit Ida Altmann besetzt.<sup>145</sup> Die andere Hälfte ihrer Arbeitszeit verbrachte sie damit, die anfallenden Übersetzungen für Carl Legien als Sekretär der Gewerkschaftsinternationale anzufertigen.<sup>146</sup>

Ida Altmann kooperierte in der Folge sowohl mit dem Berliner Privatkomitee, dem sie selbst angehörte und in dem auch Paula Thiede aktiv war, als auch mit Gewerkschaften, in denen Frauen eine sichtbare Rolle spielten. Zu diesen zählten die Verbände der Textil- und MetallarbeiterInnen, der WäscherInnen und natürlich wiederum die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen, deren Zahlstelle I ja zu diesem Zeitpunkt immer noch ein selbstständiger Frauenverein war. Diese Gewerkschaften hatten jeweils ein System weiblicher Vertrauensleute eingerichtet – 1905 hatten die Metallarbeiterinnen 75 und die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen 40 weibliche Vertrauenspersonen in Berlin.<sup>147</sup> Der »wunderbar arbeitende [...] Hilfsstamm« von Vertrauensleuten in Berlin und Hamburg war für den gesamten Verband ein »glückliches, wertvolles Bindeglied zwischen Vorstand und Mitgliedern«. Viele schnelle Erfolge des Verbands waren nach Paula Thiedes Einschätzung dieser »gemeinsamen Zusammenarbeit zu verdanken«.<sup>148</sup>

Die Vertrauensfrauen der verschiedenen Verbände stellten einen Teil der Frauen, die nun systematisch geschult wurden. Diese Schulungen waren ein Ergebnis der Zusammenarbeit von gewerkschaftlich aktiven Frauen, gewerkschaftlichem Arbeiterinnenagitationskomitee und Ida Altmann als Frauensekretärin. Insbesondere von Altmann erforderte diese Tätigkeit eine umfangreiche Korrespondenz.<sup>149</sup>

144 | Thiede 1905a, S. 170.

145 | Altmann kam aus einer jüdischen Familie, stammte aus dem Raum Königshagen und war viele Jahre lang in der Freireligiösen Gemeinde Berlins und in der proletarischen Frauenbewegung aktiv; zu ihrer Biografie vgl. Losseff-Tillmanns 2015.

146 | Losseff-Tillmanns 1978, S. 127–132.

147 | Thiede 1905a, S. 170.

148 | Thiede 1915b, S. 2 (alle Zitate).

149 | Losseff-Tillmanns 2015, S. 75.

Nicht nur Werkstatt-, Fabrik- und öffentliche Versammlungen wurden durchgeführt, sondern auch Übungsabende, die ebenfalls »der Initiative des gewerkschaftlichen Arbeiterinnen-Organisationskomitees ihr Entstehen verdank[t]en«<sup>150</sup>. Unter anderem wurden an diesen Abenden »Referentinnen für die Agitationsarbeit« geschult. In nicht einmal zwei Jahren führte dieses Netzwerk von gewerkschaftlich aktiven Frauen fast 250 Veranstaltungen durch. Nicht selten zogen diese Schulungen einen erweiterten Tätigkeitsbereich der jungen Teilnehmerinnen im Gewerkschaftswesen nach sich, bis hin zur Mitarbeit an der Gewerkschaftspresse oder der Anstellung als Gewerkschaftsbeamtin.<sup>151</sup>

Auch eine Erhöhung des Anteils weiblicher Mitglieder konnte in einigen Verbänden direkt auf die Arbeit Ida Altmanns zurückgeführt werden.<sup>152</sup> Ab dem Jahr 1911, als sich die Arbeit des Arbeiterinnensekretariats verstetigt hatte und mit Gertrud Hanna seit 1909<sup>153</sup> eine Frau aus der Schule des VBHi die Tätigkeit von Altmann übernommen hatte, wurde alle zwei Wochen »den für die Gewerkschaft tätigen Arbeiterinnen zur Agitation geeignetes Material zugesandt«. Dieses Vorgehen stellte die zeitliche Doppelbelastung der Frauen explizit in Rechnung und diente diesen als Arbeitserleichterung.<sup>154</sup>

### 5.3.2 Im Gewerkschaftsausschuss und darüber hinaus

Das Arbeitsverhältnis von Ida Altmann führte bei anderer Gelegenheit zu einer weiteren Intervention von Paula Thiede, und zwar im sogenannten Gewerkschaftsausschuss. Dieses Gremium war geschaffen worden, um die mangelnde »Führung« der Generalkommission mit den Einzelgewerkschaften zu verbessern. Der Gewerkschaftsausschuss verzichtete zunächst darauf, sich eine formale Geschäftsordnung zu geben, und betrachtete sich als »berathende Körperschaft«.<sup>155</sup> Im Ausschuss kamen die Generalkom-

---

150 | Hauff 1912, S. 24.

151 | Alle Angaben nach Hauff 1912, S. 20–25.

152 | Losseff-Tillmanns 2015, S. 74.

153 | Vgl. dazu ausführlich Losseff-Tillmanns 2015, S. 77–79, zu Altmanns Beweggründen S. 79–85.

154 | Hauff 1912, S. 25.

155 | Protokoll der ersten Sitzung am 5. Juni 1896 in Hamburg.

mission sowie VertreterInnen aller Einzelgewerkschaften zusammen. Dies waren bis zum 1902 erfolgten Umzug von Hamburg nach Berlin oft nicht die Vorsitzenden, sondern Verbandsmitglieder, die in Hamburg wohnen<sup>156</sup> – so auch bei den Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen.<sup>157</sup>

Von seiner Einrichtung im Jahr 1896 bis zum Ersten Weltkrieg waren bei den Gremiumssitzungen meist zwischen 35 und 65 Personen anwesend, Frauen waren die Ausnahme und hier oft »allein unter Männern«. Als Mitglied der Generalkommission war die Hamburgerin Wilhelmine Kähler war von 1896 bis 1899 auch Mitglied im Gewerkschaftsausschuss, fehlte aber insbesondere im letzten Jahr häufig.<sup>158</sup> Erst mit dem Umzug nach Berlin 1902 rückten mit den beiden Berlinerinnen Emma Ihrer und Paula Thiede, jeweils als Vorsitzende ihres Verbandes, wieder Frauen in das Gremium auf.<sup>159</sup> Ab 1906 wurde Ida Altmann seitens der Generalkommission bzw. des Arbeiterinnensekretariats Teil des Ausschusses,<sup>160</sup> bis sie im März 1909 von Gertrud Hanna in ihrer Funktion<sup>161</sup> und damit auch im Gewerkschaftsausschuss abgelöst wurde.<sup>162</sup>

**156** | Protokoll der Sitzung vom 6. Juli 1899 in Hamburg.

**157** | Erstmalige Teilnahme der »Buchdruckerei-Hilfsarbeiter« bei der 14. Sitzung am 26. Januar 1899, vertreten durch das Hamburger Verbandsmitglied A. Glarner.

**158** | Die erste Sitzung ohne Käblers offizielle Mitgliedschaft fand am 6. Juli 1899 statt; vgl. das entsprechende Protokoll. Auch bei den vorhergehenden Sitzungen hatte Kähler oft gefehlt; 1900 zog sie mit ihrem Mann nach Dresden.

**159** | Im neuen Gewerkschaftshaus in Berlin fanden die Sitzungen des Gewerkschaftsausschusses ab der dritten Geschäftsperiode statt, erstmals am 15. August 1902. Ab diesem Zeitpunkt nahm Emma Ihrer als Vertreterin der BlumenarbeiterInnen teil, womit die dreijährige Episode ohne eine einzige Frau im Gewerkschaftsausschuss vorerst beendet war. Ab der folgenden Sitzung am 26. September 1902 nahm auch Paula Thiede für den VBHi teil, die in der dritten Sitzung am 20. Dezember 1902 als eine von drei RevisorInnen gewählt wurde, und zwar einstimmig, wie die beiden anderen auch (alle Angaben sind den entsprechenden Sitzungsprotokollen entnommen).

**160** | Erstmalige Teilnahme von Ida Altmann am 23. August 1906; vgl. das entsprechende Sitzungsprotokoll).

**161** | Losseff-Tillmanns 2015, S. 84, zum Kontext S. 75–86.

**162** | Letzte Anwesenheit Altmanns in der dritten Sitzung der fünften Geschäftsperiode des Gewerkschaftsausschusses am 18. Dezember 1908. Ab der nächsten Sitzung, die erst am 4. März 1909 stattfand, nahm dann Gertrud Hanna ihren Platz ein; vgl. die entsprechenden Sitzungsprotokolle.



Zu diesem Zeitpunkt, im Jahr 1909, waren mit Paula Thiede und Gertrud Hanna also zwei von drei Frauen im Gewerkschaftsausschuss Mitglieder des VBHi, die dritte war Emma Ihrer als Vorsitzende des »Verbands der Blumen-, Feder-, und Blätterarbeiter«. <sup>163</sup> Im Oktober 1910 kam als weitere Frau noch Ida Baar hinzu, die Vorsitzende des Verbandes der Hausangestellten, die in ihrer täglichen Arbeit von Gertrud Hanna unterstützt wurde. <sup>164</sup>

Während der Gewerkschaftsausschuss oft lediglich die Tätigkeitsberichte der Generalkommission von Carl Legien zur Kenntnis nahm, kam es doch in einzelnen Punkten zu Diskussionen. <sup>165</sup> Ein solcher Fall war Ida Altmanns Anstellung und Bezahlung, die im Juli 1905 verhandelt wurde. Altmann hatte bereits eine Anstellung, in deren Rahmen sie Übersetzungen für Carl Legien als Sekretär der Gewerkschaftsinternationale anfertigte. Diese wurde bei zwei wöchentlichen Arbeitstagen mit 1.000 Mark jährlich entlohnt; nun sollte Altmann weitere 1.400 Mark erhalten, um in der verbleibenden Zeit der Arbeitswoche das Arbeiterinnensekretariat zu leiten.

Der Vertreter des Verbandes der Schneider kritisierte daraufhin die »Verquickung der Posten« und fügte großzügig hinzu, für eine volle weibliche Kraft »würde man gerne 2.000 Mk. bewilligen können«. Diese Aussage mag generös klingen, verkehrt sich aber in ihr Gegenteil, wenn man beachtet, dass für eine neu einzustellende männliche Hilfskraft in der Redaktion des »Correspondenzblattes« nur einige Momente später »das übliche Anfangsgehalt von 2400 Mk. pro Jahr bewilligt« wurde. Die übrigen Gehälter der

---

**163** | Vgl. die Sitzungsprotokolle vom 18. Dezember 1908 und 4. März 1909. Die Bezeichnung von Emma Ihrers Verband variierte, hier nach Lindenberg o. J., S. 6. Daneben findet sich auch die Bezeichnung »Zentralverband der in der Blumen-, Blätter-, Palmen- und Putzfederfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands«.

**164** | Ab der Sitzung vom 7. Oktober 1910 war Ida Baar Delegierte im Gewerkschaftsausschuss; vgl. das entsprechende Protokoll. Kurz darauf übernahm Gertrud Hanna die Kasse des Verbandes der Hausangestellten; vgl. das Sitzungsprotokoll vom 17. März 1911.

**165** | Jenseits der im Folgenden dargestellten Vorgänge kam es im November 1906 zu einer Debatte, weil Paula Thiede sich dafür einsetzte, für eine vakante Hilfskraftstelle bei der Generalkommission auch Frauen in Betracht zu ziehen. Das Kurzprotokoll der Sitzung enthält aber nur rudimentäre Informationen, so dass der Fall nicht rekonstruiert werden kann; vgl. das Sitzungsprotokoll vom 15. November 1906.

sieben männlichen Beamten der Generalkommission – auch unbefristet eingestellte Hilfsarbeiter galten als »Beamte« – lagen zum Teil noch um einiges höher.<sup>166</sup>

Das heißt, die Herren Gewerkschafter kamen sich 1905 großzügig dabei vor, der hoch qualifizierten Ida Altmann für Übersetzungen in mehrere Sprachen auf höchster internationaler Ebene sowie eine anspruchsvolle Tätigkeit als Gewerkschaftssekretärin 2.000 Mark zu bewilligen, während bereits die Bezahlung einer redaktionellen Hilfsarbeitertätigkeit um 400 Mark höher lag. Einen Monat zuvor war Paula Thiede als Leiterin des VBHi erstmals regulär bezahlt worden – bei einem Jahresgehalt von 1.800 Mark.<sup>167</sup>

In den Details der Bezahlungsfrage offenbart sich abermals die emanzipatorische Leerstelle innerhalb der Gewerkschaften. An Paula Thiedes Verdienst veränderte sich zunächst drei Jahre lang wenig.<sup>168</sup> Aber sie reagierte einige Jahre später, im Jahr 1908, auf die Schräglage in der Bezahlung der mittlerweile zwölf Beamten der Generalkommission. Spitzenverdiener war Carl Legien, der neben seinem Einkommen von 3.750 Mark auch die Hälfte der 3.000 Mark Diäten aus seinem Abgeordnetenmandat behalten konnte. Es spricht Bände, dass 1908 die vier Personen mit dem niedrigsten Gehalt (mittlerweile 2.700 Mark) ein Hilfsarbeiter, die beiden Redakteure für die fremdsprachigen Gewerkschaftszeitungen (italienisch und polnisch) und Ida Altmann als einzige Frau waren.

Dies erregte trotz Altmanns hohem Einsatz für die gewerkschaftliche Sache keinen allgemeinen Widerspruch, allein Paula Thiede erhob Einspruch – und zwar zugunsten von Ida Altmann, nicht aber gegen die Benachteiligung der für MigrantInnen zuständigen Redakteure. Sie beantragte, dass Altmann mindestens so viel Gehalt erhalten solle, wie der zweite Redakteur des »Correspondenzblattes«, Wilhelm Jansson. Der Gehaltsunterschied betrug zu diesem Zeitpunkt 150 Mark, also etwa fünf Prozent – hier war also sicherlich auch Symbolik im Spiel. Möglicherweise war aber genau diese Symbolik der Grund dafür, dass Paula Thiedes Antrag auf Widerstand stieß und schließlich scheiterte.

**166** | Sitzungsprotokoll vom 13. Juli 1905.

**167** | VBHi 1905a, S. 28.

**168** | Auf dem VBHi-Verbandstag 1908 wurde beschlossen, Thiedes Gehalt auch rückwirkend mit einer üblichen Steigerung anzupassen. »Üblich« bezog sich jedoch auf den Verband und nicht auf die Generalkommission; vgl. VBHi 1910a, S. 175.

Begründet hatte sie ihren Antrag damit, dass die Verantwortung und die Sprachkenntnisse von Altmann eine schlechte Bezahlung sachlich nicht rechtfertigen würden. In einer selbstgefälligen Gegenrede wies der Metallarbeiter Adolf Cohen darauf hin, dass auch Janssons Sprachkenntnis zu berücksichtigen sei.<sup>169</sup> Jansson war in Schweden aufgewachsen und korrespondierte daher auch mit schwedischen Gewerkschaften. Da Ida Altmann aber in der Lage war, im täglichen Betrieb auf allerhöchster Gewerkschaftsebene zu übersetzen, und zwar aus dem Englischen, Französischen und Russischen,<sup>170</sup> kann man davon ausgehen, dass in diesem Geschlechterkonflikt nicht Argumente, sondern Machtgefälle und patriarchale Normalität ausschlaggebend waren: Der von Paula Thiede kritisierte Vorschlag wurde ohne Änderungen – gegen eine Stimme – angenommen.<sup>171</sup>

Der Gender-Pay-Gap setzte sich auch in den folgenden Jahren fort: 1911 war es Gertrud Hanna, die unter siebzehn BeamtInnen zu den drei am schlechtesten bezahlten zählte. Diesmal mischte sich Paula Thiede nicht ein. Möglicherweise ließ es ihr die organisatorische und persönliche Nähe zu Hanna unangemessen erscheinen, für sie das Wort zu ergreifen.<sup>172</sup>

Dies ändert aber nichts an der grundsätzlichen Stellung des VBHi innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, wie sie exemplarisch im Gewerkschaftsausschuss und in Person seiner Vorsitzenden zu beobachten war. Immer wieder war es der Verband der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen, in dem sich ein Diskurs der Gleichberechtigung fest verankert hatte, der in der Gesamtheit der freien Gewerkschaften entsprechende Impulse setzte – nicht nur bei den ganz großen Fragen: Als im Jahr 1911 ein Gewerkschaftskongress in Dresden zusammentrat, lag ein gemeinsamer Antrag des Arbeiterinnenkomitees und des VBHi vor, der den Einsatz der Gewerkschaften gegen die »Ausschaltung der Frauen in den Ehrenämtern der Arbeiterversicherung« forderte.<sup>173</sup>

Auch jenseits ihrer formalen Mandate machte sich Paula Thiede für mehr Gleichberechtigung in der Arbeitswelt stark. Sie war eine beliebte Rednerin bei öffentlichen Veranstaltungen. Ihre Erfahrungen aus den poli-

---

169 | Sitzungsprotokoll vom 23. Juli 1908.

170 | Losseff-Tillmanns 2015, S. 31 und S. 33.

171 | Sitzungsprotokoll vom 23. Juli 1908.

172 | Sitzungsprotokoll vom 20. Juli 1911.

173 | Solidarität, 3. Juni 1911, S. 3.

tischen Auseinandersetzungen, insbesondere der Jahre 1898–1902, gab sie darin weiter und warb für ihre Agenda. Besonders oft ist sie in den Jahren 1902–1904 als Rednerin dokumentiert. Die Veranstaltungen dieser Jahre hatten meist Frauenarbeit und Frauenorganisation zum Inhalt, ohne sich darauf zu beschränken. Thiede sprach regelmäßig bei interessierten Gewerkschaften oder auf Veranstaltungen der SPD über die Lage der arbeitenden Frauen, sie agitierte bei Frauenversammlungen oder hielt allgemeine Veranstaltungen zum Thema Frauenarbeit ab. Auch zum 1. Mai war sie mehrfach eine der ganz wenigen Frauen, die auf einer der vielen öffentlichen Veranstaltungen auftrat.<sup>174</sup>

Nach 1904 schränkte Paula Thiede ihre Aktivität als Rednerin ein und schrieb stattdessen vermehrt außerhalb der VBHi-Verbandspublikationen. So sprach sie sich in den »Sozialistischen Monatsheften« gegen die Beibehaltung der sozialdemokratischen Frauenkonferenzen aus, was ein durchaus heikles Thema darstellte.<sup>175</sup> Den SPD-Frauen empfahl sie vor dem Hintergrund des geänderten Vereinsrechts, sich künftig an der gewerkschaftlichen Struktur zu orientieren.<sup>176</sup> In einem anderen Artikel berichtete sie wiederum in den »Sozialistischen Monatsheften« von den Erfolgen einer Organisationsarbeit, die die Belange von Frauen berücksichtigt. Explizit erhob sie für die damalige Zeit in dieser Klarheit bemerkenswerte Forderungen, etwa nach »absolute[r] Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des weiblichen Geschlechts« in allen Belangen – eine bessere Ausbildung proletarischer Frauen erachtete sie dabei als hilfreich.<sup>177</sup> Bis zu ihrem Tod im März 1919 schrieb sie zahlreiche Artikel für verschiedene Publikationsorgane der ArbeiterInnenbewegung (siehe Kapitel 8.1.3 und 8.3).

**174** | Vgl. dazu folgende Berichte und Ankündigungen im »Vorwärts«: 8. Dezember 1901, S. 11; 13. April 1902, S. 10; 27. April 1902, S. 6; 26. Juni 1903, S. 4; 18. Juli 1903, S. 4; 26. Juli 1903, S. 4; 27. November 1903, S. 7; 1. Dezember 1903, S. 4; 3. Mai 1904, S. 6; 8. Mai 1904, S. 17; 8. September 1904, S. 9; 12. März 1905, S. 21; 28. April 1906, S. 8; 6. April 1907, S. 7; 15. September 1907, S. 7; 18. Mai 1911, S. 13; 20. Mai 1911, S. 13; 21. Juni 1913, S. 10.

**175** | Thiede 1911.

**176** | Quataert 1979, S. 182f.

**177** | Thiede 1914, S. 826.



## 6 Weltfrauentag und Frauenwahlrecht

---

Im Kaiserreich kamen Initiativen der deutschen ArbeiterInnenbewegung, die in der Öffentlichkeit die Emanzipation der Geschlechter forderten, fast ausschließlich aus den Reihen der Frauen in der SPD. Dies spiegelte die zunehmende Aufgabenteilung zwischen der SPD (Politik) und den freien Gewerkschaften (Arbeitswelt) wider.

Einer der großen Kristallisationspunkte der sozialistischen Frauenpolitik war die Etablierung und Durchführung des Weltfrauentags. Auch bei dieser Gelegenheit machte sich die Ausnahmestellung des VBHi innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar, denn er durchbrach die politische Zurückhaltung der freien Gewerkschaften und es war kein Zufall, dass dies in der Frage der geschlechtlichen Gleichberechtigung geschah. Bevor jedoch der Beitrag der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen und Paula Thiedes zum Gelingen des ersten Weltfrauentags beschrieben wird, muss dessen Entstehungsgeschichte kontextualisiert werden.

Die Position der deutschen Sozialistinnen in der Frauenfrage war von Clara Zetkins entschiedener Auffassung einer »reinlichen Scheidung«<sup>1</sup> zwischen der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Frauenbewegung geprägt. Zetkin ist bekannt für ihre Position, die Emanzipation dem Kampf für den Sozialismus unterzuordnen. 1889 sah sie überhaupt keine »besondere Frauenfrage«<sup>2</sup> und schätzte noch Ende des Jahres 1910 die Potenziale von Frauen gering: Die Gaben der Natur seien ungleichmäßig verteilt, aber immerhin, so Zetkin, könne jede Frau »den Ringenden eine selbstverleugnende Helferin sein«.<sup>3</sup>

---

1 | Zetkin 1894.

2 | Zit. nach Puschnerat (2003), S. 132.

3 | So Zetkin ausgerechnet in einem Nachruf auf Julie Bebel, die Ehefrau August Bebels, in: Die Gleichheit 5. Dezember 1910, S. 5 (pag. 69).

Zahlreiche Sozialdemokratinnen fühlten sich Zetkins Auffassung einer »reinlichen Scheidung« verpflichtet, z. B. die bekannte Parteifunktionärin Otilie Baader: Die sozialistische Frauenbewegung in Deutschland habe

»von vorneherein das Bestreben gehabt, die Scheidung zu vollziehen zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Frauen, weil die bürgerlichen Frauen mit ihren Einzelreformen den Kapitalismus nicht aus den Angeln heben, sondern ihn stützen und festigen wollen.«<sup>4</sup>

Auch die Hamburger Gewerkschafterin Helma Steinbach, die mit dem sozialdemokratischen Multifunktionär Adolph von Elm in freier Partnerschaft lebte und sowohl durch die gewerkschaftliche Organisierung der Plätterinnen als auch durch ihren Einsatz für den Genossenschaftsgedanken bekannt geworden war, vertrat eine ähnliche Position wie Zetkin und grenzte sich scharf von den bürgerlichen Frauen ab:

»Der sogenannte Gleichberechtigungsdusel, wie er bisher leider von Frauenrechtlern und Frauenrechtlerinnen auf den Markt geworfen ist, liegt mir am allerentferntesten.«<sup>5</sup>

Auf dem Parteitag der SPD in Gotha 1896 hatte sich Zetkins Position gegen andere Auffassungen durchsetzen können, was die dort verabschiedeten Resolution erkennen lässt:

»Aber trotz aller Berührungspunkte in rechtlichen und politischen Reformforderungen hat die Proletarierin in den entscheidenden ökonomischen Interessen nichts Gemeinsames mit den Frauen anderer Klassen. Die Emanzipation der proletarischen Frau kann deshalb nicht das Werk sein der Frauen aller Klassen, sondern ist allein das Werk des gesammten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts.«<sup>6</sup>

Dieser Position lag eine Analyse der ökonomischen Lage der Frauen verschiedener Schichten und Klassen zugrunde. Zetkin sprach von zwei zu separierenden Frauenbewegungen – der bürgerlichen und der proletarischen – und sah deutliche Unterschiede in deren Zielen und Charakter:

---

4 | Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1907, S. 125.

5 | Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1890, S. 233.

6 | Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1896, S. 174 f.

»Wir weisen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht etwa deswegen zurück, weil wir das Bißchen nicht wollen, sondern weil sie das Mehr nicht wollen.«<sup>7</sup>

Diese Auffassung veränderte sich in den kommenden Jahren nur wenig. Beim ersten internationalen Treffen sozialistischer Frauen, das im August 1907 im Vorfeld des siebten internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart stattfand, befand sich auch Paula Thiede unter den deutschen Delegierten sowohl der Frauen- als auch der regulären Konferenz.<sup>8</sup> Die sozialistischen Frauen beschlossen auf Antrag von Clara Zetkin eine ähnliche Positionierung in der Frauenfrage: Da die bürgerliche Frauenbewegung nicht entschlossen für das allgemeine Frauenwahlrecht eintrete, so hieß es in Stuttgart 1907, seien die

»Proletarierinnen [...] für die Eroberung ihres vollen Bürgerrechtes auf ihre eigene Kraft angewiesen und auf die ihrer Klasse.«<sup>9</sup>

Dies war inhaltlich insoweit zutreffend, als es die SPD und die sozialdemokratisch geprägten Organisationen waren, die sich entschieden für das allgemeine Frauenwahlrecht aussprachen – im Gegensatz zu einigen bürgerlichen Frauenverbänden. Die Stuttgarter Resolution fuhr fort:

»[Die sozialistische Frauenbewegung] kämpft für den einzig lebensvollen konkreten Ausdruck [des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts]: das allgemeine Frauenstimmrecht [...]. Sie führt ihren Kampf nicht im Bunde mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, sondern in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien, welche das Frauenwahlrecht [...] verfechten.«<sup>10</sup>

Die Stuttgarter Resolution wurde von der nächsten Konferenz sozialistischer Frauen, die am 26. und 27. August 1910 in Kopenhagen stattfand, noch-

---

7 | Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1896, S. 173.

8 | 15 Delegierte, darunter Paula Thiede (namentlich genannt); vgl. Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1907, S. 124. Ergebnis der Mandatsprüfung: 16 deutsche Delegierte; vgl. Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1907, S. 132. Anders als üblich findet sich in diesem Protokoll keine explizite Delegiertenliste; in der Delegiertenliste der Hauptkonferenz ist Paula Thiede ebenfalls aufgeführt, hat dort aber nicht gesprochen.

9 | Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1907, S. 137.

10 | Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1907, S. 138.



mals bekräftigt.<sup>11</sup> Bei dieser Konferenz im Gebäude am Jagtvej 69<sup>12</sup> wurde auf Antrag der deutschen Delegation als Tagesordnungspunkt »Mittel und Wege der praktischen Arbeit zur Eroberung des allgemeinen Frauenwahlrechts« die Einrichtung eines internationalen Frauentags verhandelt.<sup>13</sup>

Ein echtes Protokoll dieser Kopenhagener Frauenkonferenz ist allerdings nicht überliefert und daher auch keine Teilnehmerinnenliste. Anwesend waren etwa 100 Frauen, davon die Hälfte aus Dänemark.<sup>14</sup> Aus Deutschland waren 13 Delegierte angemeldet,<sup>15</sup> von diesen sind aber nur 11 namentlich bekannt. Die Konferenz fand vor dem Hauptkongress, dem »Internationalen Sozialisten-Kongress zu Kopenhagen«, statt. Es ist daher wahrscheinlich, dass die weiblichen Delegierten für den anschließenden Hauptkongress auch als Delegierte für die Frauenkonferenz fungierten. Aus der Anwesenheitsliste des großen Kongresses lassen sich so die Namen der Delegierten für die Frauenkonferenz rekonstruieren. Für die SPD waren dies unter anderem Clara Zetkin, Luise Zietz und Johanne Reitze; die drei Vertreterinnen der Gewerkschaften waren Emma Ihrer, Gertrud Hanna und Paula Thiede.<sup>16</sup>

---

**11** | Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen 1910, S. 2. Text auch abgedruckt in: Die Gleichheit, 29. August 1910, S. 9f. (pag. 377 f.).

**12** | Das Gebäude wurde in den 2000er Jahren international als autonomes Jugendzentrum »Ungdomshuset« bekannt und im März 2007 – von der örtlichen Sozialdemokratie gebilligt – im Auftrag einer religiösen Sekte abgerissen.

**13** | Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen 1910, Anträge und Resolutionen, S. 2f. Die Tagesordnung findet sich auch in: Die Gleichheit, 29. August 1910, S. 9f. (pag. 377 f.).

**14** | Vgl. Sitzungsprotokoll des Gewerkschaftsausschusses der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 17. Februar 1910 (7. Sitzung der 5. Geschäftsperiode). Nach einem Abkommen mit der SPD-Parteileitung sollten 100 Parteidelegierte und 100 deutsche Gewerkschaftsdelegierte nach Kopenhagen reisen, Letztere verteilt nach Stärke der Gewerkschaften, »doch so, daß jede Organisation einen Vertreter entsenden kann«. Tatsächlich anwesend waren dann 189 deutsche Delegierte; vgl. Vorwärts Verlag 1910, S. 130.

**15** | Vgl. die Delegiertenmeldungen in: Die Gleichheit, 29. August 1910, S. 10 (pag. 378).

**16** | Die SPD schickte 9 weibliche Delegierte, nämlich Ottilie Baader, Linchen Baumann (Hamburg), Käte Duncker (?), Anna Grandnauer (Dresden), Auguste Hennig (Leipzig), Johanne Reitze (Bremen/Vegesack), Frau H. Strobl (Hamburg) sowie Cla-

Einen landesweiten Frauentag, um das Frauenwahlrecht einzufordern, hatte es weltweit erstmals am 23. Februar 1909 in den USA gegeben. Dieser Aktionstag, der im Jahr darauf wiederholt wurde, wird oft mit der Person von May Wood Simons vom US-amerikanischen »Woman's National Committee of the Socialist Party« in Verbindung gebracht. Die nordamerikanischen Sozialistinnen beriefen sich bei ihrem zweiten landesweiten Frauentag 1910 auch auf die Position der deutschen Sozialistinnen, die 1907 auf dem Kongress in Stuttgart formuliert worden war.<sup>17</sup>

Wood Simons war 1910 als Delegierte auf der Kopenhagener Frauenkonferenz<sup>18</sup> – dass der Beschluss für den Internationalen Frauentag auf ihren Einfluss vor Ort zurückgeht, scheint jedoch ausgeschlossen, denn die deutsche Resolution lag schon bei Tagungsbeginn fertig vorbereitet vor. In dem Bericht der US-amerikanischen Frauen, der *vor* der Konferenz in Kopenhagen für alle Delegierten verfasst wurde, ist jedoch zu lesen, dass die US-Delegation beantragen solle, »daß der letzte Sonntag im Februar als Internationaler Sozialistischer Frauentag bestimmt wird«. <sup>19</sup> Warum dies letztendlich nicht umgesetzt wurde, sondern die von der deutschen Delegation verfasste Resolution eingebracht wurde, ohne ein festes Datum vorzuschlagen, bleibt ein Forschungsdesiderat. Diese Resolution wurde »unter langandauerndem Händeklatschen« angenommen:<sup>20</sup>

---

ra Zetkin und Luise Zietz. Die Gewerkschaften hatten lediglich Gertrud Hanna, Emma Ihrer und Paula Thiede auf ihrer Delegiertenliste; vgl. Vorwärts Verlag 1910, S. 123–126. Der Unterschied zwischen den gemeldeten 13 Delegierten und den 12 nachvollziehbaren weiblichen Namen könnte mehrere Gründe haben: eine gemeldete, aber nicht angereiste Delegierte; ein männlicher Delegierte auf der Frauenkonferenz (unwahrscheinlich); eine Frau war zwar auf der Frauenkonferenz, nicht aber auf dem Hauptkongress (von dem die Delegiertenamen überliefert sind) – oder aber von der Liste der 189 Hauptkongressdelegierten konnte aufgrund der meist nur abgekürzte Vornamen eine Frau nicht als solche identifiziert werden.

**17** | Kaplan 1985, S. 165 f. Die proletarische Frauenbewegung in den USA besaß 1907 noch keine englischsprachige (!) Sektion, vorherrschend waren deutsch, tschechisch und polnisch; vgl. Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1907, S. 129.

**18** | Osborne 2011.

**19** | Zetkin-Zundel o.J., S. 85.

**20** | Vorwärts, 30. August 1910, o.S. (Beilage 3, Bericht über die Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz).

»Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.«<sup>21</sup>

In der beschlossenen Resolution sind die Einflüsse der Zetkinschen Position deutlich sichtbar, nicht mit den bürgerlichen Frauen zusammenzuarbeiten. Während der Punkt einer sorgfältigen Vorbereitung offensichtlich ernst genommen wurde, wurde die Grenze zwischen den beiden Frauenbewegungen in der praktischen Umsetzung zumindest stellenweise aufgeweicht. Dies war möglich, weil es in der ArbeiterInnenbewegung Frauen gab, die eine anlassbezogene Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauenrechtlerinnen keineswegs ablehnten. Dazu gehörte auch das Berliner Frauennetzwerk, zu dessen Kern Paula Thiede zählte. Diese Gruppe hatte im März 1904 einen erfolgreichen Heimarbeiterschutzkongress veranstaltet, und zwar unter lebhafter Beteiligung bürgerlicher Milieus.<sup>22</sup>

Zwar beschlossen die deutschen und österreichischen Frauen im Anschluss an die Kopenhagener Frauenkonferenz, künftig ähnliche Zusammenkünfte, als »Internationale Konferenzen der Sozialistinnen und Gewerkschaftsvertreterinnen« einzuberufen,<sup>23</sup> doch der Gewerkschafts-aspekt ging in der Folge unter. Obwohl die deutsche ArbeiterInnenbewegung die einzige Delegation war, die nicht nur einen Bericht der sozialistischen Partei, sondern auch einen der Gewerkschaftsbewegung bei der Kopenhagener Frauenkonferenz eingereicht hatte, ignorierten die in der Generalkommission vereinigten freien Gewerkschaften das Vorhaben im Wesentlichen.<sup>24</sup> Dabei hatte die Verfasserin Gertrud Hanna – als Leiterin des zentralen Arbeiterinnensekretariats alles andere als unbedeutend in

---

21 | Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen (1910), S. 2f. (Anträge und Resolutionen). Text auch abgedruckt in: Die Gleichheit, 29. August 1910, S. 10 (pag. 378).

22 | Zum Heimarbeiterschutzkongress siehe Kapitel 5.3.1 und Fuhrmann 2020, S. 9.

23 | Die Gleichheit, 10. Oktober 1910, S. 10.

24 | Zetkin-Zundel o.J., S. 1–16.

der Gewerkschaftsbewegung – sogar einen internen Brief an die gesamte Gewerkschaftspresse verfasst. Darin berichtete sie unter anderem, dass die Generalkommission

»in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Parteivorstand dem Beschluß der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen beigetreten [ist]«. <sup>25</sup>

Doch eine Resonanz war in der Gewerkschaftspresse kaum festzustellen: Die »Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung« wies lediglich in einer einzigen Ausgabe in einem versteckten Artikel auf den bevorstehenden Weltfrauentag als einen von der »Sozialdemokratie« veranstalteten Tag hin. <sup>26</sup> Die »Buchbinder-Zeitung«, die ein zu großen Teilen weibliches Publikum hatte, verlor kein Wort darüber. Selbst im »Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten«, mit Ida Baar von einer Frau geleitet, ist der bevorstehende Demonstrationstag nicht erwähnt. Eine einzige schmale Mitteilung im »Correspondenzblatt« vermittelt den Eindruck, die Generalkommission wollte gerade genug tun, um einen Affront zu vermeiden. <sup>27</sup>

Dies ist ein bemerkenswerter Unterschied zur Mobilisierung aus den Reihen der SPD, die unter anderem ein Flugblatt mit einer Auflage von 2,5 Millionen Exemplaren druckte und verteilte. <sup>28</sup> In einer Broschüre, die vermutlich ebenfalls in großer Auflage zu jedem Frauentag vor dem Ersten Weltkrieg erschien, fanden sich einschlägige Artikel bekannter Frauen der ArbeiterInnenbewegung einschließlich Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Ottilie Baader, aber auch der Gewerkschafterinnen Paula Thiede und Gertrud Hanna. <sup>29</sup>

Aus den Reihen der Gewerkschaften taten nur die Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen mit ihrer Vorsitzenden Paula Thiede das Ihre dafür, den ersten internationalen Frauentag am 19. März 1911 zu einem großen Erfolg werden zu lassen. Beginnend am 4. Februar 1911 mobilisierte die Verbands-

---

**25** | Zit. nach: Hamacher/Losseff-Tillmanns 1985, S. 33. Der Brief ist demnach nicht veröffentlicht worden.

**26** | Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung, 4. März 1911, S. 7.

**27** | Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 4. Februar 1911, S. 82.

**28** | Scholze 2001, S. 19.

**29** | Zetkin 1911. Unter dem Titel »Frauenwahlrecht!« erschien in den Jahren 1911 bis 1914 jeweils eine ähnliche Broschüre.

zeitschrift für diesen Tag mit nicht weniger als vier zum Teil sehr ausführlichen und kämpferischen Leitartikeln<sup>30</sup> – eine absolut bemerkenswerte Tatsache im Kontext des Schweigens der übrigen Gewerkschaftsblätter. Die Artikel in der »Solidarität« bestanden im Hauptteil aus einer Darlegung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lage von Arbeiterinnen. Doch zugleich wurde die Notwendigkeit einer »gewaltigen Demonstration« am 19. März betont, denn:

»Das Wahlrecht ist die Wurzel, aus dem alle anderen Rechte sprießen werden.«<sup>31</sup>

Einen Tag vor den Demonstrationen ging Paula Thiede auf die Lage der Frauen im Buchdruck ein und erinnerte an die Erfolge, die der VBHi im Hinblick auf die Emanzipation schon erreicht hatte. Für die bisherige Entrechtung der Frauen, so schrieb sie resümierend, gebe es »keinen stichhaltigen Grund, keinen außer der Ausrede, daß die Frauen seit je rechtlos gewesen sind.«<sup>32</sup> Der Artikel schließt mit dem Ruf: »Gebt uns unsere Menschenrechte, gebt uns das Wahlrecht!«<sup>33</sup>

Die Verbandsvorsitzende Paula Thiede bestritt am Frauentag selbst eine der zentralen Berliner Kundgebungen und war die einzige Rednerin, die als Gewerkschafterin und nicht für die SPD auf der Bühne stand.<sup>34</sup> Thiede sprach als eine der dreizehn Berliner HauptrednerInnen in »Ballenschmieder's Kastanienwäldchen«, einer großen Festhalle in der Nähe des Bahnhofs Gesundbrunnen. Die Veranstaltung war unbestuhlt und trotzdem dermaßen überfüllt, dass die »kleine Minderheit« der Männer in den Biergarten abgedrängt wurden, denn an diesem Tag »hatten die Frauen überall das Vorrecht«.

Trotz der Überfüllung, so lässt uns der Bericht im »Vorwärts« wissen, »herrschte eine Ruhe und Aufmerksamkeit, daß die Stimme der Rednerin klar und vernehmlich in den entferntesten Winkel drang«. Als Pau-

---

**30** | Solidarität, 4. Februar 1911, S. 1 der Beilage; Solidarität, 18. Februar, S. 1 (»Zum Frauentage«); Solidarität, 11. März 1911, S. 1; Solidarität, 18. März 1911, S. 1.

**31** | Solidarität, 11. März 1911, S. 2.

**32** | Solidarität, 18. März 1911, S. 1.

**33** | Solidarität, 18. März 1911, S. 1.

**34** | Die Berliner Veranstaltungen samt RednerInnen sind einem Mobilisierungsplakat zu entnehmen: »Oeffentliche politische Versammlungen – Her mit dem Frauenwahlrecht!«, Vorwärts-Verlag/Paul Singer (1911), ver.di-Archiv.

la Thiede jedoch zum Einsatz »für freie Menschenrechte« aufrief und für die Auflehnung »gegen die bisherige Unterdrückung« fand dies im Saal »lebhaftesten Widerhall«. Die zentrale Resolution, die den Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eng an die Sozialdemokratie band, hatte in dieser wie in allen anderen Versammlungen »nur allgemeine Zustimmung« gefunden.<sup>35</sup>

Der »Verein Harmonie Gesundbrunnen« beschloss die Versammlung mit einem Lied des beliebten Barmer Arbeiterdichters Gustav Adolf Uthmann:<sup>36</sup> »Das heilige Feuer schüren wir, Drin wollen wir schmelzen die Ketten.« Der Saal, in dem weit über 2.000 Menschen Paula Thiede zugehört hatten,<sup>37</sup> leerte sich nur langsam; die am Versammlungsort in der Badstraße aufgezogene Polizei kam nicht zum Einsatz.<sup>38</sup> Möglicherweise waren die abziehenden TeilnehmerInnen aber Teil der Demonstrationen, die gegen den Willen der Polizeiführung »nach dem Stadtinneren« zogen.<sup>39</sup>

In der VBHi-Verbandszeitschrift »Solidarität« ist kein ausführlicher Bericht zu den Veranstaltungen des Weltfrauentags zu finden. Durch andere Quellen ist jedoch überliefert, dass auch die Bremer VBHi-Funktionärin Auguste Bosse (siehe Kapitel 5.2.5) eine wichtige Rolle beim Frauentag spielte. Sie war eine der beiden Rednerinnen bei den Bremer Demonstrationen und konzentrierte sich in ihrer Rede darauf, die Argumente der Gegner des Frauenwahlrechts zu widerlegen.<sup>40</sup> Angesichts der wochenlangen Mobilisierung des VBHi und der selbstbewussten und erfahrenen weiblichen Mitgliedschaft ist es möglich, dass auch an anderen Orten VBHi-Funktionärinnen beim Weltfrauentag auftraten.

---

**35** | Vorwärts, 21. März 1911, S. 9.

**36** | Zur Biografie Uthmanns vgl. Kirschbaum 2013. Nach Uthmann ist heute die Neuköllner Uthmannstraße benannt.

**37** | Für 1911 liegen keine Zahlen vor, aber zum gleichen Anlass ein Jahr später wurden 2.000 Gäste angegeben und Überfüllung war kein Thema; vgl. Vorwärts, 14. Mai 1912, S. 9.

**38** | Vorwärts, 21. März 1911, S. 9.

**39** | Aufsichtsbehl des Berliner Polizeipräsidenten, zit. nach Scholze 2001, S. 21. Bilder von diesen Demonstrationen sind laut Scholze im »Berliner Lokalanzeiger« vom 21. März 1911 zu finden.

**40** | Stuckmann 2011, S. 52–54.

Wie erhofft folgten dem Aufruf »Arbeiterinnen! Heraus zum Kampf!«<sup>41</sup> beeindruckend viele Menschen. Im Raum Berlin fanden mindestens 42 Veranstaltungen mit knapp 50.000 TeilnehmerInnen statt.<sup>42</sup> Auch in vielen anderen großen Städten wurden mehrere Versammlungen gleichzeitig abgehalten, selbst in kleineren Orten gingen die Teilnehmezahlen oft in die Hunderte oder Tausende.<sup>43</sup> Männer und Frauen waren gleichermaßen aufgefordert worden, doch die Mehrzahl der Teilnehmenden waren Frauen. So dürften bis zu eine Million Menschen unter dem Motto »Heraus mit dem Frauenwahlrecht« demonstriert haben, allerdings »über die Landesgrenzen hinweg« gezählt,<sup>44</sup> d.h. einschließlich der Kundgebungen in Dänemark, Österreich und der Schweiz. In Österreich-Ungarn soll es 300 entsprechende Demonstrationen gegeben haben.<sup>45</sup>

Auch »etliche Frauen der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung nahmen an den Veranstaltungen teil oder überbrachten Grußadressen.«<sup>46</sup> Bei einer Veranstaltung im heutigen Berlin-Mitte versicherten die »bürgerlichen Frauenrechtlerinnen« Maria Lischnewska, Minna Cauer und Else Lüders, dass auch sie die Forderung nach dem Frauenwahlrecht unterstützten.<sup>47</sup> Ein großer Bericht über den Weltfrauentag in der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift »Die Gleichheit« grenzte sich allerdings deutlich von den bürgerlichen Organisationen ab: Demnach sei in der deutschen »frauenrechtlerischen Presse« mit keinem Wort auf die Kundgebungen hingewiesen worden,

---

41 | Solidarität, 11. März 1911, S. 1.

42 | Selbst bürgerliche Depeschbüros, also Nachrichtenagenturen mit eher bürgerlicher Ausrichtung, schätzten die Zahl der Teilnehmer auf 30.000 – »höchstwahrscheinlich gut über die Hälfte zu niedrig« (Die Gleichheit, 27. März 1911, S. 8 [pag. 200]). Informationen zu den Veranstaltungen sind auf einem Mobilisierungsplakat zu finden: »Oeffentliche politische Versammlungen – Her mit dem Frauenwahlrecht!«, Vorwärts-Verlag/Paul Singer (1911), ver.di-Archiv.

43 | Vgl. die Berichte in Vorwärts, 21. März 1911, S. 9. Weitere, auch internationale Berichte, finden sich in der folgenden Ausgabe: Vorwärts, 22. März 1911, S. 8. Auch in späteren Ausgaben sind weitere lokale Berichte zu finden; etliche Zahlen zur Teilnahme auch in Scholze 2001, S. 20.

44 | Die Gleichheit, 27. März 1911, S. 1.

45 | Kaplan 1985.

46 | Notz 2008, S. 34.

47 | Vorwärts, 21. März 1911, S. 9 (zweite Beilage).

»obgleich die nämlichen Blätter ein betäubendes Freudengeschrei zu erheben pflegen, wenn in einem amerikanischen oder südafrikanischen Buxtehude auch nur zwei Leute sich für das Frauenwahlrecht erklären«. <sup>48</sup>

Einen »eigenthümlichen Beigeschmack« stellt der Artikel insbesondere bei der Sympathiebekundung der »brünstige[n] Hohenzollernschwärmerin Fräulein Lischnewska« fest. <sup>49</sup> Auch wenn dieser Artikel namentlich nicht gekennzeichnet ist, lassen sich Inhalt und Duktus sicher Clara Zetkin zuordnen.

Der erste Internationale Frauentag 1911 war zwar für längere Zeit der größte, doch auch in den folgenden Jahren fanden noch beeindruckende und flächendeckende Kundgebungen statt. Frankreich, Holland und Schweden übernahmen den Frauentag 1912, und 1913 wurde er zum ersten Mal in Russland begangen. Am 8. März 1914 fand der Weltfrauentag zum ersten Mal an dem Datum statt, an dem er auch heute gefeiert wird, zugleich das letzte Mal vor dem Ersten Weltkrieg.

Am 4. November 1918, als die Novemberrevolution bereits in der Luft lag, fand nach den Erinnerungen der Historikerin und Sozialdemokratin Hedwig Wachenheim eine große Kundgebung für das Frauenwahlrecht in Berlin statt, die laut Wachenheim von der SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Bund deutscher Frauenvereine veranstaltet wurde. RednerInnen auf der völlig überfüllten Kundgebung waren Marie Juchacz, Marie Stritt, die Vorsitzende des »Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht« und einige Abgeordnete, darunter Hermann Müller und Heinrich Schulz. Als Rednerin für die Gewerkschaften trat die langjährige VBHi-Funktionärin Gertrud Hanna auf. <sup>50</sup>

Wenige Tage später bewahrheitete sich die Resolution der Stuttgarter Sozialistinnenkonferenz – »Proletarierinnen sind [...] für die Eroberung ihres vollen Bürgerrechtes auf ihre eigene Kraft angewiesen und auf die ihrer Klasse«<sup>51</sup> – durch die politischen Ereignisse: 3.000 Delegierte der proletarischen Arbeiter- und Soldatenräte bestätigten zunächst den Rat der Volksbeauftragten, der sich aus Funktionären von MSPD und USPD zusammensetzte, woraufhin dieser am 12. November 1918 das volle Frauenwahlrecht verfügte.

---

48 | Die Gleichheit, 27. März 1911, S. 1 f. (pag. 193 f.).

49 | Die Gleichheit, 27. März 1911, S. 1 f. (pag. 193 f.).

50 | Wachenheim 1973, S. 87.

51 | Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1907, S. 137.





## 7 Schlussbetrachtung

---

Mit der Einführung des Frauenwahlrechts im November 1918 war das wichtigste unmittelbare Ziel der Bemühungen um politische Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht worden. Auf den meisten anderen Gebieten konnte von Gleichberechtigung jedoch weiterhin keine Rede sein – vielmehr verschlechterte sich für proletarische Frauen die Situation in Gesellschaft und Familie noch. Die geschlechtliche Rollenzuweisung bei außerhäuslicher Lohnarbeit und familiärer Sorge verschärfte sich mit dem aufkommenden Fordismus weiter. Erst im Anschluss an »1968« öffneten sich die Diskurse wieder und die Möglichkeiten für lohnabhängige Frauen wurden vielfältiger.<sup>1</sup> In einem Prozess, der bis heute andauert, entwickeln sich seitdem Ideen von konsequenter Gleichberechtigung. Im Grundsatz jedoch hatten die im »Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen« Deutschlands (VBHi) organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter bereits im Kaiserreich ähnliche Vorstellungen entwickelt und in ihrem Wirkungskreis begonnen, Gleichberechtigung in die Praxis umzusetzen.

Die notwendigen Schritte, um das Leben proletarischer Frauen zu verbessern, waren für den VBHi und seine Vorsitzende mit der sozioökonomischen Analyse verknüpft und nicht mit einem vorgeblichen Geschlechtscharakter. Die Auswirkungen des Leitbildes »Mutter« mit all seinen negativen Folgen für die Möglichkeiten von Frauen wurden in diese Analyse mit einbezogen. Für die sozioökonomischen Nachteile, die mit einer tatsächlichen Mutterschaft entstanden, wurde ein Ausgleich angestrebt.<sup>2</sup> Die »doppelten

---

1 | Vgl. dazu Fuhrmann 2020.

2 | Siehe Kapitel 3.4.2 und insbesondere die dort zitierten Worte von Auguste Bosse: »Ich halte es ja nicht für ein Vergnügen, daß man sich alljährlich kaltstellen läßt, um bloß Wöchnerinnenunterstützung zu bekommen. Wenn unsere männlichen Kollegen auf dem Standpunkt stehen, daß für uns damit eine Extrawurst geschaffen ist, dann muß ich sagen: wenn die Natur uns mit dieser Extrawurst

Pflichten der Frauen«<sup>3</sup> bzw. die »dreifache Bürde«<sup>4</sup> von Lohnarbeit, Hausarbeit einschließlich Kinderbetreuung und Arbeit für die Bewegung wurde in die Frage aufgenommen, wie eine »absolute Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit des weiblichen Geschlechts«<sup>5</sup> zu erreichen sei. Weniger Rechte für Frauen, so Paula Thiede, seien durch nichts zu rechtfertigen, außer durch die »Ausrede, daß die Frauen seit je rechtlos gewesen sind«,<sup>6</sup> womit sie Unterschiede zwischen den Geschlechtern, die eine mindere Stellung von Frauen legitimieren könnten, kategorisch verneinte.

Dies war weder im Kaiserreich noch in der sozialistisch orientierten ArbeiterInnenbewegung üblich. Im VBHi wurden also andere Konsequenzen aus dem Spannungsverhältnis von Geschlecht und Klasse gezogen als in den meisten anderen Gewerkschaften. Die verbandsinterne Hegemonie der Emanzipationsidee ermöglichte es, Ansätze zu testen und weiterzuentwickeln, die im Kaiserreich ansonsten keine Chance hatten – auch nicht in den verschiedenen Organisationen des sozialdemokratischen Milieus. Wie insbesondere in Kapitel 5 dargelegt, strahlten die dadurch gewonnenen Erfahrungen durch Reden, Schriften und Praktiken auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung aus, ohne sich jedoch im großen Stil durchsetzen zu können.

Die Technik der bewussten und organisierten Verantwortungsübernahme durch Frauen resultierte aus den positiven Erfahrungen der jahrelangen Selbstorganisation der weiblichen Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen und wurde in den ersten Jahren des gemischtgeschlechtlichen Zentralverbands auch dort verankert. Die Haltung der Mitgliedschaft in der Emanzipationsfrage wurde mittels der Verbandszeitung »Solidarität« und zahlreicher Veranstaltungen beeinflusst und so die Erfahrungen der Zahlstelle I multipliziert. Auf diese Weise war die Akzeptanz weiblicher Stärke und der Bedürfnisse arbeitender Frauen innerhalb des Verbands erreicht worden – eine der Folgen waren deutliche Verhaltensänderungen der Mitgliedschaft:

---

ausgestattet hat (Große Heiterkeit) [...] ich finde darin nicht etwas, worin wir im Vorteil sind den männlichen Kollegen gegenüber, ich bin dafür, daß man die Wöchnerinnenunterstützung bestehen läßt« (VBHi 1915, S. 162).

3 | Thiede 1917, S. 358.

4 | Thiede 1916, S. 6.

5 | Thiede 1914, S. 826.

6 | Solidarität, 18. März 1911, S. 1.

So gab es »in der Organisation des Buch- und Steindruckhilfspersonals eine sonst kaum in anderen Organisationen zu findende Selbstständigkeit der Frauen«.<sup>7</sup>

Auch bei den männlichen Kollegen konnte zunehmend solidarisches Denken und Verhalten beobachtet werden. Der Verband als Ganzes bzw. seine Mitgliedschaft lernte, sich als diverse Klasse zu akzeptieren – und die gegebenen Spaltungslinien (etwa Geschlecht oder Ausbildung) nicht weiter zu tradieren. An diesem – im Vergleich zu den anderen Gewerkschaften – bemerkenswerten Prozess hatte Paula Thiede maßgeblichen Anteil. Aber auch sie sah im Rückblick in der strukturellen Stärke der erfahrenen Berliner Frauen die Voraussetzung für ihr eigenes Wirken:

»Wir haben eine gute Organisation, und die Frauen in unserem Verband betätigen sich zum Teil schon seit mehr als 20 Jahren in größerer Zahl an den verschiedenen Organisationsarbeiten und stehen auch an verantwortlichen Stellen. Die Tatsache, daß bei der Gründung unseres Verbandes im Juli 1898 die größte Zahlstelle nur aus Frauen bestand und von diesen selbst [...] erfolgreich geleitet worden war, ist mit als Ursache anzusehen, daß eine Frau als Leiterin des Verbandes gewählt wurde, der sich aus Frauen und Männern zusammensetzt. In fast 20jähriger gemeinsamer Arbeit ist auch bis heute an dieser Leitung auch nichts geändert worden.«<sup>8</sup>

Von Beginn an entzogen sich die Handelnden im VBHi der Debatte um die Prioritätensetzung zwischen Sozialismus und Gleichberechtigung. Im Sinne Letzterer wurde bewusst und zielgerichtet gehandelt, wo es möglich schien – ohne dieses Handeln zum Kampf für den Sozialismus ins Verhältnis zu setzen. Auch verzichteten die Gewerkschafterinnen weitestgehend darauf, in den damaligen »feministischen« Diskurs zu intervenieren: Weder wurde Clara Zetkins aufschiebende Position kritisiert noch die Klassenblindheit der reformistischen Bürgerfrauen angegriffen.

Die Ansätze zur Gleichberechtigung wurden also offensiv und im eigenen Alltag umgesetzt, doch scheint diese Praxis keine wesentliche identitätsstiftende Funktion für die Mitglieder gehabt zu haben. Selbst die Gegner dieser verbandsinternen Hegemonie sparten dieses Thema im Konfliktfall, z. B. bei den Verbandstagen weitestgehend aus. Und tatsächlich

---

7 | Thiede 1916, S. 5.

8 | Thiede 1917, S. 365.

bezog der Widerstand gegen die Leitung von Paula Thiede einen großen Teil seiner Energie aus dem Widerwillen gegen eine Zentralisierung der ArbeiterInnenbewegung gegen Ende des »langen 19. Jahrhunderts«:<sup>9</sup> Autoritäten, auch demokratisch gewählte, wurden nur langsam anerkannt, mit Skepsis betrachtet und teils mit Furor bekämpft. Innerhalb des VBHi verband sich diese lokalistische Tradition mit dem Unbehagen gegenüber weiblicher Führung.

Nachdem sich in den Jahren nach der Verbandsgründung 1898 innerverbandlich eine emanzipierte Grundidee durchgesetzt hatte, intervenierte der VBHi auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Mit Hilfe der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen konnte beispielsweise 1905 das Arbeiterinnensekretariat in der Generalkommission durchgesetzt werden. Doch solche unmittelbaren Erfolge waren eher die Ausnahme.

Die Agenda des Verbands schlug sich darüber hinaus in der Beteiligung an der nachhaltigsten Initiative nieder, die von den Frauenbewegungen des »langen 19. Jahrhunderts« ergriffen wurde: die Einführung des Weltfrauentags zur Erlangung des Frauenwahlrechts. Keine andere Gewerkschaft hat sich in dieser Weise eingebracht, so deutlich für diese Demonstration mobilisiert und so viele Aktive gestellt wie die der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen: Gertrud Hanna wirkte als Arbeiterinnensekretärin innerhalb der Generalkommission der Gewerkschaften und als Delegierte auf der Kopenhagener Frauenkonferenz von 1910, Auguste Bosse als Rednerin in Bremen. Paula Thiede war ebenfalls Delegierte in Kopenhagen, verfasste mobilisierende Texte für die »Solidarität« und trat als Rednerin in Berlin auf. Im Umkehrschluss darf vermutet werden, was erste Recherchen zu bestätigen scheinen: Die institutionalisierte deutsche Gewerkschaftsbewegung übergang den Weltfrauentag nahezu vollständig, einzig der VBHi machte hier eine Ausnahme.

Dass zunächst die Empowerment-Strategie wirksam wurde und anschließend eine emanzipierte Agenda auch in der gemischtgeschlechtlichen Gewerkschaft durchgesetzt werden konnte, ermöglichte es, Gewerkschaftsarbeit anders zu gestalten. Im verbandsinternen Unterstützungswesen

---

9 | Das »lange 19. Jahrhundert« bezeichnet in Anlehnung an die Arbeiten des Historikers Eric Hobsbawm die von großen Umbrüchen gekennzeichnete Epoche zwischen der Französischen Revolution 1789 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914.

änderte der VBHi gleich mehrere Punkte, um eine größere Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Es war bewusstes Handeln der GewerkschafterInnen, Geschlechtergerechtigkeit nicht nur durch Gleichbehandlung herzustellen, etwa beim geschlechterunabhängigen Staffelpbeitrag, sondern auch durch Ungleichbehandlung, z. B. beim Nachteilsausgleich durch die Wöchnerinnenunterstützung. Manchmal heißt Emanzipation *Gleichbehandlung*, manchmal *Ungleichbehandlung*.

Im VBHi wurden *Geschlecht* und *Klasse* zusammengedacht und dies mündete unter anderem in die von anderen Gewerkschaften selten genutzte Taktik, die Arbeitsvermittlung flächendeckend als Instrument in Arbeitskämpfen zu nutzen. Das Vorgehen, mittels permanenter Streikdrohung auf Betriebsebene die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, war zwar geräuschloser und risikoärmer als große Streiks, erleichterte Frauen aber die Teilnahme an Arbeitskämpfen. Frauen profitierten überproportional von diesem Instrument, weil sie es nicht nur *trotz* ihrer unständigen Beschäftigung nutzen konnten, sondern seine Vorteile auch und gerade *aufgrund* dieser Fluktuation besonders oft ausspielen konnten. Jeder Vermittlungsakt war zugleich ein Lohnverhandlungsakt und die starke Stellung der sogenannten Arbeitsnachweise im VBHi war eng mit den Geschlechterverhältnissen verflochten.

Durch die – im Vergleich zu »männlichen« Streiks – unspektakuläre Form dieser Arbeitskämpfe und seine Bindung an prekäre – »weibliche« – Arbeitsverhältnisse geriet dieses Instrument später in Vergessenheit. Dies ändert aber nichts daran, dass die Arbeitsnachweise, deren intensive Nutzung ein Alleinstellungsmerkmal des VBHi war, für die beteiligten ArbeiterInnen von großem Nutzen waren. Sie galten in ihrer Hochphase als »Lohnregulator« und halfen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen zu verbessern. Den Unternehmern waren sie zudem ein dermaßen großer Dorn im Auge, dass sie der noch jungen Organisation der schlecht qualifizierten HilfsarbeiterInnen schon früh einen regulären Tarifvertrag anboten, um sich der Arbeitsnachweise zu entledigen.

Die nicht nur in dieser Hinsicht bemerkenswerte Entwicklung der Gewerkschaft der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen fand kurz nach dem Ersten Weltkrieg ein relativ abruptes Ende. Bereits 1909 musste die selbstständige Organisierung der Frauen innerhalb des VBHi zugunsten des Tarifvertrags aufgegeben werden, was einen raschen Rückgang von weib-

lichem Einfluss zur Folge hatte. Zehn Jahre später wurde nach dem Tod der Vorsitzenden Paula Thiede im Jahr 1919 mit Engelbert Pucher ein Mann an die Verbandsspitze gewählt. Durch die bald folgende Zusammenlegung mit weiteren grafischen Hilfsarbeitergewerkschaften sowie das zusätzliche Erstarken des patriarchalen Rollenverständnisses im beginnenden Fordismus<sup>10</sup> wurde die verbandseigene Tradition weiter geschwächt und die Ausnahmestellung des VBHi beendet. Damit ging für die ArbeiterInnenbewegung eine ganze Welt an Möglichkeiten verloren.

Bereits im Jahr 1920, dem ersten Jahr nach der Gründung, waren in den höchsten Gremien des neuen »Verbands der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands« nur noch zwei Frauen zu finden, eine im erweiterten Vorstand und eine im Beirat.<sup>11</sup> Es sollten mehr als sechs Jahrzehnte vergehen, bevor in Deutschland mit der Wahl von Monika Wulf-Mathies an die Spitze der ÖTV im Jahr 1982 eine Frau in einer Gewerkschaft wieder so viel Einfluss gewinnen konnte, wie Paula Thiede im »Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen« gehabt hatte.

In diesem Band wurden Maßnahmen und Praktiken vorgestellt, mit denen GewerkschafterInnen auf gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse reagierten, um diese abzuschwächen und perspektivisch abzuschaffen. Zumindest Letzteres ist offensichtlich nicht gelungen, so dass die Gegenwart uns vor ähnliche Fragen stellt, wie sie die Lohnabhängigen schon vor 130 Jahren quälten. Immerhin sind auf dem Gebiet der Geschlechtergerechtigkeit nennenswerte Fortschritte zu verzeichnen, auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung selbst: Gewerkschaftliche Spitzenfunktionärinnen sind keine Ausnahme mehr und die Idee einer gleichberechtigten Arbeitswelt ist in der Mitgliedschaft verankert. Die heutigen Regelungen, etwa zum Elterngeld, sind ein substanzieller Fortschritt zu den in dieser Hinsicht nur zynisch zu nennenden Bismarck'schen Reformen (siehe Kapitel 3.4.2). Auch gewerkschaftseigene Unterstützung ist nicht mehr überlebenswichtig. Trotzdem sind wir auch heute noch weit entfernt von voller Gleichberechtigung.

---

10 | Vgl. zu diesen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg Fuhrmann 2020, S. 10–16.

11 | Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands 1921, S. 9f.

Der Kampf dafür sollte auch heute Angelegenheit aller sein, nicht zuletzt, weil mittelfristig alle Lohnabhängigen von der Verringerung ökonomischer Spaltungen profitieren. Das Agieren des VBHi hält reichlich Inspirationen bereit, wie Wege dorthin aussehen könnten. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass eine diskriminierungsfreie, alle *gleich behandelnde* Gesellschaft allein nicht genügt, wenn Gerechtigkeit das Ziel ist. Vielmehr ist es in bestimmten Fällen erforderlich, Nachteile aufgrund von Geschlecht, (Aus-)Bildung, Rassismus oder anderen Faktoren durch *Ungleichbehandlung* auszugleichen.

In den Druckereien waren die Belegschaften fragmentiert in die Gruppe der voll ausgebildeten, männlichen und relativ gut verdienenden Buchdrucker und Maschinenmeister einerseits und die HilfsarbeiterInnen, die überwiegend weiblich und mäßig ausgebildet waren, andererseits. Solche gespaltenen Belegschaften sind auch heute zu beobachten; nicht selten kommen dabei Werkverträge und Leiharbeit zum Einsatz. Ein Appell der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterin Clara Bien an die Gewerkschaftsbewegung aus dem Jahr 1896 hat insofern kaum etwas an Aktualität verloren: Die Gewerkschaften sollten sich mehr einsetzen für die, »die im Allgemeinen noch weit mehr ausgebeutet werden«, damit diese »in den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen eintreten« können.<sup>12</sup> Heute lässt sich dieser Appell, die »Mehrausgebeuteten« als Teil des »gewerkschaftlichen Wir« zu begreifen, intersektional auch über das Geschlechterverhältnis hinaus lesen.

Im Zusammenhang mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, die spätestens mit der rot-grünen Agenda 2010 normalisiert wurden, kann die gewerkschaftliche Strategie des VBHi, Vermittlungsvorgänge als Teil der Arbeitskämpfe zu verstehen, durchaus inspirieren. Während der Aufbau eigener gewerkschaftlicher »Arbeitsnachweise« angesichts des staatlichen Vermittlungsauftrages wenig zielführend erscheint, kann der Effekt, gute Arbeitsverhältnisse zu belohnen und schlechte zu sanktionieren, möglicherweise bereits mit einfachen Empfehlungslisten erreicht werden. In Zeiten, in denen Erfahrungen und Bewertungen im Internet allgegenwärtig sind, könnten z. B. gewerkschaftlich kuratierte Bewertungsportale einem Teil der Arbeitssuchenden dabei helfen, sich auf die besseren Arbeitsverhältnisse zu bewerben und die schlechteren zu ignorieren.

---

12 | Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1896, S. 123.



So könnten neue Wege entstehen, mittels derer Lohnarbeitende Druck für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ausüben können. Die Empörung der Unternehmer des Kaiserreichs, der VBHi habe »den Arbeitsnachweis hauptsächlich zur Aufbesserung der Löhne [seiner] Mitglieder benutzt«,<sup>13</sup> ist ein überaus schlagkräftiges Argument, ein solches Vorgehen in Zeiten bröckelnder Tarifbindung in Erwägung zu ziehen.

---

13 | VBHi 1907a, S. 34. Weiter heißt es dort: »Hatte eine Druckerei eine Arbeitskraft für 16 Mk. verlangt, dann hatten sie keine zu schicken; erklärte sich aber die Druckerei bereit, 17 Mk. zu zahlen, dann hatten sie Arbeitskräfte übrig.«

## 8 Wissenschaftlicher Apparat

---

### 8.1 Nachbemerkung

In der Entwicklung wissenschaftlicher Projekte gibt es immer wieder Entscheidungen hinsichtlich der Schwerpunktsetzung. Um einen roten Faden zu bewahren und um in letzter Konsequenz den Abschluss der Arbeit in der gegebenen Zeit überhaupt zu ermöglichen, können nicht alle Fragestellungen, Quellen und Literatur in wünschenswerter Weise gewürdigt werden. Dies wird im vorliegenden Fall dadurch verstärkt, dass die konkrete Materie noch nie Gegenstand der Geschichtsschreibung war, wenn ich auch auf eigene Vorarbeiten zurückgreifen konnte. Um bereits geleistete, aber nicht in die Veröffentlichung eingeflossene Arbeit zumindest in Teilen vor dem Orkus zu retten, folgen dazu einige Hinweise für Personen, die an weitergehender Forschung Interesse haben.

#### 8.1.1 Weiterführende Literatur

Zur Partizipation von Männern am Kampf für Gleichberechtigung in der historischen ArbeiterInnenbewegung hat uns Lopes/Roth 2000 einiges zu sagen und für das vertiefte Verständnis weiblicher Erwerbsarbeit im Europa des 19. Jahrhunderts ist Dickmann 1995 womöglich hilfreich. Eine vertiefte Auswertung könnte sich bei Richebächer 1982 für verschiedene Fragestellungen lohnen, während Schumacher 1994 und Lion 1926 bei biografischen Fragestellungen weiterhelfen werden.

Auch auf einige zeitgenössische Titel sei bei dieser Gelegenheit hingewiesen. Eine bislang unbeachtet gebliebene Broschüre wurde anlässlich des ersten Weltfrauentags veröffentlicht (Zetkin 1911) und erschien unter gleichem Titel jeweils in den Jahren 1912, 1913 und 1914. Mit diesen Broschüren ergibt sich für Forschungen zum frühen Weltfrauentag die exzel-

lente Gelegenheit, das internationale Spektrum der Aufrufe zu erkunden. Der Band von Buchhandlung Vorwärts (1920) bündelt die Positionen von Frauen, oft Gewerkschafterinnen, die als sozialdemokratische Abgeordnete den Beginn der Weimarer Republik mitprägten.

### 8.1.2 Weiterführende Quellen

Wer sich für die in diesem Buch behandelten Themen weitergehend interessiert, wird bei manchen Themen schnell an die Grenzen der Literatur stoßen. Hier wie auch generell kann der Griff zu den Quellen erhellend sein.

Zur Beantwortung der – meines Erachtens weiterhin ungeklärten – Frage nach den genauen Entwicklungen und Diskussionen, die zum Beschluss des Weltfrauentags auf der Kopenhagener Frauenkonferenz 1910 führten, kann möglicherweise die Korrespondenz von Clara Zetkin beitragen, die im Bundesarchiv unter der Signatur NY 4005/69-101 zu finden ist. Besonders vielversprechend sind Band 1, der unter anderem die Festlegung des Internationalen Frauentags von Mai auf März behandelt (NY 4005/69), Band 8, der eine Korrespondenz mit Gertrud Hanna enthält (NY 4005/76), und Band 34 zur Vorbereitung von Konferenzen (NY 4005/101).

Der Karl-Richter-Verein unterhält im »Haus der Buchdrucker« in der Berliner Dudenstraße 10 eine thematisch einschlägige Bibliothek, die auch Quellenbestände aus der ArbeiterInnenbewegung mit den Schwerpunkten Druckbereich und Berlin enthält, etwa die lokalen Berichte der Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen der Jahre 1914–1921 (Syst. Signatur: B 4.2.1) und die überarbeitete Version der 1906 ausgehandelten »Obliegenheiten« (Tarifvertrag) aus dem Jahr 1912 (Syst. Signatur: C 4.1).

Mit meinen Ressourcen nicht auffindbar war bislang ein Film über die Geschichte der Organisierung der Berliner Buchdruckerei-HilfsarbeiterInnen. Er wird in der »Solidarität« vom 1. März 1930, S. 4 beschrieben und stellt demnach die 40-jährige Geschichte der Berliner Organisation dokumentarisch nach. Sollte er sich erhalten haben und aufgefunden werden, wäre dies für die an diesem Teil der Gewerkschaftsgeschichte interessierten Lai\*innen und Historiker\*innen ein echtes Ereignis.

Darüber hinaus ist die gesamte Zeitung »Solidarität« eine Fundgrube, in der viel Quellenmaterial schlummert. Dies betrifft insbesondere die Alltagsgeschichte von Arbeit und gewerkschaftlicher Organisation im Kaiser-

reich, denn in der Verbandszeitung im Allgemeinen und in den lokalen Berichten im Besonderen wurde sehr offen, konkret und mitunter kleinteilig aus der täglichen Arbeit berichtet. Sie wird vom »Archiv der sozialen Demokratie« der Friedrich-Ebert-Stiftung online bereitgehalten.

Ebenfalls lohnenswert dürfte die noch nicht erfolgte Auswertung der Schriften von Gertrud Hanna (siehe Kapitel 5.2.1) sein (Auswahl):

Hanna, Gertrud (1911): Die Bedeutung des Frauenwahlrechts für die Arbeiterinnen, in: Zetkin, Clara (Hrsg.): Frauenwahlrecht! Hrsg. zum Ersten Sozialdemokratischen Frauentag, Stuttgart, S. 5 f. (19.3.1911).

Hanna, Gertrud (1916a): Die Arbeiterinnen und der Krieg, Berlin-Karlshorst.

Hanna, Gertrud (1916b): Weibliche Lehrlinge, in: Arbeiter-Jugend 8, H. 22, S. 169–179.

Hanna, Gertrud (1919): Frauenarbeit und Frauenorganisation der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Weimar vom 15. bis 16. Juli 1919, Berlin (Vortragsbroschüre).

Hanna, Gertrud (1923): Women in the German trade union movement, in: International labour review 8, S. 21–37.

Hanna, Gertrud (1925): The German exhibition of home industries and its lessons, in: International labour review 12, S. [523]–529.

Hanna, Gertrud (1927): Einführung in die Sozialpolitik (gedrucktes Manuskript).

Hanna, Gertrud (1930): Frauenarbeit und Internationales Arbeitsamt, in: Internationale Sozialpolitik 1, S. 3–20.

### 8.1.3 Schriften von Paula Thiede

Weder in der hier vorliegenden Studie noch in der 2019 erschienenen Biografie von Paula Thiede konnten die von ihr selbst stammenden Texte angemessen gewürdigt werden, obwohl dies unbedingt lohnend wäre. Paula Thiede verfasste nicht nur Texte für verschiedene Publikationsorgane der ArbeiterInnenbewegung, sondern auch jährliche, oft instruktive Rechenschaftsberichte sowie zahlreiche Artikel in der »Solidarität« (darunter namentlich unzureichend gekennzeichnete wie die Aufrufe zum ersten Weltfrauentag 1911). Sie hielt stundenlange Reden auf den Verbandskongressen, die in den Protokollen festgehalten sind.

Exemplarisch sei an dieser Stelle Thiedes Bewusstsein für geschichtliche Entwicklungen hervorgehoben, die sie konkret auf die Folgen für ihre Gewerkschaft bezogen hat. Sie hat mit einem von historischem Denken inspirierten Blick auf ihre Gegenwart Handlungsoptionen entwickelt. Eine hellsichtige Analyse der Produktivkraftentwicklung ließ sie etwa die sozialen Folgen des technischen Fortschritts vorausahnen.<sup>1</sup> Diese historisch aufmerksame Analyse der eigenen Situation, die ihr eine Ableitung dessen erlaubte, was Solidarität im Zeitalter der industriellen Revolution bedeuten kann, spielt in vielen Texten von Paula Thiede eine Rolle. Neben ihren im Literaturverzeichnis aufgeführten Schriften seien hier noch die folgenden genannt:

Thiede, Paula (1906): Die Spielwaren-Arbeiter und Arbeiterinnen in Sonneberg und Umgebung, in: Literarische Kommission der deutschen Heimarbeitsausstellung (Hrsg.): Bilder aus der deutschen Heimarbeit. Sozialer Fortschritt. Hefte und Flugschriften für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Nr. 63/64, Berlin, S. 26–28.

Thiede, Paula (1918): Der politische Streik und die Gewerkschaften, in: Solidarität, 16. Februar 1918, Leitartikel (Paula Thiedes Urheberschaft ist erwähnt in VBHi 1918, S. 64f.).

Außerdem finden sich zahlreiche Beiträge aus den Jahren 1895–1918 in der Verbandszeitschrift »Solidarität« sowie Reden in den Protokollen der Verbandstage.

#### **8.1.4 Forschungsdesiderate**

Zu guter Letzt seien weitere Forschungsmöglichkeiten angesprochen, die lohnenswert erscheinen. Die grafische Hilfsarbeiterschaft hat sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg besonders drastisch verändert. Nicht nur glich sich das »Genderregime« nach Paula Thiedes Tod an die anderen Gewerkschaften an, sondern der Verband wurde auch mit anderen Gewerkschaften vereinigt. Diese Episode kann bei entsprechender ausgerichteteter Forschung möglicherweise den Einfluss offenlegen, den die drastischen Änderungen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg auf

---

1 | Vgl. dazu etwa VBHi 1906, S. 2f. und S. 4–9.

das vorläufige Ende emanzipatorischer Bestrebungen im Gewerkschaftsbereich hatten.

In den Verbandspublikationen dieser Zeit finden sich außerdem eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, dass die Kontroversen um Burgfriedenspolitik und Revolution, die sich in der gesamten ArbeiterInnenbewegung abspielten, zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Verbands geführt haben. Das entsprechende Material des VBHi bietet die Möglichkeit, diese Spaltungen, die auf der Parteebene recht gut erforscht sind, auch in ihren Auswirkungen auf die freien Gewerkschaften zu untersuchen.

## 8.2 Periodika und Archivalien

### 8.2.1 Periodika und Protokolle

Buchbinder-Zeitung. Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter, Berlin.

Buchdruckerwacht. Organ zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung. Organ der Tarifgemeinschaftsgegner. Publikationsorgan des Centralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands/Gewerkschaft der Buchdrucker, Schriftgießer und Verwandten Berufsgenossen, Leipzig.

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg, ab 1903 Berlin.

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung. Organ für die Interessen der Metallarbeiter. Publikationsorgan d. Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin/Nürnberg/Stuttgart.

Die Gleichheit. Zeitschrift für die Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes, Berlin.

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e.V. (Hrsg.): Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933 (BIOSOP), [http://zhsf.gesis.org/biosop\\_db/biosop\\_db.php](http://zhsf.gesis.org/biosop_db/biosop_db.php) (Ab-ruf am 18.11.2020).

Gewerkschaftliche Frauenzeitung, Berlin.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer/Verband der Deutschen Buchdrucker, Berlin.

- Protokolle der Kongresse der Gewerkschaften Deutschlands (siehe die entsprechenden Einträge in Kapitel 8.3 unter »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands«).
- Protokolle der Verbandstage des VBHi, verschiedene Jahre (siehe die entsprechenden Einträge in Kapitel 8.3 unter »VBHi«).
- Protokolle des Gewerkschaftsausschusses der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg, ab 1903 Berlin.
- Rechenschaftsberichte der Berliner Gewerkschaftskommission, verschiedene Jahre (siehe die entsprechenden Einträge in Kapitel 8.3 unter »Berliner Gewerkschaftskommission«).
- Reichs-Gesetzblatt (RGBl.), Berlin.
- Solidarität. Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Berlin (mit verschiedenen Untertiteln).
- Sozialistische Monatshefte, Berlin.
- Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin.
- Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten, Berlin.

## 8.2.2 Archivalien

### Landesarchiv Berlin

- »Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin, betreffend ›die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung generalia« (1892), Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14950.
- Akte zur Berliner Gewerkschaftskommission: »Die Berliner Gewerkschafts-(Streik-Kontroll-)Kommission 1893–1896«, Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15458.
- Arbeitsvermittlung (preußenweites Material): Landesarchiv Berlin, A Rep. 042-05-03 Nr. 303.
- Behördliche Beobachtung der »Quartalspresse« (einschließlich Gewerkschaftszeitungen): Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14548.
- Dokumentensammlung zum Arbeitsnachweiswesen im Deutschen Reich: Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 1457.
- Geschäftsregister der Druckerei Eichler: Landesarchiv Berlin, A Rep. 342-02 Nr. 14489.

### **Titellose Einzelquellen**

- Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14967 (Polizeipräsidium Berlin, Ablehnung der Genehmigung einer Versammlung, November 1890).  
Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15459 (Polizeibericht vom 8. April 1898).  
Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Tit. 95 Nr. 15800\_004 (behördliche Liste von Kirchenaustritten).

### **Personenstandsurkunden (Berlin)<sup>2</sup>**

- Geburtsurkunde Emma Hanna, Landesarchiv Berlin, P Rep. 807 Nr. 94.  
Geburtsurkunde Gertrud Hanna, Landesarchiv Berlin, P Rep. 806 Nr. 674.  
Geburtsurkunde Gustav Hanna, Landesarchiv Berlin, P Rep. 806 Nr. 667.  
Geburtsurkunde Helene Klar, Landesarchiv Berlin, P Rep. 501 Nr. 1883.  
Geburtsurkunde Sophie Elsa Fiesel, Landesarchiv Berlin, P Rep. 502 Nr. 157.  
Heiratsurkunde Fiesel und Teske, Landesarchiv Berlin, P Rep. 502 Nr. 478.  
Heiratsurkunde Gertrud Lodahl, Landesarchiv Berlin, P Rep. 551 Nr. 34.  
Heiratsurkunde Heidemann und Ehm, Landesarchiv Berlin, P Rep. 630 Nr. 61.  
Heiratsurkunde Klar und Pucher, Landesarchiv Berlin, P Rep. 501 Nr. 214.

### **Personenstandsurkunden (andere Orte)<sup>3</sup>**

- Geburtsurkunde Johanne Reitze, Staatsarchiv Hamburg, Best. 332-5 Nr. 1916, Urkunde Nr. 306.  
Heiratsurkunde Hintzpeter und Sabath, Staatsarchiv Hamburg, Best. 332-5 Nr. 2795.  
Heiratsurkunde Leopolt und Reitze, Staatsarchiv Hamburg, Best. 332-5 Nr. 2940, Urkunde Nr. 909.  
Kirchenbuch Auguste Grote (Index des Kirchenbuches der Evangelischen Kirche Lerbach, Kr. Zellerfeld), Niedersächsisches Landesarchiv, Hannover (Angaben nach ancestry.de).  
Taufbuch Emilie Heidemann, geborene Ehm, »Evangelische Kirche Sankt Trinitatis Haberberg (Königsberg)«, Kaliningrad 1873, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Signatur: Best. 71762 Nr. 675 (Angaben nach ancestry.de).

---

2 | Teilweise aus dem Portal ancestry.de.

3 | Teilweise aus dem Portal ancestry.de.



### 8.3 Einzelquellen, Literatur und Internetressourcen

- Anonym (1889): Die gewerkschaftliche Organisation in Berlin, in: Vereinsblatt für die Krankenkassen, Fachvereine und andere Organisationen der Bauhandwerker. Organ d. lokalorganisierten Maurer u. Organ d. Steinmetzen Deutschlands, Nr. 47, 23. November 1889, Beilage, Braunschweig (in: Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15458, Blatt 5).
- Anonym (1919a): Im Januar um Mitternacht (Büxensteinlied), [www.volksliederarchiv.de/im-januar-um-mitternacht-buexensteinlied](http://www.volksliederarchiv.de/im-januar-um-mitternacht-buexensteinlied) (Abruf am 18.11.2020).
- Anonym (1919b): Paula Thiede, in: Gewerkschaftliche Frauenzeitung 3, H. 5, S. 34 f. (Autorin ist vermutlich Gertrud Hanna).
- Bake, Rita (o.J.): Johanne Reitze, in: Datenbank Hamburger Frauenbiografien, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, <https://www.hamburg.de/clp/frauenbiografien-suche/clp1/hamburgde/onepage.php?BIOID=3104&qN=Reitze> (Abruf am 14. Dezember 2020).
- Baron, Ava (1989): Questions of gender. Deskillling and demasculinization in the U.S. printing industry, 1830–1915, in: *Gender & History* 1, H. 2, S. 178–199.
- Baron, Ava (1991): An »Other« Side of Gender Antagonism at Work. Men, Boys, and the Remasculinization of Printer's Work, 1830–1920, in: Baron, Ava (Hrsg.): *Work engendered. Toward a new history of American labor*, Ithaca/NY.
- Beier, Gerhard (1966): *Schwarze Kunst und Klassenkampf. Vom Geheimbund zum königlich-preussischen Gewerkverein (1830–1890)*, Frankfurt am Main u. a.
- Beier, Rosmarie (1998): Die gewerkschaftliche Organisation von Heimarbeiterinnen im deutschen Kaiserreich. »Geschlecht« und »Klasse« am Beispiel der Berliner Bekleidungsindustrie, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)*, S. 412–425.
- Berger, Adeline (1889): *Die zwanzigjährige Arbeiterinnen-Bewegung Berlins und ihr Ergebnis. Beleuchtet von einer Arbeiterin*, Berlin.
- Berliner Gewerkschaftskommission (1894): *Rechenschaftsbericht für die Zeit von Anfang Januar bis Ende Juni 1894*, Berlin (Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15458, Blatt 173).

- Berliner Gewerkschaftskommission (1895a): Rechenschaftsbericht für den Zeitraum von Juli 1894 bis Januar 1895, Berlin.
- Berliner Gewerkschaftskommission (1895b): Rechenschaftsbericht für die Zeit von Juli 1895 bis Januar 1896, Berlin, <https://digital.staatsbibliothek-berlin.de/suche?queryString=PPN897856325> (Abruf am 18.11.2020).
- Berliner Gewerkschaftskommission (1896): Rechenschafts-Bericht für die Zeit von Januar 1896 bis Juli 1896, Berlin (Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15458, Blatt 252).
- Berliner Gewerkschaftskommission (1898): Rechenschaftsbericht für das Jahr 1897, Berlin, <https://digital.staatsbibliothek-berlin.de/suche?queryString=PPN897856325> (Abruf am 18.11.2020).
- Berliner Gewerkschaftskommission (1900): Rechenschaftsbericht für das Jahr 1899, Berlin.
- Berliner Gewerkschaftskommission (1901): Rechenschaftsbericht für das Jahr 1900, Berlin.
- Bleich, Otto (1905): 1890–1898. Ein Rückblick auf die Organisationsentwicklung, in: *Solidarität*, 10. Juni 1905, S. 3 f.
- Boris, Eileen/Hoehcker, Dorothea/Zimmermann, Susan (Hrsg.) (2018): *Women's ILO. Transnational networks, global labour standards and gender equity, 1919 to present*, Leiden/Boston.
- Braun, Adolf (1913): *Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften*, Berlin.
- Braun, Lily (1901): *Die Frauenfrage. Ihre geschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Seite*, Leipzig.
- Braun, Lily (1906): *Die Mutterschaftsversicherung. Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen*, Berlin.
- Buchhandlung Vorwärts (Hrsg.) (1920): *Frauenstimmen aus der Nationalversammlung. Beiträge der sozialdemokratischen Volksvertreterinnen zu den Zeitfragen*, Berlin.
- Bureau des Reichstags (Hrsg.) (1919): *Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Weimar 1919. Biographische Notizen*, Berlin (amtliche Ausgabe).
- Bureau des Reichstags (Hrsg.) (1920): *Reichstags-Handbuch, I. Wahlperiode. 1920*, Berlin, [https://daten.digitale-sammlungen.de/bsb00000001/image\\_312](https://daten.digitale-sammlungen.de/bsb00000001/image_312) (Abruf 22.1.2021).
- Büro des Reichstags (Hrsg.) (1932): *Reichstags-Handbuch, VI. Wahlperiode. 1932*, Berlin, [https://daten.digitale-sammlungen.de/bsb00000006/image\\_179](https://daten.digitale-sammlungen.de/bsb00000006/image_179) (Abruf am 22.1.2021).

- Busch, Ernst (o.J.): Spartakus 1919, [www.youtube.com/watch?v=G3p11dGAMYg](http://www.youtube.com/watch?v=G3p11dGAMYg) (Abruf am 18.11.2020; Vertonung des »Büxensteinlieds«, Musik von Hanns Eisler).
- Calwer, Richard (1899): Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis in ihrer Bedeutung für die Arbeiterklasse, Stuttgart.
- Canning, Kathleen (1993): Geschlecht als Unordnungsprinzip. Überlegungen zur Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung, in: Schissler, Hanna (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse im historischen Wandel, Bd. 3, Frankfurt am Main/New York, S. 139–163.
- Canning, Kathleen (1996): Languages of labor and gender. Female factory work in Germany, 1850–1914, Ithaca/London.
- Central-Verein für Arbeitsnachweis zu Berlin (o. J.): Geschäftsbericht für das Jahr 1901, Berlin (vermutlich 1902; enthalten in: Landesarchiv Berlin A. Pr. Br. Rep. 030 Nr. 2051).
- Cobble, Dorothy Sue (2018): The Other ILO Founders. 1919 and its Legacies, in: Boris, Eileen/Hoehntker, Dorothea/Zimmermann, Susan (Hrsg.): Women's ILO. Transnational networks, global labour standards and gender equity, 1919 to present. Leiden/Boston, S. 27–49.
- Dertinger, Antje (1988): Gertrud Hanna. Anwältin der erwerbstätigen Frauen, in: Schneider, Dieter (Hrsg.): Sie waren die Ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main, S. 165–181.
- Dickmann, Elisabeth (Hrsg.) (1995): Arbeiterinnengeschichte im 19. Jahrhundert. Studien zum sozio-kulturellen Wandel und zum politischen Diskurs in den Frauenbewegungen in Deutschland, England, Italien und Österreich (Vorträge eines Workshops an der Universität Bremen 1993), Münster/Hamburg.
- Die Mitgliedschaften im Gau I Rheinland-Westfalen (1928): Zum neunten Verbandstage in Köln und zum dreissigjährigen Bestehen des Verbandes der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Köln.
- Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt (Hrsg.) (2004): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Mit den aktuellen Programmentwürfen im Anhang, 4. Aufl., Bonn.
- DWDS (2020a): DWDS-Wortverlaufskurve für »Arbeitsnachweis«, erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache, [www.dwds.de/r/plot?view=1&corpus=dt&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=10&prune=0&window=3&wbase=](http://www.dwds.de/r/plot?view=1&corpus=dt&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=10&prune=0&window=3&wbase=)

- 0&logavg=0&logscale=0&xrange=1600%3A2000&q1=Arbeitsnachweis (Abruf am 18.11.2020).
- DWDS (2020b): DWDS-Wortverlaufskurve für »Feminismus«, erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache, [www.dwds.de/r/plot?view=1&corpus=dta%2Bdwds&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=10&prune=0&window=3&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1600%3A2000&q1=Feminismus](http://www.dwds.de/r/plot?view=1&corpus=dta%2Bdwds&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=10&prune=0&window=3&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1600%3A2000&q1=Feminismus) (Abruf am 18.11.2020).
- Ehm, Emilie (1952): Einiges aus der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Berlin (Landesarchiv Berlin, SAPMO/BA, SgY30/155, alte Signatur: SgY30/184).
- Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen (1907): Stuttgart, 17.–19. August 1907 (Protokoll), in: Vorwärts Verlag (Hrsg.): Internationaler Sozialisten-Kongress (Protokoll). 18.–24. August 1907, Berlin, S. 124–145 (Anhang).
- Evans, Richard J. (1989): Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger politischen Polizei 1892–1914, Reinbek bei Hamburg.
- Evert, Georg (1888): Der Arbeitsnachweis. Nach einem Vortrage, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 12, S. 1103–1128.
- Faust, Anselm (1986): Arbeitsmarktpolitik im deutschen Kaiserreich. Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung 1890–1918, Stuttgart.
- Fehlinger, Hans (1907): Das Unterstützungswesen der Gewerkschaften Deutschlands, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 63, H. 3, S. 508–527.
- Freude, Roswitha (1985): Ottilie Baader. Ein biographischer Beitrag zur Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Leipzig.
- Freund, Richard (1897): Der allgemeine Arbeitsnachweis in Deutschland im Jahre 1896, Berlin.
- Freund, Richard (1899): Der Arbeitsnachweis. Eine sozialpolitische Studie, Leipzig.
- Fuhrmann, Uwe (2017a): Die Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft« 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse, Konstanz.
- Fuhrmann, Uwe (2017b): Die Falken und der »Sozialismus«, in: Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, H. 1, S. 12–19.

- Fuhrmann, Uwe (2019): »Frau Berlin« – Paula Thiede (1870–1919). Vom Arbeiterkind zur Gewerkschaftsvorsitzenden, Konstanz.
- Fuhrmann, Uwe (2020): Gewerkschafterinnen in der Erinnerungskultur der Gewerkschaften (Arbeitspapier aus der Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie«, März 2020).
- Fuhrmann, Uwe (2021): Vom Kampfmittel zur Parität. Die Arbeitsvermittlung und die Gewerkschaften, in: Berger, Stefan/Jäger, Wolfgang/Kruke, Anja (Hrsg.): Gewerkschaften in revolutionären Zeiten. Europa 1917 bis 1923, Essen, S. 237–250.
- Gabel, Angela (1988): Die Arbeiterinnen und ihre gewerkschaftliche Organisation im deutschen Buchdruckgewerbe 1890–1914, Darmstadt (Mastarbeiterarbeit).
- Garten der Frauen e. V. (Hrsg.) (o.J.): Johanne Reitze geb. Leopolt, [www.garten-der-frauen.de/sonst.html#reitze](http://www.garten-der-frauen.de/sonst.html#reitze) (Abruf am 18.11.2020).
- Géliu, Claudia von (2007): »Sie kannte nicht den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will«. Emma Ihrer (1857–1911) zum 150. Geburtstag, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 6, H. 3, S. 92–104.
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1896): Protokoll der Verhandlungen des zweiten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 4. bis 8. Mai 1896, Hamburg.
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1899): Protokoll der Verhandlungen des Dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a.M.-Bockenheim vom 8. bis 13. Mai 1899, Hamburg.
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1904): Protokoll der Verhandlungen des ersten Allgemeinen Heimarbeiterschutz-Kongresses. Abgehalten zu Berlin im Gewerkschaftshaus am 7., 8., und 9. März 1904, Berlin.
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (1908): Protokoll der Verhandlungen des sechsten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Hamburg vom 22. bis 27. Juni 1908, Berlin.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e. V. (Hrsg.) (o.J.): Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933 (BIOSOP), Eintrag »Johanna [sic] Reitze«, [http://zhfs.gesis.org/biosop\\_db/biosop\\_db.php](http://zhfs.gesis.org/biosop_db/biosop_db.php) (Abruf am 18.11.2020).

- Graack, Erdmann (1926): Die Arbeitsvermittlung in Deutschland. Entstehung – Formen – Wirksamkeit, Stuttgart.
- Haake, Kirsten (2018): Helma Steinbach 1847–1918. Eine Vorkämpferin für Gewerkschaft, Genossenschaft und Partei, Norderstedt.
- Hamacher, Gudrun/Losseff-Tillmanns, Gisela (1985): Internationaler Frauentag. Tag der Frauen seit 75 Jahren, Frankfurt am Main.
- Hanna, Antonie (1923): Aus den Anfängen der Hilfsarbeiterbewegung, in: Solidarität, 1. Juni 1923 (Jubiläumsausgabe), S. 3.
- Hauff, Lilly (1912): Die deutschen Arbeiterinnen-Organisationen, Halle (Saale).
- Hausen, Karin (1997): Arbeiterinnenschutz, Mutterschutz und gesetzliche Krankenversicherung im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Zur Funktion von Arbeits- und Sozialrecht für die Normierung und Stabilisierung der Geschlechterverhältnisse, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, S. 713–743.
- Heidemann, Emilie (1899): Aufruf an die Kolleginnen der Zahlstelle I (Berlin), in: Solidarität, 12. November 1899, S. 1.
- Heydemann [d.i. Heidemann], Emilie (1900): Zum 10jährigen Bestehen der Organisation der Hilfsarbeiterinnen Berlins, in: Solidarität, 1. April 1900, S. 1.
- Hoffmann, Jana (2008): Hanna, Gertrud (1876–1944). »Anwältin der erwerbstätigen Frauen«, in: Mielke, Siegfried (Hrsg.): Gewerkschafterinnen im NS-Staat. Verfolgung, Widerstand, Emigration, Essen, S. 164–176.
- Hoffrogge, Ralf (2010): Vom Schnaps zum Bier. Eine Richtungsentscheidung in der deutschen Arbeiterbewegung, in: ak – analyse & kritik, 19. November 2010.
- Hoffrogge, Ralf (2014): Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz.
- Ihrer, Emma (1893): Die Organisationen der Arbeiterinnen Deutschlands, ihre Entstehung und Entwicklung, Berlin.
- Ihrer, Emma (1898): Die Arbeiterinnen im Klassenkampf. Anfänge der Arbeiterinnen-Bewegung, ihr Gegensatz zur bürgerlichen Frauenbewegung und ihre nächsten Aufgaben, Hamburg.
- Jastrow, Ignaz (1898): Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis in Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 3, S. 289–350.

- Juchacz, Marie (1971): Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Hannover.
- Kähler, Wilhelm (1898): Neue Schriften über den Arbeitsnachweis, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 3, H. 71, S. 544–553.
- Kaplan, Temma (1985): On the socialist origins of International Women's Day, in: *Feminist Studies* 11, H. 1, S. 163–171.
- Kassel, Brigitte (1997): Frauen in einer Männerwelt. Frauenerwerbsarbeit in der Metallindustrie und ihre Interessenvertretung durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband (1891–1933), Köln.
- Kirschbaum, Jan Niko (2013): Gustav-Adolf-Uthmann-Denkmal, [www.denkmal-wuppertal.de/2013/02/gustav-adolf-uthmann-denkmal.html](http://www.denkmal-wuppertal.de/2013/02/gustav-adolf-uthmann-denkmal.html) (Abruf am 18.11.2020).
- Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1898): Protokoll vom Ersten Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands am 30., 31. Mai und 1. Juni 1898, Berlin.
- Krahl, Willi (1916): Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Fünfzig Jahre deutsche gewerkschaftliche Arbeit mit einer Vorgeschichte, Berlin/Leipzig.
- Kühne, Tobias (2015): »Willst Du arm und unfrei bleiben?«. Louise Zietz (1865–1922), Berlin.
- Lauer, Fritz (Hrsg.) (1908): Die Praxis des öffentlichen Arbeitsnachweises, Berlin.
- Lindenberg, Paul (o.J.): Berlin. Die Umgebungen Berlins, Leipzig (vermutlich 1886).
- Lion, Hilde (1926): Zur Soziologie der Frauenbewegung. Die sozialistische und die katholische Frauenbewegung, Berlin.
- Lodahl, Gertrud (1920): Die Geldquellen des Reiches, in: Buchhandlung Vorwärts (Hrsg.): Frauenstimmen aus der Nationalversammlung. Beiträge der sozialdemokratischen Volksvertreterinnen zu den Zeitfragen, Berlin, S. 46–50.
- Lopes, Anne (2009): Feminisms, Foucault, and the Berlin Women's Movement, in: *Historical Reflections/Réflexions Historiques* 35, H. 1, S. 114–136.
- Lopes, Anne/Roth, Gary (2000): Men's feminism. August Bebel and the German socialist movement, Amherst/NY.

- Losseff-Tillmanns, Gisela (1978): Frauenemanzipation und Gewerkschaften, Wuppertal.
- Losseff-Tillmanns, Gisela (2015): Ida Altmann-Bronn 1862–1935. Lebensgeschichte einer sozialdemokratischen, freidenkerischen Gewerkschafterin – eine Spurensuche, Baden-Baden.
- Lüders, Else (1902): Arbeiterinnenorganisation und Frauenbewegung, Berlin.
- Lüders, Else (1905): Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung (Teil 2), in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 15. April 1905, S. 231 f.
- Maier, Dieter G. (2004): Anfänge und Brüche der Arbeitsverwaltung bis 1952. Zugleich ein kaum bekanntes Kapitel der deutsch-jüdischen Geschichte, Brühl/Rheinland.
- Marx, Karl (1890/1962): Erster Band – Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Nach der 4., von Friedrich Engels durchgesehen und hrsg. Aufl., Hamburg 1890/Berlin 1962.
- Mattutat, Hermann (1917): Der Kampf um den Arbeitsnachweis, in: Sozialistische Monatshefte 23, H. 18, S. 926–931.
- Menger, Gisela (2014): Auguste Bosse (13.6.1862 bis nach 1943). Die Stimme der Arbeiterinnen, in: Behrens, Verena (Hrsg.): Starke Frauen radikal sozial und demokratisch. Ein Dialog mit 150 Jahren Bremer Geschichte. Bremen, S. 157–177.
- Meyer, Katrin (2017): Theorien der Intersektionalität zur Einführung, Hamburg.
- Michalke, Otto (1912): Die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften im Deutschen Reich, Berlin/Boston.
- Mielke, Siegfried (2016): Gertrud Hanna 1876–1944, in: Bleicher-Nagelsmann, Heinrich/Blumenthal, Wolfgang/Lindemann, Constanze/Simon, Hartmut (Hrsg.): Vom Buchdruckerverband zur Einheitsgewerkschaft. 150 Jahre ver.di, Berlin, S. 70 f.
- Mooser, Josef (1984): Arbeiterleben in Deutschland. 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt am Main.
- Nagel, Otto (1962/1970): H. Zille, 13. Aufl., Berlin.
- Notz, Gisela (2008): »Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!«. Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht, Bonn.



- Osborne, Lori (2011): May Wood Simons and International Women's Day (Evanston Women's History Project, 5. März 2011). <http://evanstonwomen.org/2011/03/05/may-wood-simons-and-international-womens-day> (Abruf am 5.10.2020).
- Otto, Matthias (2004): 25 Jahre »sozialer Friede« im Buchdruckgewerbe. Der Druckereibesitzer Georg Wilhelm Büxenstein war erfolgreicher Tarifpolitiker und risikofreudiger Förderer technischer Innovation, in: *Journal für Druckgeschichte*, Neue Folge 10, 1/2004, S. 37–39.
- Penny, Laurie/Nagel, Sarah (2018): Arbeit, Sex, Macht und Liebe. <https://adamag.de/laurie-penny-arbeit-sex-macht-und-liebe> (Abruf am 18.11.2020).
- Pfeifer, Wolfgang et al. (1993): Sozialismus, in: *Etmologisches Wörterbuch des Deutschen*. Digitalisierte und von Wolfgang Pfeifer überarbeitete Version im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache (DWDS), [www.dwds.de/wb/Sozialismus#etymwb-1](http://www.dwds.de/wb/Sozialismus#etymwb-1) (Abruf am 18.11.2020).
- Plener, Ulla (Hrsg.) (2008): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin.
- Plogstedt, Sibylle (2013): »Wir haben Geschichte geschrieben«. Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945–1990), Gießen.
- Plogstedt, Sibylle (2015): Mit vereinten Kräften. Die Gleichstellungsarbeit der DGB-Frauen in Ost und West (1990–2010), Gießen.
- Preczang, Ernst (1915): Ein Vierteljahrhundert! In: *Solidarität*, 10. April 1915, Titelseite.
- Puschnerat, Tânia (2003): Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus: eine Biographie, Essen.
- Quataert, Jean H. (1996): Writing the history of women and gender in Imperial Germany, in: Eley, Geoff (Hrsg.): *Society, culture, and the state in Germany, 1870–1930*. Ann Arbor (Social history, popular culture, and politics in Germany), S. 43–66.
- Quataert, Jean Helen (1979): *Reluctant feminists in German social democracy 1885–1917*, Princeton.
- Reitze, Johanna (1920a): Die Frau und die Betriebsräte, in: *Buchhandlung Vorwärts* (Hrsg.): *Frauenstimmen aus der Nationalversammlung*. Beiträge der sozialdemokratischen Volksvertreterinnen zu den Zeitfragen, Berlin, S. 37–40.
- Reitze, Johanna (1920b): Sollen die Frauen eigene Wege gehen?, in: *Buchhandlung Vorwärts* (Hrsg.): *Frauenstimmen aus der Nationalversamm-*

- lung. Beiträge der sozialdemokratischen Volksvertreterinnen zu den Zeitfragen, Berlin, S. 15–17.
- Reitze, Johanne (1922): Das Recht der Frau. Die Sozialdemokratie im Kampfe um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau, Berlin.
- Reitzenstein, Friedrich von (1897): Der Arbeitsnachweis. Seine Entwicklung und Gestaltung im In- und Auslande, Berlin.
- Reuschel, Albert (1917): Ein Tag aus dem Leben zweier Proletarierkinder, in: Solidarität, 3. Februar 1917, S. 3.
- Richebächer, Sabine (1982): Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890–1914, Frankfurt am Main.
- Sachse, Mirjam (2010): Von »weiblichen Vollmensch« und Klassenkämpferinnen. Frauengeschichte und Frauenleitbilder in der proletarischen Frauenzeitschrift »Die Gleichheit« (1891–1923), Kassel.
- Saldern, Adelheid von (1995): Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn.
- Scheiwe, Kirsten/Artnet, Lucia (2018): International Networking in the Interwar Years. Gertrud Hanna, Alice Salomon and Erna Magnus, in: Boris, Eileen/Hoehltker, Dorothea/Zimmermann, Susan (Hrsg.): Women's ILO. Transnational networks, global labour standards and gender equity, 1919 to present. Leiden/Boston, S. 75–96.
- Schmidt-Bachem, Heinz (2009): Beiträge zur Industriegeschichte der Papier-, Pappe- und Folien-Verarbeitung in Deutschland. Quellen, Recherchen, Dokumente, Materialien, Düren.
- Schmidt-Bachem, Heinz (2011): Aus Papier. Eine Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Papier verarbeitenden Industrie in Deutschland, Berlin.
- Schneider, Dieter (Hrsg.) (1988): Sie waren die Ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main.
- Scholze, Siegfried (2001): Der internationale Frauentag einst und heute. Geschichtlicher Abriß und weltweite Tradition vom Entstehen bis zur Gegenwart, Berlin.
- Schröder, Wilhelm (1906): Gedanken zur Heimarbeitsausstellung, in: Sozialistische Monatshefte, H. 3, Bd. I, S. 221–229.
- Schulz, Richard (1919): Büxensteinlied (Im Januar um Mitternacht), [www.kommunisten.ch/index.php?article\\_id=39](http://www.kommunisten.ch/index.php?article_id=39) (Abruf am 18.11.2020).
- Schumacher, Martin (Hrsg.) (1994): Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische

- Dokumentation; mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, 3. Aufl., Düsseldorf.
- Schwartz, Michael (1994): »Proletarier« und »Lumpen«. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42, H. 4, S. 537–570.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1890): Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1896): Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896, Berlin.
- Stiftung Historische Museen Hamburg (Hrsg.) (o.J.): Hamburger Persönlichkeiten 801–2015. Johanne Reitze, [www.hamburgerpersoenlichkeiten.de/hamburgerpersoenlichkeiten/login/person.asp?reqid=1392](http://www.hamburgerpersoenlichkeiten.de/hamburgerpersoenlichkeiten/login/person.asp?reqid=1392) (Abgerufen am 18.11.2020).
- Strain, Jacqueline (1964): Feminism and political radicalism in the German social democratic movement, 1890–1914, Ann Arbor.
- Streichbeen, Eulalia (1905): Monolog über unsere Tariefbewegung, in: Solidarität, 10. Juni 1905, S. 2.
- Strietzel, Gertrud (1901): Wünsche zum Verbandstag, in: Solidarität, 22. Dezember 1901, S. 2 (von Gertrud Lodahl, geb. Strietzel).
- Stuckmann, Dagmar (2011): »Gebt Raum den Frauen«. 100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen, Wiesbaden.
- Tennstedt, Florian (1983): Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung u. Sozialpolitik in Deutschland, 1800 bis 1914, Köln.
- Tennstedt, Florian/Winter, Heidi/Ayass, Wolfgang (Hrsg.) (2012): Die gesetzliche Krankenversicherung, Darmstadt.
- Thiede, Paula (o.J.): Ein Wiedersehen, Berlin (vermutlich 1909 erschienene Agitationsschrift, Autorenschaft vermutet).
- Thiede, Paula (1900): Bericht der Agitationstour im Januar 1900, in: Solidarität, 4. Februar 1900, S. 2 f.
- Thiede, Paula (1905a): Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 15, H. 11, 18. März 1905, S. 169 f.
- Thiede, Paula (1905b): Ein Rückblick auf unsere Verbandsgründung, in: Solidarität, 10. Juni 1905, S. 1 f. der Beilage.

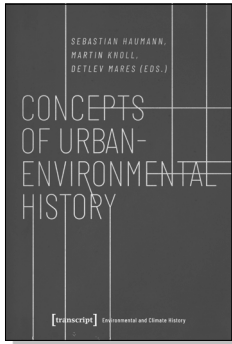
- Thiede, Paula (1909): Passiver Widerstand in Tarifgewerben, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 19, H. 52, 25. Dezember 1909, S. 815 f.
- Thiede, Paula (1911): Einrichtung und Ausgestaltung der sozialdemokratischen Frauenkonferenz, in: Sozialistische Monatshefte 17, H. 18/20, S. 1248–1250.
- Thiede, Paula (1914): Die fachgewerbliche Ausbildung der Arbeiterin, in: Sozialistische Monatshefte 20, H. 12/13, S. 824–828.
- Thiede, Paula (1915a): 25 Jahre Organisation! In: Vorwärts, 13. April 1915, S. 6.
- Thiede, Paula (1915b): Unsere Jubilare. Berlin – Hamburg, in: Solidarität, 10. April 1915, S. 2–4.
- Thiede, Paula (1916): Der Wert der Mitarbeit der Frauen in der Organisation, in: Gewerkschaftliche Frauenzeitung 1, H. 1, 5. Januar 1916, S. 5 f.
- Thiede, Paula (1917): Erwerbsarbeit, Entlohnung und Organisation der Frauen, in: Sozialistische Monatshefte 23, H. 47, 14. November 1917, S. 356–366.
- Thompson, Edward P. (1963/2013): The making of the English working class, London.
- Tiedemann, Fritz (1897): Die neuere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und der gewerkschaftlichen Organisation im Buchdruck-Gewerbe, Tübingen.
- VBHi o.J. = Verband der Buch- und Steindruckerei- Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (o.J.): Sitzung der Tarifverhandlungen des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen für die Ortsverwaltungen Berlin I und II. Abgehalten in Berlin 5.–11. April 1907.
- VBHi 1901 = Verband der in Buchdruckereien u. verw. Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (1901): Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1900 bis 30. September 1901, Berlin.
- VBHi 1902 = Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (1902): Protokoll vom Zweiten Verbandstag. Abgehalten in Berlin im Gewerkschaftshaus am 28., 29., 30. und 31. März 1902, Berlin.
- VBHi 1903 = Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (1903):

- Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1903, Berlin.
- VBHi 1904 =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1904): Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904, Berlin.
- VBHi 1905a =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1905a): Protokoll vom dritten Verbandstag abgehalten in Halle a. S. vom 10. bis 13. Juni 1905, Berlin.
- VBHi 1905b =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (1905b): Statut des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Abgeändert auf dem 3. Verbandstag zu Halle 1905.
- VBHi 1906 =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1906): Rechenschafts-Bericht für die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1906, Berlin.
- VBHi 1907a =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1907a): Protokoll über die Sitzung der Kommission zur Schaffung allgemeiner Bestimmungen für die Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals abgehalten am 16. Dezember 1906 im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig.
- VBHi 1907b =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1907b): Rechenschafts-Bericht für 1906, Berlin.
- VBHi 1908 =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1908): Vorstands- und Rechenschafts-Bericht der letzten Verbands-Periode 1905–1908 [und] Protokoll vom 4. Verbandstag, Berlin.
- VBHi 1909 =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1909): Rechenschaftsbericht für 1908, Berlin.
- VBHi 1910a =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (1910a): Protokoll vom 5. Verbandstag in Bremen 12.–16. Sept. 1910. Berichte über die Verbandsperiode 1908/10, Berlin.
- VBHi 1910b =Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1910b): Rechenschaftsbericht für 1909, Berlin.

- VBHi 1911 = Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1911): Statistik über Betriebs-, Organisations- und Tarifverhältnisse sowie über Arbeitszeit, Entlohnung des Hilfs-Personals in Buch- und Steindruckereien, Berlin.
- VBHi 1912a = Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1912a): Protokoll vom außerordentlichen Verbandstag in Berlin. 22. bis 25. Februar 1912, Berlin.
- VBHi 1912b = Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1912b): Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht für 1911, Berlin.
- VBHi 1914 = Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (1914): Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht für 1913, Berlin.
- VBHi 1915 = Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1915): Vorstands- und Rechenschaftsbericht über die Verbandsperiode 1910/13 [und] Protokoll vom VI. Verbandstag. Abgehalten in Leipzig in der Zeit vom 5. bis 11. Juli 1914, Berlin.
- VBHi 1918 = Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1918): Protokoll vom 2. außerordentlichen Verbandstag. Abgehalten in Berlin in der Zeit vom 16.–20. Juni 1918.
- Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1921): Rechenschaftsbericht für 1920, Berlin.
- Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1923): Rechenschaftsbericht über 1922, Berlin.
- Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands (1925): Geschichtlicher Rückblick über die Gründung und Entwicklung der Hamburger Zahlstelle, o.O.
- Vorwärts Verlag (1910): Internationaler Sozialisten-Kongress zu Kopenhagen. 28. August bis 3. September 1910, Berlin (Protokoll).
- Wachenheim, Hedwig (1973): Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, Berlin.
- Wachs, Albert (1905): Die »Solidarität« und das graphische Kartell, in: Solidarität, 10. Juni 1905, S. 2 f.

- Weindling, Paul J. (1987): Die Verbreitung rassenhygienischen/eugenischen Gedankengutes in bürgerlichen und sozialistischen Kreisen in der Weimarer Republik, in: *Medizinhistorisches Journal*, H. 4, S. 352–368.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld.
- Zadek, Ignaz (1901): Arbeiterinnenschutz, in: *Sozialistische Monatshefte* 5, H. 3, S. 163–179.
- Zahnbrecher, Franz (1914): *Die Arbeitgebernachweise in Deutschland*, Nürnberg.
- Zentral-Verein für Arbeitsnachweis zu Berlin (o.J.): *Geschäfts-Bericht für das Jahr 1913/14*, Berlin (vermutlich 1914; enthalten in: Landesarchiv Berlin A Pr. Br. Rep. 030-04 Nr. 3161).
- Zentralvorstand der IG Druck und Papier im FDGB (Hrsg.) (1966): *Hundert Jahre Kampf der Gewerkschaften der graphischen Arbeiter. Beiträge zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen in der graphischen Industrie seit der Gründung des Deutschen Buchdruckerverbandes im Jahre 1866 bis zur Gegenwart*, Berlin.
- Zetkin, Clara (1894): *Reinliche Scheidung*, in: *Die Gleichheit*, 18. April 1894, S. 7 (pag. 63).
- Zetkin, Clara (1897): *Nicht Schmutzkonkurrentin – Kampfesgefährtin, Arbeitsgenossin!* In: *Die Gleichheit*, 11. August 1897, Wiederabdruck ohne Autorennennung in: *Solidarität*, 5. September 1897, S. 1 f.
- Zetkin, Clara (1898): *Nicht Haussklavin, nicht Mannweib – weiblicher Vollmensch*, in: *Die Gleichheit*, 19. Januar 1898, Wiederabdruck in zwei Teilen in: *Solidarität*, 20. Februar 1898, S. 1 f. und *Solidarität*, 6. März 1898, S. 2 f.
- Zetkin, Clara (1910): *Nachruf auf Julie Bebel*, in: *Die Gleichheit* 5. Dezember 1910, S. 5 (pag. 69).
- Zetkin, Clara (Hrsg.) (1911): *Frauenwahlrecht! Hrsg. zum Ersten Sozialdemokratischen Frauentag*, Stuttgart (19. März 2011).
- Zetkin-Zundel, Clara (Hrsg.) (o.J.): *Berichte an die Zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen zu Kopenhagen am 26. und 27. August 1910*, Stuttgart.
- Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen (1910): *Provisorische Tagesordnung, provisorische Geschäftsordnung, Anträge und Resolutionen*.

# Geschichtswissenschaft



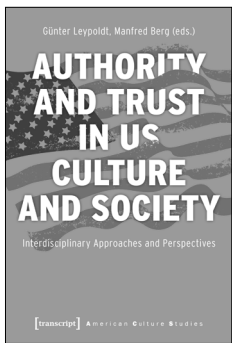
Sebastian Haumann, Martin Knoll, Detlev Mares (eds.)  
**Concepts of Urban-Environmental History**

2020, 294 p., pb., ill.  
29,99 € (DE), 978-3-8376-4375-6  
E-Book:  
PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4375-0



Gertrude Cepl-Kaufmann  
**1919 – Zeit der Utopien**  
Zur Topographie eines deutschen Jahrhundertjahres

2018, 382 S., Hardcover,  
39 SW-Abbildungen, 35 Farbabbildungen  
39,99 € (DE), 978-3-8376-4654-2  
E-Book:  
PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4654-6



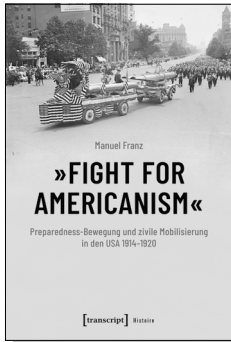
Günter Leypoldt, Manfred Berg (eds.)  
**Authority and Trust in US Culture and Society**  
Interdisciplinary Approaches and Perspectives

February 2021, 282 p., pb., col. ill.  
37,00 € (DE), 978-3-8376-5189-8  
E-Book:  
PDF: 36,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5189-2

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten  
finden Sie unter [www.transcript-verlag.de](http://www.transcript-verlag.de)**



# Geschichtswissenschaft



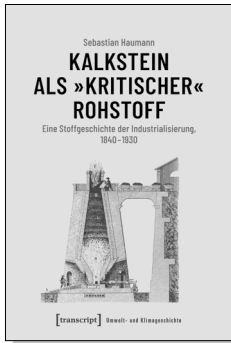
Manuel Franz

## **»Fight for Americanism« – Preparedness-Bewegung und zivile Mobilisierung in den USA 1914-1920**

Februar 2021, 322 S., kart., 1 SW-Abbildung  
59,00 € (DE), 978-3-8376-5521-6

E-Book:

PDF: 58,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5521-0



Sebastian Haumann

## **Kalkstein als »kritischer« Rohstoff Eine Stoffgeschichte der Industrialisierung, 1840-1930**

Januar 2021, 362 S., kart., 4 Farbabbildungen  
40,00 € (DE), 978-3-8376-5240-6

E-Book:

PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5240-0



Verein für kritische Geschichtsschreibung e.V. (Hg.)

## **WerkstattGeschichte 2020/2, Heft 82: Differenzen einschreiben**

2020, 178 S., kart., 26 SW-Abbildungen  
21,99 € (DE), 978-3-8376-5299-4

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten  
finden Sie unter [www.transcript-verlag.de](http://www.transcript-verlag.de)**